Nr. 202 Dezember '94

DM 7,50 M 3477 F



informationszentrum dritte welt



Biotechnologie

Neue Dimension des Nord-Süd-Gefälles

außerdem: **Algerien:** Berber gegen FIS und FLN
Bananen: Handelspolitik der EU
Osttimor: Der Kampf um Unabhängigkeit

Impressum

Hrsg.: Aktion Dritte Welt e.V. - Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5328, Kronenstr. 16 (Hinterhaus) D-79020 Freiburg i. Brsg., Tel.: 0761/74003, Bürozeiten: Mo.-Fr. 10-16 Uhr Fax: 0761/709866

Zusammengestellt von: Isabel Armbrust, Uwe Göde, Thomas Herr, Uwe Jungfer, Sebastian Kasack, Georg Lutz, Bernhard Merk, Christian Neven-du Mont, Jochen Müller, Christine Parsdorfer, Gerhard Rieger, Nivien Saleh, Ann Stafford, Jörg Später, Udo Wolter.

Druck und Satz:
SOAK Hannover, Tel.: (0511) 1318621/22

Vertrieb für Buchhandel:
Prolit Verlagsauslieferung GmbH, Siemensstraße 16, Postfach 9, 35463 Fernwald (Annerod) Telefon: (06 41) 4 30 71

Redaktionsschluß für Nr. 203:
2.1.1995

Anzeigenschluß für Nr. 203:
(Druckfertige Vorlagen) 16.1.1995

Jahresabonnement (8 Ausgaben) im Inland: DM 54,- (für RentnerInnen, Arbeitslose, SchülerInnen, Studenten, Wehr- und Zivildienstleistende 46,- DM) Förderabonnement: DM 100,-, im Ausland: Europa +16,- DM, Welt + 24 ,- DM Porto/Jahr)

Konten (Aktion Dritte Welt e. V.):
Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 148 239-755
Postscheckkonto Basel Nr. 40-35 899
Hypo-Bank Bregenz Nr. 10 157 108 110

Dieser Ausgabe liegt unsere Materialliste bei.

Eigentumsvorbehalt:
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. Zur-Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, so ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Spenden:
Steuerlich abzugsfähige Spenden bitte auf Kto. 124 96 06 Volksbank Freiburg (BLZ 680 900 00). Kto.-Inhaber: Stadtkasse, Verw.-Zweck: Durchlaufspende zugunsten Aktion Dritte Welt. Diese Spenden beinhalten kein Abonnement!

Themenschwerpunkt 203: Fluchtursachen

Das Grundrecht auf Asyl ist abgeschafft, die Medien melden sinkende Flüchtlingszahlen in der BRD. Verdichtete Grenzen, die Ablehnung von Anträgen und eine rigorose Abschiebepraxis haben dazu geführt. Weltweit jedoch steigt die Zahl der Flüchtenden. Sogenannte „ethnische Konflikte", Kriege, Bürgerkriege, politische, sexistische und rassistische Verfolgung sowie Armut werden als Fluchtursachen genannt - bei isolierter Betrachtung werden sie jedoch der komplexen Realität von Fluchtursachen nicht gerecht.
Was sind die Hintergründe der Fluchtursachen? Wie sind sie miteinander verknüpft? Gibt es Ansätze zu der viel beschworenen Bekämpfung von Fluchtursachen? Unser nächster Themenschwerpunkt will auf diese Fragen eingehen.

Inhaltsverzeichnis

Kein zweites Angola?

In Mosambik scheint der Frieden nach den Wahlen vorerst sicher

Die Ende Oktober 1994 abgehaltenen Wahlen in Mosambik bestätigten Präsident Joaquim Chissano in seinem Amt und verschafften der bisherigen Regierungspartei Frelimo eine knappe Mehrheit im Parlament. Knapp 88 Prozent der 6,4 Millionen registrierten WählerInnen beteiligten sich an den Wahlen. Von den zwölf Kandidaten für das Präsidentschaftsamt erhielt Chissano 53 Prozent aller Stimmen und der Kandidat der Renamo, Alfonso Dhlakama, 38 Prozent. Alle anderen Kandidaten blieben unter drei Prozent der abgegebenen Stimmen. Bei den Parlamentswahlen erhielten Frelimo 44 Prozent, Renamo 37 Prozent und die Demokratische Union 5 Prozent; die anderen zehn Parteien konnten die Fünf-Prozent-Hürde nicht überwinden. Während Frelimo die Mehrheit der Wähler im Süden und im Norden für sich gewinnen konnte, votierte die Mehrheit der Wähler im bevölkerungsreichen Zentrum für die Renamo.

Die nationale Wahlkommission hat die vorgetragenen Vorwürfe von Wahlbetrug zurückgewiesen, weil diese keine detaillierte Beweisführung enthielten und nicht in der vom Gesetz vorgeschriebenen Form vorgebracht worden waren. Nach Ansicht der Wahlkommission gab es Unregelmäßigkeiten, aber keinen Betrug. Renamo und die kleineren Oppositionsparteien erkannten das Wahlergebnis an und meinten, die Wahlen seien frei aber nicht fair abgelaufen. Die Vereinten Nationen und andere ausländische Wahlbeobachter haben die Wahlen als „frei und fair" anerkannt.

Angesichts der Tatsache, daß die Frelimo seit 20 Jahren an der Macht ist, daß davon nur drei Jahre ohne Krieg waren und daß die Hälfte der mosambikanischen Bevölkerung direkt vom Krieg betroffen war ; angesichts der Tatsache, daß 85 Prozent der Bevölkerung auf und von dem Land lebt, Frelimo aber in ihrer Wirtschaftspolitik die Kleinbauern immer benachteiligt hat; und schließlich angesichts der Tatsache, daß heute etwa 60 Prozent der Bevölkerung in absoluter Armut leben, sind die Wahlsiege der Frelimo und Chissanos erstaunlich. Sie erklären sich teilweise aus dem Mangel an seriösen politischen Alternativen, teilweise aus der lebhaften Erinnerung an die Terrorakte, zu denen Renamo 1977-1992 fähig war. Sie zeigen aber auch, daß die Frelimo eine soziale Basis hat.

Gleichwohl haben die für Renamo und Dhlakama abgegebenen Stimmen Gewicht, selbst wenn ein guter Teil als Proteststimmen gegen Frelimo gewertet werden kann; Protest gegen die realsozialistische Kommando-Wirtschaft bis 1987, gegen die Ausbeutung der Kleinbauern zugunsten der Staatsfarmen, gegen die Unfähigkeit des Staates, seine Bürger vor Angriffen zu schützen. Die Furcht vor neuen Konflikten, geschürt durch Drohungen Dhlakamas, er könne Mosambik innerhalb von 24 Stunden lahm legen, ebenso wie sein Aufruf zum Boykott am Vorabend der Wahlen mag WählerInnen dazu geführt haben, Renamo zu wählen, möglicherweise um sie zu beschwichtigen.

Dennoch läßt sich nicht verleugnen, daß Renamo potentiell eine soziale Basis im Zentrum des Landes hat. Zu der zählen zum einen Bauern, deren neotraditionalistischen Wertvorstellungen einst im Widerstand gegen den Kolonialismus als neues Identitätsmuster entstanden sind und später von der Renamo teilweise instrumentalisiert wurden. Die Frelimo dagegen hatte die bäuerlichen Wertvorstellungen nach der Unabhängigkeit nicht hinreichend respektiert. Dies änderte sich erst mit Chissanos Amtsantritt. Zur Renamobasis zählen zum zweiten Christen, denen auch eine sozialdemokratisch gewandelte Frelimo noch suspekt ist und schließlich Unternehmer, nach deren Ansicht die zentralen, wirtschaftlich reichsten Provinzen bei Investitionen der öffentlichen Hand stets zu kurz kamen. Ob Renamo diese Basis erhalten bzw. ausbauen kann, hängt davon ab, ob sie in der Lage ist, sich von einer militärischen in eine politische Organisation umzugestalten.

Lokale Gesprächspartner erklärten, daß sie weniger an den Parteien oder an Ideologien als am Frieden Interesse hatten. Sie befürchteten, die Wahlen könnten den Waffenstillstand von Rom gefährden und der Wahlverlierer dem Angola-Modell folgen, sprich wieder zu den Waffen greifen. Doch ein Wiederaufleben des Krieges ist unwahrscheinlich, dazu fehlen die internationalen Voraussetzungen. Besorgniserregend aber ist, daß die Waffenstillstands-Kommission immer noch keine vollständige Kontrolle über die im Land befindlichen Waffen hat. Zudem suchen demobilisierte Ex-Kombattanten, nun arbeitslos, versteckte Waffenlager auf und bewaffnen sich erneut.

In der zwei Jahre dauernden Periode, in der unter Aufsicht der UNOMOZ das Abkommen von Rom realisiert wurde, ist durch die Erosion des Staatswesens ein gefährliches Machtvakuum entstanden. Mit dem vorliegenden eindeutigen Wahlergebnis kann die gewählte neue Regierung darangehen, neue Strukturen zu schaffen und das Vakuum zu beseitigen. Die Sicherung des Friedens, das Supremat der Zivilgesellschaft über alle alten kalten Krieger und neuen Militärs und der Wiederaufbau des Landes ist meines Erachtens das Gebot der Stunde - wobei im Zentrum der Anstrengungen zunächst die Millionen von verarmten Kleinbauern, die Arbeitslosen auf dem Land und in der Stadt und die unterbezahlten Arbeiter und Angestellten stehen müssen. Hier braucht die gewählte Regierung die volle Unterstützung der „internationalen Gemeinschaft". Einige ausländische Botschaften drängen auf „nationale Versöhnung", sprich Regierungsämter für Renamo, als Vorbedingung für die Erteilung von Entwicklungshilfegeldern. Ob es zu einer Koalitionsregierung, d.h. zu einer politischen Verständigung zwischen Frelimo und Renamo kommt, sollte aber nicht das entscheidende Kriterium für die Vergabe von Entwicklungshilfegeldern sein. Das sähe wie ein Nachbesserungsversuch des WählerInnenentscheids aus. Sind die mosambikanischen WählerInnen der Souverän oder die Geldgeber?

Es ist schon schwierig genug, daß eine demokratisch nicht legitimierte Institution wie die Weltbank praktisch über die Wirtschafts- und Sozialpolitik entscheidet. Das öffentliche Investitionsprogramm der Regierung für 1994 in Höhe von 432,8 Millionen US$, zu 82 Prozent vom Ausland finanziert und mit Zielvorgaben versehen, hat nicht, wie die mosambikanische Regierung es vorsah, die Wiedereingliederung der Vertriebenen als Priorität, sondern fördert zunächst einmal die Wiederherrichtung der Straßen und den Wiederaufbau der Infrastruktur (32 Prozent) sowie der öffentlichen Verwaltung (27 Prozent). Erst an dritter Stelle kommt die Wiedereingliederung der Vertriebenen in die ländlichen Gebiete und an vierter Stelle die Förderung der kleinbäuerlichen Landwirtschaft. Im Vordergrund steht also nicht eine Politik der sozialen Existenzsicherung der Bevölkerung, sondern die neoliberale Zurichtung des Landes nach dem Diktat internationaler Finanzorganisationen.

Gottfried Wellmer

Der Autor hielt sich als Wahlbeobachter drei Monate in Mosambik auf.

Gegen FIS und FLN

Algerische Berber im Kampf um Demokratie

Daß die Gespräche zwischen FLN und FIS vorerst gescheitert sind, kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß sich in Algerien eine Einigung zwischen Machthabern und Islamisten anbahnt. Auf der Strecke bliebe bei einem solchen Arrangement die demokratische Opposition, deren Kern die beiden berberisch dominierten Parteien RCD (Vereinigung für Demokratie und Kultur) und die FFS (Front sozialistischer Kräfte) bilden.

Die Freilassung der beiden Heilsfrontführer Abassi Madani und Ali Benhadj am 13. September dieses Jahres wurde vor allem in den westlichen Medien als positiver Schritt des algerischen Präsidenten Zeroual begrüßt, der Bewegung in die festgefahrene politische Situation bringen sollte. Der algerische Präsident selbst erhoffte sich von der Freilassung eine Beteiligung der Heilsfront (FIS) am sogenannten "nationalen Dialog" und vor allem die Bändigung der islamistischen Gruppen, allen voran der Bewaffneten Islamischen Gruppe (GIA).

Dieser Schritt zeigt, daß die aktuelle vom Militär gestützte Regierung nun zu der Einsicht gekommen ist, daß ohne die FIS die verschiedenen bisher inszenierten "Dialogrunden" mit der "legalen Opposition" das Land nicht aus der Gewalt- und Gegengewaltspirale herauszuholen vermochten und daß die militärische Option gescheitert ist. Von einer Rückkehr zum "zivilen Frieden" kann zwar nicht die Rede sein, geändert hat sich aber das Kräfteverhältnis, das sich nun eindeutig zugunsten der Islamisten verlagert hat.

Die Gespräche scheitern heute nicht mehr an der Frage der Beteiligung der FIS - sie gilt mittlerweile als Voraussetzung für eine Lösung der Krise -, sondern an der von der FIS nunmehr geforderten Erweiterung der Dialogrunde auf die bewaffneten Gruppen, die bisher von der Regierung, von dem demokratischen Lager und sogar von manchen "gemäßigten Islamisten" strikt abgelehnt wurde. Die FIS-Führung begründet ihren Standpunkt damit, daß die politischen Vertreter der FIS, so ihr nach Deutschland geflüchteter Auslandssprecher Rabah Kebir in einem am 17. 9. 1994 in der algerischen Zeitung al-Khabar publizierten Interview, "nur einen Teil, aber nicht die gesamte Führung der FIS repräsentieren". Damit wird deutlich, daß ein tragfähiger Konsens erst mit der Einbindung der "Bewaffneten Islamischen Gruppe" (GIA) vorstellbar ist.

Annäherung FIS - GIA ?

Die Verhärtung der FIS-Position läßt vermuten, daß sie nun befürchtet, noch mehr Terrain zugunsten der radikal-kompromißlosen bewaffneten Gruppen zu verlieren, deren Diskurs und blutige Aktionen breite Teile des großen Rekrutierungsreservoirs der frustrierten und gedemütigten jüngeren Bevölkerung besser ansprechen. Die GIA, die als Urheberin der meisten Attentate betrachtet wird, beansprucht eine "militärische Legitimität" als Vertreter des "Volks", die sie sich durch ihren blutigen Kampf gegen die Militärs erkämpft hätte.

Daß die FIS großes Interesse an dem von Zeroual angebotenen "nationalen Dialog" hat, ja sogar als Bittsteller sich dafür einsetzt, zeigen andererseits weitere Signale wie etwa das "Zurückschrauben" ihrer Forderungen: Statt der ursprünglich geforderten "Bestrafung der Schuldigen, die Mordtaten gegenüber islamistischen Aktivisten begangen" hätten, begnügt sich heute die FIS mit der Forderung an die Armee, "sich in ihre Kasernen zurückzuziehen". Mit der Verteilung von Flugblättern, die - mit Blick auf die GIA - zu einer "Kampfpause von drei Monaten" aufrufen, demonstriert sie zugleich ihre Dialogbereitschaft.

Dieser Aufruf scheint keinen spürbaren Einfluß auf die Aktivität der GIA auszuüben. Im Gegenteil, die GIA blieb auch nach der Entlassung der FIS-Führer bei ihrer Ablehnung jeglicher Diskussionen mit den "Ungläubigen" und bewies aufs neue ihre bisher demonstrierte erbarmungslose Kampfentschlossenheit mit der Ausführung zahlreicher Mord- und Bombenanschläge in verschiedenen Teilen des Landes. In manchen Gebieten versucht sie eine "islamische Ordnung" zu errichten. Danach sollen etwa französische Produkte oder die Entrichtung der Steuer an die Staatskasse boykottiert, in den Schulen der Französisch-, Biologie- und Sportunterricht verboten und auf den öffentlichen Plätzen die Geschlechtermischung oder das Rauchen untersagt werden.

Eine Aufweichung der kompromißlosen Haltung der GIA deutete sich seit dem Tod ihres selbsternannten "Kalifen", Gousmi Cherif, alias Ahmed Abu Abdallah am 29. September 1994 und der überraschenden Ernennung von Mohamed Said an die Spitze dieser Gruppe an. Mohamed Said, der bis zu seinem Übertritt am 13. Mai 1994 ein hoher FIS-Funktionär war, gilt als enger Vertrauter des vor kurzem entlassenen FIS-Führers Abassi Madani. Er hatte im Juli 1992 die Spitze des "provisorischen Exekutivbüros" der FIS übernommen, das nach dem Verbot der islamistischen Partei weiterhin im Untergrund aktiv war. Im Gegensatz zu seinem Vorgänger pflegt Mohamed Said das Profil eines wichtigen "politischen" Kopfes der islamistischen Tendenz, der selbst nicht zur Waffe greift. Es ist allerdings fraglich, ob er diese Position in einer Partei durchhalten kann, die bisher kategorisch alle Formen des Dialogs abgelehnt und sogar sogenannte "gemäßigte" Islamisten zum Tode verurteilt und exekutiert hat, weil sie sich für einen Dialog mit dem Regime ausgesprochen hatten. So kursieren bereits einige Tage nach seiner Ernennung Gerüchte über seine Absetzung durch den "militärischen" Führer der Vorortsgegend von Algier, Abu Khalil alias Mahfud Tadjine.

Ein Verbleiben von Mohammed Said an der Spitze der GIA würde jedoch den Weg für eine Annäherung zwischen dieser Partei und der FIS ebnen. Ein Bündnis von FIS und GIA könnte dann tatsächlich zur Kontrolle von 80 bis 90% der militärischen Aktivitäten der bewaffneten Gruppen führen (wie es Rabah Kebir in dem oben erwähnten Interview ausdrückte) und somit zur Bildung



Tizi-Ouzou, April 1992: Straßenschilder in arabischer, Tifinagh- und lateinischer Schrift

eines islamistischen Blocks, der der jetzigen Regierung als übergewichtigem Gesprächspartner gegenübertritt.

Eine Hypothese, die auch die jetzige Zögertaktik der entlassenen FIS-Spitze erklären würde, die sich weigert, sich von dem Terrorismus zu distanzieren, um die radikalen Flügel der Islamisten nicht zu verprellen und zugleich den Druck auf die Regierung weiter zu erhöhen.

Der Widerstand gegen den Dialog

Die Entscheidung, mit der FIS zu verhandeln, wird von bestimmten Teilen der Armee nicht getragen. Einige überzeugte Demokraten unter den jüngeren Offizieren gehören sicherlich dazu, doch viele andere Armeeangehörige, die sich in der militärischen Kraftprobe mit den Islamisten am meisten exponiert haben, befürchten bei einer Machtübernahme durch die Islamisten nicht nur das Ende ihrer Privilegien, sondern auch mögliche Revancheakte. Der Präsident Liamine Zeroual muß mit einem starken Widerstand innerhalb der eigenen Reihen rechnen. An der Spitze dieser "Anti-Dialog-Koalition" innerhalb der algerischen Streitkräfte wird oft der Name des Generalstabschefs der algerischen Armee, General Mohamed Lamari, zitiert. Welchen Preis Präsident Zeroual bezahlen muß, um seine eigenen "Falken" für seine Pläne zu gewinnen, bleibt unklar.

Einige Beobachter schließen daher eine Teilung der Macht zwischen Islamisten und Militärs nicht mehr aus und vermuten sogar, daß eine Vorabmachung mit der FIS-Spitze bereits zustande gekommen ist - vergleichbar dem sudanesischen Modell, wo den Militärs ein Verbleib an der Macht zugesichert wurde, während die Islamisten als führende Köpfe in den Vordergrund gerückt sind.

Dies ist zum Beispiel die Einschätzung der Front der Sozialistischen Kräfte (FFS), die hinter der Entlassung von Abassi Madani und Ali Benhadj ein Geheimabkommen wittert. Auch innerhalb der sogenannten "zivilen Gesellschaft" wächst der Widerstand. Der ehemalige Premierminister Reda Malek bezeichnete seinerseits die Entlassung der FIS-Spitze als "hohe einseitige Konzession an die Fundamentalisten", die eine "Lebensgefahr für die Republik und den Pluralismus" darstelle, während die Vereinigung demokratischer Frauen (RAFD) und die Vereinigung für Kultur und Demokratie (RCD), zur Bildung einer "Front der Ablehnung der Kapitulation und des Verrats" und zum Widerstand gegen "das Begräbnis des Landes" aufgerufen haben.

Die masirische Kulturbewegung im Widerstand gegen FIS und FLN

Die sich anbahnende Einigung zwischen Machthabern und Islamisten würde mit großer Wahrscheinlichkeit auf Kosten der masirischen[1] (berberischen) Kulturbewegung (MKB) erfolgen, die als eine tragende Säule im Demokratisierungsprozeß Algeriens zu betrachten ist.

Seit September 1994 rücken die kabylischen Masiren ins Blickfeld der Medien, weil die MKB das Machtvakuum in Algerien für verstärkte Aktivitäten nutzt. Ihre zentrale Forderung ist die institutionelle und konstitutionelle Anerkennung des Masirischen als nationale Sprache neben dem Arabischen sowie der masirischen Dimension als konstitutivem Bestandteil der nationalen Identität Algeriens. Um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen, boykottiert die MKB seit dem 10. September die Schulen und Universitäten der Kabylei. Die Aktionen wurden mit Generalstreiks begleitet, an denen sich Hunderttausende von Menschen beteiligten. Die Lage in dem Gebiet spitzte sich zu mit der Entführung des bekannten kabylischen Sängers und Aktivisten der MKB, Lounès Matoub am vergangenen 25. September.

Der radikalere Flügel der MKB reagierte darauf mit der Drohung, einen "totalen Krieg" gegen die Islamisten zu führen. Die GIA hatte in ihrem Untergrund-Blatt al-Ansar die Entführung mit dem Vorwurf gerechtfertigt, Lounès Matoub sei "ein Feind Gottes und ein Symbol des Verderbs und der Lasterhaftigkeit in der Kabylei-Gegend".

Der kabylische Sänger, den ein "islamistisches Tribunal" während seiner zweiwöchigen Haft zum Tode verurteilt hatte, wurde wie schon die Opfer zweier vorangegangener Entführungen für die "Übertragung" von GIA-Forderungen benutzt. Er wurde u.a. mit folgender Botschaft "an die Kabylen und an die MKB" freigelassen: Die Kabylen werden aufgefordert, ihre seit etwa einem Jahr aufgestellten Dorfmilizen aufzulösen, und "den Islamisten, die gegen eine illegitime Macht kämpfen", zu helfen.

Die Kabylen, die bisher vom Terrorismus relativ verschont gewesen waren, wollen nicht mehr hinnehmen, daß die Auseinandersetzungen und Kämpfe zwischen Militärs und islamistischen Gruppen nun immer öfter auf ihrem Gebiet ausgetragen werden, weil bedrängte islamistische Gruppen in ihrem totalen Krieg gegen das Militärregime die Kabylei als Operationsbasis benutzen. Um sich dagegen zu wehren, wurden ab November 1993 in manchen Dörfern Milizen aufgestellt, die offenbar die Bewegungsfreiheit der islamistischen Gruppen behindern.

Autonomiebestrebungen

Die Bevölkerung in der Kabylei, die seit geraumer Zeit einen Widerstandskern gegen die autoritären und nivellierenden Praktiken der ehemaligen Einheitspartei FLN bildet, lehnt also auch die Idee einer islamischen theokratischen Republik ab. Das hat sie am deutlichsten nach den Kommunal- und Parlamentswahlen von 1990 und 1991 demonstriert, bei denen die Kabylei als einzige Region Algeriens die laizistisch-masirisch orientierten Parteien RCD und FFS wählte, die u.a. die Anerkennung und Offizialisierung des Masirischen als Nationalsprache sowie die Abschaffung des stark von einer konservativen Auffassung der Scharia inspirierten und im Jahr 1984 verabschiedeten Familiengesetzes fordern. Die Kabylen wissen, daß die Respektierung ihrer Sprache

und Kultur nur von einem pluralistischen und offenen politischen System garantiert werden kann, was sie den Islamisten nicht zutrauen. Somit bestätigte sich der selbständige Charakter dieser Region, die sich nun auch politisch ins "Abseits" gestellt hat, indem sie anders als das übrige Algerien weder für die alte Einheitspartei FLN noch für die FIS gestimmt hat. Die Kabylen kämpfen also an zwei Fronten.

Niemand hat das deutlicher gemacht als Lounés Matoub. Bekannt dafür, daß er kein Blatt vor den Mund nimmt, hat der kabylische Sänger in einem Interview erklärt: "Ich bin nicht Araber und nicht Muslim". In einem anderen am 23.6.1994 von dem deutsch- französischen Sender ARTE ausgestrahlten Interview hatte er sich offen für ein föderalistisches System in Algerien ausgesprochen und damit einen Gedanken ausgedrückt, der vor allem seit dem erdrutschartigen Sieg der Islamisten im Dezember 1991 von immer mehr Kabylen geteilt wird.

Die Perspektive eines islamistischen Sieges sowie ein tiefes Mißtrauen gegenüber der zentralen Regierung in Algier bringt viele Kabylen zu der Überzeugung, daß sie "allein" ihren Weg einschlagen sollten. Eine äußerst gefährliche Situation, denn eine Radikalisierung der MKB könnte in sich die Falle sezessionistischer Bestrebungen bergen: einen masirischen ethnischen Nationalismus, der sogar eine Einigungsbasis zwischen den Arabo-Nationalisten und den Islamisten bieten kann und eines Tages von den beiden Seiten, die sich heute noch gegenseitig abschlachten, gemeinsam bekämpft werden könnte.

Die seit Beginn des Protestes am 10. September demonstrierte Geschlossenheit der Kabylen hinter den Forderungen der MKB zeigt, daß diese bisher nicht als Partei registrierte Bewegung zweifelsohne über die breiteste soziale Basis in der Kabylei verfügt. Die Tatsache, daß die anderen Regionen Algeriens sich nicht an den Aktionen der MKB beteiligt haben, beweist, daß das Masirische, entgegen der Behauptungen des Premierminister Sifi, (noch) nicht die Angelegenheit "aller Algerier" ist.

Zur Entstehungsgeschichte von MKB und RCD

Die Existenz einer masirischen Sprache und Kultur in Nordafrika ist eine historische und gegenwärtige Realität, die tagtäglich von schätzungsweise 20 Millionen Masiren greifbar erlebt wird. Trotzdem werden in den Gründungstexten der nordafrikanischen Länder nur das Arabische als nationale Sprache und die arabisch- islamischen Werte als identitätsstiftende Komponente der nordafrikanischen Kultur anerkannt, während das Masirische als "Kulturerbe" erwähnt wird, dem lediglich eine Stellung als folkloristisches "Volksgut" eingeräumt wurde. In der Negierung der kulturellen und sprachlichen Rechte einer Bevölkerung, die z.B. in Algerien ca. 20% und in Marokko zwischen 40 und 60% der Gesamtbevölkerung ausmacht, aber auch in einem häufig verächtlichen Umgang mit dem Masirischen liegen einige Gründe des Aufbegehrens. Jedes Bestreben der Masiren nach Eigenständigkeit - in welcher Form auch immer - wurde mit der Begründung, es stelle eine "Gefahr für die Einheit der Nation" dar, sofort im Keim erstickt. Im Schatten dieser Repression entwickelte sich vor allem in der algerischen Kabylei-Region eine mittlerweile starke und sehr aktive Oppositionsbewegung, die sich in der Auseinandersetzung zunächst mit den zentralen Alleinvertretungsansprüchen der Einheitspartei FLN und dann der Islamisten und des Militärs von der lokal begrenzten kulturellen Forderung zu einer gesellschaftspolitisch fortschrittlichen Bewegung entwickelte.

Die politische und universale Dimension der Forderungen der MKB liegt in der von ihr hergestellten Kausalverbindung zwischen der Demokratisierung und der Forderung nach Anerkennung und politischer Verwirklichung der masirischen Realität in Nordafrika. Als soziale, demokratische und politische Kraft tritt sie für die Achtung der kulturellen Spezifitäten und den politischen Pluralismus ein. Durch die Gründung und Förderung von Menschenrechtsorganisationen und anderen Vereinigungen zur Verteidigung der individuellen und kollektiven Grundrechte und Freiheiten hat die MKB einen entscheidenden Beitrag zur Entstehung einer zivilen Gesellschaft und des politischen Pluralismus und letztlich zum Beginn des Demokratisierungsprozesses in Algerien geleistet.

Bis 1988 wollte die masirische Kulturbewegung sich nicht als politische Partei formieren und behielt ihre Unabhängigkeit sowohl gegenüber dem Staat als auch gegenüber den damals im Untergrund aktiven Oppositionsparteien. Erst nach den Unruhen vom Oktober 1988 wurden die Weichen für die Gründung einer unabhängigen politisch-kulturellen Organisation gestellt.

Die Formierungsabsicht als Partei wurde zum erstenmal im November 1988 in Tizi-Ouzou, der Haupstadt der Kabylei, in einer Kundgebung bekannt gemacht. Die nationale Konferenz der MKB im Februar 1989 mündete dann schließlich in die Gründung der RCD.

Die RCD avancierte bald zu einem wichtigen Element in der neuen Parteienlandschaft des Landes. In den Beschlüssen ihres konstituierenden Kongresses fordert sie die Aufwertung der "Sprachen des Volkes", der masirischen Sprache und des arabischen Dialektes Algeriens sowie ihre Einführung in das Bildungssystem. Die nationale Identität, die bisher offiziell als ausschließlich arabisch-islamisch definiert wurde, ankert nach Auffassung der RCD-Delegierten in einer Vielfalt von Elementen, vor allem masirischen, islamischen, arabischen, aber auch afrikanischen und mediterranen Komponenten. Politisch tritt die Partei für die Trennung zwischen Staat und Religion ein und gegen eine Abschottung Algeriens von der westlichen und übrigen Welt.

Die Gründung der RCD führt jedoch nicht zur Auflösung der MKB, die sich weiterhin vorrangig den kulturellen und linguistischen Belangen der Masiren widmen will.

Neben der RCD hat die seit 1963 verbotene Front Sozialistischer Kräfte (FFS) des kabylischen Befreiungshelden Hocine Ait-Ahmed im Jahre 1978 die Forderungen nach der Anerkennung des Masirischen in ihr Programm aufgenommen. Die FFS ist aus den letzten Wahlen auf Anhieb als zweitstärkste Partei hinter der FIS hervorgegangen und wurde so zum wichtigsten politischen Sprachrohr der Masiren. Die politische Liberalisierung, die nach der Einführung des Mehrparteiensystems in Algerien herrschte, ermöglichte es, die Debatte um die Anerkennung des Masirischen in die Öffentlichkeit zu bringen.

Nach etwa 14 Jahren scheint nun der Weg für die Erfüllung der wichtigsten Forderung der MKB geebnet zu sein. Unter dem Druck von Hunderttausenden von Demonstranten und zahlreichen Streikwellen, die das gesamte Gebiet lähmten, kündigte die Regierung am vergangenen 5. Oktober die Bildung einer "nationalen Ministerkommission" an, die die Modalitäten der Einführung des Masirischen in das Bildungssystem untersuchen sollte. Zum erstenmal in der Geschichte Nordafrikas wird der berberischen Sprache - Masirisch - eine offizielle Existenzberechtigung zuerkannt.

Eine Chance für die Republik?

Die MKB, die von der Propagandamaschinerie der bisherigen Regierungen als "regionalistische" und von okkulten ausländischen Mächten gesteuerte Bewegung dargestellt wurde, wird von immer mehr Algeriern als eine Chance für die Demokratie in ganz Algerien empfunden. Abgesehen davon, daß die kabylische Region den Thesen des Islamismus bisher erfolgreich widersteht, gehen von ihr auch viele Impulse für die Demokratisierung des Landes aus. Vor allem seit dem berühmten Aufstand von 1980 (Tafsut Imazighen = "Berberfrühling"), mit dem auf das Verbot einer Konferenz über alte kabylische Dichtung reagiert wurde, gilt die Region als rebellisch und bildet einen "Freiraum" für oppositionelles Gedankengut gegen die damalige Zentralregierung. In Tizi-Ouzou wurden ebenfalls die ersten vom Staat unabhängigen Vereine gegründet, wie etwa die Vereinigung der Kriegsveteranenkinder oder die erste Menschenrechtsorganisation, die bereits 1985 ins Leben gerufen wurden. Die Tatsache, daß die erste Menschenrechtsliga fast aus-



Azazga, April 1992: „Masirisch in der Schule", „Tawes Amruc" (christliche masirische Dichterin)

schließlich aus Kabylen bestand, veranlaßte den damals regierungsnahen Algérie Actualité am 18.7.1985 zu einem Kommentar, in dem die Gründer der Liga als "Club humaniste" und "Gegner der nationalen Einheit" beschimpft wurden, die von "ausländischen Geheimdiensten manipuliert waren".

Obwohl die FFS- und die RCD-Parteien ein durchaus fortschrittliches und demokratisches Programm haben und sich nie als regionalistische und noch weniger berberistische Parteien definierten, sondern sich im Gegenteil bisher immer gegen ihre Eingrenzung in das "kabylische Ghetto" gewehrt haben, wurden sie nur in kabylischen Gebieten gewählt. Sie und die MKB - die Mitgliedschaften überschneiden sich - die tatsächlich den Sockel einer demokratischen Alternative bilden könnten, scheitern in den übrigen Teilen Algeriens an noch tief sitzendem Mißtrauen und Vorbehalten zwischen Kabylen und "Arabern". Als dritte Kraft, nämlich als Alternative zu FLN und FIS konnten sie sich bisher nur in der Kabylei behaupten. Konflikte wie die "Berberkrise von 1949", der kabylische bewaffnete Aufstand von der FFS Ait-Ahmeds im Jahre 1963 oder die militärische Abriegelung der Kabylei im Jahre 1980 wurden nie aufgearbeitet. 30 Jahre Populismus und aufgezwungene kulturelle und politische "konstante" Werte haben die Algerier daran gehindert, sich gegenseitig kennenzulernen. Heute, nach dem Zusammenbruch von 1988, stellen sie erstaunt fest, daß sie nicht dasselbe Algerien haben wollen, weil sie sich gegensätzliche politische Welten wünschen.

Während die Islamisten zielbewußt auf eine islamische Republik zusteuern, gelingt es den sogenannten Demokraten nicht, sich auf ein Gesellschaftsprojekt zu einigen.

Indes geht das Massaker in Algerien weiter. Seit 1992 sollen nach diversen Schätzungen bereits 20.000 Menschen als Opfer der Gewalt gefallen sein. Die Mehrheit der Bevölkerung will sich nicht für ein Lager entscheiden. 5 Millionen von insgesamt 12 Millionen Wahlberechtigten waren 1990 den Wahlen fern geblieben. Eine Militärdiktatur und ein "grüner" islamistischer Fanatismus bekämpfen sich mit allen Mitteln. Den islamistischen Entführungen, Bombenanschlägen, der systematischen Eliminierung von Intellektuellen, Richtern, Lehrern und Gewerkschaftern stehen militärische Todesschwadrone und kollektive Bestrafungen entgegen. In diesem Klima schöpfen noch Journalisten, Ärzten oder Lehrer Mut, um mit Studenten und einfachen Arbeitern in Gewerkschaften, Frauengruppen oder Kulturvereinen tagtäglich erbitterten Widerstand gegen den Terror und die Intoleranz zu leisten. Diese Frauen und Männer gehören nicht einer bestimmten "Nomenklatura" an, müssen aber für ihre Überzeugungen, für ein tolerantes und offenes, pluralistisches Algerien sterben, das in ihren Augen nur in einem demokratisch-republikanischen System vorstellbar ist.

Diese AlgerierInnen, die sich als Speerspitze der Modernität verstehen, müssen heute im eigenen Land wie Entwurzelte leben. Sie werden als "fünfte Kolonne", als Hizb Fransa, "Partei Frankeichs" mißachtet; andere wie der ehemalige Premierminister Belaid Abdeslam nannten sie gar "Laizistische Assimilationisten", eine Bezeichnung, die aus den algerischen Intellektuellen "moderne Harkis" (Kollaborateure) macht. Ironie des Schicksals: der Westen mit seinen "universellen" humanistischen Werten wendet sich von den eigenen Kindern ab. Gespalten, zersplittert und geschwächt genießt das sogenannte "demokratische Lager" kaum die Gunst der westlichen Medien und wird in Deutschland insbesondere von manchen Stimmen innerhalb der sogenannten links-liberalen Presse fast obszönerweise auf einige "republikanische verwestlichte Intellektuelle" reduziert! Erneut wird auf das Kurzfristige gesetzt. Und schon stellt man sich in London, Washington und Bonn kalt und sachlich auf islamistische Regierungsvertreter als künftige Gesprächspartner ein. Die Tausende von Menschen, die für ein anderes Algerien ihr Leben gelassen haben, blendet man pragmatisch aus.

Mohamed Tilmatine

Anmerkungen

1) Einige deutschsprachige und vor allem masirische Autoren versuchen für die "Berber" den muttersprachlichen Begriff "Amazigh" einzuführen. Mangels einer lexikalischen Fixierung dieses Begriffs erfolgt sein Gebrauch "intuitiv". Eine Anpassung des einheimischen Terminus "Amazigh" an die morphologischen und phonetischen Regeln der deutschen Sprache ergibt die Grundform Masirisch, die in diesem Artikel im Sinne von Berberisch verwendet wird. Entsprechend wird statt "Berber" der Begriff Masire und statt "Berberisch" für die Sprache Masirisch verwendet. Näheres in: M. Tilmatine, "Zum Begriffspaar Berber/Amazigh: Ein Beitrag zur terminologischen Vereinheitlichung und Klärung eines nicht lexikalisierten Begriffs", im Druck, erscheint in Muttersprache (1994).

Bananen ausgerechnet

Bilanz nach einem Jahr Bananenmarktordnung

Seit einem Jahr müssen wir für die Banane, das Symbol des Wirtschaftswunderlandes, mehr bezahlen. Dieser Preisanstieg ist die Folge der 'Gemeinsamen Marktorganisation für Bananen' der Europäischen Union, die sich am 1. Juli des Jahres zum ersten Mal jährte. Neben den deutschen KonsumentInnen sind es die deutschen Fruchtvermarkter und ihre Lobby, die Einbußen hinnehmen müssen und sich medienwirksam als Verlierer der neuen Ordnung präsentieren. Dabei sind sie bei weitem nicht am härtesten von deren Folgen betroffen.

Die vor einem Jahr in Kraft getretene Europäische Bananenmarktordnung ist als eine direkte Folge der Liberalisierung des europäischen Binnenmarktes zu verstehen. Deren wichtigstes Ziel ist die sogenannte Freizügigkeit des Warenaustauschs. Diese setzt allerdings eine Vereinheitlichung des innereuropäischen Warenverkehrs voraus.[1] Gleichzeitig muß eine Abstimmung der Importpolitik gegenüber Waren, die von außerhalb der gemeinsamen Handelszone kommen, erfolgen. Die Bananenmarktordnung ist ein Beispiel für einen massiven Eingriff in ein bis dahin weitgehend stabiles, aber äußerst heterogenes Handelsgefüge.

Zwei verschiedene Formen der Bananenvermarktung hatten sich innerhalb der EG herausgebildet. Grob gesprochen lassen sich diese in liberale und geschützte Märkte unterteilen. Unter den liberalen Märkten befand sich die BRD an exponiertester Stelle. Durch ein Zusatzabkommen zu den Gründungsverträgen der EWG in Rom 1957 hatte Konrad Adenauer eine unbegrenzte und zollfreie Einfuhr von Bananen nach Deutschland erwirken können. Hier waren es vor allem die billigen 'Dollarbananen', die für den niedrigen Preis und den europaweit größten Absatz der krummen Früchte sorgten. Bei den sogenannten 'Dollarbananen' handelt es sich um Bananen, die weder in der EU noch in den AKP-Staaten (Länder Afrikas, der Karibik und des Pazifikraums, die in Form der Lomé-Abkommen besondere Handels- und Wirtschaftsbedingungen mit der EU haben) produziert werden. Auf dem europäischen Markt sind die Dollarbananen zumeist Bananen aus der von multinationalen Konzernen beherrschten agroindustriellen Produktion des zentralamerikanischen Festlands; die bekanntesten Markennamen sind hier Chiquita, Dole und Del Monte. Ebenfalls eher liberale Marktordnungen für Bananen galten in anderen europäischen Staaten (Benelux-Staaten, Irland und Dänemark). Auch diese entschieden sich für eine unbegrenzte Einfuhr, wobei auf Dollarbananen ein Importzoll von 20% erhoben wurde.

Zu den Ländern mit geschützten Märkten zählten zum einen Frankreich, Großbritannien und Italien, die den Bananen aus AKP-Ländern, unter denen sich viele ihrer ehemaligen Kolonien befinden, besonders günstige Vermarktungsbedingungen garantierten. Ein zollfreier Import dieser Bananen stand der mengenmäßigen Begrenzung von Dollarbananen gegenüber. Zudem gab es Länder mit eigener Produktion (Griechenland, Portugal, Spanien), die nur dann Bananen einführten, wenn die nationale Produktion den Bedarf nicht decken konnte.

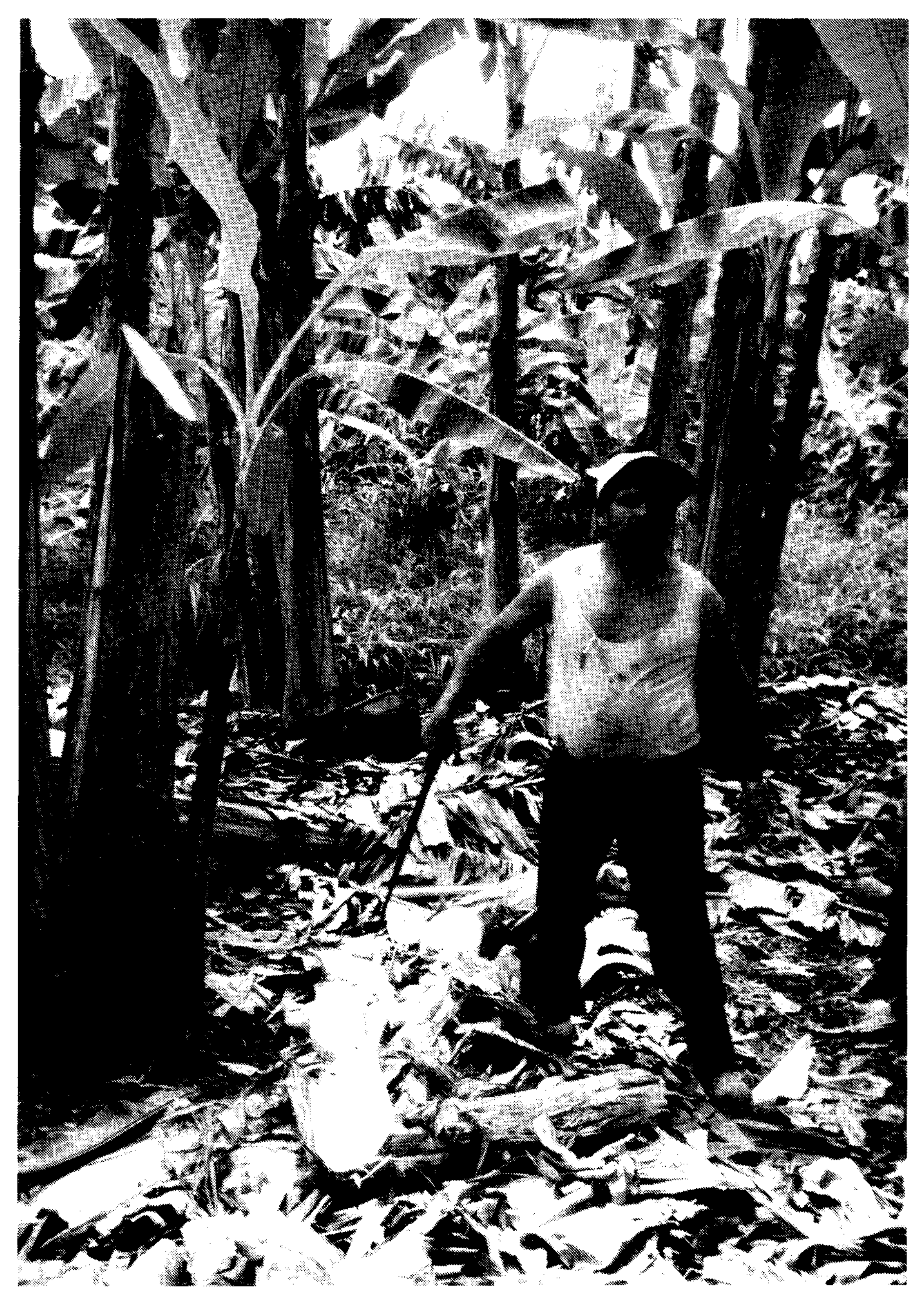
Wozu die Neuregelung des Marktes?

Diese Disparität widersprach grundlegend dem Geist und der Absicht des europäischen Binnenmarktes. Am 1.7.1993 ist daher die 'Gemeinsame Marktorganisation für Bananen' (GMO) mit dem Ziel der Vereinheitlichung der europäischen Marktpraxis in Kraft getreten. Neben der Vereinheitlichung ist zudem die Absicht offensichtlich, die europäische Bananenproduktion und diejenige der AKP-Staaten zu stützen, sowie die Menge an importierten Dollarbananen, den Einfluß außereuropäischer Vermarkter und die Privilegien der deutschen Fruchthändler zu begrenzen.

Die Neuregelung lehnt sich weitestgehend an die in Großbritannien und Frankreich bisher übliche Marktregelung an. Dabei werden die in Europa gehandelten Bananen in drei Kategorien eingeteilt. Zunächst gibt es jene Bananen, die in der EU produziert werden (Kanarische Inseln, Kreta, Madeira und die Départements d'Outre-Mer Frankreichs). Diese 'Gemeinschaftsbananen' können unbeschränkt und zollfrei vermarktet werden. Zudem können ihre Produzenten Subventionen erhalten, die die Differenz zu den in der Dollarzone weitaus niedrigeren Produktionskosten ausgleichen können.

Dann gibt es die Bananen, die aus den AKP-Ländern stammen. Sie werden in "traditionelle" und "nicht-traditionelle" Einfuhren unterschieden und erhalten keine Subventionierung seitens der EU. Dabei handelt es sich bei den ersteren um ein festgeschriebenes Kontingent von 852.700 t.p.a. (Referenzjahr war hierbei das Jahr der höchsten Exporte in die EU vor 1991). Diese Bananen müssen nicht verzollt werden. Bei den "nicht-traditionellen" Bananen handelt es sich um ein jährlich neu zu fixierendes Quantum (derzeit 242.000 t), das ebenfalls zunächst nicht verzollt werden muß.

Diese letztere, jährlich festzulegende Menge wird außerdem einem Kontingent zugerechnet, zu dem auch die dritte Kategorie, die Dollarbananen, gerechnet werden. Das Kontingent wurde für 1993 auf 2 Mio. t festgesetzt. Innerhalb dieses Kontingents wird auf die Dollarbananen ein Zollsatz von 100 ECU/t (200 DM) erhoben. Jenseits des Kontingents beträgt der Zollsatz 850 ECU/t für Dollarbananen und 750 ECU/t für AKP-Bananen. Für die Bananen-Exporte der AKP-Staaten bedeutet die Zuordnung der "nicht-traditionellen" Einfuhren zu diesem 2 Millionen-Tonnen-Kontingent, daß sie im Falle weiterer Produktionssteigerungen mit Bananen aus der weitaus billiger produzierenden Dollarregion konkurrieren müssen. An diesem Punkt wird eine weitere Zielvorgabe der GMO, nämlich die Wettbewerbsfähigkeit



Die Bananmarktordnung geht zu Lasten der Kleinproduzenten

speziell der AKP-Produzenten zu erhöhen, besonders deutlich.

Für die andere Seite, nämlich die der Fruchtvermarkter, wird das 2 Mio.t.-Kontingent, das jährlich an die Konsumbedürfnisse angepaßt werden kann, den verschiedenen Vermarktern nach einem Schlüssel zugänglich gemacht. So dürfen 66,5% des Kontingents von Vermarktern beantragt werden, die bisher Dollarbananen oder "nicht-traditionelle" AKP-Bananen importiert hatten. Lizenzen über 30% stehen jenen Marktbeteiligten zur Verfügung, die bereits Bananen aus der EU bzw. aus "traditionellen" Einfuhren aus AKP-Staaten vermarktet hatten. 3,5% verbleiben sogenannten Newcomern.

Der Hintergrund dieses Zahlenwerks erschließt sich, wenn man berücksichtigt, daß durch die 2 Mio.t.-Quotenregelung nicht nur die Menge der Bananen aus der Dollarregion begrenzt wird, sondern über die Kontingentierung gerade ehemalige Importeure von Dollarbananen Zugang zum Markt verlieren. Für die deutschen Vermarkter bedeutet dies, daß sie Mengeneinbußen von bis zu 45% in Kauf nehmen müssen. Eindeutige Gewinner der neuen Regelung sind z.B. die beiden britischen Fruchtvermarkter Geest und Fyffes, die sich bereits seit Jahren auf den Import von AKP-Ware spezialisiert hatten.

Klagen über Eingriffe in den freien Handel

Von Seiten der lateinamerikanischen Staaten, die von der restriktiven Regelung der Importe von Dollarbananen in die EU betroffen sind, wurde Protest gegen die neue Ordnung laut. Widersprüche, die zwischen der neuen EU-Bananenmarktordnung und bereits gültigen Vertragswerken (insbes. den GATT-Verträgen) entstehen, eröffnen einigen dieser Produzentenländern aus der Dollarregion die Möglichkeit, die neue Ordnung zumindest partiell und vorübergehend zu unterlaufen. So drohten Costa Rica, Kolumbien, Nicaragua und Venezuela mit einer GATT-Klage gegen die EU und erreichten damit, daß sie nun beim Verkauf ihrer Früchte bevorzugt werden sollen.

Auch die nordamerikanischen Bananenmultis (Chiquita, Dole) klagen, daß die AKP-Bananen aus den ehemaligen Kolonien der europäischen Staaten nun gegen die Konkurrenz der billigen Dollarbananen geschützt werden und kritisieren dies als Verstoß gegen die Gesetze des freien Welthandels.

In Europa selbst fallen die Beurteilungen unterschiedlich aus. Vor allem beziehen die deutschen Fruchtimporteure gegen die gesamteuropäische Regelung Position - kein Wunder, ging es doch unter anderem darum, zu einer Begrenzung der deutschen Privilegien zu kommen. So wird seitens des deutschen Fruchthandels behauptet, die Preise seien durch die neue Regelung um über 50% gestiegen und die Marktanteile des deutschen Handels seien ebenfalls um 50 % reduziert worden. Dies wiederum hätte zu einer mangelnden Auslastung der deutschen Frucht- und Hafenbetriebe und der Logistikunternehmen geführt, mit schwerwiegenden Folgen für die Beschäftigungssituation. Demgegenüber wird auf die Gewinner (nämlich diejenigen der britischen, französischen und spanischen Konkurrenten) und nebenbei auch auf die sich verschlechternde Situation in den Produzentenländern hingewiesen[1]. Hier beklagen also die Importeure, die in den vergangenen Jahren die Entwicklung verschlafen haben, den Verlust von Privilegien, die sie früher einseitig bevorteilt hatten.

Aber die Lobbyarbeit trägt Früchte: So versteigt sich etwa Graf Lambsdorff zu der Behauptung, daß die Quotenregelung eine Aufforderung an die Bauern Zentralamerikas darstelle, den Kokaanbau zu verstärken - und die Presse verbreitet diesen Unsinn[2]. Der Versuch, die Marktordnung mit allen Mitteln auszuhebeln, ist von deutscher Seite weit vorangetrieben worden.

Allerdings ohne Erfolg. Am 5.10.1994 wurde eine Klage der Bundesregierung vor dem Europäischen Gerichtshof abgewiesen. Die Bundesregierung hatte argumentiert, daß die neue Ordnung gegen die Regeln des freien Wettbewerbs verstoße und die deutschen Importeure diskriminiere. Zudem verletze sie die Interessen der deutschen Verbraucher, verstoße gegen die internationalen GATT-Regeln und schaffe ein zu kompliziertes Lizenzsystem. Die Richter konnte allerdings diese Argumentation nicht überzeugen. Sie stellten die gemeinsame europäische Agrarpolitik und den Schutz der Bananenpflanzer in den europäischen Anbauländern in den Vordergrund ihrer Ent-

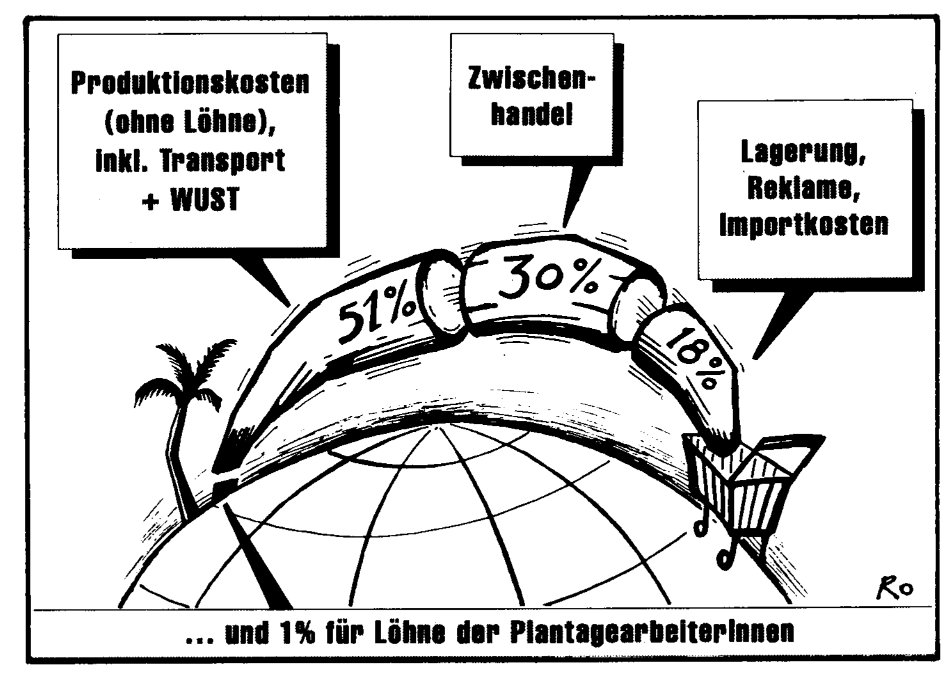
scheidung.

Europäische Diplomaten reagierten mit unverhohlener Schadenfreude auf das Urteil. Die Bananenmarktordnung stehe schließlich voll und ganz in der Tradition der bisherigen deutschen EU-Agrarpolitik; und diese ist nun einmal nicht vom freien Wettbewerb, sondern vom Protektionismus geprägt. Unterstützt wurden Richter und Diplomaten vom - Ironie des Fruchtgeschäfts - Deutschen Bauernverband, der mit diesem Urteil die Logik der EU-Agrarpolitk bestätigt sieht.

Entgegen der Auffassung der deutschen Importeure und der klagenden Bundesregierung ist die Einschätzung der GMO seitens der europäischen Kommission positiv.

Vor allem hätten sich die anfänglichen Preisschwankungen im Laufe des ersten Jahres weitgehend stabilisiert. Die Preissteigerungen in der BRD werden als Spekulationsgeschäfte des Fruchthandels bewertet, mit denen dieser einen besseren Start in die Marktordnung erreichen wollte. Zudem wird hervorgehoben, daß die ständige Verfügbarkeit von Bananen aus Ländern der EU bzw. aus den AKP-Staaten das Funktionieren der Marktordnung belege; und sogar die KonsumentInnen würden von dem größeren Angebot profitieren.

Auch wenn die Einschätzungen über Erfolg oder Mißerfolg der EU-Bananenmarktordnung zunächst recht gegensätzlich anmuten, erscheinen sie doch unter anderem Blickwinkel weitgehend homogen.



... und 1% für Löhne der PlantagearbeiterInnen

Denn ein Detail wurde in der Diskussion in Europa vornehm übergangen: die Situation der Menschen vor Ort, die Situation der KleinproduzentInnen und der ArbeiterInnen z.B. in der Karibik oder Zentralamerika.

Die Folgen verschärfter Multi-Konkurrenz

Bereits einige Jahre vor Inkrafttreten der GMO zeigten sich in Mittelamerika erste Vorboten der Neustrukturierung des europäischen Marktes. Ende der achtziger, Anfang der neunziger Jahre kam es dort zu einer massiven Ausdehnung der Anbauflächen für Bananen. Die großen, zumeist multinationalen Fruchtproduzenten versuchten damit, zum einen möglichst rasch auf die neuen Absatzmöglichkeiten durch die Öffnung der Ostmärkte zu reagieren. Zum anderen machte die Erhöhung der Produktion angesichts der bevorstehenden Regulierung des europäischen Bananenmarktes Sinn. Solange über den endgültigen Wortlaut der GMO noch nicht entschieden war, standen zwei Optionen im Raum.

Auf der einen Seite machte sich allen voran die BRD für eine Liberalisierung des europäischen Marktes nach bundesdeutschem Modell stark. Hätte sich dieses Modell durchsetzen können, hätte den Multis der Dollarregion der ungehinderte Zugang nun auch zu den französischen und britischen Märkten offengestanden. Auf der anderen Seite stand die von Ländern wie Frankreich und Groß- Britannien favorisierte Option des regulierten Marktes, wie sie sich tatsächlich in der aktuellen GMO durchsetzen konnte. Auch in Erwartung dieser zweiten Möglichkeit erschien die Erhöhung der Produktion sinnvoll. Denn eine Erhöhung der Einfuhren direkt vor Inkrafttreten der GMO hätte zu einer Erhöhung des entsprechenden Referenzwertes führen und die zu vergebenden Lizenzen verbessern können. Daß sich die EU-Kommission zunächst für Referenzwerte aus früheren Jahren entschied, war ein Schönheitsfehler im Kalkül von Produzentenkonzernen und Importeuren.

Als direkte Konsequenzen aus dieser Expansion sind folgende Entwicklungen zu nennen: Neben massiven Rodungen von z.T. Primärwald (z.B. im Falle des britischen Multis Geest in Costa Rica) wurde Druck auf viele Kleinproduzenten ausgeübt, ihre Ländereien zu veräußern. Dem Konkurrenz-

druck durch die Großen und deren Preispolitik konnten die Kleinen nicht standhalten. Die Zahl der landlosen Bananeros/as hat demzufolge stark zugenommen. Häufig bleiben diese Menschen ganz ohne Beschäftigung im Bananensektor. Das Überangebot an Arbeitskräften verbunden mit dem passepartout-Argument des zurückgegangenen Absatzes in Europa[3] führt zu willkürlichen Lohnkürzungen und massiven Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen. So dient den Konzernen der Hinweis auf die schlechtere Marktsituation nach Einführung der GMO häufig lediglich zur Durchsetzung von Schließungen unrentabler Pflanzungen und zur Entlassung von unliebsamen, da gewerkschaftlich organisierten ArbeiterInnen. Wie selbstverständlich wird die Organisationsfreiheit der ArbeiterInnen mit Deckung der jeweiligen Regierungen bis zur Unkenntlichkeit beschnitten.

Ein Beispiel ist der britische Konzern Geest. Der in Deutschland weitgehend unbeachtete Streik der Bananeros/as auf Ländereien der Geest in Costa Rica im Mai des Jahres[4] und die brutale Repression gegen die Streikenden stellt mithin eine indirekte Folge der GMO dar. Denn dieser Konzern, der sich traditionell jenseits der üblichen repressiven Produktionsmethoden der drei Großen (Chiquita Brands/füher United Fruit, Standard Fruit und Del Monte) lediglich auf die Monopolvermarktung der Bananen der Windward Inseln (Kleine Antillen) beschränkte, hat zur Verbesserung seiner Chancen auf dem europäischen Markt gerade seinen Aktionsradius auf das zentralamerikanische Festland ausgedehnt. Dort betätigt er sich jetzt als Produzent; und zwar mit allen typischen Folgen für Mensch und Umwelt.

Die gesundheitlichen und ökologischen Folgen des intensiven Bananenanbaus in der Dollarregion sind katastrophal. Eine Studie des costaricanischen Foro Emaus belegt die Schäden (zu dieser Studie s. Kasten). Sie rühren vom intensiven Einsatz von Pestiziden und Kunstdünger mit den entsprechenden Folgen für Menschen, Tiere, Böden und Gewässer. So kommen etwa Massensterilisierungen von ArbeiterInnen, die durch den ungeschützten Kontakt mit Pestiziden hervorgerufen werden, mittlerweile im industriellen Bananenanbau immer häufiger vor. Deutlich festzustellen sind auch die Schäden durch die sich rapide ausdehnenden Rodungen von Wäldern und die Konsequenzen für Bodenerosion und Verlandung von Korallenriffen in der Karibik. Die neue Bananen-Marktordnung hat zu einer Verschiebung des Preisgefüges und zu einer Verstärkung des Wettbewerbs durch die Verschärfung des Konkurrenzdrucks unter den multinationalen Fruchtkonzernen geführt. Dies geht regelmäßig zu Lasten der ArbeiterInnen, der kleinen und mittleren Produzenten und zu Lasten der Umwelt.

Boris Scharlowski (BanaFair)

Das Bananennetzwerk

25 europäische und lateinamerikanische Organisationen (auf deutscher Seite sind dies u.a.: die AG3WL, die BUKO Agrar Koordination, die Entwicklungspolitische Bildungsarbeit auf dem Lande in der EKD, der Kirchliche Entwicklungsdienst in Bayern, die Deutsche Sektion von FIAN und Pro Regenwald) haben die Entwicklungen innerhalb der EU zum Anlaß genommen, sich zu einem Bananennetzwerk zusammenzuschließen. In ihrer 'Gemeinsamen Erklärung europäischer Nichtregierungsorganisationen zur Bananenmarktordnung' vom 14.7.1994, die aus Anlaß des ersten Jahrestages des Inkrafttretens der Ordnung unter den europäischen ParlamentarierInnen verbreitet wurde, bilanzieren sie deren Scheitern aus entwicklungspolitischer Sicht. Dort heißt es: „Es hat sich gezeigt, daß die EU-Bananen-Marktordnung weder die Interessen der verarmten Plantagen-ArbeiterInnen, die Dollar-Bananen produzieren, noch die der AKP-Produzenten, die von dem bevorzugten Markt unter den Lomé-Verträgen profitieren sollen, schützt."

Aus diesem Scheitern leitet das Netzwerk in enger Absprache mit den Organisationen der BananenarbeiterInnen in Lateinamerika - die z.T. Mitglied des Bündnisses sind - u.a. die folgenden Forderungen für die Entwicklung einer neuen Marktordnung ab:

- „durchzusetzen, daß unabhängig überprüfbare Kriterien eingeführt werden für die Produktion und EU-Vermarktung von Bananen, die unter sozial- und ökologisch vertretbaren Bedingungen produziert werden. Diese neuen Kriterien sollen in Zusammenarbeit mit Bauern- Organisationen und Gewerkschaften in den Produzentenländern der Dollar- und AKP-Bananen entwickelt werden.
- sicherzustellen, daß alle freien und unabhängigen Gewerkschaften in den Bananenplantagen, die die EU beliefern, moralische und finanzielle Unterstützung erhalten.
- ein Label-System einzuführen für sozial und ökologisch verträglich produzierte Bananen.
- die Zölle für den Import dieser Bananen in die EU abzuschaffen.
- den kleinen und mittleren unabhängigen nationalen Produzenten, sowie den rechtmäßig verfaßten Gewerkschaften einen Platz am Verhandlungstisch einzuräumen ..."

Der Protest und Widerstand gegen die negativen Auswirkungen der Marktordnung wird fortgesetzt. In Deutschland soll dafür die Bananenkampagne sorgen, die seit Oktober 1993 besteht und aus dem Bananenbündnis entstanden ist. Sie hat es sich zum Ziel gesetzt, die Produktions- und Vermarktungsstrukturen der Kolonialware Banane zur Diskussion zu stellen. Im Verbund mit den Organisationen der BananenarbeiterInnen und kleineren ProduzentInnen sollen menschenwürdige und ökologisch verträgliche Bedingungen durchgesetzt werden.

Die vollständige 'Gemeinsame Erklärung ...' ist zu beziehen über BanaFair. BanaFair steht in ständigem Kontakt mit NGO's in verschiedenen europäischen Ländern (Farmers' Link/GB, gebana/CH, Solidaridad/NL, u.a.), um gemeinsame Aktionen zur Unterstützung der Gewerkschaften und Kleinproduzenten zu koordinieren.

Zwei Hintergrunddossiers zur Bananenproblematik werden Ende August bei BanaFair erscheinen:

Die Broschüre „Von der Tulpenzwiebel zum Bananenmonopol. Portrait eines europäischen Bananenmultis" untersucht auf 24 Seiten die Geschäftspraktiken der Geest.

„Die Bananenproduktion in Costa Rica - ökonomische, soziale, kulturelle und ökologische Auswirkungen und mögliche Alternativen" des costarikanischen Foro Emaus gibt einen Einblick in die Diskussionen der Bananeros/as.

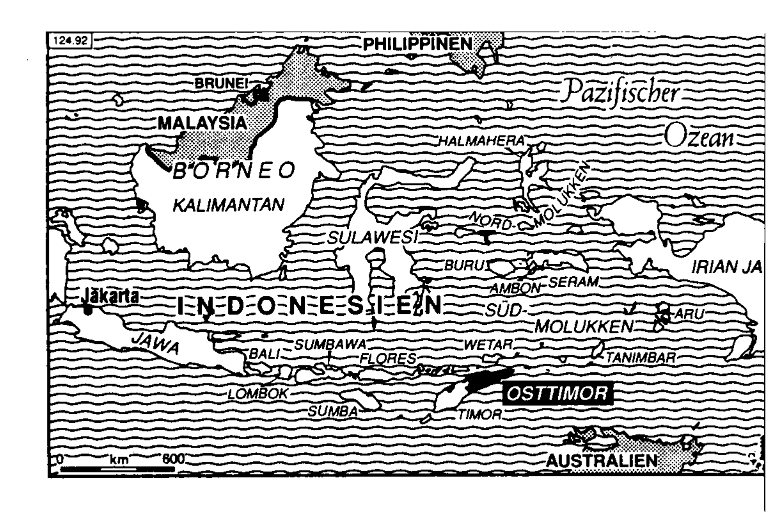
Bezug und weitere Infos zur Bananenkampagne:
BanaFair e.V., Langgasse 41, 63571 Gelnhausen
Tel.: 0 60 51 / 16350; Fax: 0 60 51 / 16260

BanaFair unterstützt Gewerkschaften in Nicaragua und Costa Rica und steht in ständigem Kontakt zu Kleinproduzenten in Zentralamerika und der Karibik. BanaFair liefert Infomaterial und hilft bei der Durchführung von Informationsveranstaltungen. Außerdem können über BanaFair fair gehandelte Bananen bezogen werden.

Anmerkungen:

1) s.d. dazu: Fruchthandel 29/1994, S. 28f
2) Frankfurter Rundschau vom 16.2. 1993
3) Tatsächlich ist nicht in allen Ländern ein Exportrückgang festzustellen. So konnte Costa Rica 1993 einen Exportanstieg nach Europa um 24% verzeichnen, während etwa in Ecuador die Produktion rückläufig war.
4) s. ILA Nr.176, Juni 1994

Der lange Krieg in der 27. Provinz



Von dem Scheinwerferlicht, das die internationalen Medien Mitte November auf die APEC-Konferenz in Jakarta richteten, fiel ein Teil auch auf die Situation in Osttimor, der von Indonesien 1976 annektierten ehemals portugiesischen Inselhälfte. Diese Aufmerksamkeit war u.a. das Verdienst von osttimoresischen Studenten, die während der Konferenz den Parkplatz der US- Botschaft in Jakarta besetzten. Außerdem kam es im Vorfeld der Konferenz zu Unruhen in Osttimor. Im folgenden drucken wir den Text eines Vortrages zur Geschichte und zu den völkerrechtlichen Aspekten des Osttimorkonfliktes, den Klemens Ludwig im September in Iserlohn gehalten hat.

In einer Zeit, in der Indonesien mehr denn je für sein Vorgehen in Osttimor angeklagt wird und sogar der amerikanische Präsident Bill Clinton ganz offen mehr Autonomie fordert, geraten die Militärs in Jakarta unter immer größeren Legitimationsdruck. Ihre Rechtfertigungen orientieren sich weitgehend an der Position, die der frühere indonesische Außenminister Mochtar Kusaomatmadja einst auf den Punkt gebracht hat: „Osttimor - das war eine Korrektur der Geschichte". Indonesien beruft sich also auf historische Ansprüche und die Annektion war demnach ein verspäteter Akt der Entkolonisierung. Zudem behauptet Jakarta, Osttimor habe das Recht auf Selbstbestimmung bereits in Anspruch genommen. Beide Argumente verdienen es, näher untersucht zu werden.

Die Grenzen des heutigen Indonesien sind kolonialen Ursprungs - nur Osttimor liegt außerhalb dieser Grenzen. In der vorkolonialen Epoche hat es zwar verschiedene Versuche gegeben, von Java oder Südsumatra aus ein Großreich zu errichten, doch so weit wie unter der Niederländischen Ostindischen Kompanie reichten die Grenzen nie. Das wichtigste vorkoloniale Imperium war das Hindu-Königreich Majapahit, das von 1222-1525 große Teile des heutigen Indonesien beherrschte. Der Ostteil Indonesiens mit der Insel Westpapua gehörte jedoch nicht zu seinem Einflußbereich.Die portugiesischen Kolonialherren erschütterten das Großreich als erste, doch konnten sie sich selbst nicht lange behaupten. 1641 entrissen ihnen die Niederländer Malakka und legten damit den Grundstein für eines der größten Kolonialreiche in Asien. Innerhalb von 200 Jahren dehnten sie ihre Herrschaft bis West-Melanesien (dem Westteil des sog. Neuguinea aus). Auf diese Grenzen berief sich später die Mehrheit der indonesischen Nationalbewegung im antikolonialen Kampf - Osttimor liegt, wie gesagt, außerhalb dieser Grenzen.

Diesen Text veröffentlichen wir in den 'blättern' im Einvernehmen mit dem zeitgleich erscheinenden Südostasien-Info (4/94).

Was für Westpapua galt, gilt nicht für Osttimor

Für Westpapua wollten die Niederländer eine Sonderregelung durchsetzen und den Anschluß an Indonesien verhindern. Nach dem Prinzip des Selbstbestimmungsrechtes wäre eine solche Lösung durchaus sinnvoll gewesen, denn in Westpapua bestand keinerlei Zusammengehörigkeitsgefühl mit den westlichen Nachbarn. Innerhalb der indonesischen Nationalbewegung zeigte der spätere Innenminister Hatta Verständnis für diese Position.

Die Kolonialmacht konnte sich mit ihren Plänen für Westpapua jedoch langfristig nicht durchsetzen. 1962, 13 Jahre nach ihrem Rückzug aus Indonesien, mußte sie auf internationalen Druck hin auch Westpapua aufgeben.

Die indonesische Position im Westpapua-Konflikt wurde nicht zuletzt deshalb von der Mehrheit der Vereinten Nationen geteilt, weil sie dem Prinzip der "territorialen Integrität" entsprach. Danach muß das Territorium des neuen Staats mit dem der Kolonie identisch sein - ungeachtet der willkürlichen Grenzziehung. Lediglich zwei Ausnahmen bestätigten diese Regel, die wie eine nachträgliche Rechtfertigung kolonialer Willkür wirkt: Aus Französisch-Westafrika gingen zwischen 1960 und 1962 vierzehn eigenständige Nationalstaaten hervor und auf dem indischen Subkontinent setzten die Moslems ihren eigenen Staat Pakistan durch. Ansonsten galt das Prinzip der territorialen Integrität.

Osttimor gehört, dieses Prinzip angewandt, nicht zu Indonesien. Es war das letzte Gebiet der portugiesischen Kolonialmacht in Südostasien und auch in der vorkolonialen Epoche gab es keine nennenswerten Verbindungen zum Staatsgebiet des heutigen Indonesien. Die historischen Ansprüche Indonesiens sind also nicht haltbar und bezeichnenderweise hat niemand aus der indonesischen Nationalbewegung zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit in den vierziger Jahren oder der Einverleibung Westpapuas in den sechziger Jahren Ansprüche auf Osttimor erhoben.

Vollendete Selbstbestimmung für Osttimor?

Wenn sich die indonesische Regierung auf die Geschichte beruft, ist das also wenig überzeugend. Es bleibt die Frage nach dem Selbstbestimmungsrecht, das nach indonesischem Verständnis bereits verwirklicht ist. Osttimor rückte 1960 zum ersten Mal ins Blickfeld der internationalen Gemeinschaft, als die UN- Vollversammlung in der Resolution 1542-XV eine Liste aller Gebiete unter portugiesischer Verwaltung veröffentlichte. Darunter befand sich auch Osttimor. Diese Gebiete fallen unter Artikel 73e der UN-Charta, der das Selbstbestimmungsrecht für die kolonisierten Völker fordert. Für die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechtes sieht die Resolution 1541-XV folgende Möglichkeiten vor:

- Die Gründung eines souveränen Staates
- Die Verbindung mit einem souveränen

Staat
- Die Integration in einen souveränen Staat

Die staatliche Unabhängigkeit ist also nicht die einzige Perspektive, das Recht auf Selbstbestimmung zu verwirklichen, und darauf beruft sich Indonesien im Falle Osttimors. Nach der offiziellen Sichtweise Jakartas ist die indonesische Armee von vier der fünf osttimoresischen Parteien gerufen worden, um den Bürgerkrieg auf der Inselhälfte zu beenden. Die Soldaten hätten dann am 18.Dezember 1975 eine provisorische Regierung errichtet. Im Mai 1976 habe eine aus 28 Personen bestehende osttimoresische Volksversammlung ein Gesetz zur Angliederung an Indonesien verabschiedet, das zwei Monate später auch von Präsident Suharto, dem Wunsche Osttimors folgend, unterzeichnet wurde. Am 16. August fand dann die offizielle Angliederung als 27. Provinz Indonesiens statt.

Stimmte diese Sicht, wäre dem Recht auf Selbstbestimmung nach den Statuten der UNO durchaus Rechnung getragen. Die Realität sieht jedoch anders aus. Zahlreiche Berichte von Augenzeugen, die sich in jenen Monaten in Osttimor aufgehalten haben, widerlegen eindeutig die indonesische Auffassung, wonach die Armee gekommen sei, um einen Bürgerkrieg zu beenden. Der Bürgerkrieg war längst beendet und die Unabhängigkeitsbewegung FRETILIN leistete Erstaunliches beim Aufbau des Landes. Das bezeugen auch konservative australische Abgeordnete der Liberal Party oder Kirchenvertreter.

All den Schritten nach der Invasion, die das Recht auf Selbstbestimmung umsetzen sollten, fehlen zwei wichtige Voraussetzungen: Die Freiwilligkeit und die internationale Kontrolle. Es gab in der Tat die sogenannte osttimoresische Volksversammlung, die um Anschluß an Indonesien gebeten hat, doch waren die Mitglieder von Indonesien ernannt worden. Aus Sicherheitsgründen tagten sie zum Teil auf einem indonesischen Kriegsschiff vor der Küste der Hauptstadt Dili. Beinahe überflüssig ist es zu erwähnen, daß keine unabhängigen Beobachter zugelassen waren. Aufgrund dieser Umstände hat die Mehrheit der UNO - trotz intensiver indonesischer Lobbyarbeit - die Annektion nie anerkannt. Völkerrechtlich betrachtet sie Osttimor nach wie vor als Nicht-Selbstverwaltetes Gebiet und Portugal gilt weiterhin als administrative Macht.

20 Jahre Krieg in Osttimor

Der Krieg in Osttimor läßt sich in vier Phasen einteilen, von denen sich die letzten beiden zeitlich überschneiden. Die erste Phase dauerte von der Invasion bis etwa Ende 1978, als die erste Generation der FRETILIN-Führer um Xavier do Amaral und Nicolao Lobato entweder tot war oder den Kampf aufgegeben hatte. Es ist die Phase des großen Genozids. Weit über 100.000 Menschen starben damals unter dem indonesischen Terror. Sie wurden wahllos ermordet, zu Tode gefoltert oder gezielt ausgehungert. Der "Waffe" Hunger fielen die meisten Meschen zum Opfer.

Die zweite Phase dauerte von 1979 bis 1983. Es ist die Zeit der zaghaften Öffnung und der scheinbaren Konsolidierung der indonesischen Macht. Es gibt kleine Hoffnungsschimmer. Aufgrund internationaler Empörung mußte Indonesien ausländische Hilfswerke ins Land lassen, die viele Menschen vor dem Hungertod retteten. Indonesien erlaubte das auch deshalb, weil die FRETILIN geschlagen schien. Zu Beginn der achtziger Jahre gelang es jedoch dem neuen FRETILIN-Präsidenten Xanana Gusmao, die Bewegung zu reorganisieren. Die neuen Kämpfe sorgten bald für Kriegsmüdigkeit unter den Besatzungssoldaten. Deshalb ließ sich der Oberbefehlshaber der Truppen, Oberst Purwanto, im März 1983 sogar auf Waffenstillstandsverhandlungen mit der FRETILIN ein: ein erster Hoffnungsschimmer nach über sieben Jahren Krieg. Die Hoffnung währte jedoch nur fünf Monate. Im August 1983 startete Jakarta eine neue Offensive mit neuen Truppen und einem neuen Oberbefehlshaber. Ziel dieser und zahlreicher anderer Offensiven war die Gefangennahme von Xanana Gusmao.

Die dritte Phase dauerte von 1983 bis Ende 1992, der Gefangennahme Xanana Gusmaos. In der Zeit intensivierte sich der Kleinkrieg, begleitet von brutalen Menschenrechtsverletzungen der indonesischen Armee. Zahlreiche Berichte, vor allem aus kirchlichen Quellen, belegen die Grausamkeiten. Mit der Gefangennahme Xanana Gusmaos im November 1992 verlor der bewaffnete Widerstand (vorerst) seine Bedeutung.

Die vierte Phase des Kampfes um Osttimor begann im Oktober 1989 und dauert bis heute. Die Aktivisten sind überwiegend Jugendliche, die nie direkten Kontakt mit der FRETILIN hatten, weil sie unter der indonesischen Besatzung aufgewachsen sind. Beginn der Protestwelle war der Besuch des Papstes im Oktober 1989. Erstmals nutzten die Menschen in der Hauptstadt damals die öffentliche Aufmerksamkeit, um für ihr Recht auf Selbstbestimmung zu protestieren. Einige Monate später begleiteten Demonstrationen auch den Besuch des amerikanischen Botschafters. Die indonesische Armee zeigte sehr schnell, daß sie auf friedliche Proteste genauso reagiert wie auf militärischen Widerstand. Am 12. November 1991 eröffneten Soldaten das Feuer auf einen Trauerzug am Eingang des Santa Cruz Friedhofs und richteten ein Masssaker an. Mit Hilfe von Augenzeugenberichten ermittelte eine unabhängige portugiesische Untersuchungskommission später 273 Tote, 255 Verwundete und 376 Verletzte. Trotz des Terrors lassen sich die Menschen nicht einschüchtern, wie jüngst die Demonstrationen im Umfeld des Asiatisch-Pazifischen Wirtschaftsforums APEC in Jakarta gezeigt haben.

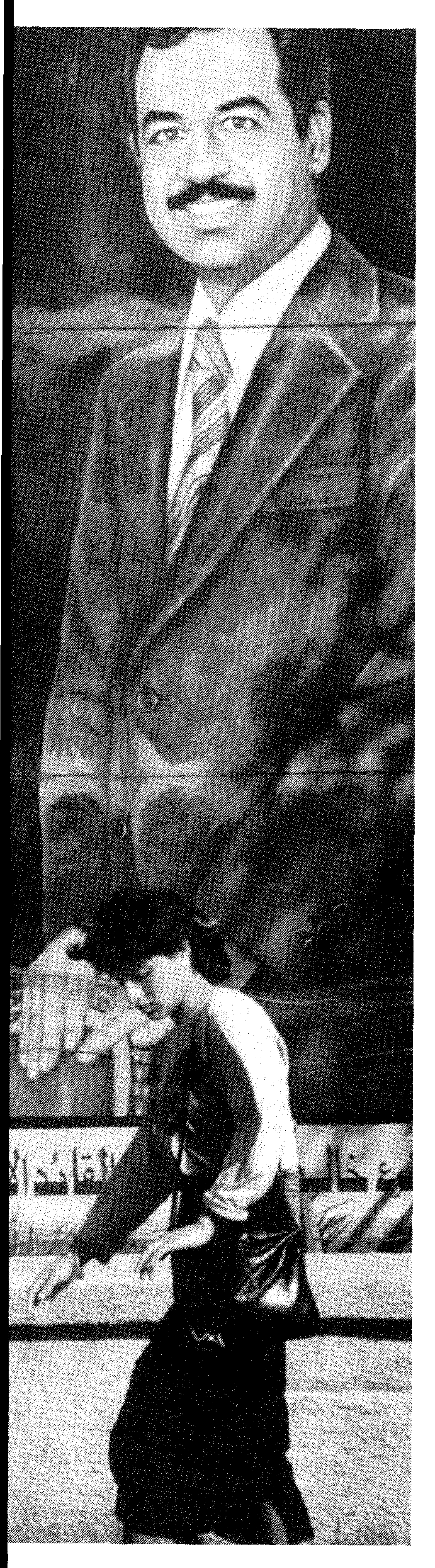
Vor allem die jüngste Phase des Kampfes um Osttimor zeigt, wie weit Indonesien davon entfernt ist, seine Macht zu konsolidieren. Nicht einmal diejenigen, die unter Jakartas Herrschaft aufgewachsen sind, erkennen die Annektion an.

Parallelen und Perspektiven

Zwei völkerrechtiche Parallelfälle werden immer wieder genannt. Kuweit und die Falkland-Inseln. Beide wurden ebenfalls von aggressiven Nachbarn besetzt, die sich dabei auf fragwürde historische Ansprüche beriefen. In beiden Fällen kam es zu einer Intervention - im einen Fall durch die UNO unter der Führung der USA, im anderen durch das "Mutterland" Großbritannien. Zwar sind die Konflikte in der Tat völkerrechtlich ähnlich zu bewerten, doch liegt der Unterschied zu Osttimor auf der Hand. In beiden Fällen waren die Interessen von Großmächten berührt. Die USA und kein anderer Staat der Erde werden ernsthaft einen Konflikt mit Indonesien wegen Osttimor beginnen.

Um für Osttimor realistische Perspektiven zu entwicklen, müssen andere Parallelen gefunden werden. Zwei Konflikte drängen sich auf, die Westsahara und Eritrea. Das Beispiel Eritrea ist in der Tat eine Hoffnung für Osttimor. Dort hat die EPLF auch in den Zeiten der härtesten Repression den Kampf gegen die äthiopische Armee aufrecht erhalten und auf große Unterstützung der Menschen in den Städten unter der Besatzung bauen können. Allerdings waren die Bedingungen für die EPLF günstiger als für die FRETILIN, weil sie über die Nachbarstaaten Zugang zu den befreiten Gebieten hatte und schon im Krieg mit dem Aufbau des Landes beginnen konnte. Damit war die EPLF stark genug, um bei einer grundlegenden Veränderung der politischen Lage in Äthiopien die Unabhängigkeit durchsetzen zu können. Eine grundlegende Veränderung der politischen Lage in Indonesien ist auch Voraussetzung für das Selbstbestimmungsrecht in Osttimor (wie immer das dann aussehen mag). Immerhin gibt es erste Anzeichen der Solidarität mit Osttimor in Indonesien. Studenten und Intellektuelle kritisieren offen die Regierung und selbst in den Zeitungen der weitgehend gleichgeschalteten Presse werden kritische Stimmen laut. Dies gilt selbst für die Tageszeitung der Region, Suara Timor Timur. Die Menschen in Osttimor haben durch ihren nunmehr knapp zwanzigjährigen Kampf gezeigt, daß sie stark genug sind, um bei einer Veränderung der politischen Lage in Indonesien ihr Recht auf Selbstbestimmung durchzusetzen. Das gibt Anlaß zur Hoffnung auf eine gerechte Lösung des Konflikts.

Klemens Ludwig



Einige arabische Intellektuelle bekommen heute nostalgische Anwandlungen, wenn sie an die kurze Zwischenphase denken, die Ägypten, Syrien und Irak unmittelbar nach ihrer Unabhängigkeit und vor der Machtübernahme durch radikale nationalistische Regimes durchlebten. In jener Zeit nämlich waren in den drei Ländern parlamentarische Systeme vorherrschend. Eine gerade entstehende Zivilgesellschaft, so diese Intellektuellen, wurde von den nationalistischen Regimes erstickt.

Die Wirklichkeit sah jedoch anders aus. Tatsächlich verdankten diese nationalistischen Regimes ihren Aufstieg gerade dem Fehlen einer Zivilgesellschaft. Das ist die These des syrischen Soziologen Izam al-Khafaji, Herausgeber der Zeitschrift al-Jadal ("Dialektik"). Khafaji setzt damit einen Kontrapunkt zu einer Untersuchung des irakischen Herrschaftssystems, die vor und während des Golfkrieges in den USA große Aufmerksamkeit auf sich zog: Samir al-Khalils "Republic of Fear". Die Zerstörung der Zivilgesellschaft wird von al-Khalil als das zentrale Element der totalen Herrschaft des Saddam-Regimes ausgemacht. Diese enge politische Herrschaftsanalyse, die auf dem Mythos einer angeblich bestehenden Zivilgesellschaft im vor-baathistischen Irak beruht, reicht aber zum Verständnis des Wesens der monolithischen Staaten nicht aus. Khafaji schlägt deshalb eine sozioökonomisch ausgerichtete Geschichtsschreibung der ost-arabischen Staaten und Gesellschaften seit dem Ende des Ersten Weltkrieges vor.

Khafaji's Artikel erteilt zugleich einem unter arabischen Intellektuellen in den USA verbreiteten Konzept eine Absage, nach dem ein positiv besetzter Nationalismus über eine Werkgemeinschaft ("arabische Nation der Bürger") und zivilgesellschaftliche Elemente der islamistischen Welle trotzen können.

Auch wenn einige spezifische und zeitlich auseinanderliegende Entwicklungen einzelner Länder einer Analyse der Gesamtentwicklung untergeordnet werden und deshalb unterbelichtet bleiben, hat die Redaktion sich für einen Abdruck des Artikels entschieden. Wir meinen, daß die Stärke der soziologischen Analyse Khafajis ihre Schwächen aufwiegt.

Von starken Staaten

Die derzeitige Debatte über die Vereinbarkeit von arabisch-muslimischer Kultur mit den aufklärerischen Idealen von Rationalität, Demokratie und Toleranz bleibt erstaunlicherweise ohne historische Bezüge. (...) Dabei stellt sich doch die Frage, wie es kommt, daß Ideen, Philosophien und Normen Menschen zu einem bestimmten Zeitpunkt völlig natürlich und einleuchtend erscheinen, während den gleichen Anschauungen zu einem anderen Zeitpunkt kein Wert mehr beigemessen wird. Beispielsweise wurde Kritik am Status quo und der Ruf nach Veränderungen im Nahen Osten in den sechziger und beginnenden siebziger Jahren in linke bzw. marxistische Terminologie gekleidet. Heute hingegen existiert dieser Diskurs nicht mehr - Liberalismus und Islamismus haben inzwischen den Platz des Marxismus eingenommen.

Die beiden neuen Trends stehen am krisenhaften Ende der Entwicklung arabischer Staatsstrukturen: Der Erste Weltkrieg hinterließ dem Nahen Osten neue Einzelstaaten, das Vermächtnis des Zweiten Weltkriegs waren monolithische, radikale, populistische Regimes, die es erklärtermaßen für notwendig hielten, die "Arabische Nation" zu vereinigen. Der Golfkrieg kennzeichnete das Ende dieser Ära und signalisierte den Zusammenbruch arabischer Staats- und Gesellschaftsstrukturen.

Man könnte nun die arabische Niederlage im Krieg gegen Israel 1967 als Schlüsselereignis heranziehen und argumentieren, daß das Versagen des nasseristischen Modells angesichts seiner offensichtlich gewordenen Unfähigkeit gegen Israel vorzugehen, direkt zum Aufstieg der ultranationalistischen Regimes führte. Tatsächlich übernahmen mehrere dieser Regimes das Ruder kurz nach diesem einschneidenden Ereignis. Im Juli 1968 putschte sich die Baath-Partei im Irak an die Regierung, und 1970 nahm das syrische Regime eine "Korrektur" vor, sprich Assad putschte gegen den linken Flügel der Baathpartei. Die libysche Version dieser Art von Regimen wurde Ende 1969

Zur Soziologie der monolithischen Machtapparate in Irak, Syrien und Ägypten

eingerichtet und wenige Jahre später verkündete die somalische Führung ihre "Orientierung am Sozialismus".

Kritisches Denken und der 'starke Staat'

Paradoxerweise erlebte im arabischen Mashreq zur gleichen Zeit auch kritisches Denken einen Aufschwung und säkularistische, nicht-orthodoxe marxistische Bewegungen gewannen an Zulauf. Sadiq al-`Azm's 'Critique of Religious Thought' erschien 1969, die Schrift des deutschen Philosophen Ludwig Feuerbach über die Religion wurde ins Arabische übersetzt. Arbeiten über die sexuelle Revolution wurden in einer Region neu aufgelegt, in der die Jungfräulichkeit einen Fetisch darstellt, und Sa`d Allah Wannus schockierte die arabische Welt mit seinem Stück 'Ein Freudenfest zum fünften Juni', einem Manifest gegen die Herrschaft der Geheimpolizei.

(...) Der Dichter Adonis schrieb über den arabischen Piloten, der seinen MiG-Kampfflieger ebenso behandelt, wie ein Beduine sein Kamel. Nizar Qabbani stellte der Haremsmentalität in der arabischen Welt das Phänomen israelischer Soldatinnen gegenüber. Der bekannte ägyptische Sänger Shaikh Imam machte sich über Nassers Generäle lustig, die sich unter wortgewaltigen Reden über die "Befreiung Palästinas" vor allem selbst bereicherten.

Wie schafften es monolithische Herrschaftsformen, unter solchen Umständen erfolgreich zu sein? Liegt es nur - oder vor allem - am Fehlen von Vorstellungen über Demokratie und individuelles Verantwortungsbewußtsein im arabischen gesellschaftlichen Denken?

Zu jener Zeit richtete man sein Hauptaugenmerk darauf, wie starke Staaten errichtet werden könnten. Die herrschende Elite dachte, mehr Technologie sei nötig, um dieses Ziel zu erreichen. Doch junge Intellektuelle konterten mit dem Beispiel der Fähigkeit Vietnams, der "imperialistischen Technologie" erfolgreich standzuhalten. Die internationale politische Atmosphäre um die Zeit der Niederlage von 1967 trug zu diesem Diskurs bei: Che Guevaras Guerillakonzept, der Studenten- und Arbeiteraufstand in Frankreich und der Prager Frühling - nirgends ging es darum, wie man von einem bankrotten Kapitalismus zu einem verkrusteten Sowjet-Sozialismus wechseln sollte. Es sollte vielmehr eine ganz neue politische Kultur geschaffen werden. In diesem Kontext erschien es angebracht und sogar unumgänglich, "reformistische" Konzepte, wie Demokratie, Pluralismus und Menschenrechte, zugunsten einer "revolutionären Demokratie" zurückzuweisen. "Offizielle" kommunistische Parteien wurden ausgegrenzt, da sie einen allmählichen Übergang zum Sozialismus und verfassungsmäßig verankerte Regierungen anstelle von Kriegsrecht und Interimsverfassungen propagierten.

Unter diesen Gegebenheiten schossen Bewegungen der arabischen "neuen Linken" wie Pilze aus dem Boden: Die Volksfront (PFLP) und die Demokratische Front (DFLP) der Palästinenser, die Organization of Socialist Action im Libanon und die Union of Working People's Cells im Libanon, das Zentralkommando der Irakischen Kommunistischen Partei, die League of Communist Action in Syrien, die Volksfront für die Befreiung des Arabischen Golfes in Bahrain und die Nationale Befreiungsfront in Südjemen. Obwohl sie aus unterschiedlichen nationalistischen Strömungen heraus entstanden sind, legten all diese Organisationen gleichermaßen Wert auf den bewaffneten Kampf als Mittel, eine neue Gesellschaftsordnung zu schaffen.

Die Geschichte des 'Ultranationalismus'

Die ultranationalistischen Regimes, die nach 1967 in der arabischen Welt entstanden, versuchten, sich zu legitimieren, indem sie sich den Diskurs der "neuen Linken" aneigneten und auf die Unfähigkeit ihrer Vorgänger verwiesen, Israel und den Imperialismus wirksam zu bekämpfen. Sie betonten die Notwendigkeit einer nationalen Front, in der die herrschende Partei die Hauptrolle spielen würde, sowie des bewaffneten Kampfes. Tatsächlich ging es ihnen immer darum, die Notwendigkeit eines "starken Staates" hervorzuheben. Die Vorbehalte, die die neu-linken Bewegungen diesen Regimes gegenüber äußerten, bezogen sich deshalb auch mehr auf deren Ernsthaftigkeit bezüglich der Umsetzung ihrer politischen Programme als auf deren Inhalt. Und dementsprechend setzten die meisten oppositionellen Gruppierungen mit ihrer Kritik auch an der Entschlossenheit der bestehenden Regimes an, die hochgehaltenen Ideale zu verwirklichen.

1974 zeigten die ägyptischen Bauern indes andere Neigungen, als sie zu Tausenden dem Zug hinterherrannten, der die Präsidenten Nixon und Sadat von Alexandria nach Kairo beförderte. Höchstwahrscheinlich wurden viele von ihnen dafür bezahlt, doch ist zu bedenken, daß nur wenige Jahre vorher die Bekämpfung des amerikanischen Imperialismus in Ägypten als heilige Pflicht galt. Möglicherweise hing Nixons Beliebtheit damit zusammen, daß sich viele Ägypter einen ausgiebigen Dollarsegen für eine Zukunft in Wohlstand erhofften. Hier kündigte sich ein dramatischer Wandel an, der weniger als zwei Jahrzehnte später in der zerschlagenen irakischen Rebellion und in der bereitwilligen Kapitulation eines notleidenden Volkes vor "feindlichen" Kräften gipfeln sollte - ein Volk, das sich nun von der Besetzung des Landes durch fremde Mächte Sicherheit erhoffte.

Daraus sollten nun keine voreiligen Schlüsse über die pro- oder anti-westlichen Neigungen der Araber gezogen werden. Der springende Punkt ist vielmehr, daß das nach dem Zweiten Weltkrieg vorherrschende Staatsmodell, das auf der ideologischen Voraussetzung basierte, "Souveränität" sei das höchste aller Güter, in sich zusammenstürzte. Unter den in den wichtigsten arabischen Hauptstädten fest etablierten Regimes nahm

das Konzept der "Nation" nun metaphysischen Wert an. Resultat war die Herausbildung monströser Staatsmaschinerien, die in den geringsten Anzeichen von Opposition oder Ablehnung Verrat sahen. Gefördert wurde diese Entwicklung durch die Bipolarität des Kalten Krieges, da diese den Regimes - deren Existenz sich übrigens nicht nur auf den arabischen Raum beschränkte - ermöglichte, ihren Handlungsspielraum durch die "Blockfreiheit" auszuweiten. Gegen die Bevölkerung gerichtete Terrorapparate konnten mehr oder minder ungehindert schalten und walten, denn keine Großmacht wollte ein Regime verärgern, das es auf seine Seite ziehen wollte. Viele ultranationalistische Regimes legitimierten die Strukturen, die sie aufgebaut hatten und die Unterdrückung, die sie ausübten, indem sie die "Errungenschaften" des "Sozialistischen Lagers" beschwörten.

Seit dem Ende der bipolar strukturierten Weltordnung hängt das Überleben der ultranationalistischen Regimes davon ab, wie sie ihre Mittel zur Stärkung der Unabhängigkeit des Landes und zur Verbesserung der Lebensbedingungen eingesetzt haben.

Bilanziert man beispielsweise die territorialen Gewinne und Verluste jener Staaten, so ist das Ergebnis (aus ihrer Sicht) nicht gerade aufmunternd. Israel besetzt die gesamte Westbank, den Gazastreifen, die Golanhöhen und darüber hinaus auch noch 7000 Quadratkilometer libanesischen Gebietes. Als die Baath-Partei 1968 an die Macht kam, hatte der Irak noch die Hoheit über den Shatt al-Arab. Sieben Jahre später unterzeichnete Bagdad einen Vertrag, der dem Iran die Hälfte der Wasserstraße zusprach. Im Laufe der siebziger Jahre trat der Irak 7000 Quadratkilometer seines Territoriums an Saudiarabien und Jordanien ab - im Rahmen von "Verfahren zur Grenzfestlegung". Die Türkei hat ein Abkommen mit den irakischen Verantwortlichen, wonach sie auf irakisches Gebiet vordringen darf, um kurdische Widerstandskämpfer zu verfolgen. Und die letzte tragische Episode, in deren Verlauf in der Region westliche Truppen in Stärke von einer halben Million Soldaten stationiert waren und zeitweilig etwa ein Sechstel des Iraks besetzten, ist sicherlich noch jedem genau in Erinnerung.

Offensichtlich ist nun die unterschiedliche Art und Weise, in der Irakis und Ägypter auf die nationalistischen Abenteuer ihrer jeweiligen Regierungen reagiert haben - oder sollte sich hier die Zeitspanne zwischen 1967 und 1991 ausdrücken? Man stelle nur die Demonstrationen, die in Ägypten und anderswo in der arabischen Welt stattfanden und Nasser zwangen, seinen Rücktritt zu widerrufen und seine Spitzenleute, die für die Niederlage im Junikrieg verantwortlich gemacht wurden, zu bestrafen, der irakischen Intifada vom März 1991 gegenüber - einem Aufstand, dessen einziges Ziel der Sturz der Regierung war.

Der Golfkrieg zeigte, wie sehr die Araber gespalten sind. Die wohlbekannten ultranationalistischen Slogans stießen bei der großen Mehrheit der Irakis - obwohl dieser Diskurs sie als die "Deutschen" der arabischen Welt titulierte, denen es obliege, die "Nation" zu vereinigen - auf taube Ohren. Im Gegensatz dazu nahmen viele Araber, die der Krieg nicht direkt betraf, diese Propaganda ernst. Dennoch konnten selbst sie sehen, wie wenig erfolgreich sie bei der Mobilisierung der Massen gewesen waren.

Der totale Staat

Ein Merkmal ultranationalistischer Herrschaft ist die vollständige Gleichsetzung von Nation und Staat und dessen alleinige Kontrolle über Wirtschaft, Kultur, Privatleben und - vor allem - über die Politik. Jede Auseinandersetzung nimmt nun eine hochgradig politisierte Form an; Auseinandersetzungen stellen sich so als Kampf konkurrierender Flügel innerhalb des Regimes dar oder als Kampf zwischen dem Regime (resp. der Nation) und seinen Feinden.

Während diese Mystifizierung von Staatsmacht als der Treuhänderin einer großen Sache - bestehe diese nun in der Nation oder im Sozialismus - nichts der arabischen Welt eigentümliches darstellt, hat sie dort ungekannte Ausmaße angenommen. Oppositionelle wurden allesamt behandelt, als seien sie ausländische Agenten oder zumindest, als erhielten sie Anweisungen von "außen". Anders, als dies bei den Ägyptern der Fall ist, fehlt den Irakern eine tiefverwurzelte nationale Identität, und so waren sie diejenigen, die am meisten unter den Anschuldigungen, mit dem CIA, der Sowjetunion, dem Iran, Syrien und anderen zusammenzuarbeiten, litten.

Die postulierte Notwendigkeit der Einheit - wie fiktiv sie auch war - nahm ungewöhnliche rhetorische Formen an. Der panarabistische Jargon nahm den Ausdruck "Shu`ubi" aus seinem abbasidischen Kontext, wo er sich auf nicht-arabische, muslimische Untertanen des Kalifats bezogen hatte, welche die Gleichberechtigung aller Muslime ungeachtet ihrer Herkunft einforderten, und versah ihn mit der Bedeutung "anti-arabisch". Der Christ Michel `Aflaq, ein Gründer der Baath-Partei, bezeichnete in einer Rede, die er wenige Monate nach Ausbruch des Iran-Irak-Kriegs hielt, "eine Koalition, bestehend aus dem christlichen Westen, dem kommunistischen Osten und den persischen Shu'ubis" als Feinde der Nation - als hätte sich die ganze Welt gegen die irakische Nation verbündet!

Solch eine Ideologie muß eine soziale Basis ansprechen, um Bestand zu haben. Brutale Diktatur und Foltermethoden können nicht allein für das Überleben eines Regimes über fünfundzwanzig Jahre hinweg sorgen. Noch weniger kann die Diktatur als Erklärung für die Begeisterung dienen, mit der die nicht unter der Herrschaft solcher Regimes lebenden Araber ihre Parolen begrüßen.

Die Zivilgesellschaft vor dem 'Ultranationalismus'?

Ein Teil der Antwort für das Phänomen ist in der Erfahrung zu suchen, die Ägypten, Irak und Syrien direkt nach Erlangung der formellen politischen Unabhängigkeit mit Parlamentarismus und Mehrparteiensystem gemacht haben. Sie gibt neuerdings manch arabischem Intellektuellen Anlaß, in nostalgischen Gefühlen für die Zeit zu schwelgen, bevor die sogenannte "Zivilgesellschaft" von den Nationalisten erstickt wurde. Dabei verdanken jene Regimes doch ihren Aufstieg und ihr Überleben gerade der Tatsache, daß eine Zivilgesellschaft überhaupt nicht vorhanden war; und diese Regimes werden genau zu dem Zeitpunkt wieder von der Bildfläche verschwinden, wenn sich in ihnen der Kern einer Zivilgesellschaft zu entwickeln beginnt.

Da die Stadtbevölkerung in diesen Ländern nicht mehr als 25 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachte, waren die in den Städten verankerten und von den Kolonialherren aufoktroyierten parlamentarischen Systeme nicht in der Lage, die Massen einzubeziehen oder zu repräsentieren. Zwar hatten die auf dem Land lebenden Menschen das Wahlrecht, doch der Großteil ihrer Abgeordneten waren "abwesende" Clanchefs und/oder Feudalherren, die in den urbanen Zentren lebten - Kairo und Alexandria in Ägypten, Damaskus und Aleppo in Syrien und Basra und Bagdad im Irak.

Der springende Punkt in der Debatte um das Bestehen einer Zivilgesellschaft ist dabei gar nicht das zahlenmäßige Verhältnis von städtischer und ländlicher Bevölkerung, sondern die Tendenz der meisten Autoren, die der späten "zivilen Gesellschaft" huldigen, die ganze Gesellschaft auf ihre "kosmopolitischen" Zentren zu reduzieren - dort, wo offensichtlich das kulturelle und politische Leben blühte. Das Leben auf dem Land und in den größeren Provinzstädten, aus denen die meisten politischen Führer der nächsten Generation kommen sollten, sah jedoch anders aus. Unter den damals vorherrschenden Bedingungen waren Repräsentation sowie politische Solidaritäten und Bündnisse keineswegs Ausdruck freier und freiwilliger individueller Entscheidungen. Die Parlamentarier sollten vielmehr sunnitische, alawitische, schiitische, christliche, armenische, koptische, drusische, kurdische, turkmenische und andere religiöse und ethnische Gemeinschaften repräsentieren.

Eine Zivilgesellschaft hingegen setzt Konzepte von "Bürger" und "Individuum" voraus, die einigermaßen unvereinbar mit

Gesellschaften sind, in denen die landwirtschaftliche Arbeit auf der Grundlage von Clansolidaritäten ausgeführt wird und Handel und Handwerk unter ethnischen und/oder religiösen Gemeinschaften aufgeteilt sind. Die Auflösung solcher Bindungen, die in Ägypten erst während des Zweiten Weltkrieges und in Syrien und im Irak erst in den fünfziger Jahren einsetzte, ist das Ergebnis komplexer historischer Prozesse.

Nicht nur Orientalisten übersehen diesen Prozeß. Auch viele liberale und linke Araber greifen zur Erklärung der Entstehung und des Fortdauerns von brutalen Regimes in der Region auf vermeintliche "rassische" (engl. racial) und kulturelle Eigenschaften zurück - solche etwa, wie das Fehlen von "Individualismus" - ohne sich jedoch dabei zu fragen, wie eine sogenannte Zivilgesellschaft überhaupt bestanden haben könnte, wenn solche Werte nicht existiert hätten.


Israelische Soldaten 1967 auf dem Tempelberg in Jerusalem

Die soziale Basis des 'Ultranationalismus'

(...) Die Enstehung einer Zivilgesellschaft geht einher mit zwei getrennten, einander allerdings überlappenden Entwicklungen: Der Zerfall vorbürgerlicher Beziehungsgeflechte muß begleitet sein von einer Modernisierungs- und Industrialisierungsdynamik, welche die nunmehr vereinzelten Individuen durch einen Prozeß der Ausdifferenzierung in das Gerüst der neuen sozioökonomischen Strukturen hineinversetzt.

Es stellt sich nun die Frage, ob es auf diesem Weg in der arabischen Welt Besonderheiten gegeben hat. Objektive Gegebenheiten (und nicht der bösartige Imperialismus, wie in so vielen arabischen Schriften behauptet) führten zur Verschlechterung der Lage in der Landwirtschaft, der gegenüber sich die Chancen, die die "traditionellen" urbanen Zentren Migranten boten, gut ausnahmen.

Die Slums der Großstädte wuchsen viel schneller als die Gesamtbevölkerung. Zwischen 1937 und 1966 verdoppelte sich der Anteil der Einwohner Kairos an der ägyptischen Gesamtbevölkerung nahezu: er stieg von 8,6 Prozent auf 16,5 Prozent. In der Zeitspanne von 1919 bis 1968 verdreifachte sich die irakische Bevölkerung beinahe, während diejenige Bagdads ums Achtfache stieg. Industrialisierung und die Schaffung neuer Arbeitsplätze konnten mit diesem Anwachsen der städtischen Bevölkerung nicht mithalten.

Der sogenannte informelle Sektor - auch als das "gemeine Volk", die "Massen" oder einfach als der "Mob" bezeichnet - blieb zum Großteil unpolitisch. Die "Massen" spielten zwar eine Rolle während diverser Aufstände, die von anderen, politisch bewußteren Teilen der Stadtbevölkerung initiiert wurden, doch der Part, den sie übernahmen, war nicht immer revolutionär. Besagte "Massen" steckten etwa hinter dem berühmten Großbrand in Kairo im Januar 1952.

Zur selben Zeit gelang es einer viel kleineren Gruppe von Zugewanderten der ersten und zweiten Generation, die aus verarmten Provinzstädten gekommen waren, eine Grundausbildung zu absolvieren und Arbeit im expandierenden Staatsapparat zu finden (im zivilen, militärischen oder paramilitärischen Sektor des Apparates). Die Erfahrung, die sie machten, unterschied sich von derjenigen der "Massen" des "informellen Sektors". Durch die Beziehungsgeflechte um bedeutende Persönlichkeiten aus ihrem Ursprungsort gelang es ihnen, die Schule zu besuchen und später eine Stelle zu finden. Allerdings beschränkte sich ihre Arbeit zumeist auf Handlangerdienste, und die alteingesessenen Kairoten, Damaszener und Bagdadis ließen sie ihre Geringschätzung deutlich spüren. Noch immer existieren Vororte, die den Namen der Ursprungsorte dieser Migranten tragen. Hier wurden auf der Basis gleicher Herkunft Solidaritäten gebildet und das gesellschaftliche Leben organisiert.

Jene Zuwanderer sahen in der Großstadt sowohl einen Ort, an dem sie ihre gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Positionen verbessern konnten, als auch den Platz, der ihnen die Mittel vorenthielt, am komfortablen Leben der Alteingesessenen teilzuhaben. Kein Wunder, daß sie ihre Klassenposition innerhalb solcher Gesellschaften in der Form lokal gefaßter Gegensätze betrachteten. So waren es auch mehr die Stadtbewohner im allgemeinen, gegen die sie einen Groll hegten, als bestimmte soziale Schichten. Badr Shakir al-Sayyab, einer der großen zeitgenössischen arabischen Dichter und selbst ein Migrant aus einem kleinen Dorf in der Nähe von Basra, beschrieb Bagdad als ein "großes Bordell".

Die Tatsache, daß sich die urbanen Wirtschaftsstrukturen im arabischen Osten nur bis zu einem bestimmten Grad ausweiten ließen, verstärkte das Gefühl der Isolierung noch, das die Migranten ohnehin schon empfanden. Wenn innerhalb dieser Strukturen tatsächlich einmal expandiert wurde, beschäftigte die Wirtschaft ungelernte Wanderarbeiter vom Land, die zahlreich zur Verfügung standen. Dies spaltete die Arbeitssuchenden vom Land und aus den Provinzstädten. Die Gewerkschaften waren zudem stärker darum besorgt, den Lebensstandard ihrer beschäftigten Mitglieder zu heben, als darum, neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Und genau in diesem Kontext liegen die Wurzeln des Glaubens an den starken Staat. Der Staatsapparat wurde zu der Anlaufstelle für den gesellschaftlichen Aufstieg spezifischer Gruppen und Menschen aus bestimmten Herkunftsorten. Panarabistische Strömungen, die von den Städten ausgingen, mobilisierten letzten Endes nicht die ärmeren Zuwanderer vom Land, sondern die Söhne von Kleinhändlern, niederen Staatsbediensteten usw., die aus Provinzstädten abstammten. Ihr gegen das Establishment gerichtetes Vokabular wirkte allerdings auch anziehend auf die große Masse der marginalisierten Landbewohner - ob sie nun außerhalb der Großstadt lebten oder sich in deren Slums niedergelassen hatten.

Kommunistische Parteien machten die Leiden der Armen zwar zu einem ihrer Themen, doch bestanden diese Bewegungen hauptsächlich aus Städtern. Diese Parteien erlebten ihre Glanzzeit, als hauptsächlich städtische Schichten (nicht Klassen) die (wenn nicht gar einzigen) politischen Akteure im Mashreq waren. Als dann aber die Zuwanderer aus der Provinz kamen und begannen, den Staatsapparat zu dominieren und notleidende Migranten vom Land zur bevorzugten Zielgruppe populistischer Agitation wurden, waren Kommunisten und

andere städtische Bewegungen gezwungen, sich entweder zurückzuziehen oder aber in den populistischen Diskurs einzustimmen - und damit zu unbedeutenden Figuren auf einem Terrain zu werden, das nicht das ihre war.

Was die Panarabisten zerstörten, als sie an die Macht kamen, war also nicht die Zivilgesellschaft - was sie wirklich zerstörten, war die soziale und politische Dominanz, die die langjährigen Stadtbewohner der höheren Schichten bis dahin inne hatten. Die grausamen Regimes im Mashreq und anderswo sollten daher nicht einfach als Manifestationen von "Rückständigkeit" betrachtet werden. Sie sind vielmehr das Produkt großer, nicht an Institutionen gebundener und wenig ausdifferenzierter Schichten im Zusammenhang eines Modernisierungsschubes.

Voraussetzung dafür, das sich viele Menschen - nicht nur die Intellektuellen - der Grausamkeit bestimmter Regimes bewußt werden, ist das Bestehen solcher ausdifferenzierter städtischer Schichten - und ironischerweise sind es gerade die brutalen Regimes, die diese Ausdifferenzierung hervorbringen. Je erfolgreicher ein Regime bei der "Modernisierung" seines Landes ist, desto wahrscheinlicher wird es, daß sich dort letztlich ein demokratischer Konsens herausbildet, eben dieses Regime zu stürzen! Die eklatanten wirtschaftlichen Fehlschläge der arabischen Ultranationalisten sind dafür verantwortlich, daß die Massenopposition, die sie hervorgebracht haben, ihre Unterdrückung in islamistischen oder tribalistischen Termini kritisieren - Termini, die Bilder der alten panarabistischen Rhetorik widerspiegeln.

In der Zwickmühle von Entwicklung und Demokratie

Diejenigen, die noch immer auf der Notwendigkeit "starker Staaten" bestehen, wissen genau, daß ihre Predigten zunehmend auf taube Ohren stoßen. Sie repräsentieren entweder eine kleine Minderheit der ägyptischen, syrischen und irakischen Intellektuellen, die den ultranationalistischen Regierungsapparaten schon immer das Wort geredet haben, oder sie kommen aus arabischen Ländern, die mit der Herrschaftsweise solcher Regimes noch überhaupt keine Erfahrungen gemacht haben - an dieser Stelle sind insbesondere Palästina, Jordanien und Tunesien zu nennen.

Linke innerhalb dieser Strömung stehen vor einem Dilemma: Wenn die Modernisierung und der Aufbau "starker Staaten" - ungeachtet der politischen und menschlichen Kosten, die hiermit verbunden sind - als überragende Ziele anzuerkennen sind, dann müßten sie die Errungenschaften solcher Systeme wie das Taiwans und Südkoreas preisen - Regimes, die sie doch auf der anderen Seite als imperialistisch ansehen. Arabische nationalistische Regimes haben einen viel höheren Preis an menschlichem Leid bezahlt und dennoch miserable sozioökonomische Ergebnisse erzielt. Welche Strategien kann die Linke nun wählen, um aus der Zwickmühle 'Demokratie oder Entwicklung' herauszukommen?

Die arabischen Liberalen stehen ähnlichen Herausforderungen gegenüber: Aus den existierenden Strukturen kristallisieren sich langsam Demokratie, Konstitutionalismus und Mehrparteiensysteme heraus. Infolge des krassen Fehlschlagens der Modernisierung, das die arabische Welt erlebt hat, besteht nun ein breites Spektrum entwurzelter Bevölkerungsgruppen, die moderne gebildete Mittelschicht eingeschlossen, die nunmehr dazu neigen, ihre Zugehörigkeit in partikularistischen Formen auszudrücken - seien diese nun tribaler, ethnischer, regionaler oder konfessioneller Natur. Das beste Resultat, auf das die Liberalen unter solchen Umständen hoffen können, ist ein Gesellschaftssystem, das auf einem Kompromiß all dieser Identitäten basiert und sie alle gleichermaßen an der Macht teilhaben läßt. Solch eine instabile Lösung, die an die Erfahrung Libanons bis Mitte der siebziger Jahre erinnert, ist von allem, was sich irgendwie Zivilgesellschaft nennen kann, weit entfernt.

Liberalismus kann erst gedeihen, nachdem Phasen revolutionären Wandels die Voraussetzungen für das Entstehen einer Zivilgesellschaft geschaffen haben. Erst dann kann der Liberalismus darangehen, diesen neuen Status quo zu institutionalisieren und zu legalisieren. Unter den derzeitigen Umständen kann es im arabischen Raum allerdings nicht dazu kommen, denn den enttäuschten, ausgegrenzten und nicht organisierten Bevölkerungsteilen fehlen die gemeinsamen Ideale. Partikularistische Strömungen, zu denen unter anderem die meisten islamistischen Bewegungen zählen, verleihen dem verbreiteten Wunsch nach Veränderung in einem Diskurs Ausdruck, der sich einen revolutionären Anstrich gibt. Die ägyptischen Muslimbrüder und die libanesische Amal, die ursprünglich auch als 'Bewegung der Enterbten' bezeichnet wurde, illustrieren anschaulich die Dialektik von Aufstieg und Fall des pseudorevolutionären Diskurses. Sobald bestimmte Gemeinschaften beginnen, ihre wirtschaftliche und soziale Position zu verbessern, äußern sie ihre Wünsche in Theorien und Aktivitäten, die sich gegen das Establishment richten, und indem sie politische Lobbies aufbauen. Wenn das Regime diese Organisationen erst einmal vereinnahmt hat, wenden sich die enttäuschten Massen, denen sie ihren Aufstieg verdanken, anderen Ausdrucksformen zu - den zahlreichen islamistischen Gruppierungen in Ägypten oder der Hizbullah im Libanon.

Das Dilemma des arabischen Ostens liegt darin, daß sowohl Demokratie, Recht und Ordnung auf der einen als auch radikaler sozialer Wandel auf der anderen Seite dringend vonnöten sind, zwischen diesen beiden Polen jedoch ein Zielkonflikt besteht. Am Beispiel des Golfkrieges konnte man sehen, wie viele arabische Intellektuelle (und auch westliche Linke) Modernisierung noch immer mit despotischen Regimes identifizieren, nur weil sie - wie das syrische - anti-imperialistische Reden schwingen, wobei sie doch in Wirklichkeit vor US-amerikanischen Forderungen sofort die Waffen strecken.

Demokratie kann allerdings nicht lange Bestand haben, wenn die politische Liberalisierung zu der Vorherrschaft einer Infitah-Bourgeoisie (d.h. einer das Land v.a. dem ökonomischen Liberalismus öffnenden Bourgeoisie; d.Ü.) und einem zügellosen Laissez-Faire-System führt, durch das immer mehr Menschen von der Marginalisierung bedroht werden.

Dieses Dilemma nimmt tragische Ausmaße an, wenn konstitutionelle Herrschaft mit archaischen Systemen wie dem Kuwaits identifiziert und Modernisierung mit grausamer Despotie wie der Saddam Husseins verbunden wird.

Für die arabischen Intellektuellen und die westlichen Linken ist es höchste Zeit, die Dichotomie von Nationalismus und Imperialismus zu überdenken, die jahrelang Rückgrat ihrer Analyse und Mittelpunkt ihres Vokabulars war. Einen radikalen Wandel in der arabischen Welt herbeizuführen, muß gleichzeitig heißen, die Bedeutung nationaler Souveränität neu zu bewerten. Kann sich denn ein Regime noch im Besitz der Souveränität wähnen, wenn "sein" Land und "sein" Thron zwar intakt sind, "sein" Volk sich aber anderen Herrschern zuwendet?

Der Artikel von Izam al-Khafaji wurde aus der März/Juni-Ausgabe des 'Middle East Report' (MERIP) übersetzt von Nivien Saleh. Für die redaktionelle Beratung danken wir Reinhard Schulze.

Vorwort

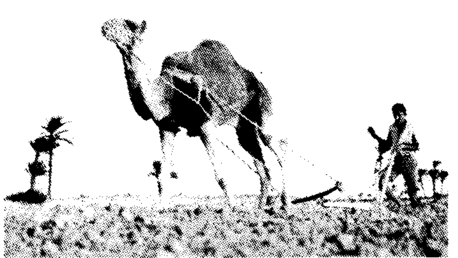
Wie können die Fischer an den Küsten Japans mit Kakaobauern aus Ghana in Konkurrenz treten? Wie kann sich eine norddeutsche Bierbrauerei, die vor der Pleite steht, durch eine Umstellung der Produktion auf medizinische Grundstoffe, die eigentlich aus nur in Indien vorkommenden Pflanzen gewonnen werden, vor dem Konkursverwalter retten? Wie können Pflanzenteile und selbst Teile des menschlichen Körpers patentierbar sein?

Die Biotechnologie macht's möglich - mittels industrieller Enzymtechnik zum Beispiel lassen sich Pflanzenprodukte nahezu beliebig aus den verschiedensten Ausgangsstoffen gewinnen, etwa Kakaobutter aus Walfett. Für die einen das Wundermittel im Kampf gegen Hunger, Krankheiten und Umweltverschmutzung, sind die Verfahren der modernen Biotechnologie - die Gentechnologie ist ein besonders umstrittener Teilbereich - für die anderen ein Schreckgespenst in ökologischer, ethischer und sozialer Hinsicht.

Bei der Biotechnologie handelt es sich nicht wie häufig angenommen um eine neue Disziplin und auch nicht um ein eigenes Technologiefeld wie z.B. die Mikroelektronik. Es handelt sich vielmehr um ein Bündel neuer Techniken und Verfahren, die teils ganz neue Möglichkeiten etwa in der Pflanzenzüchtung eröffnen, teils aber auch lediglich den Wirkungsgrad herkömmlicher Verfahren verbessern. Als eine Querschnittstechnologie wird die Biotechnologie allerdings demnächst mit hoher Wahrscheinlichkeit sämtliche Produktions- und Dienstleistungsbereiche durchdringen - und das nicht nur im Norden, sondern mit einiger zeitlicher Verzögerung auch im Süden. Die gesellschaftlichen Auswirkungen der technischen Innovationen werden dabei erst in den kommenden Jahren und Jahrzehnten in vollem Umfang erkennbar sein.

Realistisch betrachtet wird sich die technische Weiterentwicklung nicht aufhalten lassen - weder durch Sabotage noch durch Ethikkommissionen. Zwar gilt unsere Sympathie den Sabotageaktionen gegen Freisetzungsversuche und ebenso stellen wir die ethische Verantwortbarkeit der Biotechnologie an sich in Frage - trotzdem klingen solche wesentlichen Elemente der Debatte um eine Technologie, die die Zukunft der Menschheit bestimmen wird, in diesem Themenblock nur an. Wir konzentrieren uns auf die Auseinandersetzung mit der konkreten Entwicklung der Biotechnologie und ihren Auswirkungen auf den Süden. Dem mainstream in der Diskussion um die Biotechnologie geht es nämlich mittlerweile weitgehend nur noch darum, den sogenannten 'Fortschritt' in Bahnen verlaufen zu lassen, die zumindest den Anschein erwecken können, die Technologie und ihre Betreiber könnten kontrolliert gefördert werden - die Förderung selbst steht kaum noch zur Debatte. Stärker noch als im Falle der Kernkraft, ist es die Interessenlage der Industrie, die den Gang der Biotechnologie bestimmt. Von der Grundlagenforschung in den Universitäten über die Freisetzungsversuche bis hin zur Massenproduktion biotechnologisch erzeugter Grundnahrungsmittel und Medikamente - nichts geschieht primär zum Wohle der Menschen, sondern alles wird finanziert, realisiert und produziert im Profitinteresse der großen Konzerne der Chemie-, Pharma- und Agrarindustrie. Der Kampf um Marktanteile schließt die durchaus vorhandenen Möglichkeiten einer sinnvollen Nutzung von Biotechnologie aus; und wieder einmal sind es zunächst die Menschen des Südens, für die die Auswirkungen der breiten Anwendung der neuen Techniken besonders im ökologischen und sozialen Bereich eine immense Bedrohung darstellen.





Eine Analyse der potentiellen Chancen und der Risiken, die der breite Einsatz der neuen Biotechnologien für die Länder des Südens mit sich bringen wird, steht am Anfang des Themenblocks. Der Einführungsartikel umreißt die Perspektiven des Einsatzes der neuen Verfahren, deren Anwendungsmöglichkeiten in Landwirtschaft und Industrie noch immer unüberschaubar sind. Er demonstriert, wie umfassend die transnationalen Konzerne die weltweite Agrarproduktion dominieren werden. Sie bestimmen, welche Pflanze oder besser, welche Komponente eines Endprodukts, das der Bauer gar nicht kennt, von diesem auf welche Weise angebaut wird. Noch leichter als bisher wird es in Zukunft möglich sein, die Produzenten von Rohstoffen auf pflanzlicher oder tierischer Basis gegeneinander auszuspielen oder sie durch eine Verlagerung der Produktion in die nördlichen Bioreaktoren abzukoppeln.

Unerläßliche Informationen zu den wichtigsten Verfahren der Biotechnologie gibt der folgende Beitrag. Durch halbwegs leichtgemachte Beschreibungen technischer Abläufe empfiehlt er sich als Diskussions- und Verständnisgrundlage. (Auch werden hier anhand von Beispielen viele technische Details erklärt, die das Verständnis der anderen Themenblockbeiträge erleichtern.) Wer kennt schon genau den Unterschied zwischen Bio- und Gentechnologie?

Nur als eine Idee beschreibt der anschließende Artikel "Den einen Wald für alle". Gemeint ist mit diesem Bild die Möglichkeit der allgemeinen und gleichberechtigten Verfügung über die natürlichen genetischen Ressourcen der Erde. Damit hätten die Länder des Südens Rechte an denjenigen Resourcen, die ohnehin zum größten Teil auf ihrem Territorium vorkommen und unerläßlich sind für eine Weiterentwicklung der Biotechnologie. In den entsprechenden Verhandlungen, in denen es um Gegenleistungen für die Aneignung genetischen Pflanzenmaterials und für die Nutzungsrechte der Biotech-Unternehmen geht, stehen die Staaten der 'Dritten Welt' jedoch erneut als Bittsteller gegenüber Konzernen und deren Interessenvertretern, den nationalen Regierungen, da.

An die Problematik international verbindlicher Regelungen knüpfen auch die beiden abschließenden Artikel an. Regierungen handeln die Bestimmungen zum Patentrecht als Teil der GATT-Runde aus und Regierungen legen die Paragraphen zu Übereinkommen zur biologischen Sicherheit in den Organisationen der UN fest. Hier werden die geringen Spielräume deutlich, die den Staaten der 'Dritten Welt' gegenüber den Vertretern des Nordens (Regierung und Biotechlobby) verbleiben. Bestimmungen zur ökologischen Sicherheit der Biotechnologie werden verschleppt und bleiben unverbindlich, obwohl zunehmend Länder im Süden der Ort der riskanten Freisetzungsversuche sind; und die Ansprüche der Industrie auf international verbindliche Patentierbarkeit von Genen(!), Verfahren etc. können im Rahmen von Verhandlungen in internationalen Gremien durchgesetzt werden.

Für die kommenden Ausgaben bemühen wir uns um Beiträge zu den speziellen Auswirkungen der Entwicklung auf Frauen in der 'Dritten Welt', zu den ökologischen Risiken der Technologie und zu der Frage, ob oder inwieweit die Biotechnologie und ihre Folgen ethisch zu verantworten sind.

Die Redaktion

Das Bio-Roulette

Die soziale und ökonomische Tragweite biotechnologischer Innovationen für den Süden

Den nutzbringenden Möglichkeiten der "Biotechnologie" stehen die zu befürchtenden sozialen und ökonomischen Auswirkungen in den Ländern des Südens gegenüber. Im Vergleich mit der "Bio- Revolution" werden wohl die Ergebnisse der 'Grünen Revolution' unspektakulär erscheinen. Dies vor allem, weil Biotech-Konzerne über Forschung, Entwicklung und Einsatz der Technologie bestimmen.

Durch den Einsatz der neuen Verfahren im Bereich der Biotechnologie, hierzu zählt auch die u.a. aufgrund ihrer ungeklärten Risikopotentiale sehr umstrittene Gentechnik, soll ein breites Spektrum innovativer Produkte, Prozesse und Serviceleistungen in Landwirtschaft und Industrie angeboten werden. Dieses Spektrum umfaßt den gesamten Nahrungsmittelbereich, die Produktion von medizinischen Diagnoseinstrumenten für Menschen und Tiere, Methoden zur Früherkennung von Pflanzenkrankheiten, Impfstoffe, die Produktion von Feinchemikalien in Bioreaktoren, die Herstellung von (Bio)-Polymeren auf pflanzlicher oder mikrobieller Basis ("Bio-Plastik"), den Abbau von Erzen mittels Bakterien (Armerzbau) sowie den gesamten Umweltschutzbereich wie z.B. die Beseitigung von Altlasten, die Trinkwasseraufbereitung, die Wiederaufarbeitung organischer Abfälle zu Nahrungsmitteln oder Tierfutter, die Entwicklung trockenheitsresistenter Büsche zur Begrünung von Wüsten und zur Eindämmung der Erosion, erneuerbare Energien und Biogasanlagen und vieles andere mehr. (Zu den technischen Verfahren in der Biotechnologie und der Besonderheit der Gentechnologie s. den folgenden Artikel).

Die neuen biotechnologischen Verfahren scheinen auch unterhalb der Schwelle zur Gentechnik bereits überaus vielfältige Ansätze zu bieten, den Problemdruck in der Dritten Welt unmittelbar zu lindern. Dies könnte z.B. geschehen durch die schnelle Vermehrung von gesundem Pflanzmaterial oder die bessere Anpassung von Kulturpflanzen an ihre jeweilige geoklimatische Umgebung (zu den Chancen der Biotechnologie s. Kasten).

Dennoch gehen die Standpunkte und Prognosen hinsichtlich der sozio-ökonomischen Chancen und Risiken der neuen Biotechnologien für die Bevölkerung in der 'Dritten Welt' weit auseinander. Vermuten die naturwissenschaftlich ausgerichteten Vertreter in der internationalen Fachdiskussion zum Teil deutliche Positionsgewinne des Südens und prognostizieren - quasi als Nebeneffekt neben der Beseitigung des Hungers - auch gleich noch die technologische Lösung der meisten Umweltprobleme, gibt sich der überwiegende Teil der Experten äußerst skeptisch.

Unter Hinweis auf die Einbindung der südlichen Ökonomien in eine strukturell ungerechte Weltwirtschaft und den überwiegend privatindustriellen Charakter der neuen Verfahren, betonen sie die enormen sozio-ökonomischen Risiken und Nachteile dieser Technologien - speziell für die ärmsten Schichten der Bevölkerung. Vor allem die Menschen in kleinbäuerlich strukturierten Produktionsräumen (etwa in den subsaharischen Staaten) würden demnach die Folgen der neuen Entwicklung zu spüren bekommen. Einzelne UN-Direktoren warnen daher bereits davor, daß die Biotechnologie nun endgültig "die Totenglocke für den afrikanischen Kontinent einläuten könnte"[1].

Unsichere Prognosen

Für genauere Prognosen der einsetzenden Entwicklung und ihrer Folgen sind derzeit Material und Daten insgesamt noch zu ungenügend und zudem widersprüchlich. Insbesondere gilt dies im Hinblick auf den Zeithorizont und die Markterwartungen für die neuen Verfahren. Dies liegt vor allem an der auch in der Fachliteratur nicht vorgenommenen Abgrenzung von Bio- und Gentechnik, an Verzögerungen bei der Technikentwicklung, an unklaren rechtlichen Rahmenbedingungen sowie an der Geheimhaltungspolitik der Privatindustrie.

Obgleich allgemein mit einer breiten Einführung biotechnologischer Produkte und Verfahren bereits in den kommenden Jahren (ab 1995) gerechnet wird, existieren bislang nur wenige sozialwissenschaftliche Untersuchungen zu der Frage, wie gewährleistet werden kann, daß die positiven Nutzenpotentiale maximiert, die befürchteten negativen Implikationen jedoch möglichst gering gehalten werden können. Auch liegen bislang nur wenige Fallstudien (etwa der ILO) zu ausgewählten Techniken in einzelnen Projekten vor, so daß auch von der empirischen Seite her bislang noch wenig Tragfähiges ausgesagt werden kann. Weitgehende Einigkeit besteht bei den Beobachtern jedenfalls darin, daß die neuen Technologien die sozialen und ökonomischen Strukturen tiefgreifender und in kürzerer Zeit verändern könnten, als dies je zuvor eine andere Technologie bewirkt hat.

Eine neue "Grüne Revolution"?

Bezogen auf den Agrarbereich wird erwartet, daß sich die Erfahrungen mit der "Grünen Revolution" in viel stärkerem Ausmaß wiederholen werden. Im Gegensatz zur "Grünen Revolution" - hier standen lediglich drei Hauptnahrungspflanzen im Mittelpunkt der Forschungsaktivitäten (Reis, Weizen, Mais) - kann mittels der Biotechnologie nun jede Zielpflanze, also auch reine Subsistenzpflanzen wie Cassava oder Süßkartoffeln, nach erwünschten Kriterien verbessert werden.

Wurden in den 70er Jahren die deutlichen Ertragssteigerungen nur deswegen möglich, weil in kostspieligen Verfahren die Naturbedingungen an die Bedürfnisse der neu gezüchteten Hochertragssorten angepaßt wurden (teure Bewässerungssysteme, hoher Chemikalien- und Pestizideinsatz), so eröffnen die Biotechnologien nun die Möglichkeit der umgekehrten Verfahrensweise: Die Pflanzen sollen nun ihrerseits besser an die Bedingungen ihrer jeweiligen geoklima-

tischen Umgebung angepaßt werden. Auf diese Weise sollen höhere Ernteerträge, bessere Nährwerte, längere Lagerungsfähigkeit etc. erzielt werden. Selbst versalzte Gebiete können nun für die landwirtschaftliche Bearbeitung wieder zugänglich gemacht werden.

Damit könnten auch diejenigen Regionen und Bevölkerungsgruppen vom Ertragssteigerungspotential der Biotechnologie profitieren, die entweder aus geoklimatischen (mangelnde Bewässerungsmöglichkeiten) oder sozialen Gründen (kein Zugang zu Krediten für den Ankauf von Maschinen und Pestiziden) von der "Grünen Revolution" niemals erreicht worden sind. Dies betrifft beispielsweise den gesamten afrikanischen Kontinent mit Ausnahme von Kenia und Zimbabwe. Auch die Potentiale der Biotechnologie für eine nachhaltigere und ökologisch verträglichere Anbauform (natürliche Stickstoffdüngung durch das Ausbringen von Bodenbakterien) sowie zur schnellen Wiederaufforstung verödeter oder erodierender Gebiete sind prinzipiell enorm.

Im Gegensatz zur "Grünen Revolution" sind die zentralen Akteure dieser neuen, wirkungsmächtigen Technologie allerdings nicht mehr die in das UN-System eingebetteten, halböffentlichen Agrarforschungseinrichtungen (IARCs) der internationalen Beratungsgruppe (CGIAR), welche ihre Forschungs- und Entwicklungsergebnisse grundsätzlich der Öffentlichkeit zugänglich gemacht hatten, sondern die großen transnationalen Chemie-, Pharma- und Nahrungsmittelkonzerne. Sie dominieren bereits heute die internationale Forschungsagenda, verfügen über das umfangreichste und am besten ausgebildete wissenschaftliche Personal, und sie treten darüberhinaus als zentrale Akteure bei den Verhandlungen um die Ausgestaltung der internationalen Rahmenbedingungen für den Einsatz biotechnologischer Verfahren (Patentrecht) in Erscheinung.

Die Angst des Südens

Kritiker weisen in diesem Zusammenhang daher stets darauf hin, daß die gegenwärtige Entwicklungsrichtung der agrarischen Biotechnologie - dominiert von der Forschungsagenda der Industrieländer - eben gerade NICHT darauf abzielt, die technologisch gegebenen Potentiale für eine zielgruppenorientierte Armutsbekämpfung in der 'Dritten Welt' zu realisieren, sondern sich beinahe ausschließlich an den Kapitalverwertungsinteressen der nördlichen Konzerne orientiert.

Als prominentestes Beispiel für die sich auf breiter Front abzeichnende, an den Grundbedürfnissen der Dritten Welt völlig vorbei operierende Hauptforschungsrichtung, gilt das hartnäckige Bemühen sämtlicher im Biotechnologiebereich engagierter Chemiekonzerne, das Saatgut wichtiger Kul-



Vietnamesische Bäuerinnen - bald in Diensten von BAYER?

Vergleich zweier »Revolutionen«

Kennzeichen	Grüne Revolution	Bio-Revolution
betroffene Pflanzen	Weizen, Reis, Mais	potentiell alle Pflanzen, besonders Gemüse, agrarische Exportprodukte (Palmöl, Kakao), Früchte, spezielle Produkte (Gewürze, Parfüme)
andere betroffene Produkte	keine	Pestizide, tierische Produkte, pharmazeutische Produkte, verarbeitete Nahrungsmittelprodukte, Energie
betroffene Regionen	bestimmte Regionen einiger Entwicklungsländer	alle Länder, alle Regionen, einschließlich brachliegenden Landes (wegen Dürre, Übersalzung, Vergiftung des Bodens)
Entwicklung und Anwendung der Technologie	größtenteils öffentlicher/ halböffentlicher Sektor	größtenteils privater Sektor, vor allem transnationale Konzerne
Eigentümer-Rechte	Patente und Eigentümer-Rechte im Prinzip nicht von Bedeutung	Herstellungsvorgang und Produkte sind patentierbar und geschützt
Kapital-Aufwand für Forschung	relativ gering	relativ hoch in einigen Sektoren der Forschung, in anderen relativ gering
Zugang zu Ergebnissen und Informationen	dank des »Internationalen landwirtschaftlichen Forschungszentrums« relativ leicht	schwierig, Geheimhaltung aufgrund von Privatisierung und Eigentümer-Rechten
für Forschung erforderliches technisches Know-how	Kenntnisse über herkömmliche Methoden der Aufzucht von Pflanzen und damit zusammenhängendes landwirtschaftliches Wissen	Fachkenntnisse in Molekular- und Zell-Biologie und Kenntnisse über herkömmliche Methoden der Aufzucht von Pflanzen
Anfälligkeit der Pflanzen	Aufzucht von relativ einheitlichen Hochertragssorten, daher genetische Anfälligkeit	Produktion und Vermehrung der Pflanzen durch künstliche Zellgewebe-Kulturen führt zur Schaffung genetisch identischer Exemplare und damit zu noch größerer Anfälligkeit
durch künstliche Produktion bedrohte Pflanzen	keine	potentiell alle

Quelle: Martin Kenney, Frederick Buttel, »Biotechnology: Prospects and Dilemmas for Third World Development«, in: Development and Change. SAGE, London/Beverly Hills/New Delhi, Bd. 16, 1985, S. 70.

Überblick zu Chancen und Risiken der Biotechnologie

Chancen . . .

■ Der Einsatz spezieller Vermehrungstechniken ermöglicht eine deutliche Steigerung des Ertragspotentials aller Nutzpflanzen. Dies betrifft vor allem auch die züchterisch bislang kaum oder gar nicht bearbeiteten Subsistenzpflanzen wie Cassava oder Süßkartoffeln. Bei Cassava ist eine Vervier- bis Verfünffachung der Erträge denkbar, bei den Getreidepflanzen immerhin eine nochmalige Steigerung um 60%. Verglichen mit den Versuchen unter Laborbedingungen werden allerdings unter Anbaubedingungen im Feld deutliche Abstriche zu machen sein.

■ Durch die schnelle Produktion von virusfreiem Pflanzmaterial können Ernteverluste von bis zu 30% und mehr unmittelbar vermieden werden. Bei gut ausgebauten Verteilungssystemen, die gewährleisten, daß auch kleine Betriebe in weit abgelegenen ländlichen Regionen zuverlässig mit dem gesunden Pflanzmaterial versorgt werden, könnten gerade Kleinbauern und -bäuerinnen von dem neuen Verfahren sehr profitieren.

■ Pflanzen können mittels spezieller Zell- und Gewebekulturverfahren künftig besser an die sie jeweils umgebenden geoklimatischen Verhältnisse angepaßt werden. Die kostspielige Umgestaltung der natürlichen Rahmenbedingungen (Bewässerung, Düngung, etc.) an die Bedürfnisse der Hochertragssorten, die für die "Grüne Revolution" charakteristisch war und zum Ausgangspunkt für eine teilweise enorme Verstärkung der sozialen Disparitäten wurde, kann dabei weitgehend entfallen.

■ Es können neue Impfstoffe entwickelt werden, die in der Herstellung deutlich preiswerter sind als herkömmliche Produkte, nicht mehr gekühlt gelagert werden müssen und daher auch der ländlichen Bevölkerung in entlegenen Gebieten zugute kommen können.

■ Molekularbiologische Grundlagenforschung ermöglicht die Entwicklung präziser diagnostischer Verfahren, durch die Tier- und Pflanzenkrankheiten bereits im Frühstadium sicher nachgewiesen werden können. Geeignete Gegenmaßnahmen können dadurch sehr viel früher eingeleitet und eine Ausbreitung der entsprechenden Krankheit leichter verhindert werden.

■ Durch die Anwendung biologischer Kontrollstrategien im Pflanzenbau, wie z.B. das Ausbringen stickstoffixierender Bodenbakterien oder die Bekämpfung spezifischer Schädlinge durch mikrobielle Verfahren, kann der Einsatz chemischer Inputs stark eingeschränkt werden, wodurch sich die Produktionskosten senken ließen.

■ Durch die Verlängerung der Blüte- und Reifezeiten angebauter Nutzpflanzen können die Risiken kurzfristiger Klimaschwankungen reduziert werden, da die potentiellen Ernteschäden zum jeweiligen Zeitpunkt geringer sind. Gleichzeitig erstreckt sich die Ernteperiode über einen längeren Zeitraum. Dadurch können etwa Saisonarbeitskräfte (speziell Frauen) verläßlich über einen längeren Zeitraum beschäftigt werden.

■ Viele biotechnologische Verfahren sind in der Anwendung arbeitsintensiv, wie z.B. die Vermehrung und das Ausbringen von Bodenbakterien. Hierdurch können im Pflanzenbau neue Arbeitsplätze geschaffen werden, die eine geringe bis mittlere Qualifikation erfordern und damit in vielen Regionen die Strukturanforderungen für eine ländliche Entwicklung erfüllen. Durch die Erhöhung der Erträge werden zusätzlich Arbeitsplätze im Transportbereich sowie beim Aufbau bzw. Ausbau der verarbeitenden Kleinindustrie geschaffen.

■ Biotechnologie kann aufgrund ihrer enormen Variabilität gezielt eingesetzt werden, um erwünschte struktur- oder sozialpolitische Zielsetzungen in Angriff zu nehmen, wie etwa die Besserstellung der Subsistenzbauern. Durch den Anbau von Fruchtsorten, die ohne zusätzlichen Kapitalaufwand für agrarische Inputs zu deutlich höheren Erträgen führen, gleichzeitig aber über eine Pflanzenarchitektur verfügen, die sich einer mechanischen Bearbeitung widersetzt, können die komparativen Vorteile der Kleinbauern - ihre billige Arbeitskraft - gegenüber kommerziellen Farmern besser zur Geltung gebracht werden. Durch Kriterien sozialorientierter Technikgestaltung könnten also im Subsistenzbereich relative Positionsverbesserungen erzielt werden.

■ Durch den Einsatz biotechnologischer Verfahren werden einige Länder der 'Dritten Welt' in absehbarer Zukunft in der Lage sein, ihrerseits den Import teurer (Vor)-Produkte zu substituieren und auf diese Weise Devisen einzusparen, die dann für andere Zwecke zur Verfügung stehen. Viele (Fein)chemikalien oder Medikamente, die bislang zu hohen Kosten aus dem Ausland bezogen werden müssen, können künftig variabel aus verschiedenen Ausgangsstoffen selbst gewonnen werden, sofern die Staaten über entsprechende technologische Fähigkeiten verfügen, oder aber gesicherten Zugang zu diesen Verfahren bekommen. Südliche Länder können sich ferner von spezifischen Zulieferern - etwa im Bereich der Pflanzenschutzchemikalien - unabhängiger machen und partiell wieder mehr ökonomischen und politischen Handlungsspielraum gewinnen.

. . . und Risiken

■ Im Gegensatz zur "Grünen Revolution" sind die zentralen Akteure die großen Pharma-, Chemie- und Nahrungsmittelkonzerne. Ihre privatindustriellen Verwertungsinteressen dominieren die internationale Forschungsagenda und präjudizieren die Ausgestaltung der Rahmenbedingungen für den weltweiten Einsatz der neuen Verfahren. Die Länder des Südens befürchten, daß ihre Möglichkeiten, auf nicht-kommerzielle Weise Zugang zu wichtigen wissenschaftlich-technischen Erkenntnissen zu bekommen, in Zukunft immer stärker eingeschränkt werden.

■ Die kapitalkräftigen Konzerne sind in der Lage, Saatgutfirmen, Pflanzenzuchtbetriebe oder junge Biotechnologiefirmen, deren Produkte und Kenntnisse den eigenen Geschäftsbereich sinnvoll ergänzen, aufzukaufen und durch den Einsatz biotechnologischer Verfahren optimal aufeinander abzustimmen. Hierdurch lassen sich schließlich ganze Produktionsketten - von den agrarischen Inputs (Saatgut, Pflanzenchemikalien) über den Vertrieb und Anbau bis zur Ernte und der industriellen Weiterverarbeitung unter Kontrolle bekommen. Die landwirtschaftlichen Produzenten wären nur noch zwischengeschaltet und den Geschäftsbedingungen der Konzerne ausgeliefert, die bereits heute 80% der Agrarexporte der 'Dritten Welt' abwickeln.

■ Das von den Unternehmen angebotene Saatgut kann nun durch den Einsatz biotechnischer Verfahren so eng auf die konzerneigenen Pflanzenschutzstoffe (Herbizide, Fungizide, Insektizide) abgestimmt werden, daß die Farmer nur noch dann wettbewerbsfähige Erträge erzielen können, wenn sie die genau vorgeschriebenen Chemikalien in der in Menge und Zeitpunkt exakt vorgegebenen Weise ausbringen.

■ Durch Konzentrations- und Übernahmeprozesse im Saatgutsektor werden künftig in noch stärkerem Maße als bisher weltweit nur noch wenige uniforme Hochertragssorten angeboten werden, die speziell im Hinblick auf eine mechanisierte oder weitgehend automatisierte Bearbeitung auf großen Flächen entwickelt werden.

■ Die Begünstigung großer Betriebe wird durch die Synchronisierung der Reife- und Erntezeiten beim Anbau von geklontem Pflanzmaterial noch verstärkt. Plantagen weisen einen deutlich höheren Mechanisierungsgrad auf und können darüberhinaus auf ihre während der 'Grünen Revolution' gemachten Erfahrungen im Umgang mit neuen Pflanzensorten zurückgreifen.

Abgesichert durch ausreichendes Risikokapital können Plantagenfirmen und Großbauern auf diese Weise Innovationsrenten erzielen, die ihre ökonomische Position gegenüber den Kleinbauern weiter verbessern.

■ Führt der Einsatz der neuen Technologien - dominiert von den Verwertungsinteressen der großen Konzerne - einerseits zu einer Verlagerung der landwirtschaftlichen Produktion in Großbetriebe und zu zunehmenden Konzentrationsprozessen, so wird darüberhinaus auch die Plantagenwirtschaft ihrerseits durch die Option bedroht, die Produktion agrarischer Rohstoffe gleich ganz von der landwirtschaftlichen Umgebung abzukoppeln und die Herstellung pflanzlicher Inhaltsstoffe in (nördliche) Bioreaktoren zu verlegen.

■ Bei einem schnellen Wegbrechen der entsprechenden Exportmärkte muß mit gravierenden sozio-ökonomischen Auswirkungen in der 'Dritten Welt' gerechnet werden, die vor allem die sozial ohnehin benachteiligte Bevölkerung in ländlichen Regionen negativ betreffen. Mit der Zunahme der ländlichen Arbeitslosigkeit steigen wiederum Armut und Hunger.

■ Die neuen Biotechnologien eröffnen sowohl den Nahrungsmittelkonzernen wie auch den Unternehmen aus dem Non-Food-Bereich vielfältige Optionen, agrarische Rohstoffe künftig entweder variabel aus verschiedenen Ausgangsprodukten zu gewinnen oder aber mittels bio-synthetischer Verfahren im Bioreaktoren herzustellen. Es entsteht in zunehmendem Maße ein globales Rohstoff-Roulette, bei dem die vielfältigsten Produzenten - selbst ganze Branchen - die bislang in keinerlei Konkurrenzverhältnis zueinander standen, gegeneinander ausgespielt werden können.

■ Da die landwirtschaftlichen Produzenten in der 'Dritten Welt' speziell im Zusammenhang mit dem Einsatz von gentechnisch verändertem Saatgut zur Produktion von Industriepflanzen u.U. gar nicht mehr wissen, welches Produkt für welchen Zweck sie tatsächlich herstellen, erscheinen Erzeugerkartelle oder integrierte Rohstoffprogramme künftig ausgeschlossen.

Nicht zuletzt besteht die Gefahr, daß umstrittene Freisetzungen oder sonstige gentechnische Experimente - etwa der Einsatz neuartiger Impfstoffe - ohne Wissen der Regierungen oder der betroffenen Bevölkerungsgruppen gezielt in Regionen der 'Dritten Welt' vorgenommen werden, um auf diese Weise z.B. zu Testergebnissen zu kommen, die bei stringenter Beachtung der Sicherheitsrichtlinien der Industrieländer (noch) nicht möglich gewesen wären. Gerade die ökologischen Risiken beim Ausbringen von gentechnisch veränderten Organismen scheinen zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht einmal theoretisch ausreichend verstanden worden zu sein.



Biotech-Lebensmittel - verpackungsgerecht gezüchtet

turpflanzen nicht etwa gegen die gefährlichen Krankheiten und Schädlinge resistent zu machen, sondern gegen die aus dem gleichen Haus angebotenen Pestizide. Diese Paket-Strategie wird den Konzernen zwar kräftige Zusatzgewinne verschaffen, jedoch mit hoher Wahrscheinlichkeit zu einem verstärkten Schadstoffeintrag in die Böden und damit ins Trinkwasser führen. Darüberhinaus wird sich die ländliche Armut bzw. die Erwerbslosigkeit verstärken, sollten zentrale arbeitsintensive Tätigkeiten im Pflanzenbau, wie z.B. das Unkrautjäten, durch den Einsatz der Chemikalien in Verbindung mit dem darauf abgestimmten Hochleistungssaatgut künftig entfallen. Gerade das Jäten trägt mit etwa 30% großen Anteil am anfallenden Arbeitsvolumen im Pflanzenbau in der Dritten Welt und sichert(e) bislang vor allem den Frauen einen verläßlichen Grundverdienst.

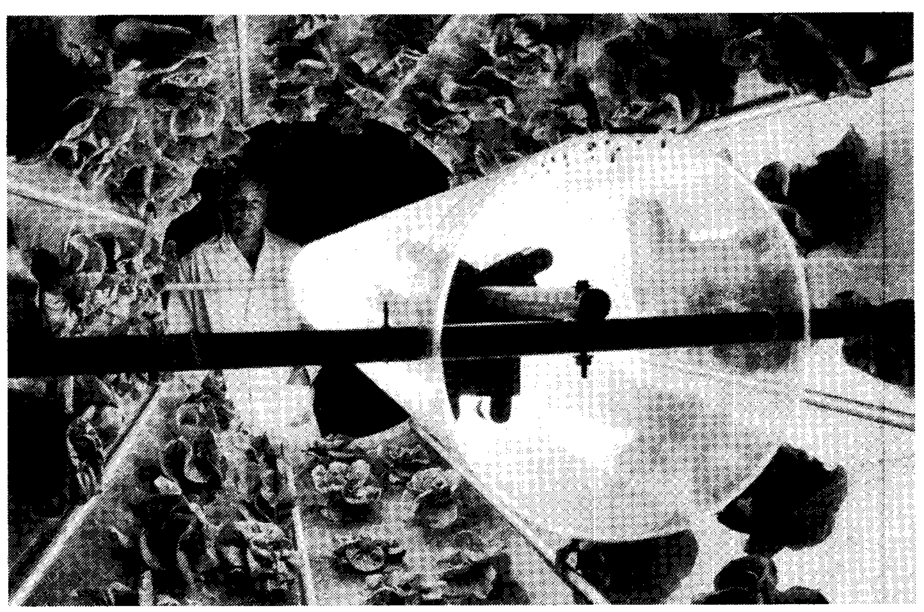
Außerordentlich argwöhnisch werden von den südlichen Ländern auch weitere Forschungsansätze verfolgt, die darauf abzielen, die Produktion aller ihrer wichtigen landwirtschaftlichen Exportprodukte - von Gewürzen über pharmazeutisch wertvolle Pflanzeninhaltsstoffe bis hin zu Kakao und Kaffee - entweder mittels Zellkulturverfahren oder der industriellen Enzymtechnik in nördliche Bio-Reaktoren (Fermenter) zu verlegen oder aber durch den Einsatz gentechnischer Verfahren in die heimischen Kulturpflanzen Kartoffel, Soja und Raps zu verlagern. Die ökonomischen Auswirkungen im Falle des schnellen Wegbrechens wichtiger Agrarexportmärkte - und hierauf zielen alle Substitutionsbemühungen letztendlich ab - könnten für viele Länder im Süden verheerend sein.

Abgesehen von der Möglichkeit, teure Pflanzeninhaltsstoffe wie z.B. Vanille mittels bio-synthetischer Verfahren künftig in den Industrieländern herzustellen, eröffnen die neuen Technologien nun aber auch immer vielfältigere Optionen, agrarische Rohstoffe künftig variabel aus völlig verschiedenen Ausgangssubstanzen zu gewinnen. Diese können anschließend dem Food- sowie dem Non-Food-Sektor zur industriellen Weiterverarbeitung zugeführt werden. So lassen sich z.B. mittels Enzymtechnik hochwertige Kakaobutterersatzstoffe aus einer ganzen Reihe pflanzlicher oder tierischer Öle gewinnen (Palm-, Soja-, Walfischöl, etc.), die bislang keinerlei Bezug zur Kakao-Produktion hatten.

Auf diese Weise wird in den USA bereits seit vielen Jahren ein Süßstoff (HFCS) auf der Basis von Mais-Stärke gewonnen, der in der Getränkeproduktion anstelle von Zucker verwendet wird und zu einem drastischen Rückgang der Exporteinnahmen einzelner zuckerrohranbauender Länder geführt hat.

Wie der japanische Fischer mit dem Kakaobauern in Ghana konkurriert

Im Zusammenhang mit den hohen Aufwendungen nördlicher Konzerne für biotechnologische Forschung und Entwicklung und der Verbesserung ihrer produktionstechnischen Optionen - speziell im Bereich der industriellen Enzymtechnik - ist zu erwarten, daß sich das Spektrum möglicher Ausgangssubstanzen, die für die Produktion hochwertiger Ersatzstoffe jeweils in Betracht gezogen werden können, ständig verbreitern wird. Aufgrund der technologisch gegebenen Möglichkeit, landwirtschaftliche Vorprodukte zunächst einmal auf ihre zentralen Bestandteile (Fette, Kohlehydrate, etc.) zu reduzieren, um sie anschließend mittels biotechnologischer Verfahren wieder zu ver-



„Fertiggemüse" - nach 20 Tagen frisch auf den Tisch

edeln und zu neuartigen Lebensmitteln oder Industrieerzeugnissen aufzuwerten, entstehen Weltmärkte auf Komponentenbasis. Diese können dann von der Nachfrageseite her neu strukturiert und auf die Unternehmensinteressen hin ausgerichtet werden. Damit werden aber auch die traditionellen Produzenten dieser Ausgangssubstanzen, selbst solche, die bislang in keinerlei Konkurrenzverhältnis zueinander stehen, zunehmend austauschbar und können von den Konzernen, welche die Agrarexporte der Dritten Welt bereits heute weitgehend kontrollieren, gegeneinander ausgespielt werden.

"Der ghanaische Kakao-Kleinproduzent konkurriert nicht mehr nur auf einem Weltkakaomarkt mit den Kakaoplantagen Indonesiens und Brasiliens, sondern auf einem Weltfettmarkt mit den Kokospalmenbäuerinnen Thailands und den Ölpalmenplantagen Malaysias, dem Olivenanbau im Mittelmeergebiet, dem norddeutschen Rapsanbau und womöglich mit der Fischereiflotte Japans".[2]

Das Geschäft mit der Saat

Darüberhinaus haben die Konzerne aber auch die Möglichkeit, durch einen sinnvollen Zukauf vor- oder nachgelagerter Geschäftsbereiche bzw. durch strategische Kooperationen, eine institutionelle Kontrolle über ganze Produktionsketten zu bekommen. Vom Saatgut und dem Vertrieb passender Pflanzenschutzchemikalien über den Pflanzenbau bis zur Ernte und der anschließenden Weiterverarbeitung der landwirtschaftlichen Produkte könnte der Zugriff der Konzerne reichen.

Führt der Einsatz der Biotechnologie also einerseits zu einer Flexibilisierung produktionstechnischer Abläufe, so trägt er andererseits dazu bei, den angestrebten Zugriff auf ganze Produktionsketten zu festigen und die Integration der zugekauften Geschäftsbereiche (z.B. Saatgutfirmen) in die eigene Hauptproduktionslinie zu erleichtern.

Dabei eröffnen die neuen Verfahren die Option, modernes Hochleistungssaatgut - präzise auf die eigenen Pflanzenschutzmittel abzustimmen. Die angestrebten Leistungsmerkmale können somit nur dann erreicht werden, wenn die Farmer die von den Herstellern vorgeschriebenen Pflanzenschutzchemikalien in der in Menge und Zeitpunkt exakt vorgegebenen Weise ausbringen.

Aus der Sicht der Unternehmen entstehen auf diese Weise attraktive Kopplungsgeschäfte. Die ohnehin bereits geschwächten landwirtschaftlichen Rohstoffproduzenten können noch stärker an einzelne Unternehmen gebunden und mit technischen Mitteln auf deren produktstrategische Vorgaben verpflichtet werden.

Mit dem Aufkauf der traditionellen Saatgutfirmen, die teilweise über hohe Weltmarktanteile bei einzelnen Nutzpflanzenarten verfügen, ist für die Konzerne aus der Chemie- und Nahrungsmittelbranche darüberhinaus auch automatisch die Übernahme der von diesen Firmen im Zusammenhang mit der "Grünen Revolution" weltweit aufgebauten Vertriebsnetze verbunden. Damit ist gewährleistet, daß keine zusätzlichen Marktzutrittsbarrieren mehr überwunden werden müssen. Die Konzerne sind somit in der Lage, gerade vor dem Hintergrund der politischen Bemühungen um eine weltweite Liberalisierung der Agrarmärkte, das von ihnen angebotene Hochleistungssaatgut (auch unter einem vertrauten Namen) zu den angestrebten Zielgruppen zu bringen.

Die bereits seit Jahren zu beobachtende Konzentrations- und Übernahmewelle auf dem Saatgutsektor wird dazu führen, daß die kleineren Anbieter schließlich völlig vom Markt verschwinden werden - und damit auch die selteneren Landsorten. Statt einer Vielzahl bodenständiger Varietäten wird dann weltweit nur noch das uniforme Hochleistungssaatgut multinationaler Konzerne im Handel sein, in welches mittels biotechnologischer Verfahren präzise Handlungsvorgaben für die Farmer eingebaut werden. Diese Vorgaben müssen strikt beachtet werden, wenn der Pflanzenbau - angesichts der zunehmenden Austauschbarkeit der Produzenten - international noch wettbewerbsfähig bleiben soll.

Roulette auf dem Komponentenmarkt

Die Flexibilisierung produktionstechnischer Abläufe durch biotechnologische Verfahren wird in Verbindung mit der institutionellen Kontrolle über ganze Produktionsketten schließlich zu einem globalen Rohstoff-Roulette führen: Vor allem Kleinbauern, aber auch ganze Branchen oder Exportregionen können zwischen den Vorgaben der Agrar-Input-Industrie, die das modifizierte Saatgut bereitstellt, und den Nahrungsmittel- oder Chemie-Konzernen, welche die Produkte schließlich aufkaufen, problemlos zerrieben werden, wenn sie den Pflanzenbau nicht zu den ökonomischen Bedingungen der Konzerne markt- und verarbeitungsgerecht betreiben.

Von den Konzernzentralen kann also über den Technologieträger Saatgut tendenziell eine globale Fernkontrolle[3] über den Pflanzenbau ausgeübt werden. Damit bestimmen sie die Spielregeln für die weltweite Erwirtschaftung von Rohstoffen. Die Produzenten in der Dritten Welt hingegen - speziell Kleinbauern und -bäuerinnen - verfügen nicht im entferntesten über Mitsprachemöglichkeiten oder auch nur eine ausreichende Markttransparenz, die ihnen gegenüber den Konzernen Handlungsspielräume eröffnen könnten. Vor allem im Zusammenhang mit dem Einsatz gentechnisch veränderter Industriepflanzen wissen die Pflanzenbauer in der Dritten Welt eventuell nicht einmal mehr, welches Produkt für welchen Zweck sie tatsächlich herstellen. Die Bildung von Erzeugerkartellen zur Exporterlösstabilisierung oder gar ein neuartiges, den rouletteartigen Interaktionsmustern angepaßtes Rohstoffprogramm, welches der strukturellen Unüberschaubarkeit globaler Komponentenmärkte Rechnung tragen könnte, erscheint bereits an diesem Punkt ausgeschlossen.

Durch den Einsatz der Gentechnik werden die durch die neuen biotechnologischen Verfahren eröffneten Möglichkeiten der Produktionsverlagerung und der Austauschbarkeit landwirtschaftlicher Produzenten noch einmal enorm ausgeweitet. Die Unberechenbarkeit der Nachfragesituation wird sich weiter erhöhen und die Position traditioneller Anbieter agrarischer Rohstoffe

insgesamt noch einmal verschlechtern.

Erbgutmanipulierte Organismen können künftig industriell wichtige Feinchemikalien oder Pharmaka produzieren. Dies kann durch veränderte Kulturpflanzen, durch Einzeller oder traditionelle Nutztiere geschehen, die die gewünschten Substanzen nun auf biologischem Weg synthetisieren und über ihre Drüsen ausscheiden. Auf der Anbieterseite treten damit völlig neuartige Akteure auf, die die Wettbewerbssituation völlig undurchschaubar machen. Es kommt nämlich zu bislang gar nicht vorstellbaren Konkurrenzkonstellationen, wenn durch den Einsatz der Gentechnik nicht nur die Artgrenzen überwunden werden können, sondern wenn zusätzlich auch noch die Trennlinien zwischen tierischer und pflanzlicher Rohstoffproduktion, zwischen landwirtschaftlichem und industriellem Bereich sowie auch zwischen den traditionellen Industriebranchen verschwinden:

Brauereien, die über die notwendigen Fermentationstechnologien verfügen, können auf die Produktion von Pharmaka umstellen (so z.B. die Firmen Kirin und Suntori in Japan). Milchfarmen, die nach dem breiten Einsatz von Wachstumshormonen und deutlichen Ertragssteigerungen durch Überproduktion und Preisverfall vor dem wirtschaftlichen Ruin stehen, können ihre Kühe zur Produktion teurer Medizinalstoffe (z.B. Interferon, Humaninsulin) "veranlassen". Sie konkurrieren in diesem Fall mit Plantagen und Brauereien um die Herstellung pharmazeutisch wichtiger Substanzen.

Gerade auch bei wertvollen Feinchemikalien (z.B. teure Duft- und Aromastoffe), die bislang zwar in Zellkultur hergestellt, aber noch nicht zu wettbewerbsfähigen Bedingungen großtechnisch produziert werden können, bieten die molekularbiologischen Verfahren der Gentechnik die Möglichkeit, die Produktivität ausgesuchter Zellinien deutlich zu erhöhen und rentabel zu machen.

Entscheidungsträger aus dem Süden, die angesichts einer völlig unzureichenden Informationslage die Gefahren einer eventuellen Produktionsverlagerung nur unzureichend einschätzen können, sind so kaum in der Lage, frühzeitig verläßliche Gegenmaßnahmen einzuleiten. Ihnen fehlt jegliche verläßliche Kalkulationsgrundlage, ob ihre Agrarerzeugnisse substituiert werden können und wann gegebenenfalls die Produktion spezifischer Pflanzeninhaltstoffe in den nördlichen Bio-Reaktoren aufgenommen wird.

Düstere Aussichten

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß der Einsatz der neuen Verfahren zu erheblichen politischen und ökonomischen Verschiebungen im System der internationalen Rohstoffproduktion führen wird. Deren Reichweite und ihre sozialen Implikationen sind zum jetzigen Zeitpunkt noch gar nicht abzuschätzen. Potentiell bieten die neuen Techniken und Verfahren - speziell solche unterhalb der Schwelle zur Gentechnik - vielfältige Ansatzmöglichkeiten, den Problemdruck in der Dritten Welt auf vergleichsweise einfache Weise abzumildern (etwa durch die Vermeidung großer Ernteverluste mittels einer Bereitstellung virusfreien Pflanzenmaterials).

Vor dem Hintergrund der gegebenen Macht- und Interessenstrukturen ist jedoch vielmehr von einer weiteren Verschlechterung der Position der Länder und Menschen der 'Dritten Welt' auszugehen. Durch Überproduktionen und Preisverfall, zunehmenden Konkurrenzdruck bei wegbrechenden Exportmärkten und das Auftreten völlig neuartiger Anbieter im Rahmen einer unüberschaubaren Wettbewerbssituation, sind speziell die Agrarexporteure in der 'Dritten Welt' negativ betroffen. Erste ökonomische Studien rechnen mit Beschäftigungsverlusten von bis zu 50%[4]. In der Folge werden betroffene Länder noch stärker den Vorgaben internationaler Finanzinstitutionen ausgeliefert sein, z.B. ihre Exportflächen für den Anbau gentechnisch veränderter Industriepflanzen für den Norden freizumachen; oder aber sie laufen Gefahr - speziell bei monokultureller Ausrichtung ihrer Exportstrukturen - durch die zu erwartenden Produktionsverlagerungen vom Weltmarkt zwangsabgekoppelt zu werden.

Selbst vehemente Verfechter eines möglichst breiten Einsatzes der neuen Verfahren - inklusive der Gentechnik - befürchten, daß bereits in naher Zukunft nicht mehr der "faire Welthandel" Gegenstand der Auseinandersetzungen zwischen Nord und Süd sein wird, sondern der Handel schlechthin.[5]

Der Hauptgrund zur Sorge liegt für viele Kritiker also zunächst weniger in der Technologie selbst. Vielmehr gibt hauptsächlich die mangelnde Transparenz der Forschungs- und Entwicklungsanstrengungen der multinationalen Konzerne sowie die starke Tendenz zur privatrechtlichen Verfügung über genetisches Ausgangsmaterial und Übertragungstechnologien in deren Hand, Anlaß zu der Befürchtung, daß die globalen Agrarmärkte immer umfassender in die Abhängigkeit der Konzerne geraten könnten.

Wenn im Bereich der Technikgestaltung keine deutliche Korrektur vollzogen wird und keine gegensteuernden Eingriffe durch öffentliche Forschungseinrichtungen erfolgen, steht vor dem Hintergrund der laufenden Entwicklung zu befürchten, daß sich mit der "Bio-Revolution" die Erfahrungen der 'Grünen Revolution' in noch nicht absehbarem Ausmaß wiederholen werden. Trotz des theoretisch vorstellbaren Nutzenpotentials der Biotechnologie werden unter den gegenwärtigen Bedingungen die sozio-ökonomischen Auswirkungen diejenigen der 'Grünen Revolution' in den Schatten stellen - ganz abgesehen von den unkalkulierbaren Risiken im ökologischen Bereich.

E. Schubert

Anmerkungen:

1) Dr. Adebayo Adedeji, Under-Secretary-General, UN Economic Commission for Africa, 1987, Zit.n.: Fowler, C.; et.al.: The Laws of Life, in: Development Dialogue 1-2, 1988, S.104
2) Flitner, Michael: Biotechnologie und landwirtschaftliche Produktion in Entwicklungsländern, in: Geographische Rundschau Nr. 27/1991, S.81
3) zur Fernkontrolle s. Ruivenkamp, Guido: The Impact of Biotechnology on International Development: Competition between Sugar and New Sweeteners, in: Vierteljahresberichte, März 1986, S. 89-101
4) Galhardi, Regina: Employment and Income Effects of Biotechnology in Latin America: A Speculative Assessment, ILO 1993, S.17
5) Sasson, Albert: Biotechnologies and Development, Paris 1988, S.255 ff

Eine umfangreichere Literaturliste zu diesen und den folgenden Artikeln kann bei uns bestellt werden.

Das Einmaleins der Biotechnologie

Verfahren, Einsatzmöglichkeiten und Anwendungsbereiche

Die Biotechnologie umfaßt eine ganze Palette von Verfahren, die in die natürlichen Reproduktionsabläufe von Organismen eingreifen. Nur die Gentechnik nimmt, wie der Name schon sagt, direkte Manipulationen am Erbgut vor. Die anderen Verfahren, Zell- und Gewebekulturverfahren sowie Enzymtechnik und Fermentierung arbeiten mit Zellen oder Mikroorganismen, ihre Eingriffe stehen weitgehend im Einklang mit den natürlichen pflanzenphysiologischen Prinzipien. Die im folgenden vereinfacht beschriebenen Verfahren sowie ihre potentiellen Anwendungsmöglichkeiten in der Landwirtschaft sind in der Mehrzahl bis heute noch nicht zu Standardverfahren gereift, d.h. es sind technische Optionen, die in langwierigen trial and error- Verfahren für jede einzelne Pflanze erst erprobt werden müssen.

I. ZELL- UND GEWEBE-KULTURVERFAHREN

Die Zell- und Gewebekulturverfahren sind Techniken, bei welchen auf der Ebene von Gewebeteilen, einzelnen Zellen oder ihren Zellbestandteilen in den natürlichen Wachstumszyklus von Pflanzen eingegriffen wird. Die hierbei vorgenommenen Manipulationen stehen weitgehend im Einklang mit den natürlichen pflanzenphysiologischen Prinzipien, eröffnen auch ohne den Einsatz der Gentechnik aber dennoch ein überaus vielfältiges Anwendungsspektrum. Bei den Zell- und Gewebekulturverfahren macht man sich die Tatsache zunutze, daß sich Pflanzenteile oder auch einzelne Pflanzenzellen in einer geeigneten Umgebung grundsätzlich erhalten lassen. Werden die Rahmenbedingungen, also Art und Zusammensetzung der Nährlösung, Temperatur etc. gezielt verändert, lassen sich im Labor aus den Gewebeteilen oder sogar aus einzelnen Pflanzenzellen immer wieder ganze Pflanzen regenerieren. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt sind allerdings diese Verfahren für viele Pflanzenarten - hierzu zählen speziell alle Getreidearten - noch lange nicht einsatzreif.

Keimplasmakonservierung

Isoliert man einzelne Pflanzenzellen oder Gewebeteilchen, legt sie in eine Petrischale und gibt die geeigneten Nährstoffe hinzu, so bildet sich im Labor aus den Zellen oder Gewebeteilchen ein undifferenzierter Zellhaufen. Dieser Zellklumpen (Kallus) kann nun genutzt werden, um das Keimplasma seltener Kultur- oder Wildpflanzen in einer Petrischale (in vitro) einzulagern. Auf diese Weise können seltene, vom Aussterben bedrohte Pflanzen länger erhalten werden als bei bloßer Einlagerung ihrer Samen in einer Genbank, die nach einer bestimmten Zeit nicht mehr regenerationsfähig wären. Die Konservierung von Pflanzen in Kallusform kann daher eine sinnvolle Ergänzung der Instrumente der Genbanken sein, bei ihrem Bemühen, die genetische Vielfalt für die Nachwelt zu erhalten. (Selbstverständlich enthebt diese Option niemanden der Verantwortung zum Artenschutz). Aus diesem undifferenzierten Zellhaufen können in einem anderen technischen Verfahren grundsätzlich wieder ganze Pflanzen gewonnen werden. Diese sind dann mit der Ausgangszelle bzw. dem pflanzlichen Gewebe identisch.

Mikrovermehrung/Klonen

Grundsätzlich reicht für die Regeneration einer ganzen Pflanze eine einzige Pflanzenzelle aus, wobei es in der Regel keine Rolle spielt, aus welchem Teil der Pflanze diese Zelle entnommen wurde. Jede Pflanzenzelle enthält die gesamte Erbinformation in ihrem Erbgut (Genom) und reproduziert diese in ihrer Gänze (Totipotenz) und ohne funktionale Differenzierung - im Gegensatz zu tierischem oder menschlichem Gewebe. Alle auf diese Weise aus Zellen regenerierten Pflanzen sind also genetisch identisch und unterscheiden sich hinsichtlich ihrer Erbinformation weder untereinander noch vom Ausgangsmaterial. Sie sind Klone. Da bei dieser asexuellen Vermehrung das Gewebe nicht über Samen, sondern aus kleinsten Teilen in der Petrischale vermehrt und regeneriert wird, spricht man hierbei von einer Mikrovermehrung (Mikropropagation). Bei einer Mikrovermehrung entsteht üblicherweise geklontes Pflanzmaterial.

Auf jedem Feld finden sich grundsätzlich einzelne Pflanzen, die bei ansonsten gleichen Umwelt- und Düngebedingungen deutlich höhere Erträge oder sonstige verbesserte Eigenschaften als ihre unmittelbaren Nachbarpflanzen besitzen. Nimmt man nun das Gewebe von diesen „Hochleistungspflanzen" und nutzt dieses zur Mikrovermehrung, kann man die bisherigen Durchschnittserträge deutlich erhöhen. Bei gewissen Pflanzenarten, wie z.B. Cassava, ist auf diese Weise eine Vervielfachung der Erträge möglich. Darüberhinaus kann mit diesem Verfahren prinzipiell das Ertragspotential aller Pflanzenarten, also auch der während der "Grünen Revolution" vernachlässigten Pflanzen der Subsistenzbauern, enorm verbessert werden. Einschränkend muß hier jedoch gesagt werden, daß geklontes Pflanzmaterial anfälliger ist für Schädlinge und Krankheiten als die konventionell gezogenen Sorten. Dies könnte einerseits zu einem höheren Aufwand an Pflanzenschutzmitteln führen, zum anderen wird auch der Trend zur genetischen Erosion durch den Anbau von geklontem Pflanzmaterial verstärkt. Ferner dürften auch die Plantagen von den neuen Sorten stärker und früher profitieren als die Kleinbauern, da die uniformen Pflanzen durch ihre synchronisierten Blüte- und Erntezeiten geradezu prädestiniert sind für eine mechanische oder automatisierte Bearbeitung auf großen Flächen.

Virusfreies Pflanzmaterial

Ein Großteil der potentiellen Welternte an Nahrungsmitteln geht nicht nur durch unsachgemäße Lagerung verloren, sondern wird bereits auf dem Feld durch den Befall

von Viren oder anderen Pflanzenkrankheiten verdorben. Hierbei beläuft sich der Verlust infolge einer Infektion durch Viren bei einzelnen Hauptfruchtarten auf bis zu 30% oder mehr. Sind aber Pflanzenbestände in einzelnen Regionen erst einmal großflächig von Viren befallen, so sind es auch ihre Nachkommen - der Ernteverlust wird ohne den Einsatz von Pflanzenchemikalien zur Bekämpfung der Übertragungsmechanismen (Insekten oder Bakterien) endemisch. Dies gilt speziell für vegetativ (über Ableger) vermehrte Pflanzen wie z.B. die Kartoffel. Es gibt nun allerdings bei jeder Pflanze einen Bereich, die obersten/ersten Millimeter der Sprossen oder der Wurzeln, der aus bislang noch ungeklärten Gründen in der Regel frei von Virenbefall bleibt. Nimmt man dieses Sprossengewebe, das sogenannte Meristemgewebe, als Ausgangspunkt für Zell- und Gewebekulturen, läßt sich damit durch Mikrovermehrung gesundes Pflanzmaterial erzeugen. Damit können die bisherigen Ernteverluste durch Virusbefall unmittelbar vermieden werden. Dieses Verfahren zur schnellen Produktion von gesundem Pflanzmaterial hat in vielen Ländern der Dritten Welt eine große Bedeutung - speziell bei der Produktion von Kartoffelpflanzen zur Sicherung der Grundversorgung. Gegenüber dem herkömmlichen - rein vegetativen - Verfahren zur Produktion von Kartoffelpflanzen ist die neue Methode etwa 100.000 mal schneller. Allerdings ist die Gefahr einer Neuinfektion bei virusfreiem Material höher als bei den konventionell gezogenen Sorten; das Pflanzmaterial muß daher nach wenigen Jahren wieder ausgetauscht und von neuem durch virusfreies ersetzt werden.

Somaklonale Variation

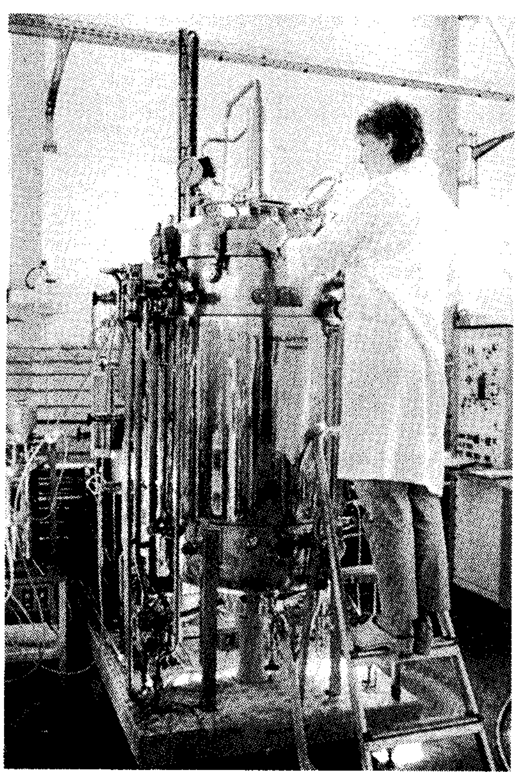
Pflanzliches Gewebe ist nicht stabil, sondern weist eine gewisse Anfälligkeit für biochemische Veränderungen seines Erbgutes (Mutationen) auf. Während bei der Mikrovermehrung von Pflanzen grundsätzlich genetisch identische Replikationen, also Klone, produziert werden, kann man sich die latente Variabilität der Zellen auch zunutze machen, um durch die Zugabe von Chemikalien oder auch radioaktive Bestrahlung die Mutationsrate gezielt zu erhöhen. Bringt man anschließend die mutierten Zellen in Nährlösung und setzt sie gezielt denjenigen Streßfaktoren aus (Kälte, Salz, Pflanzengifte etc.), gegen die die künftigen Pflanzen später Toleranzen aufweisen sollen, so überleben nur diejenigen Zellen, bei denen zufällig die 'richtige' Mutation stattgefunden hat. Durch künstlich induzierte Veränderungen des Erbgutes kann man also gezielt nach Pflanzenmaterial suchen, welches eine neue, erwünschte Eigenschaft aufweist. Allerdings läßt sich an den auf diese Weise mutierten Zellen noch nicht ablesen, welche Eigenschaften auf der Ebene des Gesamtorganismus später auftreten werden, oder ob ein Rückbau anderer, erwünschter Merkmale erfolgte. Damit steht dieses Verfahren aber lediglich vor demselben Problem, mit dem auch die Gentechnik zu kämpfen hat.

Mit dieser Methode können prinzipiell alle Pflanzen auf Resistenz gegen biotische (Schädlinge, Krankheiten) und abiotische (Salz, Aluminium, Schwermetalle etc.) Streßfaktoren gezüchtet werden. Der Selektionsvorgang in der Petrischale spart gegenüber der konventionellen Kreuzungszüchtung dabei enorm an Platz und Zeit. In einer einzigen Petrischale können in kurzer Zeit 3 Millionen Zellen (3 Millionen potentieller Pflanzen) auf die neuen Eigenschaften überprüft werden. (Die unzureichende Patentwürdigkeit dieses letztendlich natürlichen Adaptionsprozesses dürfte der Grund sein, warum die Gentechnik-Apologeten die Potentiale der somaklonalen Variation bislang erfolgreich verschweigen.)

Phytoproduktion

Unter Zugabe entsprechender Nährlösungen können Pflanzenzellen auch einzeln reproduziert und dann im Bio-Reaktor massenhaft vermehrt werden. Es entsteht dann kein Kallus, sondern eine wässrige Lösung. Unter geeigneten Bedingungen können diese Zellen dann im Bio-Reaktor zur Produktion spezifischer Pflanzeninhaltsstoffe veranlaßt werden. Diese Feinchemikalien sind aufgrund ihrer komplexen Struktur nicht chemisch synthetisierbar und werden daher bislang zu hohen Kosten aus den Extrakten gesammelter Pflanzen gewonnen. Diese gewünschten Substanzen fungieren in der Natur als pflanzliche Boten-, Lock- oder Abwehrstoffe und werden von den Menschen als Gewürze, Geschmacks- oder Duftstoffe verwendet.

Lassen sich nun einzelne Zellinien isolieren und im Bio-Reaktor kultivieren, die zur Produktion der natürlichen Substanz in hoher Konzentration und bei hoher Geschwindigkeit in der Lage sind, könnte es wirtschaftlich sinnvoll sein, den Import südlicher Pflanzenextrakte zu substituieren und ihre Produktion in nördliche Bioreaktoren zu verlagern. Ansatzpunkt der Phytoproduktion sind teure Gewürze, Aromastoffe, Nahrungsmittelzusatzstoffe etc. Das erste agrarische Hauptexportprodukt, welches von der Verlagerung in den Norden betroffen sein wird, ist Vanille. Hier ist es möglich, einen Großteil der Weltjahresproduktion (35%) in einer einzigen Fabrik (in den USA) herzustellen. 75% aller Vanilleschoten kommen bislang aus Madagaskar und erwirtschaften 10% der Deviseneinnahmen des Landes. Beim schnellen Wegbrechen dieses wichtigen Exportmarktes wären hier 70.000 Kleinbauern unmittelbar in ihrer Existenz bedroht. Aufgrund der enormen technischen Anforderungen, die bei einer Produktion von Pflanzeninhaltstoffen im Bio-Reaktor erfüllt werden müssen, ist zumindest auf absehbare Zeit nicht mit einer breiten Verlagerung südlicher Pflanzeninhaltsstoffe in nördliche Bioreaktoren zu rechnen. Allerdings ist die Phytoproduktion nicht das einzige biotechnologische Verfahren, welches eine Produktionsverlagerung in den Norden ermöglicht.



Fermenter (Bioreaktor);
Bild links: Chromosom (enthält die DNA-Stränge)

II. EINSATZ VON MIKROORGANISMEN (ODER IHRER BESTANDTEILE)

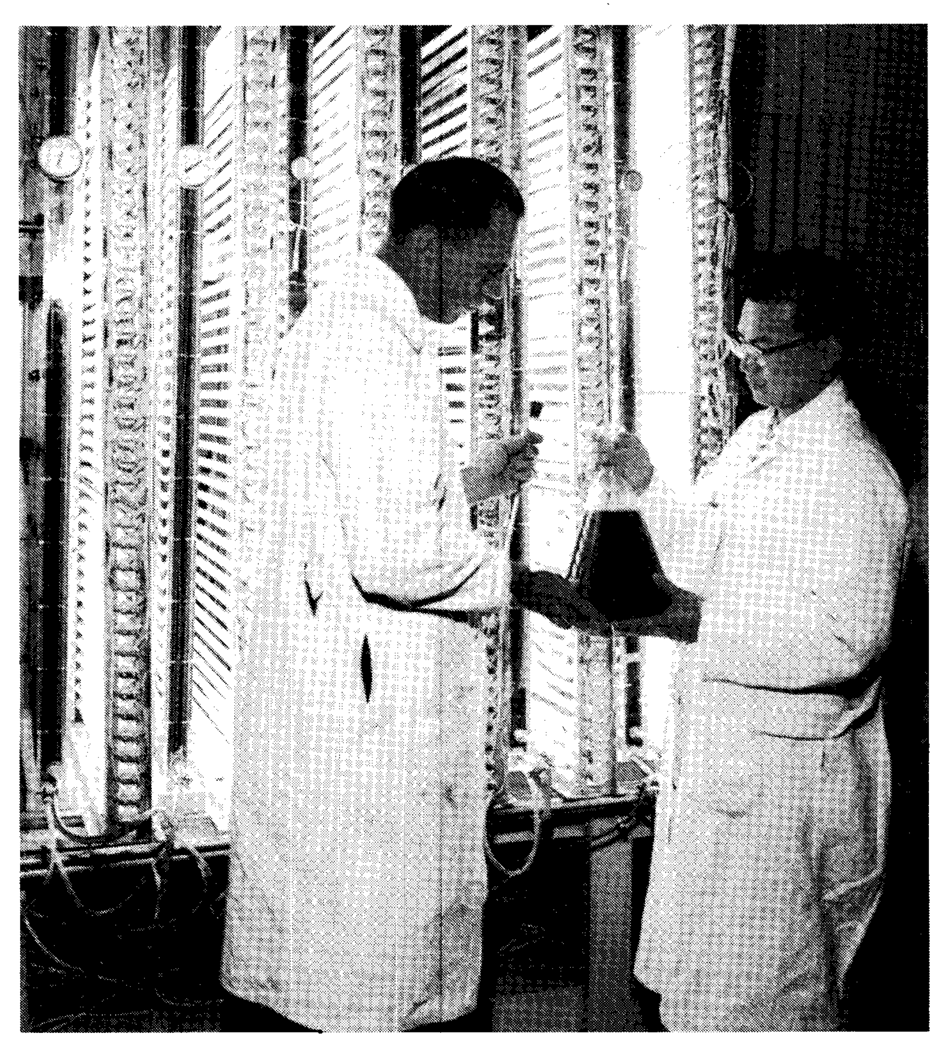
Auch einzellige Mikroorganismen, wie etwa spezielle Bakterien, können im Bio-Reaktor massenhaft vermehrt und anschließend für spezifische Zwecke nutzbringend eingesetzt werden. So gibt es z.B. Bakterien, die durch ihre natürlichen Stoffwechselvorgänge einen Giftstoff, ein Toxin, produzieren, welches für bestimmte Raupenarten tödlich ist. Wird dieser Mikroorganismus nun im Bio-Reaktor vermehrt und anschließend auf den insektengefährdeten Gebieten ausgebracht, fungiert er als natürliches Insektenbekämpfungsmittel, welches in hohem Maße zielspezifisch ist und keine schädigenden Auswirkungen auf das Öko-System hat. Andere Bakterienstämme, die Rhizobien, sind in der Lage, Stickstoff, der für Pflanzen lebensnotwendig ist und in der Atmosphäre überreichlich vorhanden ist, zu assimilieren und einer Reihe von Pflanzen über den Wurzelbereich zuzuführen. Auf diese Weise erfolgt eine natürliche Düngung. Werden diese Bakterien im industriellen oder halbindustriellen Maßstab vermehrt und anschließend auf den Feldern ausgebracht (Inokulierung),

kann der Einsatz von künstlichem Stickstoffdünger deutlich reduziert werden. Hierdurch können die Zahlungsbilanzen der Entwicklungsländer, die bislang gerade durch den Import teurer Agrarchemikalien stark belastet sind, entspannt werden. So hat die biologische Stickstoffdüngung im brasilianischen Soja-Anbau bereits den vollständigen Ersatz der chemischen Düngung ermöglicht. Die Kostenersparnis allein aus dieser Importsubstitution beläuft sich auf 500 Mio.$ pro Jahr zugunsten Brasiliens.

Einsatz von Fermentern

Bis auf den heutigen Tag macht man sich die Eigenschaften von Mikroorganismen vor allem bei der Herstellung von Nahrungsmitteln zunutze - bei der Gärung von Bier ebenso wie bei der Produktion von Joghurt und Käse oder der Konversion von Wein zu Essig. Sind es ganze Mikroorganismen (Bakterien oder Hefen), durch deren natürliche Stoffwechselleistungen ein Ausgangsstoff unter Ausschluß von Sauerstoff transformiert wird, spricht man von einer Fermentierung. Während der Fermentierung werden neben Gärungsprodukten allerdings auch noch andere Stoffwechselprodukte gebildet. Auch diese lassen sich durch den Einsatz von Mikroorganismen nun gezielt im industriellen Maßstab herstellen. Bereits seit einigen Jahrzehnten werden zahlreiche Feinchemikalien, wie etwa spezielle Aminosäuren oder auch Antibiotika wie z.B. Penicillin im Bio-Reaktor produziert. Antibiotika sind dabei lediglich die natürlichen Abwehrmechanismen der Mikroorganismen untereinander, welche nun im großtechnischen Maßstab gewonnen und dann für medizinische Zwecke eingesetzt werden können. Penicillin ist das spezifische Stoffwechselprodukt eines speziellen Pilzes.

Die Fermentierung kann, vor allem wenn sie im industriellen Maßstab abläuft, in speziell dafür konstruierten Behältern stattfinden - den Fermentern - sie muß es aber nicht. So ist es etwa das traditionelle Verfahren der Kakao-Pflanzer Westafrikas, die Kakao-Bohnen nach der Ernte in Palmblätter einzuwickeln und in der Sonne liegen zu lassen. Die auf den Blattoberflächen vorhandenen Bakterien fermentieren bei ausreichender Temperatur (50 Grad Celsius) zentrale Bestandteile der Kakao-Bohne und verleihen ihr dadurch erst den charakteristischen Geschmack. Durch dieses Verfahren werden die Kakao-Bohnen für eine industrielle Weiterverarbeitung bzw. den Export vorbereitet. Die Mikroorganismen bedienen sich bei den von ihnen vorgenommenen Konversionsprozessen (Fermentation) dabei zentraler, körpereigener Eiweiße, den Enzymen, die als Bio-Katalysatoren wirken und die entsprechende biochemische Reaktion, die zur Fermentierung - und damit in diesem Fall zur Geschmacksbildung - führt, in Gang setzen. Gerade die traditionellen Kulturen in der Dritten Welt verfügen über umfangreiche bodenständige Fermentationskenntnisse



Techniker der NASA experimentieren mit Algen

im Bereich der Nahrungsmittelzubereitung. Diese Kenntnisse können nun durch wissenschaftliche Erforschung der grundlegenden mikrobiellen Zusammenhänge und die Abfolge der einzelnen biochemischen Stoffwechselvorgänge genutzt werden, um die Qualität der produzierten Nahrungsmittel zu erhöhen und ihre Lagerfähigkeit zu verbessern.

Industrielle Enzymtechnik

Im industriellen Maßstab ist es nun auch möglich, anstatt mit ganzen Mikroorganismen (Bakterien, Hefen etc.) und den von ihnen produzierten Enzymen direkt mit diesen zentralen Bio-Katalysatoren zu arbeiten. Hierzu werden spezifische Enzyme, die mittlerweile in großen Mengen hergestellt werden können, mit den von ihnen zu transformierenden Stoffen in einer geeigneten Umgebung zusammengebracht - üblicherweise im Bioreaktor. (Trotz des Einsatzes eines Fermenters liegt in diesem Fall dann keine Fermentation vor, sondern der industrielle Einsatz der Enzymtechnik, da man sich bei der gewünschten Bio-Konversion nicht der ganzen Mikroorganismen, sondern ihrer zentralen Eiweißsubstanzen bedient.) Es ist mittlerweile sogar möglich, technische Enzyme für industrielle Zwecke in einer nicht-verbrauchenden Form einzusetzen. Bei diesem Verfahren haften die spezifischen Eiweiße z.B. an der Oberfläche von porösen Kugeln und werden im Bio-Reaktor von dem Substrat, das sie verändern sollen, gleichmäßig und unter optimalen Bedingungen umströmt. Durch einen allmählichen, homogenen und kontrollierten Reaktionsvorgang kann auf diese Weise eine Ausgangssubstanz biochemisch transformiert werden. Es entsteht ein neues Produkt, ohne daß die eigentlichen Akteure, die Enzyme, ihre Reaktionsfähigkeit oder ihre Masse einbüßen, also verbraucht werden. Sie sind durch das Haften an der Oberfläche der umströmten Kugeln immobilisiert und werden während oder nach Ende des Reaktionsvorganges angeblich auch nicht freigesetzt. Dieser Aspekt ist im Zusammenhang mit der Gentechnik von großer Bedeutung.

Es ist vor allem die industrielle Enzymtechnik, auf welche die Länder des Nordens ihre industriepolitischen Erwartungen im Zusammenhang mit der Biotechnologie richten. Die durch dieses Verfahren eröffneten Optionen ermöglichen es nun, gewünschte Produkte auf der Basis einer ganzen Palette vielfältiger Ausgangsstoffe herzustellen. So ist es beispielsweise möglich, Kakaobutter in Zukunft nicht mehr nur durch Fermentation und industrielle Weiterverarbeitung aus den Bohnen des Kakao-

Baumes zu gewinnen, sondern variabel aus verschiedenen pflanzlichen oder tierischen Ölen und Fetten zu substituieren, die bislang in keinerlei Beziehung standen zur Kakao-Produktion. Zusammen mit der Phytoproduktion - also der Produktion von Feinchemikalien durch Pflanzenzellen - liegt vor allem in der industriellen Enzymtechnik eine große Gefahr für die Agrarexportländer des Südens: die zunehmende Austauschbarkeit von (Vor)-Produkten und ihren Produzenten. Voraussetzung für die Austauschbarkeit der Grundsubstanzen ist es, durch eine geeignete Abfolge organischer Reaktionsschritte eine lückenlose biochemische Verbindung zwischen dem Ausgangs- und dem Zielprodukt herzustellen. Sollten sich für die hierzu notwendigen Transformationsschritte in der Natur keine passenden Enzyme oder Mikroorganismen finden, können geeignete Bakterienstämme nun auch durch eine gentechnische Veränderung ihres Erbgutes dazu gebracht werden, neuartige Enzyme zu produzieren, die zu eben dieser gewünschten Transformationsleistung in der Lage sind. Hieran arbeitet der gesamte Zweig des 'Protein Design', einem anwendungsorientierten Teilgebiet der Biotechnologie.

III. GENTECHNIK

Durch den Einsatz gentechnischer Verfahren wird es nun auch möglich, die angestrebten Stoffwechselleistungen von Organismen nicht mehr nur durch langwierige Kreuzungszüchtungen, die Selektion geeigneter Mikrobenstämme oder induzierte Mutationen zu erzielen, sondern durch einen direkten, molekularbiologischen Zugriff auf ihr Erbgut. Ansatzpunkt der Gentechnik ist also nicht mehr die Ebene einzelner Zellen oder ihrer Zellbestandteile wie bei den Gewebekulturverfahren, sondern die biochemische Struktur der allen Lebewesen gemeinsamen Grundbausteine (DNA), die die Information für die Entfaltung aller in der Natur vorkommenden Charaktermerkmale von Organismen in kodierter Form enthalten. Theoretisch kann durch den Einbau von Fremd-DNA jedes gewünschte Merkmal in jeden beliebigen Zielorganismus übertragen werden, egal, ob Pflanze, Tier, Mensch oder Mikrobe - und egal in welche Richtung. Mittels erst in den letzten 20 Jahren entwickelter und eingesetzter Instrumente, den Restriktionsenzymen ("Schere") und Ligasen ("Klebstoff"), ist es prinzipiell möglich, die Struktur der in einem Organismus enthaltenen Gesamtinformationsmenge (Genom) an präzise definierten Stellen zu öffnen, Informationsbausteine (Gene) auszubauen und anschließend mittels eines spezifischen Übertragungsmodus, einem sogenannten Vektor, in einen anderen Organismus einzubauen. Im Fall der Genübertragung bei Pflanzen ist dieser Vektor auch häufig ein Plasmid (ringförmige DNA) des Agrobakteriums, welches die natürliche Eigenschaft besitzt, einen Zielorganismus (eine Pflanze) zu infizieren und ihm ein Stück der eigenen DNA aufzuzwingen. Übertragungsmechanismen sind aber auch der Beschuß von Zellkernen mit kleinen Goldkugeln, auf welche die zu übertragende Erbinformation aufgebracht ist, oder die Mikroinjektion mittels einer sehr dünnen Kanüle. Ist eine Übertragung erfolgreich, wird das fremde Erbgut (die Fremd-DNA) vom Zielorganismus grundsätzlich selbständig in das eigene Erbgut eingebaut - die genaue Plazierung der Fremd-DNA im neuen Genom ist bislang noch nicht steuerbar. Trotzdem können Organismen mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit dazu veranlaßt werden, die gewünschte Eigenschaft, für welche sie jetzt die neue Steuerbotschaft (irgendwo) in ihr Erbgut aufgenommen haben, auch zur Entfaltung, also zur Expression zu bringen. Bei einigen Pflanzen ist diese Wahrscheinlichkeit bereits sehr hoch. Damit gentechnische Verfahren ökonomisch überhaupt Sinn machen, müssen die Zielorganismen die neuen Eigenschaften also erst einmal annehmen und exprimieren, dann aber auch stabil reproduzieren und an ihre Nachkommen weitergeben. Die Gentechnik ist damit also grundsätzlich auf die Regenerationsverfahren der Zell- und Gewebekulturen angewiesen, will sie keine akademische Spielerei bleiben. Beide sind wiederum auf die Methoden und Verfahren der klassischen Pflanzenzüchtung angewiesen, damit die neuen oder neuartigen Pflanzen schließlich vom Labor ins Gewächshaus, von dort ins Freiland und anschließend auf die Felder verbracht werden können und hier die gewünschten Eigenschaften auch tatsächlich entfalten. Landwirtschaftliche Bio- und Gentechnik setzt also gut ausgebaute pflanzliche Züchtungsprogramme und eine entsprechende Infrastruktur voraus.

Eine gentechnische Übertragung funktioniert darüberhinaus bislang auch nur für Merkmale, die lediglich über ein einzelnes Gen gesteuert werden, die also monogen sind. Für viele der wirtschaftlich interessanten Eigenschaften (z.B. die Trockenheitsresistenz) liegt die Information allerdings verschlüsselt auf mehreren Genen - die Merkmale sind also polygen. Polygene Merkmale können bislang allenfalls übertragen werden, wenn die entsprechenden Gene eng beieinander liegen und sich auf ein und demselben Chromosom befinden (oder aber sie müssen konventionell eingekreuzt werden). Eigenschaften wie die selbständige Stickstoffixierung von Getreidepflanzen, also eine Eigendüngung aus der Luft, erfordern hingegen die Übertragung sowohl polygener Merkmale von Hülsenfrüchten, wie auch zusätzlich mehrerer Gene aus geeigneten Bakterien, welche den mikrobiellen Stickstoffixierungsapparat steuern. Es müßten also die gesamten Steuerinformationen einer symbiotischen Wurzelbeziehung zwischen einer Pflanze und einem Bakterienstamm in eine andere Pflanzenart übertragen werden - technisch noch auf Jahrzehnte hin eine Fiktion. Sollte diese Übertragung in vielen Jahren tatsächlich einmal möglich sein, ginge das neu eingebaute Merkmal (selbständige Stickstoffixierung) notwendigerweise zulasten der Erträge, da die Pflanze ja nun eine wichtige Zusatzaufgabe erfüllen muß, die ihren Energiehaushalt stark belastet. Damit muß aber gerade das Paradebeispiel der Gentechnik-Befürworter in den Bereich der Fabeln verwiesen werden.

Viele Forschungsprojekte - sowohl im Norden als auch im Süden - konzentrieren sich zur Zeit darauf, durch den Einbau des für gewisse Insekten tödlichen Toxin-Gens des Bacillus thuringiensis in Nutzpflanzen, diese gegen Insektenbefall resistent zu machen. Das Bakterium würde dann also nicht mehr im Bio-Reaktor vermehrt und anschließend als natürliches Bio-Insektizid auf den Feldern versprüht werden - stattdessen würden die Nutzpflanzen in ihrem Organismus selbst das Bakteriengift produzieren, welches die Darmwände einiger Raupenarten zerfrißt und dadurch die Pflanze vor Befall schützen soll. Da durch die Übertragung von Bakterien-DNA in das pflanzliche Genom transgene Nutzpflanzen entstanden sind, handelt es sich beim Ausbringen dieser neuen Pflanzen zwangsläufig um Freisetzungen im großen Stil, deren ökologische Risiken zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht einmal theoretisch ausreichend verstanden werden. Durch die Tatsache, daß durch die Übertragung der Bakterieneigenschaften die Nutzpflanzen nun selbst zu Insektiziden werden, erhöht sich die Wahrscheinlichkeit, daß die auf die entsprechenden Pflanzen spezialisierten Insekten durch eine Veränderung ihrer Stoffwechseleigenschaften auf die für sie existenzgefährdende neue Situation reagieren und ihrerseits nun neue Resistenzmechanismen entwickeln, welche die gentechnischen Bemühungen konterkarieren. Ein weiteres Drehen an der Giftspirale könnte die Folge sein. Hier konkurriert also ein gentechnisches Kontrollverfahren zum Schutz vor Insektenfraß mit anderen biotechnischen Methoden, die einfacher zu handhaben, den Bedürfnissen der Kleinbauern viel angepaßter und insbesondere ökologisch unbedenklicher sind. Seit 1987 erfolgten weltweit ca. 2000 Freisetzungen mit gentechnisch veränderten Organismen bzw. Pflanzen. Einige zig Experimente erfolgten mit und ohne Wissen der entsprechenden Regierungen auch in Ländern der '3.Welt', einzelne Staaten wie die VR China bauen mittlerweile bereits auf 30. 000 ha. transgene Pflanzen an (insektizider Tabak) und planen, innerhalb der nächsten 5 Jahre mit kommerziellen Sorten auf den Weltmarkt zu gehen. Für 1995 wird mit der weltweiten Vermarktung von transgenem Mais durch einen nördlichen Konzern (Ciba-Geigy) gerechnet.

Achim Seiler

Der eine Wald für alle

Gene aus dem Süden als Biotech-Rohstoff

Die Technologie im Norden, der Rohstoff im Süden: ein wohlbekanntes Schema scheint auch bei der Bio- und Gentechnik wieder aktuell zu werden. Da neue Gene bisher nur in Ansätzen synthetisierbar sind, greift der Norden bis auf weiteres auf die genetischen Ressourcen der Länder des Südens zurück. In den Tropen und Subtropen hat die Natur die größte Vielfalt an Organismen und mithin Genen hervorgebracht, in subtropischen Breiten wurden zudem auch die wichtigsten Nutzpflanzen wie Weizen, Gerste und Mais domestiziert und bis heute zu großer Vielfalt weiterentwickelt.

In den letzten Jahren war die "biologische Vielfalt" in aller Munde, vor allem im Zusammenhang mit der Vorbereitung der UNCED-Konferenz in Rio de Janeiro 1992. Die dort verabschiedete 'Übereinkunft über die biologische Vielfalt' klingt ihrem Namen nach zwar ganz nach Naturschutz, bei näherer Betrachtung erweist sich aber, daß diese Konvention wenigstens ebensosehr ein Instrument der Ressourcenpolitik ist. Zum einen sollen durch ihre Bestimmungen weltweit die Rahmenbedingungen für den Erhalt und die "nachhaltige" Nutzung der Lebensformen verbessert werden, zum anderen soll zugleich aber auch für eine ausgewogene und gerechte Aufteilung der aus der Nutzung erwachsenden Vorteile gesorgt werden. Dabei geht es im Prinzip zwar um jede Art der Nutzung von Lebewesen, von der Holzplantage bis zum Bakterium. In den Details der Vereinbarung wird jedoch bestätigt, was schon der Verlauf der Verhandlungen deutlich gemacht hatte: Es geht vor allem um die Nutzung genetischen "Materials", das den neuen bio- und gentechnischen Verfahren und Produkten zugrundeliegt.

Grundgedanke der Vereinbarung, deren Ausgestaltung Anfang Dezember auf den Bahamas verhandelt wird, ist die Wechselseitigkeit oder Reziprozität von Rechten und Pflichten. Vereinfacht zusammengefaßt: Die Länder der Dritten Welt sollen die Vielfalt der Lebewesen auf ihren Territorien erhalten und den Zugang der Industriestaaten zu dieser Vielfalt ermöglichen. Im Gegenzug werden die Industrieländer verpflichtet, diejenigen Länder, die biologisches Material zur Verfügung stellen, auch an den Gewinnen, die daraus resultieren, zu beteiligen, sei es durch direkte finanzielle Kompensation oder durch den bevorzugten Zugang zu den neuen Technologien.

Auf beiden Seiten bestanden und bestehen Befürchtungen, über den Tisch gezogen zu werden. Die Länder der 'Gruppe der 77' sorgten dafür, daß in der Vereinbarung mehrfach klargestellt wurde, daß die einzelnen Nationen souveräne Rechte über ihre biologischen Ressourcen haben und behalten. Die Industrieländer betonten immer wieder, daß privatwirtschaftliche Belange durch die Konvention keinesfalls gefährdet werden dürften, etwa durch Einschränkungen privater Verwertungsansprüche im Rahmen des Patentrechts (vgl. folgenden Artikel). Unter anderem verweigerten die Vereinigten Staaten in Rio - noch in der Ära Bush - die Unterzeichnung des Abkommens, da die Übereinkunft alles in allem zu industriefeindlich sei. Mittlerweile hat sich die Clinton-Regierung zwar zur Unterzeichnung durchgerungen, zugleich aber deutlich gemacht, daß sie patentrechtliche Ansprüche auf gentechnische Erfindungen durch die Konvention nicht berührt sieht. Angesichts der neuen Mehrheitsverhältnisse im Senat scheint eine Ratifizierung des Vertrages durch die USA derzeit jedoch ohnehin unwahrscheinlich.

Hoechst auf den Spuren der altindischen Medizin

Daß es nun erstmals einen rechtsverbindlichen Rahmen gibt, der den Zugang zur lebendigen Vielfalt regelt, kann in historischer Perspektive zunächst als ein Fortschritt gewertet werden. Vom Kolonialzeitalter bis in die jüngste Gegenwart hinein gab es keinerlei wirksamen Mechanismus, der den Zugriff der Herrenländer und später der privaten Akteure aus den Industrienationen auf die Natur des Südens begrenzt hätte. Staatlich finanzierte Expeditionen - nicht selten verquickt mit militärischen Operationen - und private Sammlungen vor allem der chemischen Industrie, die bisher im rechtsfreien Raum stattfanden, müssen heute gemeldet und genehmigt werden und für einen im einzelnen zu verhandelnden Rücklauf in die Ursprungsländer sorgen. Vor allem die pharmazeutische Industrie steht dem teilweise ablehnend gegenüber, hat sie doch in den letzten Jahren mehr und mehr Interesse an der "Prospektierung der biologischen Vielfalt" gewonnen, dem Biodiversity Prospecting, wie es neuerdings heißt.[1]

Zahlreiche Firmen haben in den vergangenen Jahren begonnen, Verträge mit einzelnen Staaten abzuschließen, die ihnen den Zugang zur dort vorhandenen Vielfalt garantieren: der weltgrößte Pharmakonzern Merck & Co zahlte eine Million Dollar für umfangreiche Sammlungen in costaricanischen Schutzgebieten, Hoechst läßt in Indien sammeln, Ciba-Geigy in China und Glaxo in Ghana.[2] Einige der Unternehmen legen dabei besonderen Wert darauf, mit vor Ort ansässigen Personen zusammenzuarbeiten, um zugleich mit dem Material möglichst viel Wissen zu sammeln: "indigenes", "lokales", "traditionelles" Wissen, wie dies je nach Standpunkt und Zusammenhang genannt wird. Diesen Weg verfolgt etwa die US-amerikanische Shaman Pharmaceuticals und auch die Firma Hoechst, die derzeit die ayurvedische Medizin Indiens und ihre Pflanzen systematisch durchforscht. Der Grund dafür ist nicht etwa darin zu suchen, daß diese Firmen plötzlich zu Vertretern der Naturheilkunde geworden wären. Vielmehr führt dieses Verfahren schlicht zu einer fünf- bis zehnmal so hohen Trefferquote bei der Suche nach pharmazeutisch wirksamen Substanzen - und bis heute ist ein Großteil alle Medikamente letztlich auf natürliche Wirkstoffe zurückzuführen.

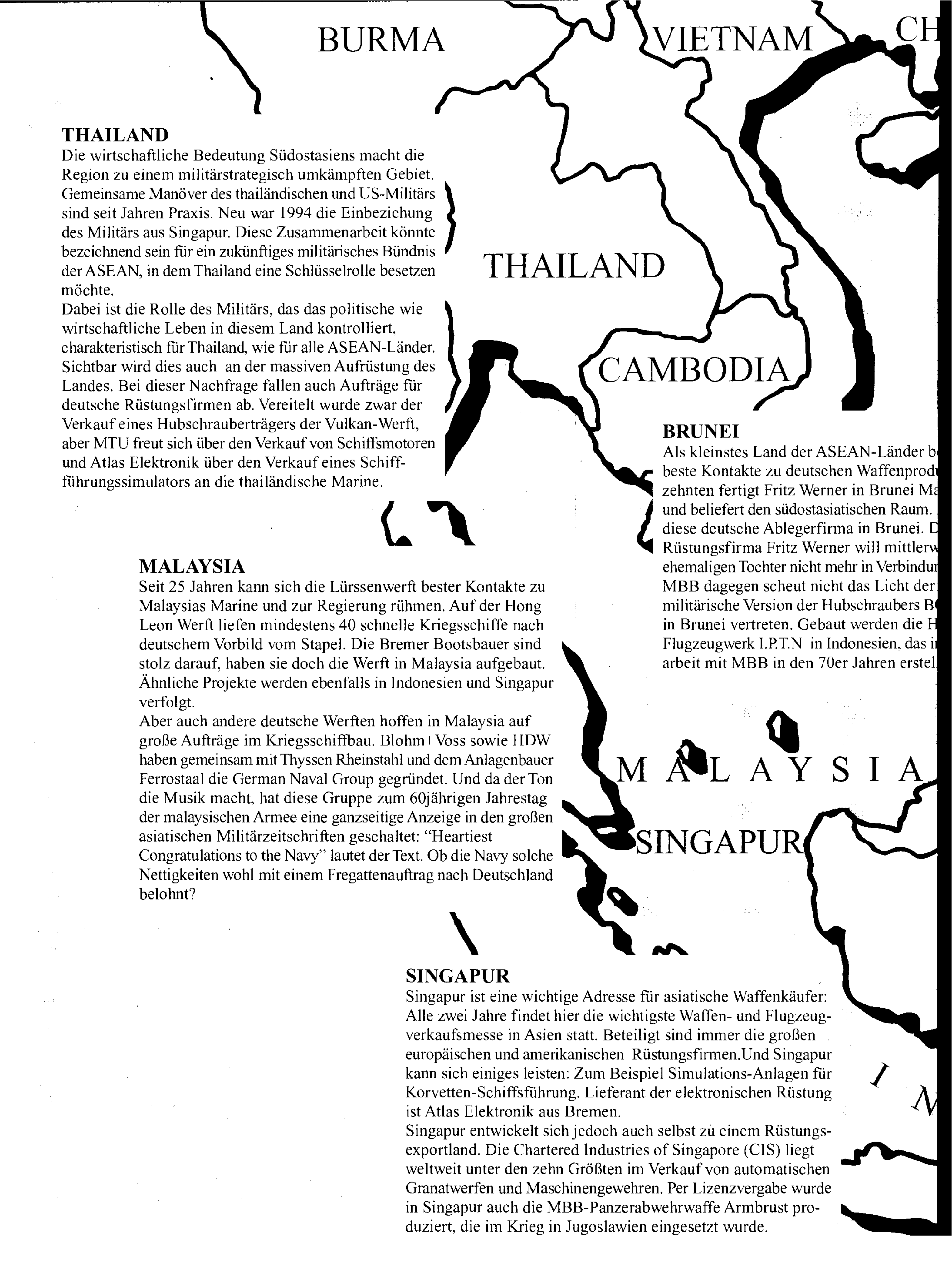
Waffen für ein Vakuum

Südostasien. Fernost, wie viele gerne sagen. Blaue Archipele am anderen Ende der Welt. Jahrzehntelang standen sich hier westliche Demokratie und östlicher Kommunismus gegenüber. Militärbasen wurden gebaut, von den USA und der früheren UDSSR, zum Beispiel in Philippinen und in Vietnam. Jede für sich größer als ganz Berlin.
Jetzt ist der kalte Krieg vorbei und die Krieger haben ihre Standorte verlassen. Eine militärfreie Region? Weit gefehlt. Es wird aufgerüstet. China, Japan, Indonesien, Australien. Wer in Asien das entstandene militärische Vakuum füllt, hat gute Chancen, Großmacht zu werden.
Ein Zeitsprung. Von Asien 1995 in die alte Bundesrepublik Deutschland. Vor dem Mauerfall. Ins Jahr 1985. Wer erinnert sich noch? Damals war allen klar, daß deutsche Waffen nur an NATO-Länder verkauft werden dürfen. Eigentlich. Mit besonderer Begründung und wirklich nur ganz ausnahmsweise durfte die Bundesregierung Exportanträge genehmigen, wenn die Empfängerländer nicht der NATO angehörten. Sagten jedenfalls die Gesetze und Verordnungen. Natürlich sah auch damals schon die Praxis anders aus, denn die Bundesregierung hatte überhaupt kein Interesse, die Rüstungsindustrie in ihrem Exportdrang zu bremsen. Aber das Procedere war abschreckend. Immer wieder mußte bei Nicht-Nato-Ländern alles mühselig mit den Behörden durchbuchstabiert werden.
Das störte nicht nur die Rüstungsindustrie. Auch die im ASEAN-Bündnis zusammengeschlossenen Länder Philippinen, Malaysia, Brunei, Indonesien, Thailand und Singapur beklagten sich. Sie wollten gerne deutsche Rüstung kaufen, aber nie lief es reibungslos. ASEAN ist nun mal nicht NATO und erschwerend kam immer wieder hinzu, daß die Menschenrechte verletzt wurden in den Empfängerländern. Schlechte Voraussetzungen für Waffenkäufe made in Germany.
Schlechte Voraussetzungen? Mit einem Federstrich wußten Schreibtischtäter in Bonn Abhilfe. "In der Frage der Rüstungsexporte sind die Länder des ASEAN-Bündnisses der NATO gleichgestellt", verkündete die Bundesregierung kurzerhand. Ein schöner Kunstgriff, per Dekret sozusagen, der bis heute funktioniert. Rechtliche Bedenken? Verfassungsbeschwerde von der Opposition? Aber nein. Rüstungsexporte in ASEAN-Staaten müssen seit dieser Willensbekundung nicht mehr einzeln geprüft werden. En bloc werden die sechs ASEAN-Länder mit den begünstigten NATO-Ländern gleichgestellt - und das, obwohl ASEAN gar kein Militärbündnis ist.
Einspruch gegen dieses Vorgehen kam damals nur von Wenigen. Besonders Indonesien dürfe keine Waffen made in Germany erhalten, sagten Rüstungsgegner. Indonesien halte Ost-Timor völkerrechtswidrig besetzt und 200.000 Menschen seien getötet worden. Im übrigen stehe im Grundgesetz, von deutschem Boden dürfe nie wieder Krieg ausgehen. Das schlösse Rüstungsexport nach Indonesien aus.

Die Bundesregierung war anderer Meinung. Sie bekräftigte die Gleichstellung von NATO und ASEAN und ging sogar noch einen Schritt weiter. Sie veränderte zwar nicht die Gesetze, aber sie veränderte die Realität. Vom Schreibtisch aus wurde die Wirklichkeit so lange zurechtgebogen, bis sie in das Bonner Exportkonzept paßte. Das Ergebnis der mühseligen Denkarbeit: "Einen Krieg gegen Ost-Timor gibt es nicht", stellte die Bundesregierung fest.

Heute, zehn Jahre später, gibt es den Krieg Indonesiens gegen Ost-Timor immer noch. Sonst aber hat sich viel geändert in Südostasien. Das politische und militärische Gleichgewicht wird neu ausgehandelt. Das ASEAN-Bündnis ist plötzlich wichtig geworden bei der Neuordnung der Region. Und immer mehr wird ASEAN auch für andere Staaten interessant. Vietnam oder Burma wollen gerne dem Bündnis beitreten.
Derzeit bauen alle ASEAN-Staaten ihre Marineverbände aus. Wo viel Wasser ist, sind die Seestreitkräfte entscheidend für die militärische Planung. Besonders begehrt: Modernste U-Boote, Fregatten, Minensucher oder Schnellboote. Deutsche Werften machen sich deshalb heute große Hoffnungen, noch öfter als bisher liefern zu können. Gut für Firmen wie die Lürssenwerft, wenn sie schon seit den 80er Jahren in der Region Kriegsschiffe bauen. Und gut für die deutsche Bundesregierung, über schon bestehenden Rüstungskontakte das Geschäft mit politischem Einfluß in der Zukunftsregion verbinden zu können.
Als auf dem letzten ASEAN-Treffen in Bangkok erstmalig eine mögliche militärische Zusammenarbeit der bisher nur politisch zusammenarbeitenden Länder angesprochen wurde, war Außenminister Kinkel dabei. Dort in Bangkok wiederholte er seine Einladung für die asiatischen Kollegen nach Karlsruhe im Herbst 1994. Die Außenminister nahmen an, aber auf keinen Fall wollten sie in Deutschland über Menschenrechte sprechen.
Das nahm Kinkel ernst. Er setzte durch, daß in Karlsruhe niemand gegen die Verletzungen der Menschenrechte in ASEAN-Ländern protestieren konnte. Alles wurde verboten, selbst kleinste Mahnwachen.
Mag sein, daß Kinkel noch die Warnung der indonesischen Regierung im Ohr klang: Wer die Menschenrechte zur Sprache bringt, verspielt seine Aufträge. Gerade mußte erst die USA diese Erfahrung machen. Als der Kongress ein Embargo für Kleinwaffen gegen Indonesien beschloß, da in Ost-Timor noch immer Krieg herrscht, sagte Präsident Suharto, Indonesien werde ab sofort alle Waffen nur noch in Frankreich, England und Deutschland bestellen.
Mag sein, daß nach dem Karlsruher Versammlungsverbot des Außenministers für Demonstranten nun die Chancen für die deutsche Rüstungsindustrie noch gestiegen sind.





THAILAND

Die wirtschaftliche Bedeutung Südostasiens macht die Region zu einem militärstrategisch umkämpften Gebiet. Gemeinsame Manöver des thailändischen und US-Militärs sind seit Jahren Praxis. Neu war 1994 die Einbeziehung des Militärs aus Singapur. Diese Zusammenarbeit könnte bezeichnend sein für ein zukünftiges militärisches Bündnis der ASEAN, in dem Thailand eine Schlüsselrolle besetzen möchte.
Dabei ist die Rolle des Militärs, das das politische wie wirtschaftliche Leben in diesem Land kontrolliert, charakteristisch für Thailand, wie für alle ASEAN-Länder. Sichtbar wird dies auch an der massiven Aufrüstung des Landes. Bei dieser Nachfrage fallen auch Aufträge für deutsche Rüstungsfirmen ab. Vereitelt wurde zwar der Verkauf eines Hubschrauberträgers der Vulkan-Werft, aber MTU freut sich über den Verkauf von Schiffsmotoren und Atlas Elektronik über den Verkauf eines Schiff-führungssimulators an die thailändische Marine.

BRUNEI

Als kleinstes Land der ASEAN-Länder b
beste Kontakte zu deutschen Waffenprod
zehnten fertigt Fritz Werner in Brunei M
und beliefert den südostasiatischen Raum.
diese deutsche Ablegerfirma in Brunei. D
Rüstungsfirma Fritz Werner will mittlerw
ehemaligen Tochter nicht mehr in Verbindu
MBB dagegen scheut nicht das Licht der
militärische Version der Hubschraubers B
in Brunei vertreten. Gebaut werden die H
Flugzeugwerk I.P.T.N in Indonesien, das i
arbeit mit MBB in den 70er Jahren erstel

MALAYSIA

Seit 25 Jahren kann sich die Lürssenwerft bester Kontakte zu Malaysias Marine und zur Regierung rühmen. Auf der Hong Leon Werft liefen mindestens 40 schnelle Kriegsschiffe nach deutschem Vorbild vom Stapel. Die Bremer Bootsbauer sind stolz darauf, haben sie doch die Werft in Malaysia aufgebaut. Ähnliche Projekte werden ebenfalls in Indonesien und Singapur verfolgt.
Aber auch andere deutsche Werften hoffen in Malaysia auf große Aufträge im Kriegsschiffbau. Blohm+Voss sowie HDW haben gemeinsam mit Thyssen Rheinstahl und dem Anlagenbauer Ferrostaal die German Naval Group gegründet. Und da der Ton die Musik macht, hat diese Gruppe zum 60jährigen Jahrestag der malaysischen Armee eine ganzseitige Anzeige in den großen asiatischen Militärzeitschriften geschaltet: "Heartiest Congratulations to the Navy" lautet der Text. Ob die Navy solche Nettigkeiten wohl mit einem Fregattenauftrag nach Deutschland belohnt?

SINGAPUR

Singapur ist eine wichtige Adresse für asiatische Waffenkäufer: Alle zwei Jahre findet hier die wichtigste Waffen- und Flugzeug-verkaufsmesse in Asien statt. Beteiligt sind immer die großen europäischen und amerikanischen Rüstungsfirmen.Und Singapur kann sich einiges leisten: Zum Beispiel Simulations-Anlagen für Korvetten-Schiffsführung. Lieferant der elektronischen Rüstung ist Atlas Elektronik aus Bremen.
Singapur entwickelt sich jedoch auch selbst zu einem Rüstungs-exportland. Die Chartered Industries of Singapore (CIS) liegt weltweit unter den zehn Größten im Verkauf von automatischen Granatwerfen und Maschinengewehren. Per Lizenzvergabe wurde in Singapur auch die MBB-Panzerabwehrwaffe Armbrust pro-duziert, die im Krieg in Jugoslawien eingesetzt wurde.

INA TAIWAN

0 100 200 300

Nautical Miles

Deutsche Waffen- und Munitionsverkäufe an ASEAN-Länder (in Mio. DM)

	1991	1992	1993
Brunei	-	3,5	-
Indonesien	71,83	120,73	228,22
Malaysia	6,89	22,17	21,58
Philippinen	0,55	-	-
Singapur	85,87	6,33	11,05
Thailand	39,27	13,21	14,23

Die Angaben beziehen sich nur auf Waffen im Sinne von Kriegswaffen bzw. Großwaffen. Elektronische Ausrüstung, Kleinwaffen oder andere strategische Güter sind hierin nicht enthalten.

PHILIPPINES

tzt auch Brunei
nten. Seit Jahr-
hinengewehre
genständig agiert
deutsche
e mit der
gebracht werden.
fentlichkeit: die
05 ist jetzt auch
schrauber im
uter Zusammen-
vurde.

RUNEI

PHILIPPINEN

Der Krieg gegen die Moro National Liberation Front auf Mindanao und dem Sulu-Archipel dauert mittlerweile über 20 Jahre an. Dennoch kann die philippinische Regierung in Deutschland Militärgüter einkaufen. So will Mercedes Benz der Regierung Militärlastwagen verkaufen. Doch die Regierung hat kein Geld für teure Modernisierungsprogramme. Aus diesem Gund wurde auch schon über Tauschhandel nachgedacht: Waffen gegen Thunfisch. Der ist in philippinischen Gewässern reichlich vorhanden.
Aber nicht nur das Militär wird mit deutschen Waffen ausgerüstet. So besitzt die philippinische Polizei 5 BO-105. Diese Hubschrauber sind von MBB entwickelt worden und werden weltweit in den Versionen Militär-, Polizei- und Zivilhubschrauber verkauft. Unterschiede bestehen einzig in der Erstbewaffnung der Hubschrauber.

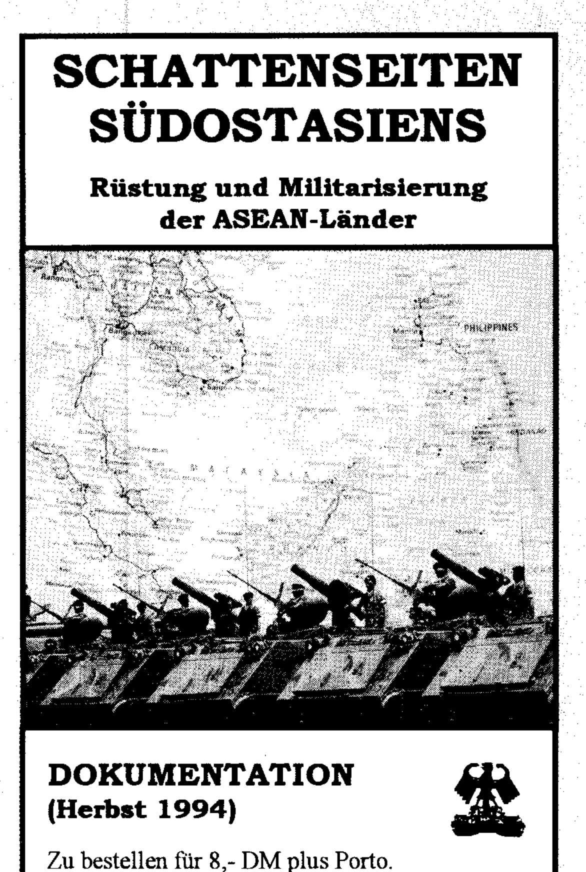
INDONESIEN

Das gab es noch nie: Regierungskrise durch deutsche Rüstungsexporte. Die bundesdeutsche Lieferungen von 39 gebrauchten Kriegsschiffen der ehemaligen DDR-Marine sowie 5000 Tonnen Munition bringt Teile des Militärs gegen Präsident Suharto und seinen einflußreichen Technologie-Minister Habibie auf. Für das gleiche Geld könne man bessere Kriegsschiffe bauen, sagen die Militärs. Als dann vertrauliche Informationen, offenbar vom Militär lanciert, in drei großen indonesische Magazinen erscheinen, verbietet Präsident Suharto kurzerhand die Zeitungen.
Aber auch in Deutschland ist Kritik am Rüstungspartner Indonesien nicht gerne gesehen. Außenminister Kinkel persönlich setzte während einer EU-Tagung mit den ASEAN-Außenministern in Karlsruhe ein Kundgebungsverbot durch, als Gruppen gegen die Menschenrechtsverletzungen in Indonesien und Ost-Timor protestieren wollten. Indonesien als Partner ist zu wichtig: Die Bundesregierung genehmigte zwischen 1990 und 1993 Rüstungslieferungen im Wert von mehr als einer Milliarde Mark. Darunter befanden sich Anlagen zur Torpedoproduktion, Lizenzen für Kampfhubschrauber und schnelle Kriegsschiffe der Lürssenwerft. Und das, obwohl in Ost-Timor von indonesischen Soldaten mehr als 200.000 Menschen ermordet wurden; Ost-Timor weiterhin besetzt ist und das Militär auch an anderen Orten Indonesiens Krieg führt.

D O N E S I A

WEST-TIMOR OST-TIMOR AUSTRALIA





Aus dem Schatten heraus...

Die deutsche Wirtschaft will in den ASEAN-Staaten einige Milliarden Mark Umsatz machen. Eine schöne Perspektive. Anders sieht es dagegen bei uns aus. Ganz klar: Unsere Arbeit wird weder von Industrie noch von der Politik unterstützt. Geld aber brauchen wir, wenn wir das Thema Asien aus dem Schattendasein herausholen wollen. Das wollen wir aber. Zum Beispiel zur Industriemesse in Hannover im April 1995. Partnerland für diese Messe: Indonesien. Dort sollen folkloristische Darbietungen und schöne Fotos aus dem sonnenverwöhnten Bali für den Industriestandort Indonesien werben. Grund genug, dafür zu sorgen, daß zur Messe auch über Militär und Menschenrechte gesprochen wird. Für unsere Öffentlichkeitsarbeit sind wir jedoch auf Spenden angewiesen.

Die Spenden sind steuerabzugsfähig und können zumindest so ein wenig zur Verringerung des deutschen Rüstungssäckels beitragen (Spendenbescheinigung bei uns anfordern!)

Spendenkonto: Stichwort Asien-Rüstungsexport:
Kontonummer: 518 181 205 (BLZ 200 100 20; Postgiroamt Hamburg)

ViSdP:Ralf Hofer, BUKO-Koordinationsstelle „Stoppt den Rüstungsexport", Buchtstraße 14 /15, 28195 Bremen. Tel.: 0421 - 32 60 45; Fax 0421 -337 8177.
Das Faltblatt wurde mit Unterstützung der Föderation der grün-nahen Landesstiftungen und Bildungswerke Buntstift e.V. und der Aktion Selbstbesteuerung herausgegeben.

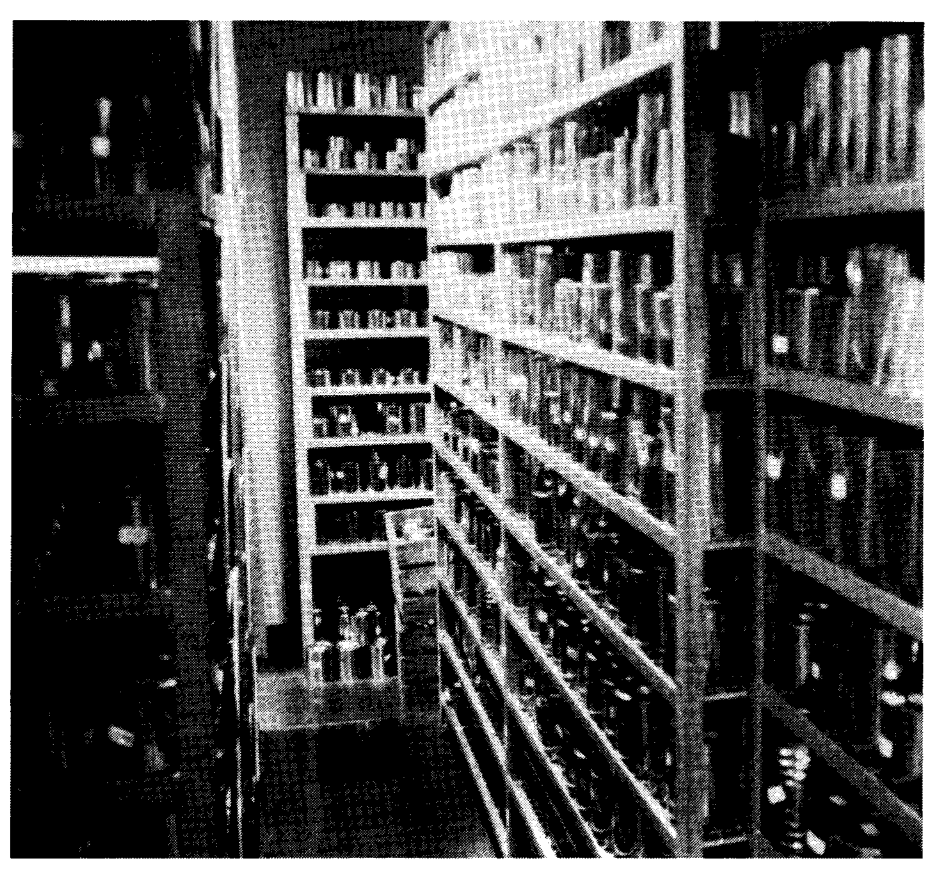
Hier liegt auch schon der erste Haken an der Sache. Die Träger indigenen Wissens oder häufig wohl präziser: die Trägerinnen dieses Wissens, d.h. Bäuerinnen, "curanderas", Schamanen, Heiler usw. sind nur in seltenen Fällen diejenigen, die von den Rechtsansprüchen "ihrer" Staaten profitieren werden. Mit einer Zuwendung in welcher Form auch immer an den indischen, zairischen oder madagassischen Staat, um einige der biologisch reichsten Länder zu nennen, ist nicht nur dem dortigen Naturschutz nicht automatisch gedient, vor allem dürften auch die lokalen und regionalen Gemeinschaften, die die Vielfalt nutzen und pflegen, einen weiteren Zugriff auf ihre Ressourcen kaum in der Hoffnung auf einen Geldsegen herbeiwünschen.

Pflanzengenetische Ressourcen in der FAO

Die Frage, wie die Menschen vor Ort in zwischenstaatliche Regelungen positiv einbezogen werden können, verweist auf einen weiteren wichtigen Punkt der Vereinbarung und letztlich auf den Entstehungskontext der nun gültigen Konvention. Die geschlossene Übereinkunft, dafür hatten die USA in letzter Minute noch gesorgt, gilt für all jenes Material nicht, das vor ihrem Inkrafttreten gesammelt wurde. Diese Bestimmung hat es in sich, wurden damit doch all jene Sammlungen von biologischem Material ausgeschlossen, um die es bereits seit über zehn Jahren eine heftige Auseinandersetzung auf internationalem Parkett gab: Etwa vier Millionen Sammelmuster, die heute weltweit in sogenannten Genbanken kühlgelagert sind.

Seit Anfang der achtziger Jahre wurde in der Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) bereits um jenen Teilausschnitt der biologischen Vielfalt gestritten, die "pflanzengenetischen Ressourcen", oder, wie es jetzt häufig heißt, um die Abgrenzung zur "wilden" biologischen Vielfalt klarer zu machen: die "pflanzengenetischen Ressourcen in Ernährung und Landwirtschaft" (engl. Abkürzung: PGRFA).

Seit der russische Forscher Nicolai Vavilov in den zwanziger Jahren nach zahlreichen Forschungsreisen zu dem Schluß gekommen war, daß die Vielfalt der landwirtschaftlichen Kulturpflanzen vor allem in den Regionen konzentriert ist, wo diese Pflanzen ursprünglich domestiziert wurden, haben sich Pflanzenzüchter für diese Gebiete interessiert. Während etwa in Europa von den wichtigsten Nutzpflanzen Weizen, Gerste oder erst recht Kartoffel nur eine relativ geringe Vielfalt als züchterisches Ausgangsmaterial vorhanden war, ließen sich in deren Ursprungsgebieten, d.h. dem Nahen Osten bzw. den Anden Tausende von Sorten dieser Gewächse finden, die vielerlei interessante Eigenschaften versprachen: höheren Eiweiß- oder Stärkegehalt, bessere Frostverträglichkeit, größere Widerstandskraft gegen Krankheiten und Schädlinge.



Etwa 150.000 Sammelproben aus aller Welt lagern in bundesdeutschen Genbanken. Das Bild zeigt das 'Genetic Resources Centre' in Braunschweig.

Da die landwirtschafliche Modernisierung durch eine Vereinheitlichung der Sorten und deren einseitige Ausrichtung auf den Ertrag gekennzeichnet ist, wurde der regelmäßige züchterische Rückgriff auf pflanzengenetische Ressourcen im Laufe der letzten Jahrzehnte umso wichtiger. Monokulturen sind extrem anfällig, ihre "schmale genetische Basis" verlangt den regelmäßigen Rückgriff auf "neues" Material. So enthält die Mehrzahl aller Kartoffel- und Getreidesorten auf deutschen Feldern Gene, die in den letzten Jahrzehnten auf Expeditionen in aller Welt gesammelt wurden.

Schien zunächst auch im Süden ein unerschöpfliches Reservoir kreuzungsfähiger Sorten vorhanden, so begann nach dem Zweiten Weltkrieg die Grüne Revolution dieses Reservoir direkt zu zerstören. In Mexiko, wo noch in den fünfziger Jahren Hunderte von Maissorten angebaut wurden, beherrschen heute ein halbes Dutzend Sorten von (Hybrid-)Mais den Markt. In Indien, wo laut Schätzungen Anfang des Jahrhunderts über fünfzigtausend Reissorten existiert haben müssen, haben heute weniger als zehn Sorten einen Marktanteil von zusammen 90 Prozent. Große Epidemien, die als Folge dieser Vereinheitlichung seit den sechziger Jahren unter anderem die Vereinigten Staaten (Mais), die Sowjetunion (Weizen) und Indonesien (Reis) heimsuchten, setzten das Thema der Sammlung und Erhaltung genetischer Ressourcen zu Beginn der siebziger Jahre schließlich auf die internationale Tagesordnung.

Zahlreiche Genbanken wurden nun vor allem in den Industrieländern eingerichtet, um Samen bzw. Pflanzenteile einzulagern. Mit dem Internationalen Rat für Pflanzengenetische Ressourcen (IBPGR) wurde 1974 zudem eine Institution geschaffen, die für die internationale Koordination von Sammlung und Erhaltung zuständig sein sollte. Diese Institution zog allerdings bald heftige Kritik aus den Reihen der Länder des Südens auf sich, und dies nicht nur aufgrund ihrer kaum demokratisch zu nennenden Strukturen. Auch der Transport genetischer Ressourcen von Süd nach Nord erregte Anstoß: Von den knapp 100.000 Mustern, die zwischen 1974 und 1984 im Rahmen des IBPGR gesammelt wurden, kamen rund neun Zehntel aus den Ländern der Dritten Welt, doch nur 15% blieb auch in den wenigen Genbanken dieser Länder - der Rest wanderte in die Industriestaaten oder die Internationalen Agrarforschungszentren. Der rechtliche Status dieses Materials war und blieb völlig ungeklärt.

Auf Antrag Mexikos verabschiedete die Konferenz der FAO 1981 eine Resolution, in der die Vorbereitung einer verbindlichen Konvention gefordert wurde, mit der der Austausch pflanzengenetischer Ressourcen künftig geregelt werden sollte. Erhitzte Debatten bestimmten die folgenden Jahre. Die vorgeschlagene Konvention wurde zwar erfolgreich von den Industriestaaten blockiert, 1983 wurde jedoch immerhin ein

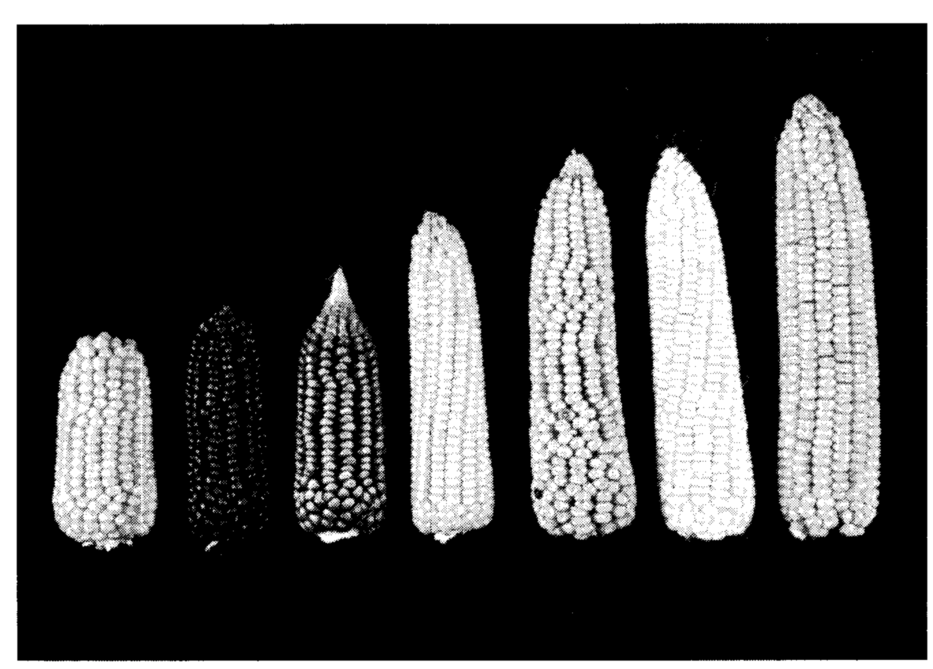
(rechtlich nicht bindendes) Undertaking verabschiedet, das die genetischen Ressourcen zu einem "Erbe der Menschheit" erklärte und einen uneingeschränkten Zugang zu allem genetischen Material einschließlich der Zuchtsorten forderte. Auf den ersten Blick scheint diese Wendung etwas verwirrend. Warum Erbe der Menschheit? Wieso forderten eben jene Länder nun einen uneingeschränkten Zugang, denen doch selbst etwas genommen wird?

Diebstahl der Gene?

Es macht eine der Besonderheiten des lebenden Rohstoffs Gen aus, daß es mit dem "Wegnehmen" hier komplizierter ist als etwa bei fossilen Rohstoffen oder Mineralien. Zum einen läßt sich praktisch der "Diebstahl" von Genen gar nicht verhindern, weil oftmals schon einige Samen genügen, die in jede Hosentasche passen. Zudem ist im Einzelfall auch der Nachweis äußerst schwierig, jedenfalls ohne die neuesten molekulargenetischen Methoden. Daß eine physische Kontrolle pflanzengenetischer Ressourcen dauerhaft kaum möglich ist, zeigt sich schon an den letztlich vergeblichen Bemühungen einzelner Nationen während des Kolonialzeitalters, für bestimmte Industrie- und Gewürzpflanzen Monopolstellungen aufzubauen bzw. zu verteidigen. Trotz der Drohung schwerster Strafen schmuggelte etwa ein französischer Verwaltungsbeamter Gewürzpflanzen aus dem niederländischen Indonesien und ein englischer Abenteurer Kautschuksamen aus Brasilien, was den raschen Niedergang der brasilianischen Kautschukindustrie einläutete.[3]

Zum zweiten handelt es sich bei dem, was legal oder illegal weggenommen wird, wenigstens scheinbar um erneuerbare Ressourcen. Wenn die Firma Hoechst in Indien ayurvedische Heilpflanzen oder die bundesdeutsche Genbank in Armenien Wildrüben sammeln läßt, so verschwinden ja dadurch unmittelbar weder die betreffenden Pflanzenvorkommen noch das dazugehörige Wissen. Es hat zwar auch Fälle gegeben, in denen Sammler regionale Pflanzenbestände fast vollständig abräumten. So ließ etwa das National Cancer Institute der Vereinigten Staaten anfang der siebziger Jahre die regional genutzte Heilpflanze Maytenus buchanani im kenianischen Schutzgebiet Shimba Hills (mit Genehmigung der dortigen Behörden) gleich tonnenweise ernten, um Extrakte für die Krebsforschung zu gewinnen. Die Bestände hatten sich noch Jahre später davon nicht erholt.[4] Doch solche Vorkommnisse sind seltene Ausnahmen. Im typischen Fall handelt es sich bestenfalls um einige hundert Samen, die den lokalen Genpool der Art mit angemessener Sicherheit repräsentieren sollen.

Schließlich entsteht der (Markt-)Wert solcher Sammelmuster erst in einem Zusammenspiel der Verknappung der Ressource auf der einen Seite - durch Umweltzerstörung oder ganz einfach durch landwirtschaftliche Modernisierung, Verdrängung - und der Aufarbeitung der Sammelmuster auf der anderen Seite, das heißt ihrer Untersuchung und Zerlegung in einzelne Eigenschaften, die wiederum schließlich in die modernisierte Landwirtschaft Eingang finden. Die landwirtschaftliche Modernisierung erzeugt also gewissermaßen im doppelten Sinne erst den Wert pflanzengenetischer Ressourcen: als entscheidender Faktor der Nachfrage und Aufarbeitung sowie zugleich als stärkste Triebkraft der Verknappung.



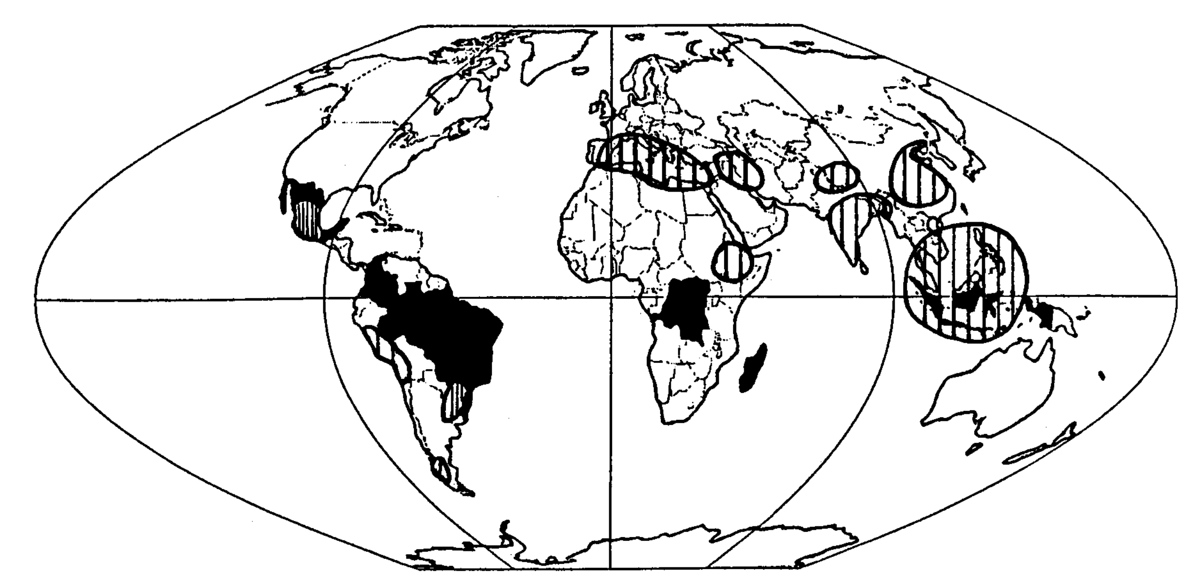
Vor der Grünen Revolution wurden in Mexiko Hunderte von Maissorten angebaut

Auf globalem Niveau wird der "vormoderne", subsistenznahe Sektor damit zum Rohstofflager für einen "modernen", marktorientierten Sektor. Wie die kapitalistische Warenproduktion aber auf eine Alimentierung aus nicht-durchkapitalisierten Verhältnissen angewiesen bleibt und sich unbezahlte Hausarbeit und wertschaffende Tätigkeiten des informellen Sektors einverleibt, so ist auch die "moderne" Landwirtschaft auf das Weiterbestehen vielfältiger und Vielfalt erzeugender Agrarkultursysteme angewiesen. Bisher jedenfalls ist es schwer vorstellbar, wie mit dem statischen System der Genbanken auf Dauer eine Anpassung an die sich wandelnden Bedingungen der Umwelt, an veränderte Krankheitserreger und neue klimatische Bedingungen garantiert werden könnte. Ein konzeptioneller Ansatz, der die Erhaltung einer vielfältigen, dynamischen "traditionellen" Landwirtschaft verzichtbar erscheinen läßt, ist aber bisher nicht zu erkennen.

Wenn, plakativ gesagt, das internationale Agrobusiness bis auf weiteres eine solche Landwirtschaft in gewissem Rahmen braucht, so heißt das allerdings nicht, daß sich die Sorge um die Bewahrung der Vielfalt nun Privatfirmen zu eigen machten. Die FAO und eine Reihe der ihr in dieser Frage verbündeten NROs agieren hier gewissermaßen als "ideelle Gesamtkapitalisten". Daß dabei die eingängige Rede von einem Diebstahl des Nordens im Süden bzw. von einer "wechselseitigen genetischen Abhängigkeit" auf staatlicher Ebene einen besonderen taktischen Stellenwert hat, verdeckt strukturell den Blick auf den systematischen Transfer aus dem "traditionellen" in den durchkapitalisierten, marktorientierten Sektor.

Die geringen Möglichkeiten der direkten physischen Kontrolle und der Mangel an eigenen Kapazitäten zur Aufarbeitung und Inwertsetzung genetischer Ressourcen sind bei einem gleichzeitig ungebrochenen Modernisierungswillen in den Ländern der Dritten Welt zwei wesentliche Faktoren, die erklären, warum diese Länder einen "unbeschränkten Zugang" zu den genetischen Ressourcen einschließlich der hochgezüchteten Sorten für politisch wünschenswert halten. Ein Diebstahl des Nordens wurde schließlich vor allem darin gesehen, daß die hochgezüchteten Pflanzensorten, deren Eigenschaften häufig auf der Nutzung genetischer Resourcen des Südens beruhten, selbst durch Sortenschutz und Patentrechte unzugänglich bzw. teuer gemacht wurden. Mit der Bezeichnung aller pflanzengenetischen Ressourcen als "gemeinsames Erbe" wurde vor allem der Anspruch auf einen Zugang zu diesen Sorten unterstrichen.

Doch diese Hoffnung sollte sich schnell zerschlagen. Die USA, Frankreich, die Bundesrepublik und andere Industrieländer traten dem Undertaking der FAO zunächst gar nicht oder nur mit expliziten Vorbehalten bei. Ab 1987 wurde schließlich ausgehandelt, daß einerseits die in den Industriestaaten geltenden Pflanzenzüchterrechte nicht angetastet werden, daß andererseits aber



Zentren der genetischen Vielfalt der Kulturpflanzen nach Vavilov (schraffiert) und der sog. Megadiversitätsländer (schwarz). Während für die Pflanzenzüchtung bislang vor allem die Vavilovschen Zentren von Interesse waren, hat sich mit der Gentechnik das Interesse noch weiter nach Süden gerichtet.

auch die Bauern und Bäuerinnen in aller Welt sogenannte Farmers' Rights beanspruchen können, Ansprüche auf Unterstützung aufgrund ihrer Verdienste um die Verbesserung und Erhaltung pflanzengenetischer Ressourcen in Vergangenheit und Gegenwart.[5]

Aktuelle Verhandlungen und Modelle

Die löblichen Vorhaben zum Erhalt genetischer Vielfalt durch die Unterstützung bäuerlicher Gemeinschaften in den Ländern der Dritten Welt sind bis heute nicht einmal ansatzweise verwirklicht. Unter anderem liegt dies daran, daß der eigens eingerichtete Geldtopf, der International Fund der FAO, bisher keine Beiträge bekam und diese auch nicht als Pflichtbeiträge erhoben werden können.[6] Die Industrieländer mochten dem ihrer Ansicht nach zu marktfeindlichen und politisierten FAO-Modell nicht folgen. So hieß es in einem einschlägigen Bericht des deutschen Landwirtschaftsministeriums 1987, in der FAO gehe es für die Bundesrepublik vor allem um ein "Entgegenwirken einer Politisierung in allen Bereichen der Sicherung, des Austausches und der Nutzung genetischer Ressourcen"[7].

Durch die Rio-Konferenz und die dort verabschiedete Übereinkunft über die biologische Vielfalt wurde der Streit um die Kontrolle der genetischen Ressourcen in den letzten Jahren ein zweites Mal aufgerollt, diesmal ganz im Zeichen der Ökologie und mit dem Schwerpunkt auf den Bereich der "wilden" Organismen. Einerseits wurde damit automatisch der Ansatz der Farmers' Rights konterkariert, der pauschale Kompensationsansprüche letztlich ja aus geleisteter vergangener und gegenwärtiger Arbeit ableitet. Andererseits wurde aber eine Kompensation auf nationalstaatlicher Ebene für die Nutzung der biologischen Vielfalt grundsätzlich erstritten - außer eben für all das Material, das heute bereits in den Genbanken liegt. Und das ist genau jenes Material, das für den Bereich der landwirtschaftlichen Pflanzenzüchtung die größte Bedeutung besitzt.

Zeitgleich wurde mit dem Abschluß der GATT-Verhandlungen der Zugriff des Patentrechts auf die biologische Vielfalt bzw. genetische Ressourcen extrem verstärkt (s. folgenden Artikel). Damit stellt sich der Konflikt um pflanzengenetische Ressourcen heute zwar nicht weniger scharf, jedoch in einem wesentlich klareren rechtlichen Rahmen als noch vor wenigen Jahren. Ungelöst ist nach wie vor unter anderem das Problem, wie die Rechte der lokalen, individuellen und kollektiven Subjekte der Erhaltung genetischer Vielfalt zu realisieren sind.

Von Seiten der FAO-Kommission für pflanzengenetische Ressourcen wurden in jüngster Zeit Vorschläge unterbreitet, wie eine entsprechende Integration der verschiedenen Ansätze aussehen könnte. Ein Interesse, die in der FAO-Debatte entwickelten politischen Vorgaben im Übereinkommen über die biologische Vielfalt zu verankern, ergibt sich schon allein daraus, daß in deren Kontext substantielle Mittel verhandelt werden, um die sich die FAO bisher vergeblich bemüht hat. Allerdings werden diese Mittel im Rahmen der Übereinkunft relativ "gebergesteuert" von der neugeschaffenen Global Environmental Facility (GEF) verwaltet, in der nach Ansicht vieler Länder der 'Gruppe der 77' zu wenig Transparenz und zu großer Einfluß der Weltbank herrscht. Ob es gelingt, die in der FAO verhandelten Ressourcen und Genbankbestände etwa im Rahmen eines Protokolls an die Kompensationsmechanismen der Übereinkunft anzukoppeln und zugleich demokratische Entscheidungs- und Finanzierungsstrukturen beizubehalten, wie sie in der FAO-Kommission im vergangenen Jahrzehnt verwirklicht wurden, wird sich in den nächsten zwei Jahren zeigen.

Ein entscheidendes Ereignis in diesem Zusammenhang wird die 4. Technische Konferenz der FAO über pflanzengenetische Ressourcen sein, eine Großveranstaltung, die im Juni 1996 in Leipzig stattfinden wird. Die Vorbereitung und Durchführung dieser Konferenz bietet den entwicklungspolitisch aktiven Gruppen in der Bundesrepublik günstige Gelegenheit, sich mit einem umkämpften Feld aktueller Ressourcenpolitik auf globalem Niveau vertieft auseinanderzusetzen.[8] Bisher sind die entsprechenden Entwicklungen hierzulande überwiegend von Umweltgruppen behandelt worden, die sich vor allem für die naturschützerischen Implikationen der verhandelten Fragen interessieren und dabei verteilungspolitische Aspekte oft eher als einen Störfaktor bei der Rettung der Einen Welt bzw. des "Einen Waldes" empfinden.

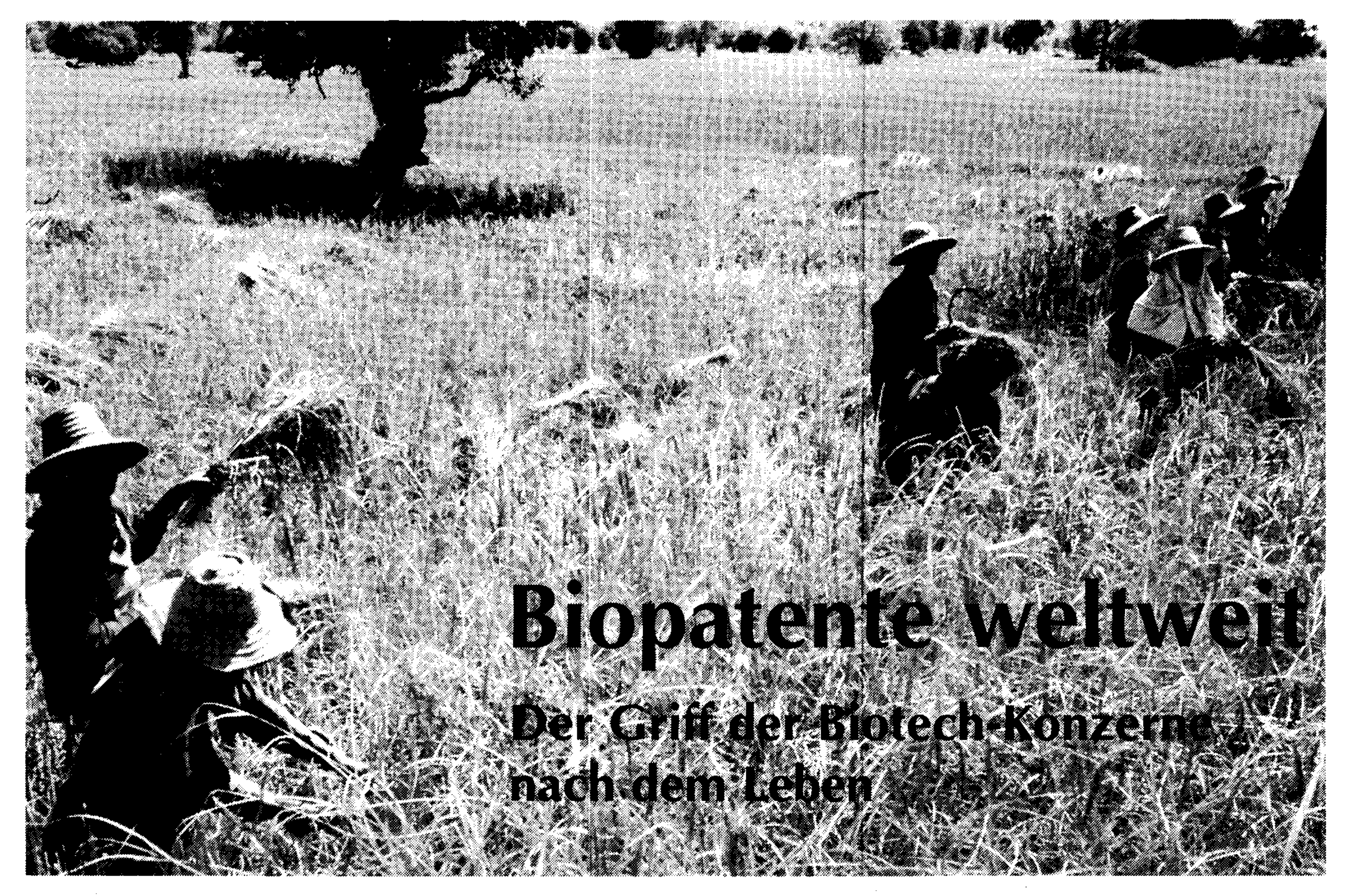
Michael Flitner

Anmerkungen:

1) Vgl. W. V. Reid et al.: Biodiversity Prospecting. Washington, DC: World Resources Institute, 1993.
2) Zum Vertrag Merck/INBio s. M. Flitner, Gen-Ethischer Informationsdienst 12/1991, sowie A. Gettkant in ARA (Hg.) 1994.
3) L. Brockway, »Plant Science and Colonial Expansion: The Botanical Chess Game«. In: J.R. Kloppenburg (Hg.), Seeds and Sovereignty, Durham & London 1988.
4) M. L. Oldfield, The Value of Conserving Genetic Resources, Washington, DC, 1984.
5) FAO-Resolutionen C 4/89 und C 5/89.
6) S. die entsprechende Forderung bei D. Cooper, J. Engels & E. Frison, Issues in Genetic Resources 2, May 1994.
7) D. Bommer & K. Beese, Pflanzengenetische Ressourcen - Ein Konzept für die Bundesrepublik Deutschland, Braunschweig 1987, S. 133.
8) Erste Schritte zur Begleitung der Konferenz werden derzeit von der BUKO-Agrarkoordination in Hamburg geplant.

Einführende Literatur:

P. Mooney & C. Fowler: Die Saat des Hungers. Reinbek 1991.
GRAIN/ABL (Hg.): Lebendige Vielfalt. Rheda-Wiedenbrück 1993. S.C Jutzi & B. Becker (Hg.): Pflanzengenetische Ressourcen. Erhaltung und multiple nachhaltige Nutzung. Der Tropenlandwirt Beiheft 49, 1993.
ARA (Hg.): Leben und leben lassen. Schutz der biologischen Vielfalt, Gradmesser für eine umwelt- und sozialverträgliche Entwicklung. (Ökozid 10) Gießen, i.E.



Biopatente weltweit

Der Griff der Biotech-Konzerne nach dem Leben

Auf ein 'Übereinkommen zu handelsbezogenen Aspekten geistiger Eigentumsrechte' einigte sich die Uruguayrunde der GATT- Verhandlungen, die im April zu Ende ging. Neben dem Patentrecht erfaßt das GATT-TRIPS(Trade Related Aspects of Intellectual Property Rights)-Übereinkommen auch andere gewerbliche Schutzrechte, wie Urheberrechte und Warenzeichen. Es legt international Schutzstandards fest, wie sie bisher nur in den Industriestaaten üblich waren. Auch Lebewesen oder "biotechnologische Erfindungen" - so die Terminologie des Patentrechts - sind Bestandteil dieses Übereinkommens, das den Aufbruch in eine Epoche neuer Eigentumsrechte einläutet: Souveränitätsansprüchen an genetischen Ressourcen werden Patentansprüche an isolierten Gensequenzen und transgenen Lebewesen gegenüberstehen.

Seit Anfang der achtziger Jahre wurde das Patentrecht in den Industriestaaten durch Patentämter und die Rechtsprechung schrittweise an die vermeintlichen Schutzbedürfnisse der gentechnologischen Forschung und Industrie angepaßt. Nachdem der oberste Gerichtshof der Vereinigten Staaten 1980 in der bekannten Chakrabarty-Entscheidung einem Patentantrag auf Mikroorganismen stattgegeben hatte, fielen binnen weniger Jahre in den USA, Europa und Japan auch jene rechtlichen Hürden, an denen die Patentierung von Organismen lange Zeit gescheitert war. 1985 wurde erstmals eine Pflanze, drei Jahre später bereits ein Säugetier patentiert. Heute vermag selbst die Erteilung von Patenten auf menschliche Gene kaum noch Empörungsstürme zu entfachen. Im jüngsten Pressewirbel um die Entdeckung des vermeintlichen "Brustkrebs-Gens" blieb denn auch fast unbeachtet, daß das Biotechnologie-Unternehmen Myriad Genetics das Gen bereits zum Patent angemeldet hat. Als patentfähige Erfindungen gelten in den Industriestaaten nämlich bereits seit einigen Jahren sämtliche Gene, soweit sie erstmals isoliert wurden und für sie eine Verwendung aufgezeigt werden kann.

Produkte als Produktionsmittel

Der rasche und tiefgreifende Bewußtseinswandel mag seinen Ursprung in der besonderen Qualität biotechnologischer Produkte haben. Das Interesse von Forschung und Industrie an einer Patentierung ihrer Innovationen ist vor allem deshalb immens, weil viele Produkte der Biotechnologie zugleich Produktionsmittel sind. Selbst wenn diese Produkte, seien es Pflanzen, Tiere oder Mikroorganismen, sich nicht selbst vermehren lassen, enthalten sie häufig die wesentliche genetische Information in vermehrbarer oder rekonstruierbarer Form: Die Produkte können beliebig imitiert und vermehrt werden.

Zwar gibt es auch bedeutende biotechnologische Neuerungen, die nicht vermehrt werden können oder die für die Innovation wesentliche genetische Information nicht enthalten - zu dieser Gruppe gehören etwa pharmazeutische Wirkstoffe, die lediglich mit Hilfe gentechnisch veränderter Mikroorganismen gewonnen werden, jedoch keine Mikroorganismen enthalten, oder auch solche Verfahrenstechniken, die sich zur Modifizierung von Produktionsstämmen eignen. Jedoch verlangt dieser Typus von Innovationen einen hohen technischen Standard in der Nutzung und erst recht in der Entwicklung.

Größere Bedeutung für die meisten Länder des Südens, die im Feld der Biotechnologie in der Regel allenfalls "Imitatoren" sein können, besitzen zweifellos die potentiell vermehrbaren "Erfindungen" des erstgenannten Typus. Gerade im landwirtschaftlichen Bereich sind Lebewesen, die mit Hilfe biotechnologischer Verfahren verändert wurden, ohne Patentschutz oftmals mit geringem Aufwand in den Produktionsprozeß integrierbar. So können etwa nichthybride Getreidesorten, in die ein zusätzliches Gen für eine bestimmte Instektenresistenz inseriert wurde, prinzipiell problemlos in den Anbau übernommen und wie herkömmliche Sorten vermehrt werden. Dies

gilt ebenso für landwirtschaftliche Nutztiere. Ob eine solche Nutzung ökologisch und sozial wünschenswert ist, kann dabei zunächst einmal dahinstehen - auf jeden Fall ändern sich mit der (weltweiten) Patentierung von Lebewesen und deren Bestandteilen die Zugangsmöglichkeiten zu den neuen Technologien und ihren Produkten.

Biotech-Patente weltweit

Patente gelten stets nur für das und in dem Land, in dem sie erteilt wurden. Dieser Territorialitätsgrundsatz bedeutet, daß zum Beispiel Inhaber eines US-amerikanischen Patents sich auf dieses Patent nicht berufen können, wenn in einem anderen Land die patentierte Erfindung einfach benutzt wird. Anstoß an dieser Situation nahmen in den vergangenen Jahrzehnten vor allem solche Firmen, die ein Interesse daran hatten, ihre Produkte weltweit zu vermarkten, also auch in solche Länder zu exportieren, in denen Patente grundsätzlich nicht oder nur für bestimmte Technikbereiche erhältlich waren. Die Forderung nach einheitlichen internationalen Schutzstandards im Patentrecht hat ihren Ursprung in einer gezielten Lobbykampagne der US-amerikanischen Industrie , die 1986 für die damalige Wirtschaftsflaute einen mangelnden Patentschutz der US-amerikanischen Handelspartner verantwortlich machte.

Nach dem TRIPS-Übereinkommen müssen nunmehr Erfindungen aus allen Bereichen der Technik, gleich ob es sich um Erzeugnisse oder Verfahren handelt, geschützt werden. Staaten der 'Dritten Welt' erhalten für diejenigen Bereiche der Technik, für die sie bisher keinen Schutz gewährt haben, eine Übergangsfrist von nur vier Jahren, den ärmsten Ländern (Least Developed Countries) sind zehn Jahre eingeräumt. Nach dieser Frist müssen Erzeugnisse und Verfahren aus allen Gebieten der Technik patentierbar sein. Insbesondere müssen die GATT-Mitgliedstaaten Patentschutz für Mikroorganismen und mikro-biologische Verfahren gewähren - das heißt, sie müssen ihre Patentgesetze dahingehend ändern, daß "Erfindungen" in diesem Bereich künftig patentierbar sind. Pflanzen und Tiere, sowie im wesentlichen "biologische Verfahren" zu deren Erzeugung, können zunächst noch vom Patentschutz ausgenommen werden. Diese Möglichkeit soll jedoch bereits in vier Jahren erneut zur Diskussion gestellt werden und angesichts der Rechtsentwicklung in den Industriestaaten und dem von diesen ausgehenden Anpassungsdruck erscheint eine solche Ausnahmeregelung nicht als eine reale Option.

Von jenen Staaten, die für Pflanzen keinen Patentschutz gewähren, verlangt das TRIPS-Übereinkommen bereits jetzt ein effektives Schutzrecht "sui generis" zum Schutz von Pflanzensorten. Hinter diesem Schutzrecht verbirgt sich das sogenannte 'Sortenschutz'- oder 'Pflanzenzüchterrecht', das derzeit in den meisten Industriestaaten als Spezialschutzrecht für Pflanzenzüchtungen zur Verfügung steht. Das Sortenschutzrecht ist ein dem Patentrecht ähnliches Exklusivrecht - jedoch enthält es einen wesentlich geringeren Schutzumfang: Während nämlich der patentrechtliche Schutz absolut ist, Patentinhaber somit das exklusive Recht haben, ihre Erfindung herzustellen, anzubieten, zu gebrauchen oder zu diesen Zwecken einzuführen, auszuführen oder zu besitzen, verleiht der Sortenschutz lediglich das exklusive Recht, Vermehrungsgut der geschützten Pflanzensorte zu Vermehrungszwecken zu erzeugen und zu vertreiben. Bauern dürfen daher die Ernte einer geschützten Sorte zur Wiederaussaat im eigenen Betrieb nutzen sowie im Rahmen der Nachbarschaftshilfe auch Saatgut weitergeben (Landwirtevorbehalt). Zudem dürfen nach dem Sortenschutzrecht Zuchtbetriebe jede Sorte ohne Genehmigung und Bezahlung zur Weiterzüchtung verwenden (Züchtervorbehalt). Beide Vorbehalte werden mit der Patentierung von Pflanzen oder pflanzlichen Bestandteilen ausgehebelt. Das Patentrecht kennt weder Landwirte- noch Züchtervorbehalt.

Für die meisten Länder des Südens wird ein nach dem TRIPS-Übereinkommen zulässiges Schutzrecht sui generis für Pflanzensorten der Gewährung eines umfassenden Patentschutzes für Pflanzensorten vorzuziehen sein. Gerade der Nachbau von Kulturpflanzen, das heißt die Wiederaussaat der Ernte, hat in vielen Ländern eine enorme ökonomische Bedeutung. Selbst in Ländern mit stark industrialisierter Landwirtschaft wie der Bundesrepublik oder den Vereinigten Staaten wird bei wichtigen Kulturpflanzenarten wie Weizen oder Gerste im Schnitt noch ca. die Hälfte des Saatguts durch Nachbau gewonnen. In den Ländern des Südens ist die Bedeutung des Nachbaus noch größer. Fast durchgängig wird hier zwischen 80 und 100 % der Aussaat aus dem Erntegut bestritten. Dies gilt nicht etwa nur für die ärmsten Länder ohne eigene Saatgutproduktion, sondern fast im gleichen Maße für Länder mit starker landwirtschaftlicher Modernisierung und einem hohen Anteil "moderner" Sorten. Sogar in solchen Ländern, in denen, wie in Pakistan im Fall von Weizen oder in Indonesien beim Reis, größtenteils hochgezüchtete Sorten angebaut werden, kaufen die landwirtschaftlichen Betriebe im Schnitt nur alle acht bis zehn Jahre neues Saatgut.

Eine Reduzierung oder gar ein Verbot dieser Praxis könnte für viele Länder, mit besseren Worten, für unzählige kleinbäuerliche Betriebe in aller Welt nachhaltige Folgen haben. Zwar ist die im Zusammenhang mit dem TRIPS-Agreement hin und wieder geäußerte Befürchtung unzutreffend, daß es durch das Abkommen nun automatisch allen Bäuerinnen weltweit untersagt wäre, ihr eigenes Saatgut zur Wiederaussaat zu benutzen - eine lokale oder "traditionelle" Sorte kann selbstverständlich auch weiterhin frei angebaut und verwendet werden. Patentierte Gene und Organismen werden sich aber nach und nach über die Mechanismen des Marktes durchsetzen, jedenfalls dann, wenn auch nur ein Teil der Prophezeiungen der Gentechnologie in Erfüllung geht.

Die öffentliche Agrarforschung

Im Bereich der öffentlichen Agrarforschung sind problematische Verschiebungen durch den Einbruch des Patentrechts in den Bereich der Züchtung vorprogrammiert. In den meisten Ländern des Südens spielt bisher die öffentliche Forschung eine herausragende Rolle. In der Regel handelt es sich um eine nationale Agrarforschung, die in engem Austausch mit den Internationalen Agrarforschungszentren (IARCs) steht. So kritisch diese Internationalen Zentren und ihre historische Rolle bei der Durchsetzung der Grünen Revolution zu sehen sein mögen, große Teile der landwirtschaftlichen Fläche in der Dritten Welt sind heute jedenfalls mit Sorten bepflanzt, die auf Material aus diesen Zentren zurückgehen. Dieses Material war bisher grundsätzlich frei zugänglich, ob als unbearbeiteter Bestandteil von Sammlungen in den Genbanken der Zentren oder in der Form von Ausgangssorten, die den nationalen Einrichtungen der Agrarforschung zur Weiterentwicklung

Anteil des Nachbaus von Nahrungspflanzen in verschiedenen Ländern (Prozent)

	Pakistan	Nigeria	Thailand	Äthiopien	Indien
Mais	n.a.	93	70	88	91
Weizen	94	99	n.a.	90	92
Reis	97	99	75	n.a.	87
Sorghum	n.a.	99	70	83	97
Bohnen	n.a.	99	75	99	97

Q: Groosman et al. 1991, Jaffee & Srivastava 1994; n.a.=nicht anwendbar oder keine Angaben.

dienten.

Verständlicherweise sind viele Länder wenig angetan von der Vorstellung, daß genetisches Material, welches von ihnen selbst den internationalen Zentren zu einer Zeit zur Verfügung gestellt wurde, als an eine Patentierung von Lebewesen noch nicht zu denken war, heute zum Gegenstand von Patentansprüchen Dritter werden. Die Internationalen Zentren haben zwar erklärt, daß sie sich nur als Hüter dieser Vielfalt im Namen der 'internationalen Gemeinschaft' sehen und selbst auch keine Patente darauf anmelden wollen. Doch damit ist das Problem nicht gelöst. Alle Materialflüsse in und aus den internationalen Genbanken müßten in vertragliche Vereinbarungen



Falsches Idyll - die Länder des Südens fordern Kontrolle über den Patentierungszugriff der Konzerne

gefaßt und diese zudem effektiv kontrolliert werden, um zu verhindern, daß einzelne Gene von Firmen isoliert und zum Patent angemeldet werden.

Angesichts dieser Entwicklungen scheint es unvermeidlich, daß Länder ihre Ansprüche auf Teilhabe an einer Verwertung gesammelten Materials vertraglich sicherstellen, etwa im Rahmen sogenannter Material Transfer Agreements (MTAs). Doch eine solche Lösung wird der internationalen Zusammenarbeit im Bereich der Pflanzenzüchtung mit Sicherheit abträglich sein. Vor allem aber kann auch sie nicht verhindern, daß nach und nach patentierte Gene in die wichtigsten landwirtschaftlichen Kulturpflanzen Eingang finden. Zunächst werden davon vor allem die kapitalintensiveren, weltmarktorientierten Exportkulturen betroffen sein, über kurz oder lang aber auch die wichtigsten Grundnahrungspflanzen. Die volle Wirkung der jetzt gefaßten Beschlüsse wird sich erst in gut zehn Jahren entfalten, wenn sich einerseits patentierte Gene in wichtigen Kulturpflanzenarten langsam zu akkumulieren beginnen und zugleich die festgesetzten Umsetzungsfristen ablaufen, womit entsprechende Patentanmeldungen dann in allen 117 GATT-Mitgliedsstaaten getätigt werden können.

Neben der Landwirtschaft ist die pharmazeutische Produktion der zweite große Bereich, in dem Patente auf biotechnologische Innovationen besondere Bedeutung für die Dritte Welt erlangen werden. In den meisten Industrieländern sind Medikamente und Verfahren zu ihrer Herstellung inzwischen patentierbar. Ein Blick zurück in die Geschichte des Patentrechts zeigt indes, daß viele dieser Länder sich auffällig lange Zeit ließen, ehe sie für Arzneimittel oder chemische Stoffe Patentschutz zur Verfügung stellten. Dabei profitierten sie ihrerseits von den Möglichkeiten einer lizenzfreien Imitation. So wurde etwa der Patentschutz für Pharmazeutika in der Bundesrepublik erst 1968 gewährt, in Japan gar erst 1976, als das Land bereits den zweiten Platz in der Weltpharmaproduktion erobert hatte. Spanien und Griechenland schlossen pharmazeutische Prozesse und Produkte noch 1992 vom Patentschutz aus. Nach dem TRIPS-Übereinkommen müssen nun jedoch binnen weniger Jahre sämtliche GATT-Mitgliedsländer Patentschutz für Arzneimittel zur Verfügung stellen.

Gerade im Pharmabereich sind oftmals maßlos überhöhte Lizenzgebühren und Endpreise bekannt geworden, die häufig auf den Mißbrauch einer patentrechtlichen Monopolstellung zurückgeführt werden konnten. Erst vor kurzem wurde der Schweizer Konzern Hoffmann-La Roche wegen der überhöhten Gebühren für seine PCR-Technologie kritisiert, die bei einigen medizinischen Tests einen Großteil der Gesamtkosten ausmachen. Schon im Zuge der Bemühungen, die zahlreiche Entwicklungsländer während der siebziger Jahre unternahmen, ihr Patentrecht stärker an den eigenen Zielen zu orientieren, spielten die Pharmazeutika eine herausragende Rolle. Unter anderem änderte Indien bereits 1970 sein Patentgesetz dahingehend, daß nurmehr Herstellungsverfahren, nicht aber pharmazeutische Produkte selbst patentiert werden konnten. Zudem betrug die Laufzeit entsprechender Patente nur sieben Jahre - gegenüber zwanzig, wie sie nun das TRIPS-Übereinkommen verlangt. Der Grundversorgung der Bevölkerung mit Medikamenten waren diese Einschränkungen in höchstem Maße dienlich - die indischen Medikamentenpreise gehören heute zu den weltweit niedrigsten und liegen oft ein Vielfaches unter denen in Ländern mit ähnlichen technologischen Voraussetzungen, aber stärkerem Patentschutz.

Anders als im Bereich der Nutzpflanzen und -tiere handelt es sich bei der Pharmazeutikaproduktion in der Regel um Verfahren, die einen oftmals hohen technologischen Stand voraussetzen. Länder wie Indien, China oder Brasilien sind diejenigen, die durch Biotech-Patente im pharmazeutischen Bereich am meisten zu verlieren haben. Zum einen ist dort eine große Binnennachfrage vorhanden, zum anderen sind die Fähigkeiten zur Imitation gegeben. Daß ebendiese Länder auch Hauptziel der GATT-Initiative waren, zeigt sich schon an den jahrelangen Drohungen und unilateralen Handelssanktionen der Vereinigten Staaten im Vorfeld des TRIPS-Übereinkommens.

Bleiben noch Spielräume?

Das Patentrecht ist schon heute ein wesentlicher Faktor in der Ressourcenallokation in der biotechnologischen Forschung und Entwicklung. In den Industriestaaten kann die entsprechende Anpassung durch Rechtssprechung und Gesetzgebung als nahezu abgeschlossen gelten, auch wenn die Europäische Union sich nach wie vor mit einer entsprechenden Richtlinie beschäftigt, die freilich nur gesetzlich zementieren will, was Patentämter und Rechtssprechung längst praktisch entschieden haben. Dort, wo die neuen Biotechnologien maßgeblich entwickelt werden, steht längst nicht nur für Gene, Plasmide und Zellbestandteile, sondern auch für vollständige Organismen aller Art Patentschutz zur Verfügung.

Mit dem TRIPS-Übereinkommen wird diese neue Form privater Aneignung des Lebens beziehungsweise seiner "Bausteine" nun global ausgeweitet. Dabei bieten sich den Staaten der Dritten Welt mit der vollen Ausschöpfung der Übergangsfristen und der teilweise noch offenen Auslegung der Begriffe "mikrobiologische Verfahren", "Pflanzen" und "Tiere" sowie einem strikten Festhalten an den üblichen Patentvoraussetzungen, das den Kreis letztendlich patentierbarer Erfindungen eingrenzen kann, nur wenig Spielräume, die Folgen biotechnologischer Innovationen in Landwirtschaft und Pflanzenzucht zu begrenzen oder gar selbst Nutzen aus ihnen zu ziehen.

Daß die biotechnologischen Innovationen letztlich nur einen Aspekt des viel umfangreicheren GATT-TRIPS-Abkommens ausmachen, verweist auf den größeren Zusammenhang: Die zunehmende Konkurrenz, die vor allem die aufsteigenden Schwellenländer den "alten" Industriestaaten bieten, sowie der immer größere Anteil einer nahezu immateriellen Produktion (Software, Chip Design, Gensequenzierung) machen die Verfügung über Wissen zu einer strategischen Größe.

Dan Leskien/
Michael Flitner

Literatur:

S.J. Patel, Intellectual Property Rights in the Uruguay Round. A Disaster for the South? Economic and Political Weekly, May 6, S. 978 - 991.

J.H. Barton & W. Siebeck 1994: Material transfer agreements in genetic resources exchange - the case of the International Agricultural Research Centres. Rom: IPGRI.

C. Bauer 1993: Patente für Pflanzen - Motor des Fortschritts?, Düsseldorf.

W. Reid et al. 1993: Biodiversity Prospecting: Using Genetic Resources for Sustainable Development. Washington: World Resources Institute.

D. Sharma, 1994, GATT and India, Delhi .

V. Heins, 1993, Survival of the fattest?, Peripherie 51/52, S. 69-85.

Gentechnik im Nord-Süd-Transfer

Über Notwendigkeit und Blockade internationaler Sicherheitsabkommen

"Weniger befriedigend" - lautet das nüchterne Urteil von Gabrielle J. Persley, glühende Befürworterin der Gentechnologie und zuständig für diesen Bereich bei der Weltbank. "Besorgniserregend" - so das Urteil angesehener US-amerikanischer Wissenschaftler. Gemeint sind die Sicherheitsbestimmungen der Staaten der 'Dritten Welt' im Bereich der Biotechnologie. Dabei führen Firmen aus den Industriestaaten gerade in diesen Ländern viele ihrer mit unübersehbaren Risiken verbundenen Experimente mit gentechnisch veränderten Organismen durch. Der folgende Artikel skizziert diese Praktiken und die Blockierung von Ansätzen, zumindest international gültige Sicherheitsstandards für den Bereich der Biotechnologie festzulegen.

Wenn in diesen Tagen die Delegationen der 83 Vertragsstaaten des im Rahmen der Rio-Konferenz unterschriebenen 'Übereinkommens über die biologische Vielfalt' (s. Kasten) in Nassau/Bahamas zu ihrer ersten Vertragsstaatenkonferenz zusammentreffen, steht auch der Streit um eine völkerrechtliche Regelung zur biotechnologischen Sicherheit auf der Tagesordnung. Das Übereinkommen sieht in Artikel 19 bisher nur vor, daß die Vertragsstaaten die Notwendigkeit und Modalitäten eines Protokolls zur biotechnologischen Sicherheit zu prüfen haben.

Bereits im Rahmen der Vorbereitungen zur 'UN-Conference on Environment and Development' (UNCED) sowie in den Vorbereitungen des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP) hinsichtlich des Biodiversity-Übereinkommens hatte sich vehementer Widerstand dagegen erhoben, das Thema der biotechnologischen Sicherheit überhaupt zum Gegenstand des Übereinkommens und der Agenda 21 der Rio-Konferenz (s. Kasten) zu machen. Nachdem jedoch das anfangs arg vernachlässigte Thema "Entwicklung" und damit auch mehr und mehr Fragen des Technologietransfers thematisiert worden waren, fand schließlich auch das Thema 'biosafety' gesteigertes Interesse bei der Staatengemeinschaft. Unter dem Titel 'Environmentally Sound Management of Biotechnology' ging die Biotechnologie schließlich in die Agenda 21 als deren 16. Kapitel ein.

Die Entwicklungsgeschichte dieses 16. Kapitels weist deutliche Spuren jener Verhandlungsdelegationen auf, die das ursprünglich Sicherheits- und Umweltaspekten der modernen Biotechnologie zugedachte Kapitel von Anfang an zu einem mehr oder weniger unreflektierten Förderprogramm für biotechnologische Verfahren, Produkte und deren Vermarktung umschreiben wollten. So wird die Biotechnologie in der schließlich verabschiedeten Fassung des 16. Kapitels in aller Ausführlichkeit als Mittel zur Verbesserung der Versorgung mit Nahrungs- und Futtermitteln sowie nachwachsenden Rohstoffen, als Mittel zum Umweltschutz und zur Verbesserung der menschlichen Gesundheit gefeiert. Nur einige wenige Seiten widmen sich Sicherheitsaspekten und einer diesbezüglich erforderlichen internationalen Zusammenarbeit. Zu erwartende sozio-ökonomische Auswirkungen der biotechnologischen Produktion und der Produktvermarktung finden im Kapitel 16 der Agenda 21 überhaupt keine Erwähnung.

Ähnlich vage wie in der Agenda 21 fielen auch die im Biodiversity-Übereinkommen enthaltenen Passagen in puncto Maßnahmen zur biotechnologischen Sicherheit aus. Hatte das Übereinkommen in früheren Fassungen noch den konkreten Auftrag an die Vertragsstaaten enthalten, internationale Sicherheitsbestimmungen auf diesem Gebiet zu schaffen, so sieht Artikel 19 Absatz 3 des schließlich verabschiedeten Vertragstextes nur mehr den oben erwähnten Prüfauftrag vor, um dessen Wortlaut lang gerungen wurde: "Die Vertragsparteien prüfen die Notwendigkeit und die näheren Einzelheiten eines Protokolls über geeignete Verfahren, insbesondere einschließlich einer vorherigen Zustimmung in Kenntnis der Sachlage, im Bereich der sicheren Weitergabe, Handhabung und Verwendung der durch Biotechnologie hervorgebrachten lebenden modifizierten Organismen, die nachteilige Auswirkungen auf die Erhaltung und nachhaltige Nutzung der biologischen Vielfalt haben können." Damit waren die eigentlichen Streitfragen in puncto biotechnologischer Sicherheit nicht gelöst, sondern diplomatisch umgangen.

Entsprechend bereitete die Umsetzung des Prüfungsauftrages in den zwei Jahren nach der Verabschiedung des Übereinkommens große Schwierigkeiten. So wurde etwa in dem von der UNEP bereits 1992 eingesetzten Sachverständigenausschuß erbittert um die wesentlichen Fragen gestritten, die der Vertragstext umschifft hatte. Unstimmigkeiten bestanden etwa über die Frage, ob das Protokoll nur gentechnisch manipulierte oder auch andere Organismen erfassen dürfe und ob es nur die direkten Auswirkungen von Organismen auf die Umwelt oder auch Folgen für die menschliche Gesundheit zum Gegenstand haben solle. Vor allem aber wurde immer noch darüber gestritten, ob ein internationales Protokoll zur biotechnologischen Sicherheit überhaupt notwendig sei.

Dabei liegen die Gefahren, die die Biotechnologie und ihr weltweiter Einsatz insbesondere unter den Bedingungen des Nord-Süd-Gefälles mit sich bringen, auf der Hand.

Freisetzungsversuche

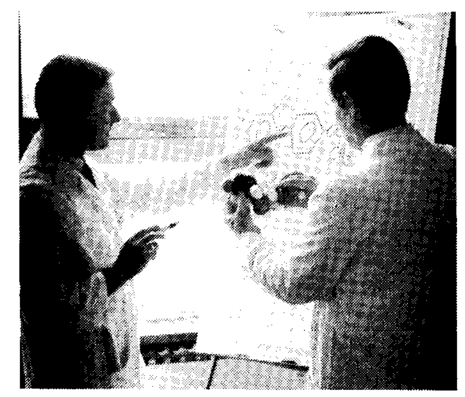
Die Gefahren eines Nord-Süd-Biotechnologie-"Tourismus", das heißt die Auslagerung von Freisetzungen in die Staaten der 'Dritten Welt', wurden einer breiten Öffentlichkeit erstmals im Juni 1986 vor Augen geführt. Damals war bekannt geworden, daß Wissenschaftler des US-amerikanischen Wistar-Institute/Philadelphia ohne jede

'Übereinkommen über die biologische Vielfalt'

Das Biodiversity-Abkommen wurde anläßlich der UN - Konferenz über Umwelt und Entwicklung (UNCED) in Rio im Juni 1992 von zahlreichen Regierungen unterzeichnet und ist mittlerweile von 83 Vertragsstaaten ratifiziert worden. Die tragende Idee des Übereinkommens ist der Schutz der biologischen Vielfalt. Um diesen Schutz wirksam umsetzen zu können, sieht das Übereinkommen Mechanismen vor, die jenen Ländern, die über die biologischen Ressourcen verfügen, einen Anreiz geben sollen, diese zu erhalten. Als Ausgleich für die Erhaltungsmaßnahmen sollen für mit diesen Ressourcen außerhalb der Herkunftsländer erzielte Gewinne diesen Ländern Technologie zur Verfügung gestellt und Gewinnbeteiligungen gezahlt werden. Die Einzelheiten dieses Nord-Süd-Ausgleichs sind jedoch noch längst nicht geklärt. Auch die Frage der Sicherheit der Biotechnologie wird im Übereinkommen zur biologischen Vielfalt angesprochen. Insbesondere enthält Artikel 19 des Übereinkommen einen Auftrag an die Vertragsstaaten, die Notwendigkeit und die Modalitäten eines Protokolls zur biotechnologischen Sicherheit zu prüfen.

Die 'Agenda 21'

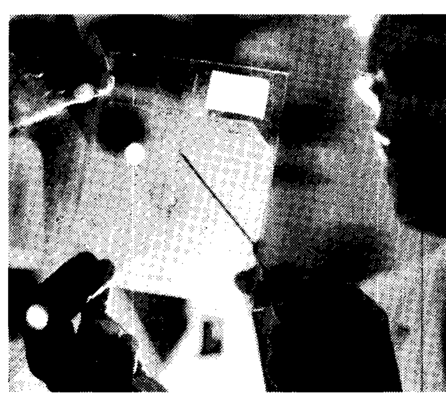
Ebenso wurde auf der Konferenz in Rio neben der 'Rio-Deklaration über Umwelt und Entwicklung' und der 'Erklärung über Grundsätze einer nachhaltigen Bewirtschaftung und Erhaltung der Wälder' die sogenannte 'Agenda 21' von mehr als 178 Regierungen verabschiedet. Die Agenda 21 ist ein Aktionsprogramm für weltweite nachhaltige Entwicklung. Sie behandelt sowohl soziale und ökonomische Aspekte einer nachhaltigen Entwicklung, als auch die Erhaltung und den Umgang mit den auf der Erde noch vorhandenen Ressourcen. Im Kapitel 16 der Agenda 21, das sich mit der Biotechnologie auseinandersetzt, wird davon ausgegangen, daß Bio/Gentechnologie bei der Bekämpfung des Hungers, der Lösung von Gesundheitsproblemen und beim Umweltschutz eine segensreiche Rolle zu spielen vermögen. Die Ausführungen zur biologischen Sicherheit sind hingegen kurz und betont unverbindlich gehalten.



Forschung ...

Ankündigung - geschweige denn mit einer Genehmigung - in Argentinien Kühe mit einem gentechnisch veränderten Tollwut-Impfstoff behandelt hatten. Ans Tageslicht kam dieser Skandal nur deshalb, weil es bei einigen Melkern und Landarbeitern, die mit den Kühen Kontakt hatten, zu unerklärlichen Infektionen gekommen war, welche auf den Impfstoff zurückgeführt wurden.

Seit dem Wistar-Skandal ging der Biotechnologie-Tourismus nicht etwa zurück; vielmehr wurden seitdem in zunehmendem Maße Freisetzungsversuche mit gentechnisch veränderten Organismen in Länder ausgelagert, in denen keine oder keine verbindlichen Regelungen und Sicherheitsbestimmungen zur Gentechnologie bzw. entsprechende Kontrollkapazitäten vorhanden sind. Beispiele für diese Praxis finden sich zuhauf. So testete die US-Firma 'Calgene' ihre berühmte matschfeste Tomate 'Flavr Savr' seit 1991 auch in Mexiko und Chile.' Die Firma 'Monsanto' führte Freisetzungsexperimente mit herbizid-toleranten Sojabohnenpflanzen in Argentinien, Costa Rica, Belize und in der Dominikanischen Republik durch. 'Ciba Geigy' setzte transgene (gentechnisch veränderte) Maispflanzen und Zuckerrüben in Argentinien frei. Eine



... und Entwicklung im Norden ...

auf einem Workshop in Harare im letzten Jahr präsentierte Tabelle listet allein für die lateinamerikanischen Staaten in den Jahren 1989 bis 1992 detailliert über 30 Freisetzungsexperimente mit transgenen Pflanzen auf. Mit Ausnahme eines Experiments, an dem Wissenschaftler der Universität von Venezuela beteiligt waren, wurden sämtliche Experimente von Konzernen mit Hauptsitz in einem der Industrieländer durchgeführt.

Nach jüngsten Daten der Zeitschrift 'Biotechnology and Development Monitor' ist die Zahl der Freisetzungen in Lateinamerika mittlerweile auf über 60 angewachsen. Nach Zahlen, die auf einem Biosafety-Workshop im Juni diesen Jahres in Cartagena/Kolumbien veröffentlicht wurden, sind Spitzenreiter unter den lateinamerikanischen Staaten Argentinien und Chile mit mittlerweile jeweils 20 Freisetzungsexperimenten, gefolgt von Mexiko (11). Doch nicht nur Lateinamerika, auch afrikanische Staaten rücken offenbar mehr und mehr in das Blickfeld der Gentechnologie. So soll herbizid-resistente Baumwolle der Firma 'Calgene' in Südafrika freigesetzt worden sein. Zu erinnern ist auch an den Skandal, den der französische Forscher Daniel Zagury auslöste, als er im November 1986 zwölf "Freiwillige" in Zaire mit einem gentechnisch manipulierten Lebendimpfstoff infizierte. "Die in Afrika gewöhnlichste Form, in die Biotechnologie zu investieren, besteht darin, daß Unternehmen aus den entwickelten Ländern nach Afrika kommen wollen, um Freisetzungsexperimente mit gentechnisch veränderten Pflanzen durchzuführen", beschrieb trocken der Biochemiker Christopher J. Chetsanga, Professor an der Universität von Zimbabwe, die Situation.

Der anhaltende Trend, Freisetzungsexperimente in Entwicklungsländer auszulagern, birgt ein besonderes Gefahrenpotential, das bislang wenig Berücksichtigung gefunden hat. Viele der betroffenen Entwicklungsländer verfügen über einen ganz außerordentlichen Reichtum an (pflanzen-)genetischer Vielfalt. Die typischen Gefahren, die mit der Freisetzung gentechnisch veränderter Organismen allgemein verbunden sind, dürften für Entwicklungsländern daher häufig vergleichsweise sehr viel höher zu veranschlagen sein als für die Industriestaaten. So spielt etwa das Problem des Auskreuzens (Kreuzung von Nutz- und Wildpflanzen) bei der Freisetzung von Maispflanzen in Europa eine vergleichsweise geringe Rolle. In Mexiko dagegen, dem Genzentrum von Mais und



... - vermehrte Freisetzungen im Süden

nah verwandten Pflanzen (z.B. Teosinte), birgt das Auskreuzen durchaus Gefahren. Bei Freilandversuchen könnten etwa Herbizidresistenzgene auf nah verwandte Wild- und Kulturpflanzen mit der unerwünschten Folge übertragen werden, daß die Resistenz gegen ein Herbizid im Ökosystem Verbreitung findet. Da die Genzentren fast aller Kulturpflanzen in den Ländern der 'Dritten Welt' liegen, sind es diese Länder, die von den mit Freilandversuchen von gentechnisch veränderten Pflanzen verbundenen Risiken in besonderem Maße bedroht sind - also gerade jene Staaten, die größtenteils bislang nicht über notwendige Sicherheitsbestimmungen und Kontrollkapazitäten verfügen und damit biotechnologisches Freiland für Unternehmen aus dem Norden bieten.

Das Nord-Süd-Regelungsgefälle

Während fast alle Industriestaaten mittlerweile zumindest ihre bestehenden Gesetze an die Besonderheiten der Gentechnologie angepaßt oder neue Gesetze zur Regelung der Gentechnologie geschaffen haben, verfügen bislang die wenigsten Länder des Südens über verbindliche Regelungen. Zwar wurden in den meisten Ländern, in denen Freisetzungen stattfanden, im Handumdrehen irgendwelche Sicherheitsrichtlinien verabschiedet. Auch 'Biosafety Committees' oder 'Advisory Committees' wurden nach US-amerikanischem Vorbild häufig in aller Eile zusammengestellt. Den Aufbau solcher vor allem auf das äußere Erscheinungsbild bedachter Sicherheitsrichtlinien und Institutionen förderten bisher vor allem die Außenministerien der Vereinigten Staaten und der Niederlande sowie internationale Gentechnik-Lobbyorganisationen wie ISAAA (International Service for the Aquisition of Agribiotech Applications).

Ähnlichen Zwecken dienen auch die regionalen 'Biosafety Workshops' in Afrika und Lateinamerika, die von den USA, Großbritannien und den Niederlanden in den vergangenen zwei Jahren mit großem Aufwand vor allem mit dem Ziel inszeniert wurden, jene zum Schweigen zu bringen, die international verbindliche Regelungen für den Bereich der Gentechnik fordern.

Dabei verlangt kaum ein Gebiet der technischen Entwicklung so dringend nach internationaler Harmonisierung der Sicherheitsstandards. Denn auch Länder, in denen bislang die Gentechnologie noch keine Anwendung findet, werden früher oder später mit den Produkten der Gentechnologie massiv konfrontiert sein. Organismen machen nicht an Landesgrenzen halt und ein einziges Samenkorn kann für die ungewollte Ausbreitung der gentechnisch veränderten Pflanzen genügen. Hier freilich werden auch die Grenzen völkerrechtlich verbindlicher Regelungen deutlich: Der Welthandel und auch der Tourismus werden dafür sorgen, daß jeder vermarktete gentechnisch veränderte Organismus früher oder später an diesen entlegensten Punkt der Erde gelangen wird.

Soll der gentechnischen Forschung die Flucht in rechtsfreie Räume verbaut werden, muß das bestehende Regelungsgefälle zwischen Nord und Süd aufgehoben werden. Doch nicht nur das Regelungsniveau, sondern auch die Kontroll- und Überwachungsmöglichkeiten divergieren erheblich von Land zu Land - vor allem von Staaten der 'Dritten Welt' zu Industriestaaten. Hieran vermag auch die Harmonisierung von Sicherheitsbestimmungen nichts zu ändern. Aus diesem Grund drängen vor allem viele Staaten der 'Dritten Welt' auf Regelungen, die es ihnen ermöglichen, von einem bevorstehenden Import gentechnisch veränderter Organismen so frühzeitig zu erfahren, daß dieser noch verhindert oder an Auflagen geknüpft werden kann. Die Minimalforderung aber ist, daß Exportstaaten dafür Sorge tragen, daß Importländer über die im Exportland geltenden Sicherheitsbestimmungen für den Umgang mit den betreffenden Organismen informiert werden. Vergleichbare internationale Regelungsmechanismen, etwa der sog. 'prior informed consent' (PIC), finden sich bereits in völkerrechtlichen Regelungen wie etwa der Basler Konvention zu gefährlichen Abfällen oder auch dem Verhaltenskodex der FAO zu Verteilung und Nutzung von Pestiziden sowie den UNEP 'London Guidelines' zum Austausch von Informationen über Chemikalien im internationalen Handel.

Halbherzige Konzepte internationaler Organisationen

Als Vorbild für internationale Bestimmungen zur biologischen Sicherheit wird regelmäßig der 'Voluntary Code of Conduct for the Releases of Organisms into the Environment' (Freiwilliger Verhaltenskodex für Freisetzungen von Organismen in die Umwelt) herangezogen, den das Sekretariat der UNIDO (United Nations Industrial Development Organisation) 1991 veröffentlicht hat. Weniger bekannt, jedoch mindestens ebenso wichtig ist der 'Preliminary Draft International Code of Conduct on Plant Biotechnology' der Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO).

Die Regelungsentwürfe von UNIDO und FAO weisen jedoch fundamentale inhaltliche Unterschiede auf - dies obgleich beide Organisationen im Rahmen der UNIDO/ UNEP/ FAO/ WHO-'Working Group on Biosafety' bereits seit 1985 versucht hatten, eine gemeinsame Herangehensweise zu entwickeln. Diese Unterschiede lassen sich zum Teil darauf zurückführen, daß FAO und UNIDO sich im Bereich der Pflanzenbiotechnologie Konkurrenz machen. Zum anderen beruhen die Unterschiede auf voneinander abweichenden Beurteilungen von Gefahren und Chancen der Biotechnologie.

Während der FAO-Entwurf umfangreiche Bestimmungen zu Import und Export gentechnisch veränderter Organismen vorsieht,



Biotech-Sicherheitsrichtlinien existieren im Süden nur pro forma

verzichtet der Verhaltenskodex des UNIDO-Sekretariats auf derartige Regelungen völlig und will den Bereich der biologischen Sicherheit allein den jeweiligen nationalen Behörden überantwortet sehen. Im Ergebnis beschränkt sich damit der UNIDO-Entwurf auf eine Zusammenfassung von Verhaltensgrundsätzen und Empfehlungen, wie sie längst von den verschiedenen Fachgremien oder auch der OECD niedergelegt wurden. Empfehlungen, die den Besonderheiten des Regelungsgegenstandes auf internationaler Ebene Rechnung tragen, sucht man im UNIDO - 'Voluntary Code of Conduct' vergebens. Jedoch weist auch der FAO - 'Draft Code' erhebliche Schwachstellen auf. So beschränkt er sich insbesondere auf den Bereich der Pflanzenbiotechnologie und deckt damit nur einen kleinen Teil der Anwendungsmöglichkeiten der Gentechnologie ab.

Blockadepolitik der Nord-Regierungen

Vor diesem Hintergrund entstand in den Jahren 1992/93 der Bericht des von der UNEP eingesetzten Sachverständigenausschusses. Dieser Ausschuß (UNEP Panel IV) setzte sich eingehend mit der Frage des Biosafety-Protokolls, das heißt mit dem Prüfauftrag des Artikel 19 des Biodiversity-Übereinkommens von Rio, auseinander. Die große Mehrheit der Mitglieder dieses Ausschusses gelangte im Ergebnis zu der Auffassung, daß ein verbindliches Protokoll erforderlich sei, und forderte detaillierte Regelungen zum Umgang mit der Gentechnologie auf nationaler wie auf internationaler Ebene. So sollen sich die Unterzeichnerstaaten des Protokolls zur Einhaltung und Kontrolle gewisser Sicherheitsstandards verpflichten, die weitgehend jenen der EG-Richtlinien entsprechen. Um Staaten zur Unterzeichnung des Protokolls zu bewegen, schlug das Panel IV vor, von Import und Export gentechnisch veränderter Organismen solche Staaten auszuschließen, die das Protokoll nicht unterzeichnet haben. Für den internationalen Transfer sehen die Empfehlungen des Panel IV schließlich ein ausgetüfteltes "Advance Informed Agreement"-Verfahren vor, nach dem die Vertragsstaaten des Protokolls den Export von gentechnisch veränderten Organismen in andere Vertragsstaaten erst dann erteilen dürfen, wenn diese ihre Zustimmung gegeben haben.

Den Empfehlungen der Mehrheit des Panel IV steht freilich die schroffe Ablehnung seitens der US-amerikanischen Sachverständigen gegenüber. Die Exportinteressen ihrer nationalen Gentechnikindustrie und Furcht vor einer "Stigmatisierung der Gentechnik" resultierten in einer völligen Blockadehaltung der US-Regierung.

Trotz der US-amerikanischen Ablehnung wurde im Juni diesen Jahres auf einem Treffen zur Vorbereitung der besagten Konferenz der Vertragsstaaten des Übereinkommens zur biologischen Vielfalt in Nassau mit großer Mehrheit eine Empfehlung zugunsten eines Protokolls angenommen. Diese Empfehlung kam vor allem auf Initiative der 'Gruppe der 77' zustande. Mit Spannung kann nunmehr auf eine Entscheidung der Vertragsstaatenkonferenz (28. November bis 9. Dezember) gewartet werden.

Dan Leskien

Anmerkung:

1) Der Firmenname 'Flavr Savr' ist abgeleitet aus dem amerikanischen 'Flavor Saver'. Die fehlenden Buchstaben symbolisieren dabei den Ausbau eines 'Schalters', der das Gen der Tomate aktiviert, welches den Alterungsprozeß steuert.

Literatur:

J. Rissler & M. Mellon (1993): Perils Amidst the Promise - Ecological Risks of Transgenic Crops in a Global Market, Cambridge MA.

P. van der Meer, P. Schenkelaars & B. Visser (1993): African Regional Conference for International Cooperation on Safety in Biotechnology - Proceedings.

R.B. Stewart & A.M. Martinez (1989): International Aspects of Biotechnology: Implications for Environmental Law and Policy, Journal of Environmental Law Vol. 1 (1989), S. 157 - 172.

UNEP (1993): Report of Panel IV - UNEP/Bio.Div./Panels/Inf. 4.

D. Leskien (1994): Regulatory Approaches for the Export of Genetically Modified Organisms and Products Consisting of or Containing GMOs, Brussels.

GRAIN & CEAT Clearinghouse on Biotechnology (1994): International Transfer of GMOs - The Need for a Biosafety Protocol. Briefing paper.



Ein Hafen für Gaza?

Interview mit Abdelfattah Abu Shokor

Abdelfattah Abu Shokor ist Professor für Ökonomie an der An Najah Universität Nablus und war Mitglied der palästinensischen Verhandlungsdelegation bei den bilateralen Wirtschaftsgesprächen von Paris, die am 29.4.94 mit dem Protokoll von Paris zu Ende gingen. Wir sprachen mit ihm über die Blockaden der ökonomischen und institutionellen Entwicklung in Gaza, Jericho und der noch besetzten Westbank

Frage: Der Text des Osloer Abkommens, genauer die am 13. September 1993 unterzeichnete Prinzipienerklärung setzt der palästinensischen Autonomie enge Grenzen. Besonders deutlich wird das im Bereich der Wirtschaft. Die Kontrolle über die Außenbeziehungen der palästinensischen Wirtschaft hat Israel nicht aus der Hand gegeben - Stichwort Zollpolitik -, den Palästinensern wurde lediglich die Zuständigkeit für die direkten Steuern übertragen. Nun wurden allerdings die Osloer Bestimmungen im bilateralen Wirtschaftsabkommen zwischen Israel und den Palästinensern am 29. April 1994 in Paris konkretisiert und ergänzt. Wie schätzen Sie das Pariser Abkommen, an dem Sie als Mitglied der palästinensischen Verhandlungsdelegation mitgewirkt haben, ein? Welches sind Ihrer Meinung nach die wesentlichen Bestimmungen?

Abu Shokor: Beginnen wir mit der Zollpolitik. Im wesentlichen sollen für die Einfuhr von Waren weiterhin die israelischen Zolltarife gelten. Es wurden aber Warengruppen festgelegt, die davon ausgenommen sind, für die die Palästinenser die Zölle selbst bestimmen dürfen. Das sind die sogenannten Entwicklungsgüter, also die für den Aufbau von Infrastruktur und sonstigen Wirtschaftszweigen erforderlichen Produkte, außerdem 'basic goods' und schließlich andere Güter, die aus den arabischen Staaten, vor allem aber aus Jordanien und aus Ägypten importiert werden. Das ist wichtig, weil gerade wichtige Baumaterialien wie Zement z.B. in Ägypten wesentlich billiger zu haben sind als in Israel.
Diese Regelungen werden aber leider neutralisiert durch die politischen Bestimmungen des Abkommens von Kairo am 4. Mai, durch die israelischen Sicherheitsanforderungen in diesem Vertrag.
Sicherheitsfragen können die Israelis interpretieren, wie immer sie wollen. Wir haben in Paris auch eine freie Bewegung der Güter und Personen zwischen den Autonomiegebieten und Israel vereinbart. Wie sich vor wenigen Wochen wieder gezeigt hat: aus Sicherheitsgründen können die Israelis Gaza z.B. einfach blockieren und damit die Verträge von Paris null und nichtig machen.

Aber wie war das vor der neuerlichen Abriegelung Gazas in der Folge des Anschlags in Tel Aviv: Hat sich seit dem Pariser Abkommen vom 29. April bereits eine Veränderung der Handelsstrukturen gezeigt? Werden z.B. Entwicklungsgüter aus Ägypten und Jordanien importiert?

Bislang ist noch gar nichts geschehen. In sehr beschränktem Umfang wurden auch vor dem Abkommen Güter aus Jordanien importiert, soweit es eben die Israelische Civil Administration zuließ. Da ist nichts hinzugekommen, im Prinzip ist alles, wie es war.

Welche Projekte sind denn bereits im Entstehen? Im Bausektor in Gaza sollen doch immerhin schon einige Arbeitsplätze geschaffen worden sein.

Die gibt es. Wer die Bauprojekte durchführt, ist der Privatsektor. Anfangs war das Klima günstig, die Privatwirtschaft hat in den Bausektor investiert. Die jüngsten Ereignisse und die Blockade des Gazastreifens haben jedoch sehr negative Auswirkungen auf das Investitionsklima gehabt. Außerdem sind viele Bauarbeiten einfach eingestellt worden, weil keine Baumaterialien mehr geliefert werden konnten.

Sie weisen also der Privatwirtschaft eine wichtige Rolle zu. Glauben Sie, daß es der Privatwirtschaft überlassen bleiben kann, langfristig für die Schaffung von Arbeitsplätzen zu sorgen?

Die Privatwirtschaft kann nicht allein die Entwicklung in Gang setzen. Es müssen Voraussetzungen geschaffen werden, vor allem

der Aufbau der Infrastruktur. Erst dadurch wird die Bereitschaft zu Investitionen entstehen. Von der Privatwirtschaft kann auch nicht erwartet werden, daß sie in der noch besetzten Westbank aktiv wird. Solange dort die Verhältnisse so völlig unklar sind, wird dort niemand investieren wollen.

Nun erwarten ja die Palästinenser von der internationalen Staatengemeinschaft Unterstützung und die wurde im Prinzip auch zugesagt. Von dem versprochenen Geld, ca. 2.5 Mrd US-$ für die ersten fünf Jahre, ist bislang kaum etwas angekommen. Die Geberländer werfen Arafat vor, er habe PECDAR (Palestinian Economic Council for Development And Reconstruction, red.), die eigens als Ansprechpartner für die Geberländer ins Leben gerufen wurde, neutralisiert. Wie sehen Sie diese Vorwürfe?

Aus unserer Sicht gibt es keine Probleme mit der PECDAR. Die PNA (Palestinian National Authority) hat ihre Institutionen schon aufgebaut, und da ist es legitim, einen Teil der Funktionen von PECDAR den einzelnen Ministerien zu übertragen. Dabei wurde die PECDAR nicht gänzlich aufgelöst. Sie ist weiterhin dafür verantwortlich, die Gelder an die verschiedenen zuständigen Organisationen weiterzuleiten.

Die Geberstaaten erheben aber auch den Vorwurf, daß es bislang zu wenig Projekte gibt, die unterstützt werden können. Sie wollen nicht lediglich die laufenden Ausgaben der palästinensischen Verwaltung abdecken.

Dieser Vorwurf ist nicht richtig. Es gibt viele Projekte, die durchgeführt werden müssen, die aber aus Geldmangel nicht anlaufen können. Zum Beispiel weigert sich die Weltbank, einen Hafen in Gaza und einen Flughafen in Jericho zu finanzieren. Ich halte aber gerade diese beiden Vorhaben für enorm wichtig....

...Aber unter strukturellen Gesichtspunkten erscheint es sinnvoller, nicht mit Großprojekten, sondern mit Basisinfrastruktur zu beginnen.

Palästina ist ein Sonderfall. Angesichts der verschiedenen Blockaden der Westbank und Gaza in der vergangenen Zeit führt meiner Meinung nach kein Weg an einem eigenen Hafen und Flughafen vorbei. Ich benötigte eine Sondererlaubnis des israelischen Militärs, sonst wäre ich nicht von Nablus nach Tel Aviv gelangt und hätte nicht nach Stuttgart fliegen können. Aber das nur am Rande.
Nehmen wir die Leute, die in Palästina investieren oder Güter einführen. Viele in der Westbank und Gaza ansässige Importeure benutzen die Seehäfen von Ashdod oder Haifa . Sie können ihre Güter nicht abholen, solange Israel die Gebiete abriegelt. Sie verlieren viel Geld. Jeder Tag kostet Lagergebühren.

Nun zum Aufbau der palästinensischen Verwaltung. Die PNA hat dem Druck der Geberländer nachgegeben und vor ca. einem Monat damit angefangen, in den Autonomiegebieten Steuern zu erheben. Es soll große Probleme mit dem Aufbau der Finanzämter geben. Was ist dort bislang geschehen?

Die höheren Posten in der Finanzverwaltung waren zur Zeit der Besatzung immer mit israelischen Offizieren besetzt, auf den niederen Posten saßen bis zur Intifada gut ausgebildete palästinensische Finanzbeamte. Während der Intifada haben diese ihren Dienst in den Finanzämtern quittiert. Sie wollten in dieser Zeit von ihren Leuten keine Steuern eintreiben. Jetzt hat das palästinensische Finanzministerium gehandelt. Es wurden alle ausgebildeten Leute aufgerufen, zurückzukommen und man hat angefangen, die verschiedenen Teile der Finanzadministration zu reorganisieren. Außerdem werden jetzt Kurse zur Weiterqualifikation dieser Beamten durchgeführt.

Der PNA wird nach und nach die Verantwortung für Teile der Verwaltung auch in der Westbank übertragen. Für den Bildungs- und Erziehungsbereich ist das bereits Anfang September geschehen. Israel hat sich zwar bereit erklärt, noch drei Monate lang die Gehälter der Lehrer zu bezahlen. Aber was passiert dann? Die PNA ist dann gezwungen, auch in der Westbank Steuern einzutreiben. Wie kann das funktionieren?

In der Tat, es ist völlig unklar, wie das funktionieren soll. Ich sehe die Gefahr, daß die palästinensischen Lehrer einfach kein Gehalt mehr überwiesen bekommen. Bislang gibt es nur Gespräche zu dieser Frage.

Das Kairoer Abkommen zur Verwirklichung der Autonomie vom 4. Mai 1994 legt fest, daß die palästinensische Regierung Gesetze, die vor Beginn der Autonomie in Gaza und Jericho in Kraft waren, also auch sämtliche israelische Militärerlasse, nicht einfach annullieren darf. Über ein Verbindungskomittee haben sich die Israelis eine Mitsprache gesichert. Nun hat aber Arafat Ende Mai 94 publizieren lassen, die Behörden in Gaza und Jericho hätten sich an die Gesetze vor 1967 zu halten. Damit provozierte er einen Streit mit Rabin...

Aber hier gibt es verschiedene Interpretationen. Die Palästinenser können (laut Prinzipienerklärung Art. IX, 1, red.) alle Gesetze, die in Widerspruch zu ihren Aufgaben im Bereich der Autonomie stehen, verändern. Die Palästinenser sind nicht damit einverstanden, daß sie jedes neue Gesetz mit den Israelis beraten müssen. Das gemeinsame Verbindungskomitee, das entsprechend Art. X der Prinzipienerklärung eingerichtet wurde, um strittige Fragen zu lösen, existiert und berät über neue Gesetze. Aber das heißt nicht, daß man die Israelis immer erst fragt, bevor man etwas tut.

Ein Streitpunkt zwischen Israelis und Palästinensern sind die anstehenden Wahlen eines palästinensischen 'Rates', was auch immer das sein soll. Laut Art.III,2 der Prinzipienerklärung sollen diese nicht später als neun Monate nach Inkrafttreten der Prinzipienerklärung abgehalten werden. Dieser Zeitplan ist natürlich nicht einzuhalten. Aber wie ist der derzeitige Stand?

In Kairo wird derzeit über die Modalitäten der Wahlen verhandelt. Die Palästinenser wollen eine richtige Legislative, die Israelis sind dagegen, daß ein richtiges palästinensisches Parlament entsteht. Sie wollen am liebsten das ganze auf einen Rat mit exekutiver Funktion beschränken. Aber wer macht die Gesetze? Die Israelis?

Das Interview führte isar am 5.11.94 in Stuttgart

Datenhighways auf dem Weltmarkt

Die Gewerkschaften und die weltweite Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt 'Informationstechnologie'

In den achtziger Jahren boomte die Computerbranche und die Beschäftigten begriffen sich als Gralshüter der Informationstechnologien. Heute geht die Angst in den Betrieben um. Um der Standortdebatte, die die Betriebe gegeneinander ausspielt, etwas entgegensetzen zu können, fangen Gewerkschafter an, sich zu vernetzen. Ist das der erste Schritt hin zu einer Strategie?

Die Informationstechnologie (IT)-Industrie gehört zu den strategischen Schlüssel-industrien und galt bis Ende der 80er Jahre mit weltweiten jährlichen Zuwachsraten als die Wachstumsbranche überhaupt.[1] Der IT-Sektor, d.h. die Elektronik-Industrie, Computer, Büroausstattungen und Informationsdienstleistungen zusammen, hat nach diesen konstanten Wachstumsraten innerhalb der EU mittlerweile den gleichen Stellenwert wie die Chemieindustrie oder der Automobilbau. Ab 1992 wurde die ehemalige Vorzeigebranche zum ersten Mal von der Rezession erfaßt. Die globale Sättigung der Märkte für Hardware und strukturelle Defizite der Branche zwangen zu einem tiefgreifenden Strukturwandel.

Durch die rasante technische Entwicklung immer leistungsfähigerer Hardware und die damit verbundenen enormen Kapitalinvestitionen sind Computerhersteller auf den Weltmarkt angewiesen. Zudem ist im Softwarebereich die Internationalisierung der Produktion so weit fortgeschritten wie kaum in einem anderen Bereich.

Schon Anfang der 90er Jahre war der Konzentrationsprozeß in der IT-Industrie beachtlich. Auf die 10 größten IT-Konzerne entfällt 1990 ein Anteil am Umsatz der größten 100 IT-Unternehmen in Höhe von 55%. Mit der Konzentration auf dem Hardwaremarkt verbunden ist die wachsende Bedeutung von Software, mit der Folge einer verstärkten Konzentration auch auf dem Softwaremarkt. Die Übernahmen des französischen Softwaremulti Cap Gemini Sogeti durch die Daimler-Tochter debis oder von WordPerfect durch Novell weisen ebenfalls auf den wachsenden Konzentrationsprozeß in der Softwarebranche hin.

Software weist eine Eigenschaft auf, die sie im Vergleich zu anderen Produkten hervorhebt: sie ist immateriell. Mit der Ausbreitung und der Leistungsfähigkeit heutiger Computernetzwerke und der Möglichkeit der Satellitenübertragung können die Produkte problemlos über den Erdball geschickt werden, ohne Schaden davonzutragen oder jemals eine Zollschranke passieren zu müssen.

Während Planung, Konzeption und Entwurf komplexer Systeme weiterhin in den infrastrukturell und wissenschaftlich begünstigten Metropolen stattfindet, wird die Fertigung einzelner Komponenten weltweit betrieben. 'Immaterielle Halbfertigware' per Telefonleitung aus der ganzen Welt zusammenzustellen und sich von keiner nationalen oder supranationalen Kontrollbehörde, wie Finanz- oder Zollämtern, in die Karten schauen zu lassen, sind die idealen Voraussetzungen für die Transnationalisierung der Konzerne.

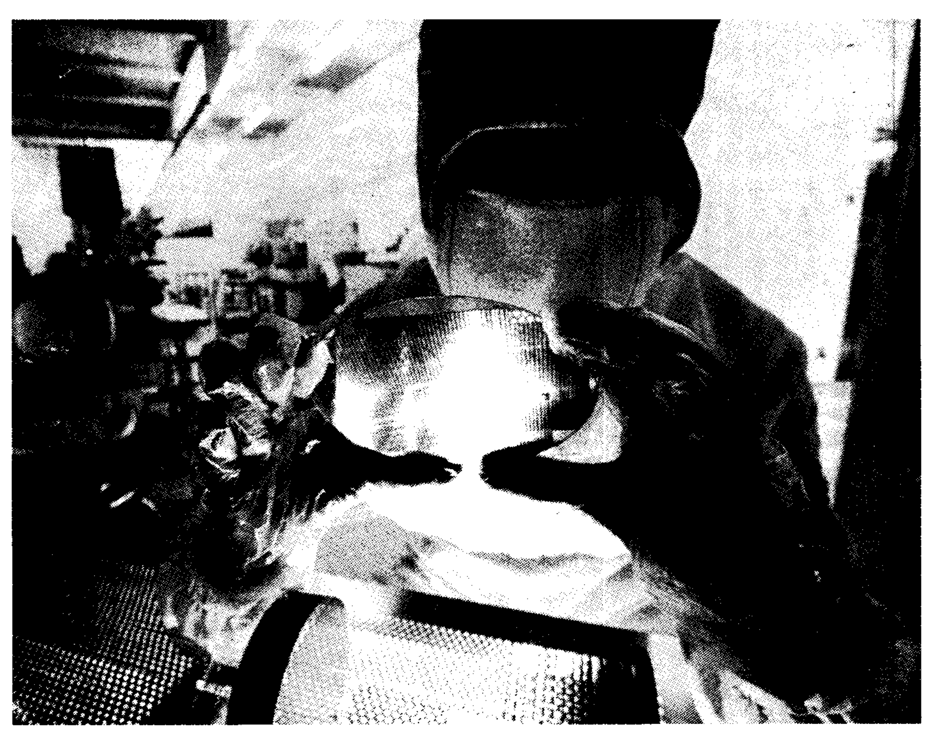
Arbeitslose Yuppies

Welche Auswirkungen hat die Strategie des verschärften worldwide sourcing auf die Beschäftigten dieser Branche, die sich noch vor wenigen Jahren in einem vor Arbeitslosigkeit sicheren und gut bezahlten Job wähnten? Der Branchenriese IBM hat seit 1986 weltweit über 130.000 Beschäftigte abgebaut, bei vielen anderen Konzernen bewegt sich die Entlassungsquote ebenfalls zwischen 20 bis 30 Prozent. Digital Equipment Corporation (DEC) hat seine europäische Belegschaft von 35.000 im Jahre 1992 auf nunmehr 25.000 heruntergefahren. Die Produktionsstandorte Galway in Irland und Kaufbeuren wurden geschlossen. Pläne für einen weiteren Abbau von 10.000 Arbeitsplätzen liegen in der Schublade.

Die elitebewußten Angestellten befinden sich auf einem Arbeitsmarkt, der sich einerseits mit einer Arbeitslosenrate in Höhe von fünf Prozent 'normalen' bundesrepubikanischen Verhältnissen nähert, andererseits erfordern die Arbeitsverhältnisse von den vorwiegend jungen, männlichen Arbeitnehmern gewaltige Anpassungsleistungen. Befristete Verträge, sehr differenzierte, tariflich nicht gesicherte leistungs- und erfolgsorientierte Einkommensstrukturen sind der Preis für die immer noch überdurchschnittliche Bezahlung.

Dem entsprechen die überdurchschnittlichen Arbeitszeiten, die in nicht tarifgebundenen Unternehmen bei mehr als 50 Wochenstunden liegen können. Konzerne, die früher an Tarifverträge gebunden waren, versuchen durch Tarifflucht ebenfalls höhere Arbeitszeiten duchzusetzen. So gelang es beispielsweise IBM hierzulande durch Erhöhung der Wochenarbeitszeit von 36 auf 38 bzw. 40 Stunden, den Konkurrenzkampf durch Kostenvorteile zu Lasten der Arbeitnehmer weiter zu verschärfen. Durch Unternehmensaufteilungen, Outsourcing und das Ausnützen von Kostenvorteilen, die sich durch die internationale Produktionsweise ergeben, wird versucht, noch tarifgebundene Arbeitsverhältnisse über das Druckmittel der Konkurrenz innerhalb und außerhalb eines Unternehmens auszuhebeln oder auf lokaler, nationaler, europäischer und weltweiter Ebene zu 'deregulieren'. Mit dem Argument internationaler Konkurrenzfähigkeit machen Konzerne auch nicht vor offener Anwendung von Sozialdumping halt. So überprüft IBM derzeit die Möglichkeit, interne Software-Wartungsaufgaben in Weißrußland durchführen zu lassen. Selbst wenn die Produktivität in Weißrußland nur die Hälfte betragen würde, so wird die Rentabilität aus betriebswirtschaftlicher Sicht deutlich, wenn man in Rechnung stellt, daß das weißrussische Einkommensniveau in realer Kaufkraft ungefähr ein Zehntel, bei nominaler Wechselkursumrechung nur ein Prozent des hiesigen beträgt.

Oft kann es aber für Software-Firmen durchaus eine erfolgversprechende Perspek-



Die Schwierigkeit der Kommunikation in der Chip-Produktion

tive sein, verstärkt in die Software-Produktion von Schwellenländern einzusteigen. Die Investitionskosten für PCs sind relativ gering, und die Möglichkeiten, Software über Kommunikationsnetze zu exportieren, relativ gut. So gelang es Indien, seine Software-Exporte innerhalb von sechs Jahren nahezu auf 225 Mio US $ im Jahre 1993 zu verzehnfachen. Grundlage für diesen Boom sind eine beträchtliche Anzahl gutausgebildeter EDV-Spezialisten und die 'Computersprache' Englisch, die von einem großen Teil der Bevölkerung beherrscht wird. Mit Lohnkosten, die knapp ein Zehntel der bundesdeutschen betragen, erzielt die indische Software-Industrie beträchtliche Wettbewerbsvorteile[2].

Neben der Softwareproduktion über globale Kommunikationsnetze werden auch LeiharbeiterInnen für Projektaufträge in 'Hochlohnländer' vermittelt, die dort zu konkurrenzlosen Löhnen und Arbeitsbedingungen befristet arbeiten müssen.

Die neoliberale, weltmarktorientierte und auf Deregulierung setzende Produktionsweise der Software-Industrie 'beschert' in einigen Nischen manchen Niedriglohnländern die Chance zur partiellen Weltmarktintegration.

Gewerkschaftliche Gegenstrategien

Wie reagieren hiesige Gewerkschaften auf die Versuche der Arbeitgeber, die ArbeitnehmerInnen international gegeneinander auszuspielen? Auf betrieblicher Ebene in multinationalen Konzernen, wo der Leidensdruck am größten und das Ausspielen nationaler Belegschaften gegeneinander am konkretesten erfahrbar ist, entwickeln sich über persönliche Kontakte noch am ehesten solidarische Gegenaktionen. Bei IBM versucht ein kleiner Kreis von Betriebsräten und GewerkschafterIn seit 1970 den internationalen Informations- und Meinungsaustausch voranzubringen. IWIS (IBM'ers Workers' International Solidarity) gelang es, betriebliche Informationen aus 17 Ländern, darunter auch Japan und Südkorea, zusammenzutragen und internationale Protestaktionen zu planen. Die Bedeutung von IWIS variiert aber stark von Land zu Land.

Während in Japan die gewerkschaftliche Betriebszeitung, in der auch über die IWIS-Aktivitäten berichtet wird, als einziges demokratisches Kommunikationsmittel zur Verfügung steht und einige IWIS-Aktivisten in den USA sich erstmals als GewerkschaftlerInnen 'outen', wird aus Großbritannien 'union-free', das heißt 'keinerlei gewerkschaftliche Aktivitäten', gemeldet. In Deutschland dagegen versucht sowohl die Arbeitgeberseite als auch der konservative Betriebsrat die Aktivitäten von IWIS totzuschweigen.

Als IBM 1992 einen weltweiten Personalabbau von 40.000 MitarbeiterInnen ankündigte, rief IWIS zu einem 'Employment Defense Day' auf. In den USA demonstrierten ArbeiterInnen vor und innerhalb von IBM mit schwarzen Armbändern gegen die Entlassungswelle und für entlassene KollegInnen. Erstmals machte die IBM dort vom US-amerikanischen Entlassungsrecht Gebrauch und ließ ArbeiterInnen, unter Aufsicht von MP-bewaffneten Werkschützern, innerhalb einer Stunde ihren Arbeitsplatz räumen. In Italien, Spanien und Japan gelang es IWIS, kleinere Warnstreiks zu organisieren. In Frankreich und Deutschland konnten die wenigen Aktiven lediglich in manchen Abteilungen Flugblätter verteilen.

Aufgrund des 'Personalabbaus', des nach wie vor geringen gewerkschaftlichen Organisationsgrades vor allem bei Angestellten und einer patriarchalen Unternehmenskultur, die Wohlverhalten auch finanziell fördert, sind die Aktivitäten von IWIS auf ein unzulängliches Maß an Informationsaustausch geschrumpft.

Das Beispiel Digital Equipment Corporation

Ein gelungeneres Beispiel für eine weiterreichende Strategie findet sich bei den Betriebsräten und Gewerkschaftern der Digital Equipment Corporation (DEC), der Nummer zwei am Computerweltmarkt, die wie oben beschrieben von einer für sie verheerenden Umstrukturierung betroffen sind. Über vorangehende informelle Kontakte gelang es 1992, einen 'Euro-Betriebsrat' zu gründen. Zwar hat die Konzernspitze dieses Gremium bislang nicht anerkannt, aber mit Unterstützung der Gewerkschaftsdachverbände (Euro-FIET, EMB) konnten die bisherigen Treffen gesichert werden. Das weltweite elektronische Kommunikationsnetz, die Betriebssprache Englisch und Arbeitskontakte bei internationalen Projekten bieten auch gewerkschaftlichen Strategien eine Grundlage. Die Stellungnahmen des Eurobetriebsrats zur Konzernpolitik und die Verbreitung von Informationen an die Belegschaft und an die Öffentlichkeit fielen auf fruchtbaren Boden. In der Tarifauseinandersetzung bei DEC 1993 konnte dem Arbeitgeberargument, daß Personal aufgrund des schlechten Ertragsergebnisses der deutschen DEC-Tochter und der schlechten Konjunkturlage in der BRD abgebaut werden müsse, entgegengehalten werden, daß auch in anderen europäischen Ländern, deren Konzerntöchter profitabler abgeschnitten hatten, ein Personalabbau von ca. 10 bis 15 Prozent geplant war.

Die Aktivitäten des Eurobetriebsrats haben dazu beigetragen, unter den Beschäftigten das Bewußtsein zu wecken, daß die Probleme bei DEC in der BRD sich nicht von anderen Ländern unterscheiden[3]. Der Zyklus von Angstmacherei, Halb- und Nichtinformation und das Ausspielen der Belegschaften gegeneinander konnte in diesem Fall durchbrochen werden.

Regelungen auf europäischer Ebene

Bereits 1990 analysierte Franz Steinkühler: "Dem Machtzuwachs auf der Unternehmensseite steht ein Zuwachs an Ohnmacht auf seiten der betrieblichen Interes-

senvertretung gegenüber". Die Ansätze zu internationalen gewerkschaftlichen Gegenstrategien konzentrieren sich hauptsächlich auf das Bemühen, multinationale Informationsnetzwerke zur Stärkung der Arbeitnehmerinteressen aufzubauen. Auf EU-Ebene einigte sich der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) 1988 in Mitbestimmungsfragen auf die Schaffung eines gesetzlichen Rahmens zur 'gleichberechtigten' Arbeitnehmervertretung[4]. Vom Europäischen Metallarbeiterbund (EMB), dem die IG Metall angehört, wurde seither das Modell eines "Europäischen Wirtschaftsausschusses" entwickelt, um mit Konzernen auf Basis freiwilliger Vereinbarungen EU-weite Regelungen ab-schließen zu können.

Bislang sind der französische Computerkonzern BULL und die schwedische Ericsson-Gruppe die beiden einzigen Unternehmen der IT-Branche, die der Vereinbarung eines 'europäischen Informationsausschusses' zugestimmt haben. Eine seit 1975 diskutierte Richtlinie zur Einrichtung 'europäischer Betriebsräte' mit gesetzlich definierten Informations-, Anhörungs- und Mitbestimmungsrechten wurde vor wenigen Wochen vom Ministerrat verabschiedet. Unter Ausschluß Großbritanniens konnte sich der Ministerrat auf den Geltungsbereich und die Ausgestaltung der Mindestrechte eines solchen Gremiums einigen. Unternehmen oder Unternehmensgruppen mit mehr als 1000 Beschäftigten und mehr als 150 Beschäftigten in mindestens zwei EU-Mitgliedsstaaten müssen einmal im Jahr die ArbeitnehmervertreterInnen über wichtige Vorhaben unterrichten bzw. anhören. Weitergehende Konsultations- oder gar Mitbestimmungsrechte sind allerdings nicht vorgesehen.

Ein supranationaler Rechtsrahmen zur Sozial- und Tarifpolitik auf EU-Ebene ist auch nur im Ansatz vorhanden. Das Abkommen von Maastricht sieht in Artikel 118 b die Möglichkeit vor, den sozialen Dialog der Sozialpartner " zur Herstellung vertraglicher Beziehungen, einschließlich des Abschlusses von Vereinbarungen" zu nutzen. Offen sind allerdings die Fragen der Durch- und Umsetzung, des Geltungsbereiches und der inhaltlichen Ausgestaltung anzustrebender EU-weiter Tarifverträge. In der Frage gewerkschaftlicher Handlungs- und Politikstrategien auf EU-Ebene stehen kooperative und konfliktorientierte Ansätze einander noch gegenüber. Ob der EGB im Rahmen des sozialen Dialogs, wie er im Maastrichter Vertrag festgeschrieben ist, übergreifende Rahmenabkommen schließen soll, die dann auf Branchenebene präzisiert und umgesetzt werden können, oder ob der Aufbau direkter tarifautonomer und branchenbezogener Tarifpolitik mit echter grenzüberschreitender Durchsetzungskraft zu forcieren ist, hängt nicht zuletzt auch von der Frage der Kompetenzabtretung nationaler Gewerkschaften zugunsten europäischer Gremien ab.

Den unterschiedlichen Organisationsstrukturen nationaler Gewerkschaften steht der unzureichende gesetzliche EU-Rahmen gegenüber. So fehlen verbindliche Rechtsvorschriften für den Abschluß von Tarifverträgen und ein gemeinsames Arbeitskampfrecht ebenso wie Erfahrungen mit internationalen gewerkschaftlichen Kampfmaßnahmen und der Arbeitgeberwille, tarifpolitisch handlungsfähige Unternehmerverbände auf europäischer Ebene herzustellen.

Solange weitgehend unklar bleibt, wo, wann und unter welchen rechtlichen Voraussetzungen europäische Tarifpolitik betrieben wird, die sich auf der Handlungsebene im nationalstaatlichen Rahmen bewegt, bleibt das gewerkschaftliche Koordinierungsdefizit bestehen, wie der 1988 gefaßte EGB-Beschluß zur Durchsetzung der 35-Stundenwoche zeigt. Nur manchen Branchengewerkschaften in einigen Ländern gelang es, die 35-Stundenwoche zu erkämpfen.

Die Frage nach der Strategie

Während auf EU-Ebene zumindest Ansätze eines supranationalen Regelwerks und gewerkschaftliche Gegenstrategien erkennbar sind, sind auf internationaler Ebene programmatische Forderungen in den Kinderschuhen 'sozialer Mindeststandards' stecken geblieben. Es dominieren politische Appelle von Einzelgewerkschaften an die jeweilige Regierung zur Sicherung des Status quo. So forderte in einer Erklärung zur Situation und zu Perspektiven der EDV-Branche die IG Metall von der Bundesregierung faire internationale Handelsbeziehungen[5]. Der Kern der Forderung ist, daß "Europa [..] nicht zum Absatzmarkt für Produkte verkommen darf, die unter Dumpingbedingungen hergestellt werden" und die "Wertschöpfung bei EDV-Produkten [...] auch in Europa stattfinden muß". Wie dies geschehen soll und ob damit nicht einer handelspolitischen Abschottungsstrategie Vorschub geleistet wird, bleibt allerdings offen.

Die Gewerkschaften laufen Gefahr, wie bereits zuvor im nationalen Kontext durch 'bescheidene Tarifabschlüsse' schon zum Teil geschehen, zum Juniorpartner ihrer jeweiligen Volkswirtschaften, nationalen Branchenkapitale oder ihrer heimischen transnationalen Firmen zu mutieren.

Damit Europa nicht zur 'Computerkolonie' Japans und der USA wird, fordern EMB und EURO-FIET die Teilnahme ihres Dachverbandes EGB an den Beratungen und Entscheidungen zur Forschungsförderung der EU, um die bzw. ihre europäische IT-Industrie zu stärken[6]. Daß solche Argumentationsketten auf Kulturchauvinistischen Ressentiments beruhen, liegt auf der Hand. Auch in Gewerkschaftskreisen verfangen Warnungen wie die des ehemaligen IBM Deutschland Chefs Henkel vor der "asiatischen Gefahr".

Offensive gewerkschaftliche Gegenstrategien zur Überwindung des sozialen Gefälles zwischen den Triadeblöcken und der "Dritten Welt", die über die Forderungen nach sozialen und gewerkschaftlichen Mindeststandards hinausgehen, sucht mensch bislang vergebens.

Über den nationalen Tellerrand hinaus

Einkommensverzicht, wie er bei IBM unter dem Schlagwort 'Standort Deutschland' gefordert wurde und wie er mittlerweile auch umgesetzt ist, verschärft den nationalen und internationalen Konkurrenzkampf auf dem Rücken der Beschäftigten und kommt alleine der Gewinnausschüttung dieses international operierenden Konzerns zugute. Arbeitsplätze werden dadurch aber weder hierzulande erhalten, noch woanders in nennenswertem Umfang geschaffen. Schon gar nicht hilft er den Opfern des Sozialdumpings in Entwicklungs- und Schwellenländern

Eine Alternative dazu - zumindest bei den materiell gutgestellten EDV-Angestellten - könnten Transferleistungen zum Aufbau und zur Unterstützung von Gewerkschaften in Entwicklungs- und Schwellenländern sowie zur Intensivierung des gewerkschaftlichen Austauschs auf Basisebene sein. Dazu bleibt den gewerkschaftlich organisierten internationalistischen KollegInnen und noch mehr einer - doch eher außenstehenden - Solidaritätsbewegung weder die Auseinandersetzung mit Transnationalen Konzernen noch die Abarbeitung am real existierenden Gewerkschaftsapparat und dessen hiesiger, allzusehr auf Sozialpartnerschaft bedachten Politik erspart.

An der Notwendigkeit internationalistischer Politik kommt aber auch die mächtigste nationale Gewerkschaft nicht mehr vorbei. Insofern ergeben sich neue Spielräume, die darauf warten, genutzt zu werden. Sachdienliche Hinweise könnten mitunter gar Zuspruch finden.

Bernhard Schulz

Anmerkungen:

1) Vgl. EURO-FIET: Memorandum über die Situation der europäischen Computerindustrie, Genf 1993, S. 3-6. (EURO- FIET ist die europäische Regionalorganisation des Internationalen Bundes der Privatangestellten).

2) Vgl. Der Spiegel 25/194, S. 184 - 187.

3) Vgl. Wolfgang Müller: Euro-Betriebsrat bei Digital, in: DGB-Bildungswerk e.V. (Hrsg.), Reihe Soziales Europa Nr. 11: Eurobetriebsräte - ein Schritt zum sozialen Europa, Düsseldorf, 1992.

4) Entschließung IV des sechsten satzungsgemäßen EGB-Kongresses in Stockholm (Mai 1988). Über "Demokratie in Wirtschaft und Gesellschaft durch die Ausweitung der Rechte der Arbeitnehmer".

5) Fachtagung der IG Metall "Situation und Perspektiven der DV-Branche" am 8. und 9. Oktober 1993 in Mannheim.

6) Vgl. EURO-FIET, a.a.O., S.13/14

Anläßlich des Treffens von Internationalem Währungsfond (IWF) und Weltbank zu ihrem 50jährigen Jubiläum in Madrid trafen sich auch ihre Gegner in einem Alternativen Forum. Unter dem Titel 'Die anderen Stimmen des Planeten' (The Other Voices of the Planet) wollte das Alternative Forum klarstellen, daß 50 Jahre Ausbeutung und Umweltzerstörung kein Grund zum Feiern sind. Dazu sollte Stimmen für eine andere Entwicklung als der von IWF und Weltbank verfolgten Gehör verschafft werden.

50 Jahre sind genug

Die Institutionen von Bretton Woods jubilieren in Madrid

Die Liste der ReferentInnen des Alternativen Forum in Madrid liest sich wie das 'Who is Who' von KritikerInnen der Entwicklungspolitik: Vandana Shiva (Ökofeministin, Indien), Samir Amin (Third World Forum, Senegal), Medha Patkar (Narmada Bachao Andolan, Indien), Bruce Rich (Environmental Defense Fund, USA), Susan George (Transnational Institute in Amsterdam, Niederlande).

Die ReferentInnen traten in verschiedenen Podiumsdiskussionen auf, in denen über die sozialen und ökologischen Folgen der IWF- und Weltbank-Politik - d.h. über Verschuldung, Strukturanpassungsprogramme, Frauenbenachteiligung, Mammutprojekte etc. - berichtet und die Notwendigkeit alternativer ökonomischer Konzepte diskutiert wurde. Einigkeit bestand über die Losung: "50 años bastan!".

Am meisten beeindruckten einige Frauen aus dem Süden. Insbesondere von Medha Patkar aus Indien war das Publikum begeistert. Sie berichtete von ihren Erfahrungen in der Bewegung gegen die Staudammprojekte im Narmada-Tal. Medha Patkar erklärte, daß das Konzept der nachholenden Entwicklung, welches noch immer die Institutionen von Bretton Woods bestimmt, von seinen Wurzeln her in Frage gestellt werden muß; und Susan George verwies auf die "thousands of alternatives" zur derzeit konkurrenzlos erscheinenden neoklassischen Ökonomie.

Samir Amin sprach auf einer der Diskussionsveranstaltungen von einem "realexistierenden Kapitalismus", der hinter einer wohlklingenden Rhetorik verschwinde. Wolle man sein tatsächliches Prinzip erkennen, müßten wie ehedem die Prawda auch die ideologischen Verlautbarungen der Institutionen und Vertreter des ökonomischen Neoliberalismus zwischen den Zeilen gelesen werden. Beispielsweise sei es eben gar nicht die Aufgabe der Bretton-Woods-Institutionen, Krisen zu lösen; vielmehr handele es sich um ein Krisenmanagement mit der Aufgabe, einen gigantischen Zusammenbruch der internationalen Finanzmärkte infolge einer Entwertung überschüssigen Kapitals zu verhindern. Die Strukturanpassungsprogramme dienten zur Sicherung des weiteren Schuldendienstes. Einen der Hauptwidersprüche der kapitalistischen Ordnung sieht Amin weiterhin in der Globalisierung des Weltmarktes einerseits und der nationalstaatlich organisierten und orientierten Politik andererseits. Regionalisierung, d.h. relativ autonom organisierte Märkte, sind seiner Auffassung nach immer noch die einzige Möglichkeit, um etwa die Polarisierung zwischen industrialisierten Zentren und nichtindustrialisierten Peripherien zu reduzieren.

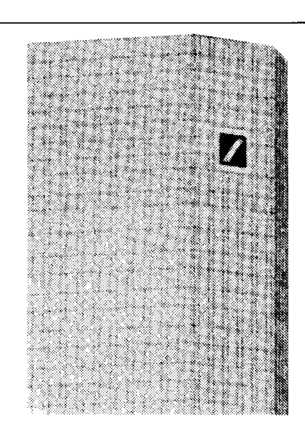
Gisela Dütting (Women's Global Network for Reproductive Rights, Niederlande) griff den von ihr diagnostizierten "Gender Bias" der Politik der Bretton-Woods-Institutionen (BWI) an. Dem Präsidenten der Weltbank, Lewis Preston, der in Kairo von der Notwendigkeit gesprochen hatte, Frauen vermehrt Zugang zu Bildung zu ermöglichen, warf Dütting so eine Instrumentalisierung von Frauen vor: Frauen sollten lediglich eingebunden werden, damit die Geburtenrate gesenkt und die Produktivität erhöht werden könne.

Große Beachtung fand die Debatte zwischen zwei Vertretern der BWI, die sich in Madrid sehr um ihr Image kümmerten, mit zwei VertreterInnen des Alternativen Forums, Vandana Shiva und Pierre Galand. Sehr deutlich wurde hier, daß die Herren von IWF und Weltbank eine andere Sprache sprechen. Dies obwohl sie - wie Pierre Galand von Oxfam verdeutlichte - bemüht seien, die Sprache der NGOs in ihre Rhetorik aufzunehmen (z.B. 'sustainable development' und 'Partizipation'). "Wir wollen eigentlich dasselbe wie ihr" erklärte der Vertreter der Weltbank, "nämlich die Armut bekämpfen". Mit statistischen Daten versuchten die BWI-Vertreter Erfolge der Strukturanpassungsmaßnahmen zu belegen. Sie sprachen von sinkenden Säuglingssterblichkeitsraten, von steigenden Durchschnittseinkommen und erhöhter Lebenserwartung - und wenn etwas schief ginge, läge das an den betreffenden Regierungen im Süden (Stichwort 'Good Governance'). 50 Jahre seien eben nicht genug, meinte der IWF-Vertreter, es gäbe noch viel zu viel zu tun. Daß sie die Menschen hinter den Zahlen vergessen würden, wandte Vandana Shiva ein und Pierre Galand wies darauf hin, daß die bisherigen "Erfolge" nur den reichen Eliten zugute gekommen seien. Zudem hätten die Länder Südostasiens gerade nicht die Ratschläge der SAPs befolgt. Auch sei der Protektionismus gerade in den Ländern, die das Hohelied der sogenannten freien Marktwirtschaft singen, fester Bestandteil des volkswirtschaftlichen Instrumentariums.

Entgegen den Zukunftsvisionen der BWI-Vertreter betonte Galand die Notwendigkeit, aus dem Teufelskreis vom Mythos der nachholenden Entwicklung auszusteigen. Schließlich wies er noch einmal auf die Gefahr hin, daß sich NGO-VertreterInnen zunehmend durch die Bankleute vereinnahmen ließen.

Insgesamt verzeichnete das Alternative Forum eine hohe Anzahl von vielfach jugendlichen BesucherInnen aus verschiedensten Ländern und Kontinenten. Auch aus Osteuropa waren etliche mit dem Bus angereist. Sie trafen sich in den 'ASEED'-Workshops (Action for Solidarity, Equnity, Environment and Development) und organisierten zahlreiche Aktionen auf den Straßen, in der U-Bahn etc. In der Öffentlichkeit blieben die Banker so selten ungestört. Zu den Plenar kamen jeden Abend an die 1200 Leute zusammen (womit der Saal immer zum Bersten voll war). An den Demonstrationen, von denen hierzulande kaum Notiz genommen wurde, nahmen Tausende teil - 30.000 waren es auf der Hauptkundgebung. Die spanischen Zeitungen "El Pais" und "El Mundo" berichteten laufend über die Veranstaltungen, Aktionen und Demonstrationen - und nachdem IWF-Präsident Camdessus radikale Streichungen im spanischen Rentensystem und die Vereinfachung von Entlassungen vorschlug, hatten die BWI-GegnerInnen endgültig auch weite Teile der spanischen Öffentlichkeit auf ihrer Seite. Auch wenn die Proteste nicht das Ausmaß derjenigen von Berlin 1988 erreichten, reagierte die spanische Polizei zunehmend nervöser. Einige Demonstrationen, die den hohen Herren - Frauen tauchen in der Finanzwelt weiterhin hauptsächlich als Ehegattinnen im Rahmenprogramm auf - zu nahe kamen und versuchten, die 'anderen Stimmen des Planeten' ins Konzert zu mischen, wurden von der Polizei unter brutalem Schlagstockeinsatz auseinandergetrieben.

AS



Standort Deutschland: Das will ich sehen!

Nach der Wahl wurde für die Endlosserie "Standort Deutschland" eine neue Staffel abgedreht. In der ersten Folge hieß die skrupellose Bande "Institutional Investors Team" aus Düsseldorf. Unter den Fittichen von Don Hilmar Kopper, dem Übervater der Deutschen Bank, knackten die schweren Jungs von der Tochterbank am 21. Oktober in der 'Welt' den heiligen Deutschen Tresor mit vielen ideologisch wertvollen Standortpapieren. Sie hatten ihren Kunden wg. des knappen Wahlergebnisses und der nun zu erwartenden "linken Kompromisse" nahegelegt, hurtig ihre deutschen Aktien loszuschlagen, Gewinn-Mitnahmen zu tätigen und ihre Ersparnisse nach Luxemburg oder wahlweise auf andere Eurogeldmärkte wie die Bahamas zu transferieren. Politisch profilierten sich die 'young guns' des Geldkapitals, indem sie Oberindianer Kohl als 'lame duck' kennzeichneten, da er ja selbst angekündigt hätte, 1998 vom Pferd steigen zu wollen und zudem in der gesamten Prärie kein charismatischer Nachfolger in Sicht sei , der die Koalition nochmals um Brustbreite über das Zielband retten könne.

Diese internationalistische Sichtweise der besonderen Art stieß bei den Vaterlandsfreunden auf heftigen Widerspruch. Nachdem die erste Verblüffung sich gelegt hatte, formierte sich eine große Koalition der Guten. Der SPD-Sozialexperte Dressler gab die Parole von den "Vaterlandsverrätern" aus. Die von der Regierung so gehätschelten Handwerker und kleinen Selbstständigen (Motto: "Leistung muß sich lohnen") sahen ihre Felle davonschwimmen. Der Chef der CDU/CSU-Mittelstandsvereinigung Klaus Bregger, ein bisher eher bläßlich auftretender Mann, warf das Ruder nach hart backbord und ließ sich zu Kampfparolen hinreißen, die seit dem Ahlener Programm nicht mehr in Unionspapieren aufgetaucht sind. Die Regierung möge schleunigst die Macht der Banken begrenzen. Aber Hallo!

Eine Woge des empörten Aufschreis rollte durchs Land. Jeder Zeitungskommentator beschwor die Folgen der Aufkündigung des sozialen Friedens in diesem unserem Lande. Zudem kam Arbeitgeberchef Murmann mit seiner alten Platte vom Gürtel enger schnallen; das war doch wie das alte Gruselgespenst aus längst vergangenen Zeiten des Klassenkampfes, welches immer wieder aus der Mottenkiste hervorgeholt wurde.

Abschließend bemerkte der Juso-Chef Thomas Westphal, daß nicht sein kann, was nicht sein darf. Er qualifizierte die Angriffe der anderen Seite als bloße "politische Drohgebärde", da das empfohlene Vorgehen ökonomisch nicht möglich sei. Am Ende der ersten Folge schien sich ein Happy-End für die national-konzertierte Gartenzwergidylle in Deutschland anzubahnen.

Aber weit gefehlt. In der zweiten Runde, die gerade angelaufen ist, treten die Bösewichter zunächst im Schafspelz auf. Das Biest der Serie heißt nicht Joan Collins, sondern Gertrud Höhler. Sie reitet nicht nur für 'American Express', sondern auch gegen die "soziale Anspruchsflut". In fast jeder Talk-Show zum Thema bringt die Managementberaterin und Professorin aus Paderborn mit ihrem unverwechselbaren Lächeln dem abendlichen TV-Publikum auf sanfte Weise bei, daß mit Schlendrian in der Wirtschaft und beim Einzelnen aufgeräumt werden muß.

Don Kopper muß sich allerdings noch die Wunden aus der ersten Folge lecken. Hatte er doch die taktische Unvorsichtigkeit begangen, die vielen Handwerkerrechnungen, die an seinen Freund Doc Schneider zwar geschrieben, aber nie bezahlt wurden, als "peanuts" zu verharmlosen. Vermutlich wird erst in einer der nächsten Folgen aufgeklärt, ob der Don mit dem Doc nicht doch das eine oder andere Mal, an einem lauschigen Plätzchen, einen Longdrink schlürft und sie sich dabei heftig auf die Schenkel klatschen. Zunächst ist aber Schadensbegrenzung angesagt. Über alle Fernsehkanäle, vor blauem Himmel und ziehenden Wolken, dürfen sich gekaufte Promis wie der Moraltheologe Küng oder der Gewerkschaftsfunktionär Riester über das Wichtige im Leben, natürlich in Deutschland, auslassen und dabei betonen, wie zentral dabei die Deutsche Bank ist.

Die einlullende Geschwätzigkeit der Werbung und der Talk-Show-Kultur ist aber nur eine Ouvertüre für den Auftritt des schwäbischen Cleverle alias Lothar Späth, der im wilden Osten offensichtlich gelernt hat, was 'ne Harke ist. Vielen Inländern, die sich noch in Schäubles nationalem Schwadronieren, beispielsweise von der Stärkung des Standorts Deutschland als "Stärkung der Gemeinschaft" und der "Nation als Schutzgemeinschaft", suhlten, muß jetzt gewaltig die Muffe gehen. Leute, jetzt werdet ihr aus der sozialen Hängematte geprügelt. Im Kampf um den angeschlagenen Zeiss-Konzern setzt Cleverle Späth auf 'outplacement'. Aber nicht Südkoreaner, sonst von den Vaterlandsliebhabern als gelbe Gefahr denunziert, sollen ins Gras beißen, sondern hier müssen Schwaben gegen Thüringer in den Ring. Oberkochen gegen Jena heißt die Partie. Ob wir wohl nächstens Schmierereien wie "Jenaer raus aus Oberkochen" an den Wänden lesen müssen?

Auf jeden Fall bekommt nun die Serie richtigen drive. Allerdings sehen die Liebhaber des Modells Deutschland alt aus. Die Freunde des Kapitals ziehen ein As aus dem Ärmel. In einem wilden Ritt, dokumentiert in der Badischen Zeitung vom 12. November, ballert Späth auf alles, was nur den Anschein des Sozialen hat. Späth, der sich früher rührend um sein Musterländle sorgte, ist offensichtlich gekauft worden. Mit dem Dolch im Gewande demontiert er alle Heiligtümer der sozialen Marktwirtschaft. Ein Renegat der Extraklasse: "Die soziale Stabilität ist perdu, mit der werden wir auch nicht mehr rechnen können". Ohnehin sind "bis zu zwanzig Prozent der Gesellschaft Faulenzer, die man aus dem Sozialsystem rausschmeißen muß". Gerüchte sprechen von einem Texaner mit breitem Hut und versilberten Sporen aus Dallas, der hinter den Dollars für Lothar stehen soll. Kein Wunder, daß der wilde Westen für ihn voll angesagt ist. "Wenn dort einer (z. B. einer wie Doc Schneider, Red.) die dritte Chance braucht, kriegt er sie, weil er wg. der beiden Flops weiß, wie gefährlich das ist. In Deutschland kommen die gleich mit dem Staatsanwalt..."

Bleibt nur die Frage: Wie wird die andere Seite reagieren? Liebe Zuschauer, bleiben Sie in der ersten Reihe, wenn es wieder heißt: "Neues aus dem Standort Deutschland". Das will ich sehen...

Georg Lutz

Kurdische Erfahrungen

Die Reportagen von Lissy Schmidt aus Südkurdistan

Im April dieses Jahres wurde im irakischen Teil Kurdistans die Journalistin Lissy Schmidt ermordet. Lissy schrieb regelmäßig für die 'blätter' und die 'Frankfurter Rundschau' unter ihrem Pseudonym Milena Ergen (me).

Neben dem schmerzhaften menschlichen Verlust für alle, die sie kannten, bedeutete ihre Ermordung das plötzliche Ende einer in ihrer Art und Weise einzigartigen Vermittlung von Informationen über die politischen Entwicklungen und gesellschaftlichen Prozesse in der selbstverwalteten kurdischen Region im Nordirak - nicht nur für die Medienöffentlichkeit, sondern vor allem auch für die internationalistische Linke, als deren Teil sie sich immer verstanden hat.. Mehrerer kurdischer Dialekte mächtig, hatte sie die Kämpfe der KurdInnen in dieser Region seit dem Ausbruch der Volksaufstände am Ende des Golfkrieges im März 1991 hautnah mitverfolgt. In ihrem in diesem Sommer erschienenen Buch ist nun ein Großteil ihrer Reportagen zusammengefaßt.



Kurdisches Flüchtlingslager im Mai '91; Foto: R. Maro

Lissy Schmidts anschauliche Schilderungen und Reflexionen verdienen schon deshalb Beachtung, weil die Entwicklung der selbstverwalteten kurdischen Region im Irak auch jene Widersprüche und Schwierigkeiten deutlich macht, denen internationalistische Politik nach dem Ende der Blockkonfrontation gegenübersteht. Paradoxerweise entstanden die kurdischen Gebiete als quasi-staatlich territoriale Einheit infolge der von den USA geführten und von der UN abgesegneten Militärintervention gegen den Irak. Die sich abzeichnenden Konturen einer "neuen Weltordnung" unter konkurrenzloser Hegemonie der westlich-kapitalistischen Industrienationen setzen andererseits für die kurdischen Bemühungen um Selbstbehauptung sehr enge Grenzen. Die selbstverwalteten Gebiete verfügen über große Ölvorkommen und bieten sich als Tor zum über 300 Millionen Menschen umfassenden Markt der ehemaligen sowjetischen zentralasiatischen Republiken an. Für den Westen ist und bleibt Kurdistan daher eine geostrategisch wichtige Region, die unweigerlich Spielball globaler wie regionaler Machtinterressen ist.

Doch während für den kurdischen Freiheitskampf in der Türkei die Fronten nach herkömmlichem Internationalismusverständnis noch einigermaßen klar scheinen - allenfalls streitet sich die hiesige Linke um die Einschätzung der PKK-Politik - erzeugt die Entwicklung im irakischen Südkurdistan bei Regierenden wie bei Soli-Bewegten ambivalente Gefühle. Dazu Lissy Schmidt in der Einleitung: *"Trotz aller Werbeversuche kann sich der Westen nicht dazu entschließen, die ehemalige kurdische Befreiungsbewegung und jetzige Regierung als verläßlichen Partner anzusehen, 'von links' werden ihr die politischen Manöver mit Nachbarn und westlichen Nationen übelgenommen."* Für Lissy Schmidt steht fest, *"daß die kurdische Erfahrung integraler Bestandteil einer internationalistischen Diskussion sein muß"* und zentrale Fragen für die Diskussion über die Neustrukturierung internationaler Beziehungen nach dem Ende der Blockkonfrontation aufwirft: *"Auf welche materiellen Grundlagen kann sich eine 'Befreiungsbewegung' bei der Verwaltung ihres Territoriums heute stützen? Welche außenpolitischen Spielräume werden ihr gesteckt, und wie bedingen diese wiederum innenpolitische Entwicklungen? Und...auf welche internationalen Kräfte kann sich eine solche politische Struktur berufen?"*

Wer allerdings von dem Buch fertig formulierte Antworten auf diese Fragen erwartet, wird zurecht enttäuscht. Lissy Schmidt bekennt freimütig, daß sie die Antworten auf ihre Fragen selbst nicht kennt. Auch ihr erscheint eine endgültige Beurteilung der Entwicklung in der selbstverwalteten kurdischen Region zum

gegebenen Zeitpunkt nicht möglich. Das Buch ist daher eine Materialsammlung, die aus großteils wenig überarbeiteten Reportagen und Interviews besteht und auf abstrahierende Analysen weitgehend verzichtet. Das bietet Stoff für weitere Diskussionen und eigene Schlußfolgerungen der LeserInnen.

Die einzelnen Beiträge bestehen zum einen aus Nachdrucken ihrer in der FR und dem Tagesspiegel veröffentlichten Artikel. Zudem sind Protokolle von Interviews sowie Reportagen ohne nähere Veröffentlichungsangaben zusammengetragen worden - u.a. eine Reihe von Fragmenten aus Artikeln, die Lissy in den 'blättern' veröffentlicht hat.

Die unterschiedliche soziale Herkunft der von der Autorin befragten Menschen eröffnet eine Vielzahl von Perspektiven auf die Entwicklungen der kurdischen Gebiete: Nicht nur die kurdischen Politiker, Peschmergakämpfer und Funktionäre der entstehenden kurdischen Verwaltung kommen zu Wort, sondern auch ArbeiterInnen, Arbeitslose, LehrerInnen und vor allem Frauen stellen ihre Anteile an den Kämpfen und ihre Haltungen zu den Entwicklungen dar.

Beklemmend ist die Lektüre der zweiten Hälfte des Buches, in der Lissy Schmidt immer wieder die *"Schwachpunkte in der kurdischen Gesellschaft"* beschreibt, die ihre Gegner konsequent ausnutzen. Sie schildert hier einen Prozeß, der schließlich zu ihrer Ermordung geführt hat. Nachdem Saddam Hussein bereits in einer Fernsehansprache Mitte 1992 die UN - MitarbeiterInnen sowie alle übrigen im Lande befindlichen AusländerInnen praktisch zu Freiwild erklärt hatte, häuften sich im Winter Anschläge auf Angehörige von Hilfsorganisationen und UN-Konvois ebenso wie auf kurdische Einrichtungen. *"Auch in der Silvesternacht sollten sich die Befürchtungen des Gouverneurs bestätigen; unter anderem explodierte in Duhok eine Mine unter dem Jeep der deutschen Hilfsorganisation 'medico international'. Glücklicherweise hatte der Bombenleger, wohl aus Zeitmangel, die Mine verkehrt herum gelegt, so ging die Explosion in die Erde und beide Insassen konnten sich unverletzt aus dem Auto retten."* Was Lissy Schmidt in dieser Schilderung unerwähnt läßt, ist die Tatsache, daß sie selbst in dem Auto gesessen hatte.

Das Buch endet etwas abrupt, ohne daß das zuvor ausgebreitete vielschichtige Geschehen in einem Schlußkapitel nochmals in seinen wichtigsten Entwicklungssträngen zusammengefaßt wird. Ein Glossar und eine ausführliche Zeittafel geben stattdessen Orientierungshilfen. Allerdings ist der geographische Teil des Glossars verglichen mit dem umfangreichen Überblick über die politischen Organisationen in Kurdistan-Irak sehr knapp geraten. Auch im Textteil des Bandes fallen in geographischer Hinsicht einige Mängel auf, die durch eine etwas sorgfältigere redaktionelle Betreuung hätten vermieden werden können. Beispielsweise taucht immer wieder der Städtename 'Hewler' auf, ohne daß sich irgendwo ein Hinweis darauf findet, daß es sich dabei um den kurdischen Namen von 'Arbil', dem Sitz der kurdischen Regierung handelt (Lissy hat in ihren Reportagen beide Namen benutzt). Auf einer Karte (S. 37) ist eine "Schutzzone für die Kurden" nördlich des 36ten und eine "Schutzzone für die Schiiten" südlich des 32ten Breitengrades eingezeichnet. Tatsächlich gibt es eine Schutzzone nur für Kurden und nur in einem Teil des Gebietes nördlich des 36ten Breitengrades. Die beiden Breitengrade markieren lediglich den Bereich der von alliierter Seite festgesetzten Flugverbote für die irakische Luftwaffe.

Trotz dieser kleinen Mängel gebührt dem Neuen ISP-Verlag ein Dank für die Herausgabe des Bandes. Die Erfahrungen und Reportagen von Lissy Schmidt erinnern an die vielen Jahre ihrer journalistischen und solidarischen Arbeit in Kurdistan-Irak.

Udo Wolter

Lissy Schmidt, Wie teuer ist die Freiheit? Reportagen aus der selbstverwalteten kurdischen Region 1991 - 1993, Frankfurt/M. 1994, ISP-Verlag, 227 Seiten, 24.-DM.



Politik mit Ethnizität

Die Nation und die auf ihr basierenden "fiktiven" Gemeinschaftsvorstellungen sind in den letzten Jahren zunehmend analysiert und kritisiert worden. Demgegenüber erfreut sich "die Ethnie" gerade in der Solidaritätsbewegung weiterhin großer Beliebtheit, sei es, um den Erhalt traditioneller Kulturen gegen westliche Modernisierung und Kapitalisierung einzuklagen, sei es, um Bezugspunkte revolutionärer, feministischer oder ökologischer Politik ausfindig zu machen. Der dabei oftmals mitschwingenden Vorstellung eines quasi-natürlichen "Stammesbewußtseins" erteilt Wolfgang Gabbert in seinem Buch **"Creoles - Afroamerikaner im karibischen Tiefland von Nicaragua"** eine klare Absage. Er analysiert über zweieinhalb Jahrhunderte hinweg die Geschichte und die verschiedenen Ausprägungen des ethnischen Selbstverständnisses der Creoles, der von den Sklaven abstammenden, englischsprachigen Bevölkerung der Atlantikküste Nicaraguas.

Dabei werden die verschiedenen Dimensionen bei der Entstehung des ethnischen Bewußtseins deutlich: nicht nur ökonomische Interessen - entweder gegenüber dem Nationalstaat oder gegenüber anderen ethnischen Gruppen - können damit durchgesetzt werden; auch hilft das ethnische Bewußtsein über interne soziale Differenzierungen hinweg. Für die Entstehung ethnischer Identität nicht zu vernachlässigen sind darüberhinaus die diversen Hispanisierungsversuche des nicaraguanischen Zentralstaats, der zwar eine kulturelle Integration der Atlantikküste vorantrieb, die ökonomischen Ungleichgewichte zwischen Region und Nation aber nicht beseitigen konnte.

Besonders aufschlußreich sind jene Kapitel, in denen Gabbert die Creoles mit den Miskito - eine indianische Bevölkerungsgruppe an der Atlantikküste - vergleicht. Die Miskito leben von der Subsistenzproduktion, warenwirtschaftliche Beziehungen haben sich in den Dörfern nur gebrochen durchgesetzt. Die soziale Differenzierung ist deshalb begrenzt. Demgegenüber sind die Creoles umfaßend in das ökonomische System integriert, sie leben vorwiegend in den städtischen Gebieten und sind in die arbeitsteilige gesellschaftliche Struktur eingegliedert.

Vor diesem Hintergrund erklärt Gabbert die verschiedenen Forderungen der beiden Gruppierungen: die Miskito fordern "ethnische Autonomie" (oder in der Rhetorik der Bewegung selbst "nationale Autonomie"), die sich in ihrer Ausformulierung dann auch wenig von den nationalistischen Konzeptionen anderer "Völker" unterscheidet: Die Mestizen sollen in der Region nur geduldet, in extremeren Versionen vertrieben werden. Demgegenüber formulieren die Creoles Forderungen nach einer regionalen Selbstverwaltung. Nach Gabbert fehlt ihnen durch ihr städtisches Siedlungsgebiet die materielle Grundlage für die Vorstellung einer ethnischen Autonomie. Mit ihren Forderungen wollen sie deshalb auch nicht nur "die Creoles" ansprechen, sondern "die Küstenbewohner" in ihrer Gesamtheit.

Ob das Fehlen eines abgeschlossenen Siedlungsgebiets und die Einbindung in die gesamtgesellschaftliche Arbeitsteilung das Fehlen eines "nationalen Bewußtseins" bei den Creoles ausreichend erklärt, mag dahingestellt bleiben. Teile der Schwarzenbewegung in den USA formulieren trotz ähnlicher Ausgangsbedingungen national-territoriale Ansprüche. Nichtsdestotrotz vermittelt das Buch differenziert die Genese und Wirkungsweise ethnischer Gemeinschaftsvorstellungen und liefert darüberhinaus eine fundierte Sozialgeschichte der afroamerikanischen Bevölkerung an der Atlantikküste Nicaraguas.

CP

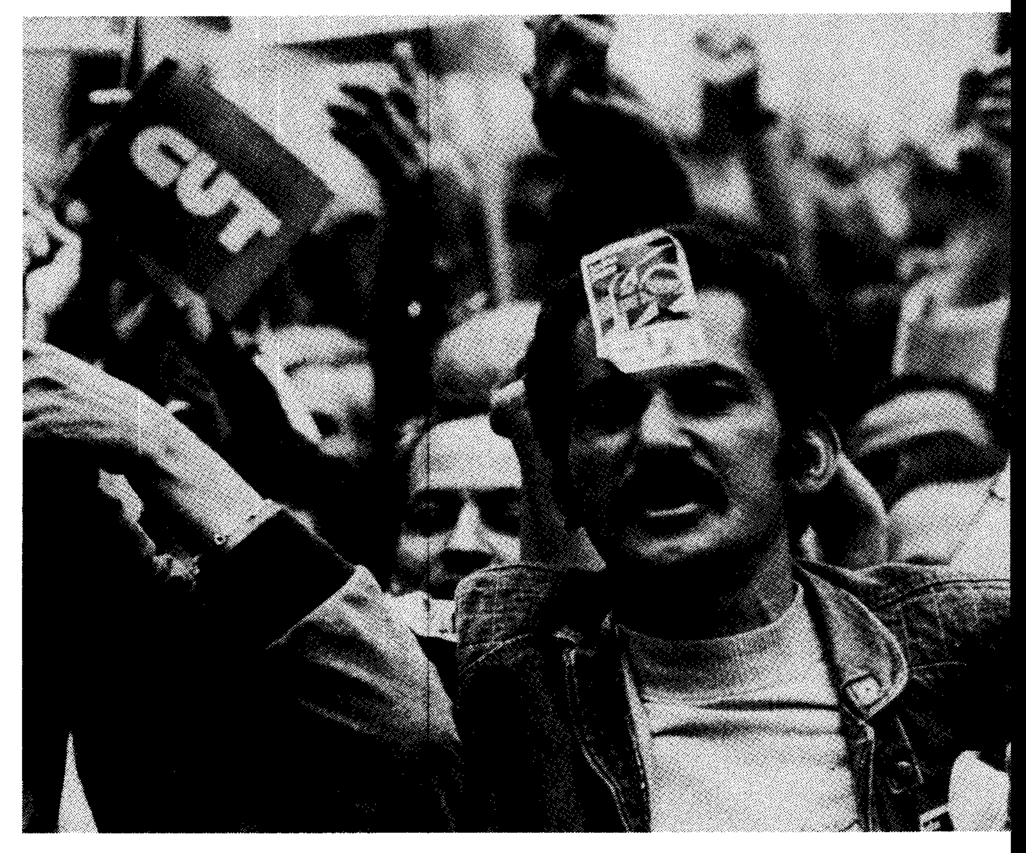
Wolfgang Gabbert: Creoles - Afroamerikaner im karibischen Tiefland von Nicaragua, Münster 1992, 320 S., 58,50 DM

Zwischen Basis und Überbau

Die PT in Brasilien

Rechtzeitig zu den großen Wahlen in Brasilien brachte der Neue ISP-Verlag jetzt das erste umfassende Buch zur **Geschichte, Ideologie und Politik der PT** heraus. Mit dem Slogan "Keine Angst vor besseren Zeiten", der zum Titel dieses 200-seitigen Buches wurde, warb die Partido dos Trabalhadores (Arbeiterpartei) bei den Präsidentschaftswahlen von 1989. Mit diesem Slogan sollten die BrasilianerInnen aus ihrer Politikverdrossenheit gerissen und entgegen der Angstmache der staatstragenden Medien der mögliche Weg zu neuen Ufern schmackhaft gemacht werden. Tatsächlich verfehlte der Kandidat der PT, Luis Inacio Lula da Silva, kurz Lula, 1989 nur knapp die Wahl zum Präsidenten gegen den später wegen Korruption des Amtes enthobenen Kandidaten des bürgerlichen Lagers, Fernando Collor de Mello. Heute ist die PT die bedeutendste Linkspartei in Lateinamerika und viele versprechen sich von ihr eine starke Gegenposition zu den neoliberalen Tendenzen, die immer mehr auch in der Linken Lateinamerikas Fuß zu fassen scheinen.

Große Hoffnungen in die PT setzen auch die Autoren des Buches, der brasilianische Soziologe Emir Sader und der US-Journalist Ken Silverstein. Aus ihren Sympathien für die PT machen sie keinen Hehl. Sehr engagiert, dabei jedoch detailliert, kenntnisreich und informativ liest sich ihre Beschreibung des Werdeganges der Partei. Sie gehen zurück in die 70er Jahre, in denen die Partei aus dem Widerstand gegen die Militärdiktatur und aus den großen Streikbewegungen der Zeit entstand. Bis heute liegt ihr Charakteristikum und ihre Stärke in der Verankerung in den Gewerkschaften und den vielfältigen sozialen Bewegungen des Landes. Besonders weisen die Autoren auf die christlichen Basisgemeinden hin. Instrument der sozialen Bewegungen des Landes zu sein, ist Anspruch der PT, die gleichzeitig aber auch selber Zeichen setzen will, die aufklären und Diskussionen voranbringen will. Als in dieser Form neuer Typus von Partei versteht sich die PT als hoffnungsvollstes Modell eines pluralistischen demokratischen Sozialismus.



1. Mai Demonstration der PT-nahen Gewerkschaft CUT

Dabei spiegeln sich die Stärken und Schwächen der jungen Partei auch in der Darstellung von Sader und Silverstein wieder. So nehmen in den ersten Kapiteln des Buches die Beschreibung der Entstehung der Partei, ihre Stellung in den blutigen Landkonflikten, die in die Forderung nach einer umfassenden Landreform mündet, der Bezug zu den sozialen Bewegungen und die Darstellung einzelner Wahlen breiten Raum ein. Bei dieser Nachzeichnung des Weges der PT zur bedeutendsten Oppositionskraft in Brasilien verlieren sich Sader und Silverstein leider etwas im Detail. Dies gilt insbesondere für die manchmal ermüdende Beschreibung der Wahlprozesse. Dabei wird gerade an dem Aspekt der Wahlen ein Hauptwiderspruch in Ideologie und Politik der PT deutlich: Wird nämlich für Anfang der 80er Jahre noch ein distanziertes Verhältnis der Partei zu Wahlen und zum parlamentarischen System konstatiert, so weisen die Autoren nach den Wahlerfolgen von 1988 und 1989 lediglich darauf hin, daß der schnelle Aufstieg der Partei erfolgte, bevor "wesentliche Fragen" (S.110) geklärt worden seien. Bei diesen Fragen gehe es um das Selbstverständnis der PT "als revolutionäre Partei, die innerhalb des bürgerlich-institutionellen Systems handelt und sich das ausdrückliche Ziel gesetzt hat, ein neues politisches System zu schaffen, den Sozialismus".

Das folgende sehr kurz gehaltene Kapitel zur Ideologie der PT, in dem die Abgrenzung von Sozialdemokratie und Staatssozialismus und das Bekenntnis zur Arbeiterklasse und zu einem demokratischen, basisorientierten Sozialismus formelhaft bleiben, schließt dann auch mit der Feststellung, daß die Partei Antworten zu Fragen der politischen Praxis finden muß, "**nachdem** sie mit Hilfe der Wahlurnen die Regierung übernommen haben wird" (S.118).

Daß Sader und Silverstein keine Antworten geben und die Beschreibung der Ideologie der PT formelhaft bleibt, ist also nicht ihnen vorzuwerfen, sondern charakterisiert vielmehr eindrücklich die noch bestehenden Defizite der PT. Vorzuwerfen ist ihnen allerdings, daß sie es weitgehend ihren LeserInnen überlassen, sich selbst die entsprechenden Fragen zu stellen und den Widersprüchen nachzuspüren, mit denen die PT sich auseinandersetzen muß. Sader und Silverstein nennen diese Widersprüche nicht beim Namen. Sie beschränken sich im wesentlichen auf eine unkommentierte Darstellung. Positiv hervorzuheben ist an diesem darstellenden Stil zwar, daß sich einige Fragen an die PT quasi von selbst ergeben - offen bleiben jedoch die internen Auseinandersetzungen, etwa diejenige, die zu einer Frauenquote auf allen Leitungsebenen der Partei führte. Offen bleiben auch kritische Einschätzungen zum Bezug der PT auf die Arbeiterklasse, zu gegensätzlichen Positionen innerhalb der Partei hinsichtlich der Reformfrage und zum Rassismus in der brasilianischen Gesellschaft, der durch die Verankerung der PT in den verschiedensten Basisbewegungen sicher nicht überwunden ist. Ebenso fehlt ein Hinweis auf den Populismus, von dem auch die so stark auf die Person von Lula konzentrierte PT nicht frei sein dürfte. Eine umfassendere Einschätzung durch die Autoren hätte ich mir auch zum politischen Gehalt des von der PT propagierten pluralistischen, demokratischen Sozialismus gewünscht - was heißt etwa die angekündigte 'Demokratisierung' von Staatsunternehmen?

Ein Buch also, dem etwas mehr kritische Distanz sicherlich gut getan hätte. Trotzdem ist "Keine Angst vor besseren Zeiten" aufgrund der detaillierten Darstellung und nicht zuletzt wegen der Bedeutung der PT für die lateinamerikanische Linke ein überfälliges und gehaltvolles Buch, das nicht nur allen Brasilienfreaks ans Herz gelegt sei - und dies, obwohl die großen Wahlen nicht den erhofften Durchbruch brachten.

jm

Emir Sader/Ken Silverstein, Keine Angst vor besseren Zeiten. Lula, die PT und Brasilien (Übersetzung der englischen Originalausgabe von 1991 mit einem aktuellen Nachwort von Carlos Santos/PT), Neuer ISP-Verlag, Köln 1994, 200 S., 28,-.

Welthandel



Schneefall in Brasilien - diese ungewöhnliche Nachricht sorgte an den Börsen für Aufregung. Schnelle Spekulanten konnten kurzfristig Millionengewinne einstreichen - während der Frost für die Kaffeepflanzer Brasiliens eine Katastrophe bedeutet. Die deutschen Kafferöster erhöhten ihre Preise - dabei hat die diesjährige Kaffeernte noch gar nicht begonnen.

Die Entwicklung auf dem Kaffeemarkt ist nur ein Beispiel für die Wirkungsweise des Welthandels. Das im Schmetterling-Verlag erschienene Buch **„Der UnFaire Handel"** gibt einen umfassenden Einblick in die Welt des Rohstoffhandels, die Abhängigkeit der Produzenten und die Folgen der Handelsentwicklung. Die Autorin Belinda Coote, Mitarbeiterin der britischen Entwicklungshilfeorganisation Oxfam, erklärt, was sich hinter Begriffen wie UNCTAD, LOMÉ oder GATT verbirgt und zeigt am Beispiel einzelner Agrarprodukte - Bananen, Palmöl, Jute, Tee oder Kakao, wie Handelsabkommen, Protektion oder Termingeschäfte funktionieren.

Herausgekommen ist ein Handbuch über Weltwirtschaft, das reichlich Fakten bietet und dennoch nie den Bezug zu den Menschen verliert, die in der Dritten Welt Güter für die Industriestaaten produzieren. So handelt das Buch unter anderem davon, warum bolivianische Bauern nach dem Zusammenbruch des Zinnmarktes Koka anbauen, wie Kokosölproduzenten auf den Philippinen mit dem US-Markt konkurrieren oder welche Probleme der exportorientierte Gemüseanbau in Chile mit sich bringt. Problematisch ist vor allem der jahrelange Verfall der Rohstoffpreise, der für Kleinbauern und Saisonarbeiter in der Dritten Welt existenzbedrohend ist - Folge kolonialer Machtstrukturen und bis heute ungleicher Handelsbedingungen. Längst haben in diesen Ländern die großen Nahrungsmittelkonzerne, die in die Fußstapfen der ehemaligen Kolonialherren traten, eine zentrale Machtposition inne. Unilever, einer der größten von ihnen, ist auf dem weltweiten Nahrungsmittelmarkt von der Fischmehlfabrik in Chile und der Garneelenzucht in Bangladesh bis zum „Nordsee"-Laden oder den „Iglo"-Fischstäbchen vertreten. Der Konzern macht mit seinen Produkten mehr Umsatz als die Volkswirtschaften der Philippinen, Kolumbiens oder Ägyptens produzieren.

Oxfam sieht sich immer häufiger gezwungen, die sozialen und ökologischen Folgen der radikalen Exportpolitik abzufedern, die der Internationale Währungsfonds den verschuldeten Regierungen als Wundermittel verschrieb und die die Industriestaaten mit billigen Rohstoffen versorgt. In Chile kann sich kaum noch jemand Fisch leisten. Der ist unerschwinglich teuer geworden, da zwei Drittel des Fangs in die USA, nach Japan und Deutschland exportiert werden.

Die Stärke dieses Buches liegt darin, daß Belinda Coote die Erfahrungen, die Oxfam während seiner Projektarbeit vor Ort sammelte, in ihre Argumentation einbezieht. In Chile unterstützt Oxfam Umweltschutzgruppen, die gegen den Holzexport protestieren, in Bangladesh Fischereigenossenschaften und in Sri Lanka Kampagnen zur Verbesserung der Lebensbedingungen auf den Teeplantagen. Die konkreten Beispiele bereichern die Diskussion um die sozialen und ökologischen Folgen der herrschenden Weltwirtschaft und veranschaulichen die abstrakten ökonomischen Zusammenhänge. Die Autorin klagt den unfairen Handel an, stellt das derzeitige Wirtschaftssystem jedoch nicht grundsätzlich in Frage. Ihrer Meinung nach „... liegt die wirkliche Herausforderung der neunziger Jahre darin, zu gewährleisten, daß die immense Macht und der Einfluß der multinationalen Unternehmen in einer Art und Weise eingesetzt werden, die einer Entwicklung in Ländern der Dritten Welt wirklich förderlich ist". Ihre - leider einzige - Forderung an die KonsumentInnen in den Industriestaaten lautet, auf eine sozialverträgliche und ökologische Herkunft der Produkte im Handel zu achten und insbesondere „TransFair"- Produkte einzukaufen, Produkte, die den ProduzentInnen in der „Dritten Welt" einen höheren Erlös bringen sollen. Auf die Kritiker am Transfair-Handel geht die Autorin nicht ein. Diese bemängeln, daß der Erlös zum großen Teil in die Vermarktung der „Transfair"-Produkte in Europa investiert wird, und daß diese Form einer „Entwicklungshilfe" von den dringend notwendigen strukturellen Veränderungen des Weltwirtschaftssystems ablenkt. Oxfam dagegen träumt von einem Supermarkt der Zukunft, in dem zwei Drittel aller Waren ein Gütesiegel tragen, das sie als „unter fairen Bedingungen produziert" ausweist. Der Erfolg des „Transfair"-Kaffees, der in Deutschland bereits zwei Prozent der gesamten Kaffeeumsätze erzielt, mag als ein vielversprechender Anfang gesehen werden.

Uwe Hartwig

Belinda Coote / Oxfam (Hrsg.), Der UnFaire Handel. Die Dritte Welt in der Handelsfalle und mögliche Auswege, Übersetzung aus dem Englischen von W. Schmidt, Schmetterling Verlag, Stuttgart 1994, 240 Seiten, DM 29,80.

Brauchen wir einen neuen Internationalismus?

In der Nr.200 der 'blätter' wurde die Frage gestellt, ob der Internationalismus im Jahre 2000 noch der Internationalismus der vergangenen Jahrzehnte sein könne. Dies wurde an einigen Fallbeispielen untersucht und dabei recht einleuchtend für eine Neuorientierung plädiert. Leider fehlt m.E. bisher eine theoretische Begründung für die Notwendigkeit dieser Veränderungen.

In den vergangenen Jahrzehnten bezogen sich die revolutionären und auch große Teile der reformorientierten Internationalisten - ob ihnen dies nun bewußt war oder nicht - auf das Klassenkampf-Paradigma, das der Mainstream-Marxismus auf die eingängliche Formel "Arbeiter gegen Kapitalisten" und später "sozialistisches Lager gegen Imperialismus" gebracht hatte. Bei den Internationalisten lautete die Formel: Peripherie gegen Zentrum, China und Trikont gegen den Imperialismus oder auch Bauern in der Peripherie gegen Zentrum und dessen Helfershelfer in der Peripherie. Demselben Paradigma folgend wurden von den einzelnen Fraktionen also entsprechend die Arbeiter, die Bauern oder die Menschen im Trikont zum revolutionären Subjekt a priori erkoren. Diese Gruppen standen nach Auffassung ihrer Gönner im kapitalistischen Zentrum für eine eigene systemtranszendente Totalität - sprich für eine gute und gerechte Gesellschaftsordnung -, die nur noch durch die Zwänge der Produktion mit der negativen Seite des Seins (Kapitalismus/ Imperialismus, ungerechte Weltordnung) verbunden war.

Dieses Verhältnis zwischen neuer und alter Welt, zwischen Gut und Böse stellte sich spätestens dann in Frage, als 'Arbeiter', 'Bauern' oder 'Menschen im Trikont' die Möglichkeit ergriffen, ihre vermeintliche Totalität nun auch umzusetzen. Angesichts der fehlerhaften Realisierung ihrer Wünsche und Hoffnungen spalteten sich die "Gläubigen" in den Metropolen in drei Gruppen auf: Während sich die einen nun enttäuscht über die Schlechtigkeit des Seins und der Menschen ins "Privat"leben zurückzogen, wechselten andere das Subjekt ihrer Begierde - so wurden z.B. aus Freunden der internationalen Arbeiterklasse über Nacht Sympathisanten der nationalen Befreiungsbewegungen.

Die dritte Gruppe, der sich nach und nach die Mehrheit der übriggebliebenen Internationalisten anschloß, blendete die Realität aus und trieb sich ihre Zweifel durch eine voluntaristische Praxis aus. Wer kennt sie nicht, diese Momente, wenn einem ein DKP-Aktivist die Verwirklichung des Paradieses in der DDR, der SU oder auf Kuba erläuterte,· oder die leuchtenden Augen, wenn Freunde der Guerillas in Lateinamerika von den 'befreiten Gebieten' sprachen.

Immer gleich und immer falsch?

Aber auch die alltäglichen Äußerungen fast jeder Soligruppe demonstrierten und demonstrieren die idealistische theoretische Basis ihrer Arbeit. Zu dieser Verklärung gesellte sich mehr und mehr eine aktionistische Praxis - und die war nun alles andere als abgehoben: Es wurde für einen Bus in Laos ebenso gesammelt und gearbeitet wie für Brunnenbohrungen auf dem Gebiet einer Kooperative in Mali. Es wurde Unkraut auf Kuba gerupft und Fundamente für Häuser wurden in Nicaragua ausgehoben - es fragt sich nur, was das sollte.

Diese praktischen Arbeiten, die zumeist auf empirischen Studien und Beobachtungen beruhten, wurden immer weniger in Beziehung zu den hehren idealistischen Zielen gebracht, bis diese Verbindung nach und nach ganz abriß. Damit war der Weg frei für den realpolitischen Ansatz der Lobby am Hof des ehemaligen Erzfeindes, um dort die Interessen der Arbeiter, Bauern, Menschen im Trikont wahrzunehmen - natürlich wieder ohne diese gefragt zu haben - und um auf diese Weise zu einer Versöhnung der Gegensätze zu gelangen, die früher einmal als sich diametral gegenüberstehend "erkannt" worden waren.

Dies ist aber nichts anderes als eine neue Variante des immer Gleichen und doch immer Falschen. Fast alle Internationalisten sind weiterhin in dem Paradigma "Böse alte Welt - Schöne neue Welt" gefangen bzw. arbeiten sogar an der Nivellierung des Gegensatzes. Da hier jedoch das Scheitern ihrer Erwartungen begründet ist, erscheint es mir notwendig zu sein, den Grundfehler des Paradigmas zu analysieren.

Arbeit und Kapital: Zwei Seiten einer Medaille

In der Theorie von Marx sind Arbeit und Kapital, Peripherie und Zentrum nicht wie verhängnisvoller Weise immer angenommen zwei entgegengesetzte Totalitäten, sondern sie sind zwei Pole eines Verhältnisses, nämlich der bürgerlichen oder imperialistischen Gesellschaft. Vergegenwärtigt man sich dies, dann wird deutlich, daß jede Hoffnung auf eine neue, bessere Totalität solange unmöglich bleibt, solange die Hauptkraft wirkt, die die beiden unterschiedlichen und sich bekämpfenden Teile des Ganzen zusammenhält. Diese Kraft, die die Gesellschaft nach und nach in eine ihr adäquate Form umgewandelt hat, so daß diese Form dem Betrachter heute als die einzig mögliche erscheint, in der man allenfalls diese oder jene Seite im Ausbeutungsverhältnis stärken oder schwächen, aber auf keinen Fall das System als Ganzes auflösen kann -, diese Kraft, in der marxschen Theorie im Wertgesetz gefaßt, sind die (Markt-)Gesetze der Produktion und Konsumtion von Waren.

Die vermeintlich sozialistischen Staaten glaubten zwar, diesem Paradigma entkommen zu sein. Real war es jedoch vielmehr so, daß sie nur eine andere Form von Wertermittlung für ihr gesellschaftliches Subsystem festgeschrieben hatten. Es kam dort nicht zur Festlegung des Wertes einer Ware am Markt, wie im dominierenden kapitalistisch/imperialistischen System, sondern der Wert einer Ware wurde durch die in ihr enthaltenen Arbeitsstunden berechnet. Die Realsozialisten glaubten, den Kapitalismus dadurch überwunden zu haben, daß bei

ihnen das Wertgesetz und die darauf aufbauende Produktion und Konsumtion nun nicht mehr unbewußt und hinter dem Rücken der Menschen stattfand, sondern in den Plankommissionen kalkuliert wurde. Ihnen ging es also nicht um die Überwindung der durch das Wertgesetz erschaffenen Totalität, sondern um eine nivellierende Reform dieses Verhältnisses nach dem Motto "Ein gerechter Lohn für ein gerechtes Tagwerk". Dies hatte Marx jedoch als "konservativ" bezeichnet und stattdessen die Losung "Nieder mit dem Lohnsystem" ausgegeben (MEW 16, S.152).

Das Ergebnis dieses Irrtums konnte nur ein "geplanter Kapitalismus" mit dem großen Erfolg der sozialen Sicherheit für die Arbeiterseite im Grundparadigma der kapitalistischen Gesellschaft, bzw. für einige derjenigen Menschen in Regionen des Trikont sein, die sich dem realsozialistischen Subsystem angeschlossen hatten. Der Irrtum wurde dann in diesen vermeintlich neuen Gesellschaften auch durch das Aufkommen einer eigenen Führungsschicht bestätigt. Um an die Metapher des Magneten mit den Polen Arbeit und Kapital, Peripherie und Zentrum, anzuknüpfen: Trennt man einen Magneten in zwei oder beliebig viele Teile, so reproduziert er in jedem dieser Teile das alte Kraftfeld.

Wenn man die Dekolonisation betrachtet, erscheint also die Herausbildung neuer Eliten, die teilweise die vorimperialistischen Machtverhältnisse aufgriffen, nicht als Resultat der Schlechtigkeit der Menschen, sondern als zwangsläufige Folge einer durch die Menschen, aber ohne ihr Wissen konstruierten Realität, an der kaum ein Weg vorbei führt.

Jenseits der Totalität!?

Welche grundlegenden Veränderungen müssen sich ergeben, wenn man den hier dargestellten Thesen folgen will?:

1. Die Internationalisten müssen Abschied nehmen von der Vorstellung, in einem Land oder einer Region einen grundlegenden Wandel der Verhältnisse erleben zu können. Also wäre ein Abschied vom bisherigen "Nationalismus" und Regionalismus und eine Orientierung auf komplexe Problemzusammenhänge wünschenswert. Diese Spezialisierung würde jedoch

2. die Erarbeitung einer zentralen internationalen Koordination erforderlich machen, da eine Spezialisierung ohne die Kenntnis der "Totalität und deren Selbstbewegung" im besten Fall die Widersprüche versöhnende Handwerkerei sein kann, aber nicht zu einer Eleminierung der durch die kapitalistische Produktion konstruierten Welt-Gesellschaftsordnung beiträgt. Erst das Wissen um die allgemeinen Gesetze der kapitalistisch/imperialistischen Warengesellschaft kann dem "Spezialisten"

3. die Orientierung auf Menschen eröffnen, die sich im Rahmen ihrer historisch und gesellschaftlich bedingten Möglichkeiten nicht blind diesen Gesetzen unterwerfen, sondern bewußt ihre Möglichkeiten zur Freiheit ausschöpfen, ohne dadurch anderen ihre Freiheit zu nehmen. Aber auch diese Orientierung kann nicht ohne dauernde Reflexion und Selbstreflexion vor sich gehen. Was heute noch gegen die Spielregeln der marktvermittelten Ordnung ist, kann morgen schon integriert worden sein, sei es als Hintergrund für die Geschichtchen der Medien-Industrie oder als gewinnbringender Absatzmarkt für Waren dieser oder jener Art.

4. Da die Konstruktion einer internationalen Vernetzung dieser Menschen einen langen Zeitraum in Anspruch nimmt, selbst wenn sie mit aller Energie betrieben wird, sollten diese "neuen" Internationalisten sich fragen, welche Position sie bis dahin innerhalb des Grundparadigmas unterstützen, oder ob sie eine abwartende Haltung gegenüber diesen Kämpfen einzunehmen wünschen. Ich denke, daß eine Unterstützung jeden Pols, der Bewegung in dieses Verhältnis bringt, für die Konstruktion eines neuen Ansatzes von Nutzen sein wird, solange das Bewußtsein um die Hoffnungslosigkeit dieses Ringens präsent bleibt. Denn jede Abweichung von der Normalität macht die konstruierenden Elemente der herrschenden Totalität für den Menschen erkennbar und erst das so erlangte Wissen ermöglicht dem Menschen, die ihn beherrschenden Dinglichkeiten abzuschütteln. Erst dann besteht die Möglichkeit zur Konstruktion einer neuen gesellschaftlichen Ordnung aller Menschen dieses Globus, über deren Gesicht heute nicht mehr gesagt werden kann als über das Aussehen einer Pflanze, deren Korn man in den Händen hält und die noch nie zuvor geblüht hat.

Kai Schmidt-Soltau

Betr.: Themenschwerpunkt „Internationalismus"

blätter des iz3w, Nr. 200

Etwas verspätet möchte ich Ihnen ein dickes Lob für die Jubiläumsausgabe des iz3w aussprechen. Selten habe ich eine interessantere Aufarbeitung der Internationalismusbewegung der 70er und 80er Jahre gelesen. Sie hat bei mir neues Interesse an der Diskussion entstehen lassen. In den letzten Jahren haben deren Zumutungen, die größenteils aberwitzigen Theoriegebäude und die den Verstand beleidigende Schlichtheit der Weltbilder vieler Internationalismus-Aktivisten mein Interesse an der Diskussion gegen Null gehen lassen. Besonderes Lob möchte ich Günther Jacob für seine mutigen und klaren Ausführungen aussprechen. Er hat recht, wenn er die völlig unkritische Verherrlichung von Befreiungsbewegungen und Subkulturen mit ihren „Designqualitäten" in Verbindung und damit das eigentliche Motiv dafür auf den Punkt bringt: Daß Sektierertum und Revolutionsromantik vorwiegend der Identitätsfindung und Selbstvergewisserung ihrer Protagonisten dient. Daß es bei viel zu vielen „Freunden des Trikont" hauptsächlich darum ging, hätte jeder bereits in der Hoch-Zeit der Nikaragua-Solidarität erkennen können. Gemeint ist die Zeit der Arbeitsbrigaden in den Grenzgebieten zu Honduras. Die glei-



chen Leute, die als linke Wortführer jeglichen männlich-militaristischen Neigungen den Kampf angesagt hatten und jedem Bundeswehrsoldaten mit Verachtung begegnet sind, sind mit entsicherter Knarre und im Tarnanzug durch den Dschungel gerobbt, waren sich für keine Exerzierübung zu fein und hatten auch mit allen anderen militärischen Gebräuchen keinerlei Schwierigkeiten. Die Art und Weise, wie sie mit stolz geschwellter Brust von ihren Patrouillengängen, von Gefahr und Kameradschaft schwärmten, entlarvten, für meine Begriffe, ihre sonstigen Ausführungen als ihnen rein äußerlich. Und wenn ich mir die Autonomen-Szene so anschaue, scheinen viele über diesen Stand noch nicht hinaus gekommen zu sein (inklusive so übler Dinge wie „Boykottiert Israel", was nichts anderes heißt als „Kauft nicht bei Juden").

Wilfried Schwetz

Betr.: Artikel zum Lobbyismus

blätter des iz3w, Nr. 201

Es ist durchaus zu begrüßen, daß die "blätter" eine Standortbestimmung der Solidaritätsbewegung und des entwicklungspolitischen Engagements in Deutschland insgesamt versuchen ("blätter" Nr. 2oo und Nr. 2o1). Daß dabei die Motivation und die Ziele von AkteurInnen, die Instrumente und die Reichweite des Einflusses eine Rolle spielen mußten, versteht sich von selbst. Zumal in den letzten Jahren tatsächlich eine Menge Bewegung stattgefunden hat. Leider, wie die meisten AutorInnen ja auch feststellen, bezieht sich dies nicht auf mehr aktive Menschen, sondern auf neue Strukturen und Vorgehensweisen. Der große Wurf zur Veränderung ist derzeit nicht auszumachen, auch das merken immer mehr Menschen.

GERMANWATCH und andere "Lobbyorganisationen" ringen in den schwierigen heutigen Zeiten darum, nord-süd-orientierte Einflußarbeit im Detail zu leisten, step by step und sofern hilfreich auch "Face to Face im Parlament" - wie der von Georg Lutz verantwortete Artikel überschrieben ist.

Einmischung heißt die Devise, um an konkreten Konflikten, Skandalen und Widersprüchen Veränderungsvorschläge zu machen. Als eine Vorgehensweise neben anderen (vielleicht wirksameren?). Dabei wird der Sachauseinandersetzung genauso wenig wie der inneren Logik der jeweiligen Institution ausgewichen: nur die Kenntnis der Zusammenhänge und der Entscheidungsabläufe läßt mitunter schon etwas unternehmen, ehe das Kind im Brunnen liegt. Das kann es durchaus sinnvoll erscheinen lassen, mit WeltbankmitarbeiterInnen oder Verantwortlichen im Landwirtschaftsministerium zu reden.

Karl Rössel ist zu fragen, ob seine Prämisse richtig ist, wenn er schreibt: "Es (der direkte Kontakt mit Bank-Vertretern oder mit nationalen Regierungen) ist der Versuch, "Einfluß zu nehmen" auf Institutionen, deren ureigenste Funktion darin besteht, die bestehenden Ausbeutungsstrukturen zu organisieren und zu stabilisieren" (vgl. "blätter" Nr.200, S.25, "Zwei Millionen Daumenabdrücke gegen den Imperialismus?"). Verkennt er nicht die mannigfaltigen Widersprüche innerhalb der Institutionen, die fortwährenden Anpassungsprozesse an neue Rahmenbedingungen? An und mit ihnen gilt es zu arbeiten, ohne die eigenen Utopien für eine gerechtere, friedlichere und zukunftsfähigere Welt vorher an der Garderobe abzugeben.

Alte Skepsis und Hilflosigkeit gegenüber diesen als "Lobbying" etikettierten konkreten Einmischungsversuchen kommen in dem Artikel von Georg Lutz an vielen Stellen zum Vorschein. Leider hat der Autor sich wenig Mühe gegeben, genauer zu recherchieren, welche Hintergründe, Methoden und Perspektiven mit Nord-Süd- und Umwelt-Lobbyarbeit in Deutschland aktuell verbunden sind. Er macht es sich mehr als einfach, von der Methode darauf zu schließen, daß z.B. die entwicklungspolitische Community damit "Abschied von Utopien oder Hoffnungen auf weitreichende Veränderungen innerhalb der Gesellschaft" nimmt. Man nehme nur das Beispiel der RIO-Konferenz von 1992. Die sicherlich immer noch unzureichende AGENDA 21 ernst genommen, würde zu gravierenden Umwälzungen in den Industriestaaten führen. Doch: Vieles an der erforderlichen Umsetzung wird gerade im Norden blockiert oder aufgeschoben. RIO KONKRET werden zu lassen, ist also gleichzeitig in vielerlei Details (man denke z.B. an die Klimakonferenz im Frühjahr 1995 in Berlin) eine zentrale Lobbyaufgabe und gleichzeitig eine Umbau- und Veränderungsverpflichtung größten Ausmaßes.

Lobbyarbeit in Deutschland heißt aber am allerwenigsten Hinterzimmer- oder Kamingespräche. Die Öffentlichkeit ist wichtigstes Druckmittel, genauso wie bei Aktionen auf der Straße. Wieso öffentliche Kritik an der SPD wegen der Einsparungsabsicht des BMZ knapp vor der Wahl als "Schmusekurs" bezeichnet wird, vermag wohl nur Georg zu erläutern. Im Gegenteil haben sich Offizielle bei den Sozialdemokraten sehr darüber geärgert.

Und wie man beim Verständnis von Lobbyarbeit zu dem Urteil "nicht emanzipative Bemühungen" und "Politik von oben" kommen muß (GERMANWATCH hat mittlerweile fast 5oo Mitglieder), ist auch nicht ersichtlich. Bei GERMANWATCH z.B. kann man sehr wohl von unten her mitarbeiten, so in einer der Regionalgruppen, die es mittlerweile gibt.

Statt noch existierende Einmischungs- und politische neue Organisierungsbemühungen oberflächlich und süffisant zu kommentieren, sollte sich Georg lieber an einer so verstandenen umfassenden, aber in ihrem Anspruch auch bescheidenen Lobbyarbeit beteiligen: das nämlich meint die WAHL-CHARTA 94 mit "Deutschlands Verantwortung ist gewachsen. Ob und wie Deutschland sie wahrnimmt, können wir mitgestalten."

Klaus Milke
(Vorstandsmitglied GERMANWATCH)

Betr.: Replik von Parsdorfer auf Bommes/Scherr

blätter des iz3w, Nr.201

Einige Statements zu der sehr interessanten Erwiderung mit dem Thema "Gegen eine linke realpolitische Verantwortungsethik":

1. "Linke Realpolitik" tut sich schwer mit dem Begriff "Verantwortungsethik":

Parsdorfer weist zurecht auf die Gefahr hin, daß Begriffe und Bekundungen wie von Bommes/Scherr benutzt ("Regulierung von Migration", "Forderung nach Einwanderungsgesetzen") den Eindruck •erwecken, eine "linke Unterfütterung" macht- und verteilungspolitischer Ansprüche und Interessen zu sein.

2. "Soziale Bewegungen" tun sich schwer mit dem Begriff "linke Realpolitik":

Soziale Bewegungen ziehen sich nicht nur auf moralische Positionen zurück. Fakten, daß Flucht und Migration soziale, ökonomische und ökologische Ungleichgewichte zur Ursache haben, werden keineswegs bestritten, aber allzuoft verklärt-romantisch und in Parolen verpackt, diskutiert.

3. Statement für gemeinsame Ansätze einer "linken realpolitischen Verantwortungsethik":

Eine "Verantwortungsethik" muß auch konstruktiv sein. Realistischerweise läßt sich "Gleichheit und Gerechtigkeit weltweit" kaum durchsetzen. Es bleibt sozialen Bewegungen mehr übrig als nur der Bezugsrahmen "Gerechtigkeit und Gleichheit weltweit". Soziale Bewegungen entstehen direkt und indirekt aus positiver und negativer Betroffenheit. Soziale Bewegungen verändern allein durch ihre Existenz ein System bewahrender "linker Realpolitik".

Gemeinsame Ansätze und Strategien, die mit Begriffen wie "Demokratisierung", "Regionalisierung" und "Vernetzung" auf einer nicht globalen, nicht internationalen, nicht nationalen, sondern auf lokal-regionaler Ebene mit der Idealvorstellung einer "zivilen Gesellschaft" umschrieben werden, könnten ein Signal für einen "Sichtwechsel" sein.

Katharina Opladen

Atomkraftwerke am Vulkan?

Ende 1994 wird der indonesische Präsident Suharto darüber entscheiden, ob 1995 auf der Halbinsel Muria in Zentraljava 12 (!) AKWs gebaut werden. Orientieren wird er sich an der Empfehlung des interministeriellen Energie-Koordinierungsausschusses, die der Chef der indonesischen Atomagentur BATAN der Einfachheit halber schon mal vorweg genommen hat: er ging von keinerlei Bedenken im Koordinierungsausschuß aus.

Den BewohnerInnen am Muria-Berg wird von der Regierung versprochen, daß ihnen durch die AKWs der Sprung in die Moderne und ein besseres Leben ermöglicht wird. Doch das Mißtrauen der armen Fischer und Bauern ist groß: Sie fürchten um ihr Land und ihre Existenz und glauben vielmehr, daß wieder einmal die Privilegierten ihren Vorteil aus dem Projekt ziehen werden. Mittlerweile hat sich der Widerstand formiert, und zusammen mit KünstlerInnen und dem prominenten Vorsitzenden der größten moslemischen Gemeinde Indonesiens, Nahdlatul Ualma, fordern sie Mitsprache und Partizipation bei Entscheidungen über das Projekt.

Abgesehen von den überall existierenden Problemen der Atomwirtschaft (Entsorgung, Gesundheit, sog. Restrisiko) und ihrer Unwirtschaftlichkeit bleiben bei dem geplanten überdimensionierten indonesischen Projekt zusätzlich noch viele Fragen offen: So gibt es Untersuchungen, wonach der Bedarf an Elektrizität aus den reichlichen Kohlevorkommen des Landes wesentlich kostengünstiger als aus AKWs gedeckt werden könnte. Die teure Kernenergie - die 12 AKWs werden mindestens 20 Mrd. US$ kosten - muß vom Staat durch Subventionen gedeckt werden. Und da dieser jedoch über wenig Eigenkapital verfügt, benötigt er dafür internationale Kredite - eine noch größere Verschuldung des Landes wäre die Folge. Ein weiteres Problem ist der Umstand, daß das Meer an der geplanten Stelle über weite Strecken nur 20 Meter tief ist. Die Abwärme stellt so eine große ökologische Belastung dar. Besonders unverantwortlich ist die Standortwahl: Auf Java gibt es zahlreiche aktive Vulkane. Das berühmte „Restrisiko" ist in diesem Fall wohl völlig ad absurdum geführt. Zudem ist Java sehr dicht besiedelt. Nach Ansicht eines japanischen Tschernobylexperten können auch mit sehr guter Logistik bei einem Atomunfall nur wenige hunderttausend Menschen schnell evakuiert werden.

Das geplante Atomprojekt ist dermaßen fragwürdig, daß sogar die Bundesregierung eine Beteiligung abgelehnt hat. KritikerInnen - auch in der indonesischen Presse - vermuten, daß es sich vor allem um ein Prestigeprojekt der Regierung handelt bzw. militärische Interessen dahinterstecken: Schon durch kleinste Nuklearanlagen wird der Zugang zu Atomwaffen ermöglicht. Und diese gerade auch noch in Händen eines sich über Menschenrechte hinwegsetzenden Militärregimes zu wissen, ist ein bestürzender Gedanke.

Gegenwärtig bemühen sich die amerikanischen Firmen Westinghouse und General Electric gemeinsam mit ihren japanischen Handelspartnern Mitsubishi, Toshiba und Hitachi um den Auftrag für den Bau der 600 MW-Reaktoren. Weiterhin beteiligen sich zur Zeit noch europäische Firmen wie die NPI (eine Tochter von Siemens und Framatome) an der Ausbildung indonesischer Fachleute und Manager.

Doch nicht nur in Indonesien herrscht ein Boom bei der Planung von neuen Atomanlagen. Auch in Indien, Thailand und der VR China gibt es derartige Vorhaben. In diesem Zusammenhang sei auf eine von japanischen Umwelt- und Friedensgruppen initiierte Kampagne für eine nuklearfreie Welt hingewiesen, bei der von der japanischen Regierung ein Exportverbot für Nuklearanlagen, insbesondere nach Indonesien, verlangt wird. Ebenso wird von der Firma Mitsubishi ein Verzicht auf die Lieferung von Atomanlagen nach Asien gefordert. Es wird zu einem Boykott der Produkte von Mitsubishi aufgerufen (ähnlich der hiesigen Boykott-Kampagne gegen Siemens).

Weitere Informationen zur Kampagne für eine nuklearfreie Welt:
Nyamuk-Indonesien-Forum, Energie-Gruppe Rhein Main, Postfach 600 171; 60331 Frankfurt

Basso-Tribunal zum Asylrecht

Vom 8.12. bis 12.12.1994 wird sich in Berlin das Basso-Tribunal mit dem derzeitigen Stand des Asylrechts in Europa auseinandersetzen. Anhand einer Analyse und Kritik des europäischen Asylrechts soll geprüft werden, inwieweit die Asylpolitik der EU- und EFTA-Staaten im Widerspruch zu internationalen Übereinkünften steht. Hierzu haben sich verschiedene Unterstützungsgruppen gebildet.

Die letzten Basso-Tribunale befaßten sich mit der Rolle von IWF und Weltbank (1988 in Berlin sowie 1994 in Madrid). Das Basso- Tribunal besteht seit 1979 als institutionalisierte Form der 1976 vom sozialistischen Senator Italiens, Lelio Basso, gegründeten „Internationalen Stiftung für die Rechte und Befreiung der Völker". Dieses „Ständige Tribunal der Völker" knüpft an die Tradition der Russell-Tribunale an, in denen beispielsweise über die US-Intervention in Vietnam gerichtet wurde. Es beziehe, so die InitiatorInnen des Tribunals, seine Wirkung aus der moralischen Integrität der Beteiligten, der Förmlichkeit des Verfahrens und dem Einfluß auf die öffentliche Meinung.

Die Eröffnungsrede am 8.12. hält Hans Branscheid (medico international). In der aktuellen Jury sitzen beispielsweise: Vera Chirwa (Malawi), Liz Fekete (Großbritannien), Luigi Ferrajoli (Italien), Felicia Langer (Deutschland/Israel), Bechick Madjid (Algerien), Günther Wallraff sowie weitere Menschen aus Österreich, der Türkei, Schweden und Belgien. Die Anklage unternimmt Frances Webber aus Großbritannien. Wer die Verteidigung übernimmt, ist bisher noch offen. Es werden diverse ExpertInnen sprechen zu Themen wie Internationales Flüchtlingsrecht, Menschenrechte und Flucht, ökonomische Hintergründe von Flucht und Verfolgung (Ost/West und Süd/Nord), Asyl und soziale Rechte sowie Asyl und Demokratie. Zudem werden noch einige Länderberichte (Schweiz, Spanien, Frankreich und Deutschland) eingeholt werden. ZeugInnen kommen aus den Ländern Algerien, Iran, Kurdistan, Peru, Rumänien, Senegal und Zaire.
Basso-Tribunal, c/o ASTA TU Berlin, Marchstr. 6, 10587 Berlin, 030 - 314-24 437, Fax: 312 1398

UN als Friedensengel?

Im Januar kommt es zum zweiten Treffen der Staats- und Regierungschefs der im Sicherheitsrat vertretenen Länder, um über die Zukunft der friedenerhaltenden Maßnahmen der UN zu beraten. Auch die Bundesrepublik ist zur Zeit in diesem mächtigen Gremium vertreten. Dieses Ereignis nimmt das britische Forschungsinstitut SAFERWORLD zum Anlaß, seine neue Studie zu einem Konzept der Behandlung innerstaatlicher Konflikte vorzustellen. Darin wird der UN Unfähigkeit attestiert, effektiv mit internen Konflikten in Ländern wie Ruanda, Bosnien und Somalia umzugehen. Ziel ist es, die Unstimmigkeiten und den Mangel an rechtzeitiger Vorbeugung zu überwinden.

Und was macht mensch bzw. SAFERWORLD, wenn die Blauhelm-Einsätze nichts mehr taugen? Richtig, es werden „Weißhelm"truppen kreiert, die bei Verdacht auf Verletzung von Menschenrechten oder Rechten von Minderheiten durch die UN-Menschenrechtskommission entsendet werden sollen. Ein Vorschlag, der uns weiß machen will, was blau, sprich olivgrün ist und bleibt? Verkannt wird nämlich, daß auch diese dermaßen aufgewertete UN-Menschenrechtskommission unter dem Druck der einflußnehmenden Großmächte stehen und mit ihr Weltpolizeipolitik gemacht werden wird. Zudem fragt sich, ob durch die Neuschaffung von Institutionen die internen Konflikte der Süd-Länder (in das eigene Land einmarschieren lassen will wohl niemand in den Industriestaaten, obwohl es hier, wendet mensch denselben nebulösen Kriterienkatalog für Interventionen an, genügend Anlässe gäbe) gelöst werden können; SAFERWORLD jedenfalls möchte gerne ein „Amt für präventive Diplomatie" einrichten.

Des weiteren hat sich SAFERWORLD die Mühe gemacht, ein Szenario von möglichen

Konfliktsituationen mit entsprechenden Handlungsoptionen zu entwickeln. Als Kriterien des Eingreifens werden genannt: Transparenz von Entscheidungen, die Erfolgschancen der Aktion sowie die Rechenschaftspflicht gegenüber der autorisierenden Organisation. Klar und unterstützenswert ist allerdings die Betonung des Vorrangs politischer Maßnahmen beim „Konfliktmanagment". Ein Argument von SAFERWORLD ist jedenfalls richtig: Wie die Studie zeigt, ist die Umsetzung ihrer Vorschläge bei weitem nicht so teuer wie die Durchführung der bisherigen „Blauhelm"-Maßnahmen.

Eine kommentierte deutsche Zusammenfassung der Studie ist erhältlich bei:
GERMANWATCH, Adenauerallee 37, 53113 Bonn, Tel: 0228 - 267 98 15, Fax: 267 98 19

Gemeinsam nach den Sternen greifen!

Das ist der einnehmend-himmelstürmende Slogan, mit dem die Kampagne gegen die Tagung des Europäischen Rates am 9./10. Dezember in Essen geführt werden soll. Für etwas bodenständigere AktivistInnen gilt nichts weniger, als das europäische Haus selbst zum Einstürzen zu bringen. Gründe hierfür gibt es jedenfalls viele. Dabei gehen die InitiatorInnen davon aus, daß eine Kritik an der EU zugleich die Kritik reformerischer Vorstellungen beinhalten muß.

Die EU wird als kapitalistisches Projekt definiert, das Wachstum und Wohlstand für alle verspricht - Schaffung neuer Arbeitsplätze und besseres Angebot für die KonsumentInnen ist das Lockmittel -, tatsächlich aber den Zusammenschluß von Industrie und Banken meint. Mehr Waren, mehr Umsatz, mehr Produktivität sind die Kriterien der EU. Die durch die Schaffung des EU-Binnenmarktes erhofften „Wachstums-Impulse" sollen zur Schaffung von „größerer Konkurrenzfähigkeit" auf dem Weltmarkt führen. Das bedeutet nach Meinung der InitiatorInnen des Gegengipfels weitere Umweltzerstörungen, die Auslagerung von ökologischen und sozialen Schäden des EU-Wirtschaftens in andere Weltregionen sowie die Verbreiterung sozialer Ausgrenzung.
Sowohl im Inneren der EU wie weltweit entstehen neue Formen von krassen Wohlstandsunterschieden. Im Inneren der EU greifen die rigide Sparpolitik und Sozialkürzungen, nach außen ist es die aggressive, militarisierte Außenpolitik der EU-Staaten, die ihre Rohstoffe und billigen Arbeitskräfte sichert und den Zugang zu Märkten erzwingen soll. Leidtragende sind die Menschen in der „Dritten Welt". Wirtschaftspolitisch läßt sich diese Politik beschreiben als Folge der EU-Abschottung gegen Importe sowie sinkender Rohstoffpreise durch den Konkurrenzwegfall in der EU. Die Europäische Union steht nach Aussagen der AufruferInnen in der Tradition des europäischen Kolonialismus.

Das Projekt EU bedeutet des weiteren auf der Ebene der „Sicherheitspolitik" Diskriminierung und Kriminalisierung von AusländerInnen und Flüchtlingen. Die sog. „Nicht-EU-BürgerInnen" werden weiterhin zu Menschen zweiter Klasse gemacht. Auf der politisch-institutionellen Ebene wird die Formierung der EU als ein Prozeß der Entdemokratisierung gesehen. Die zu erwartende Erweiterung der Kompetenzen des Europäischen Parlaments könne hieran auch nichts ändern.

Auf dem EU-Gegengipfel vom 9. - 12. Dezember soll es darum gehen, den Protest lautstark auf die Straße zu tragen sowie gemeinsam „Perspektiven des Widerstandes und Alternativen für ein Europa der Menschen" zu entwickeln. Weitere Informationen zur EU-Kritik und zum Programm der Gegenveranstaltungen können angefordert werden bei:
Zeche Carl, Kultur-, Kommunikations- und Jugendzentrum, Wilhelm- Nieswandt-Allee 100, 45326 Essen, Tel: 0201 - 83 444 10, Fax: 35 01 58

Mythos Entwicklung

Wir sind mit guter Absicht auf dem Holzweg. So oder ähnlich lassen sich die Aussagen aller Poster zusammenfassen, die im Rahmen eines vom Weltfriedensdienst e.V. ausgeschriebenen Wettbewerbs an Kunsthochschulen erstellt wurden. „Mythos Entwicklung - Heiligenschein oder Scheinheiligkeit?" lautete die genaue Aufgabenstellung für die StudentInnen. Die Poster sollen nun im Rahmen einer Ausstellung der Öffentlichkeit präsentiert werden.

Vom Diptychon, Cartoon bis zum Comic ist alles vorhanden. Vielseitig sind die angewandten Techniken und die Ideen: Die Milka-Kuh, verfremdet durch den Rüssel eines Elefanten vor dem Hintergrund einer afrikanischen Landschaft... ein Geldschein hinter einer Folie, auf dem in dicken Lettern steht: „Schein Heiligt die Mittel". Kleingedruckt ist vermerkt: „Der Bundesminister warnt: Ehrliche Hilfe gefährdet auch Ihren Wohlstand"... Pinguine, die ratlos um einen geschenkten Kühlschrank herumstehen, während aus einem davonfliegenden Flugzeug der Zuruf erfolgt: „Keep cool kids"...

Inhaltlich betrachtet geht es nicht nur um eine oberflächliche Kritik der Entwicklungshilfe an sich, sondern um die viel tieferreichende Kritik an dem westlichen Entwicklungsmodell - die Rede ist vom Ende der nachholenden Entwicklung. In Verruf geraten ist dieses Modell - zumindest nach der „Analyse" des WFD in seinem Ankündigungsfaltblatt - nicht nur deshalb, weil es andere Lebensentwürfe ignoriert, sondern auch, weil es negative Rückwirkungen auf die Industrieländer selbst hat: „Die hemmungslose Verschwendung globaler Ressourcen und der drohende ökologische Kollaps bedrohen den Wohlstand der Menschen im Norden. Hinzu kommt eine soziale Verarmung in den Ländern des Nordens, mit der Gewalt, Rassismus und Demokratieverlust einhergehen."

Mit der Ausstellung will der WFD die Suche nach alternativen Wirtschafts- und Gesellschaftsmodellen vorantreiben. Die in Kooperation mit der Landesstelle für Entwicklungszusammenarbeit in Berlin und dem Verein Kate e.V. konzipierte Ausstellung eignet sich zur bildungs- und entwicklungspolitischen Arbeit.

Sie umfaßt 20 Tafeln im Format 56x 76 cm (Hoch- und Querformate). Die Tafeln sind im Diasec-Verfahren gerahmt und mit einer Lochbohrung versehen. Die Ausstellung ist über eine Gebühr von 250.-DM beim WFD zu beziehen.
Weltfriedensdienst e.V., Hedemannstr. 14, 10969 Berlin, 030/ 2 53 99 0-20

Durch fremde Augen sehen

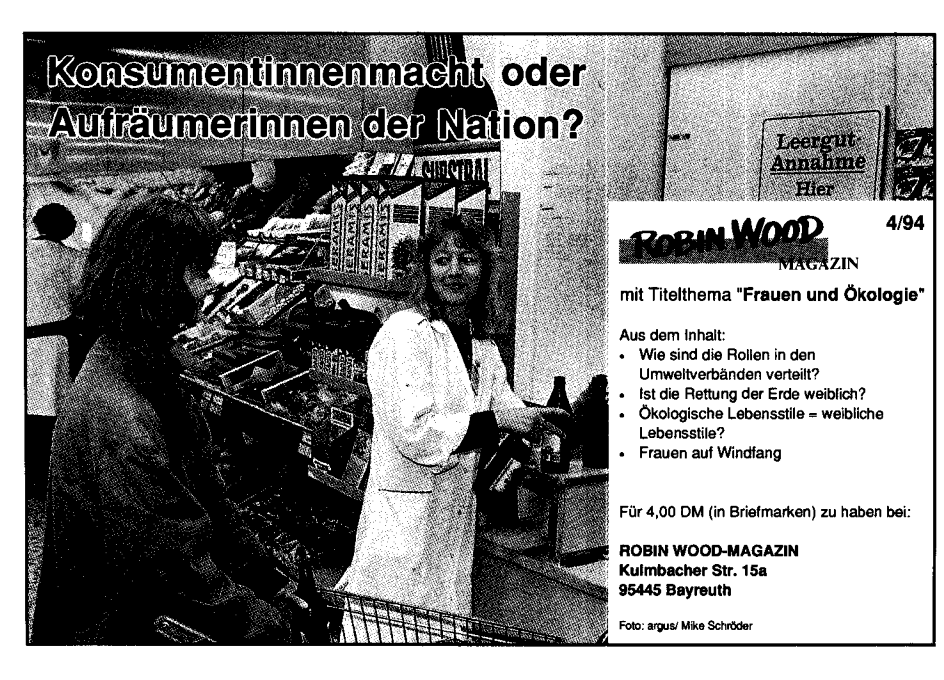
Faktische Abschaffung des Asylrechts - die Abschiebemaschinerie läuft auf Hochtouren und macht auch vor jugendlichen Flüchtlingen unter 16 Jahren nicht halt. Was das konkret für die Betroffenen bedeutet, macht der 50 minütige, 1992 entstandene Dokumentarfilm „Fremde Augen" deutlich. Es ist kein Film über diese besondere Gruppe von alleinstehenden Flüchtlingen, sondern ein Film von und mit ihnen. Sie weisen mit ihren (Kamera-)Augen auf die Probleme hin, mit denen sie hier konfrontiert sind: der Rassismus der Straße und der Behörden, die Angst vor der drohenden Abschiebung, Ohnmachtsgefühle, die Kälte in den Sammellagern und das Heimweh. Der Film zeigt aber auch ihre Hoffnungen und Sehnsüchte. Die Arbeit am Film wirkte für die fünf Jugendlichen dabei als ein psychosozialer Prozeß, der sie die Flucht und die Zeit ihres Kampfes um rechtliche Anerkennung nochmals durchleben ließ. Zwischen Straßenumfragen und Eigeninterviews sind Bilder von Neonaziaufmärschen und eine Rede von CSU-Hetzer Gauweiler geschnitten. „Fremde Augen" erzählt durch die Montage der Bilder - ohne Kommentar, und regt so gezielt zum Mit- und Nachdenken an. Die Zielrichtung ist klar: Aufbrechen von Vorurteilen, Korrektur verzerrter Denkweisen. Prädikat: gerade für den Einsatz im Jugendbereich geeignet.

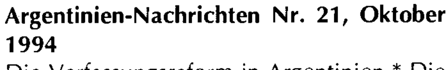
Zusätzlich entstand während des Filmprojekts eine Fotoausstellung, die die persönlichen Beobachtungen der jungen Flüchtlinge in ihrem Umfeld dokumentiert (24 Schwarzweißaufnahmen).
Durchblick, Medienpolitische Bildung durch Förderung selbstbestimmter Filmarbeit e.V., Schwindstr. 2, 80798 München, Tel: 089 - 52 58 88, Fax: 523 47 42

Lateinamerika Nachrichten 246, Dezember 1994
USA: Mit dem Freundbild war es nichts - Bill Clinton wird zurechtgestutzt / Jesse Helms - Ein rassistisch-reaktionäres Fossil / Wer hat Angst vor'm illegalen Mann? - Kalifornien stimmt für das Referendum 187 * USA / Kuba: Verraten und verkauft - Kubanische Flüchtlinge sitzen auf Guantánamo fest * Bolivien: Zelle No.34 steht bereit - Ex-Diktator Garciá Meza soll an Bolivien ausgeliefert werden * Brasilien: In Rio greift das Militär ein - Einsatz des Heeres in Favelas "zur Eindämmung der Gewalt" / Die Revolution von Cardoso - Die Pläne der neuen Regierung / "Der Strudel der Gewalt" - Das Brasilienbild in den deutschen Medien / Rezension: Brasil mulher - Kurze Geschichte des Feminismus * Uruguay: "Jetzt haben die Leute das Sagen" - Linke vor dem Wahlerfolg? * Nicaragua: Das große Reinemachen - 'Barricada' wird auf Parteilinie gebracht * Kaffeehandel: Von Heiligenscheinen und Scheinheiligen - Preisfragen zum Kaffeehandel * Mexiko: Bloßer Nachwahlkampf? - Regionale Autonomie und Demokratisierung / Der zivile Widerstand in Chiapas - Zehn Thesen Luís Javier Garridas von der CND * Guatamala: Politische Einmischung unerwünscht - Studentische VertreterInnen der Universität San Carlos in Berlin / Aus der Illegalität in die Zivilgesellschaft - Zur Situation der Widerstandsdörfer * Ökologie: Öko-Zuschüsse von der Weltbank - GEF - "bahnbrechendes" Finanzierungsinstrument für globale Umweltpolitik * Kuba: Regenerative Energien im Aufwind - Interview mit Carlos Cerda * Salsa y Dulzura: Zwischen Bronx und Orient. 6,- DM. **Bezug: Lateinamerika Nachrichten, Gneisenaustr. 2a, 10691 Berlin.**

FORUM 187: Schwerpunkt Kuba
Der kubanische Jugendfunktionär Lúis Albert Gonzalez Nieto über Kuba als "die Festung Lateinamerikas" * Interview mit Bremer Mitgliedern der Kuba-Solidarität * Albert Petersen zum kubanischen Gesundheitssystem * Hans-Jürgen Burchardt über die kubanische Wirtschaft - "Kuba: Hoffnungsträger oder Auslaufmodell?" * Interview mit der Chilenin Anita Salinas: "Kuba als Perspektive Lateinamerikas" * Außerdem: Sonderteil zum Gegenkongreß der IWF-Weltbank-Tagung in Madrid mit der Madrider Erklärung; Heinz Jürgen Stolz: "Subsistenz - Alternative für den Norden?"; Interview und Aktionsaufruf gegen die geplante Abschiebung des Kurden Salih Canboya. **Bezug: FORUM entwicklungspolitischer Aktionsgruppen, Buchtstr. 14/15, 28195 Bremen, Tel.:0241/325156**

STICHWORT BAYER 4/94
In diesem Jahr jährt sich zum zehnten Mal eine Chemiekatastrophe, durch die die indische Stadt Bhopal zu trauriger Berühmtheit gelangte. Am 3. Dezember 1994 setzte eine Explosion eine gewaltige Phosgen-Wolke frei, die innerhalb weniger Stunden über 2.000 Menschen das Leben kostete. Bis heute sind über 10.000 Menschen an den Folgen des Unglücks gestorben, mehr als eine halbe Million gesundheitlich geschädigt. StICHWORT BAYER weist nach, daß sich ein der Bhopal-Katastrophe ähnlicher Super-Chemie-Gau auch heute noch jeden Tag in einem der unzähligen BAYER-Werke in der ganzen Welt ereignen kann. Weitere Informationen s. "Kurz belichtet" in dieser 'blätter'-Ausgabe sowie: **Coordination gegen BAYER-Gefahren, Postfach 150418, 40081 Düsseldorf**




Argentinien-Nachrichten Nr. 21, Oktober 1994
Die Verfassungsreform in Argentinien * Die Marcha Federal am 6. Juli, die Streiks im August * Feuerkampf im Klassenkampf * Die zehn Gebote der Frente Grande * Die verdammten Arbeiter * Haushaltslücke * Gesunde, defizitäre Wirtschaft * Das rettende Auslandskapital * Terror in Buenos Aires. Hintergründe und Analysen zum Attentat auf das jüdische Gemeindezentrum * Erich Priebke: Ein Mörder in Rom oder der gute Nachbar aus Bariloche. 5,- DM. **Bezug: Argentinien Gruppe Stutttgart, c/o BDKJ, Schwabstr. 70a, 70197 Stuttgart**

ila 179, Oktober 1994
Uruguay: Schlacht-Opfer. Zwischen 1865 und 1978 ließ ein multinationales Unternehmen im uruguayischen Kleinstädtchen Fray Bentos Rinder schlachten und daraus Fleischprodukte für den Weltmarkt herstellen. Manche Familien arbeiteten über Generationen im Schlachthof, litten unter den schlechten Arbeitsbedingungen und kämpften für soziale Verbesserungen. Seit 1978 liegt die Produktion still, der Ort verarmt, die jüngeren Menschen ziehen weg - aber viele Menschen sind noch da und mit ihnen ihre Erfahrungen und Geschichten. Der Fotograf und Grafiker Andreas Salomon hat mit diesen Leuten gesprochen, mit seinem Kassettenrekorder ihre Geschichten und mit seiner Kamera die Menschen und den Schlachthof festgehalten. Er lädt uns in diesem Schwerpunkt ein, den Geschichten zu lauschen und die dazugehörenden Bilder zu betrachten. - In Fortsetzung des Themas beleuchten weitere Uruguay-Artikel die gegenwärtige Situation im Lande, kurz vor den Präsidentschaftswahlen vom November 94.
Außerdem: Die Lage im Chiapas/Mexiko; Gespräch mit dem peruanischen Ökonom Oscar Ugarteche zur Wirtschaftslage des Kontinents; Hintergrundbericht zum Attentat auf das jüdische Zentrum in Bueonos Aires; Portrait der Komponistin Leni Alexander, die das Schicksal u.a. nach Santiago de Chile geführt hat. **Und: ein ila-extra zu Haiti.** 60 Seiten, 7,- DM. **Bezug: ila, Heeresstr. 205, 53111 Bonn**

BOLIVIA Nr. 106, Juli-Dezember 1994
Deutscher "Giftmüll" auf Wanderschaft in Bolivien * Marsch der Geister * Regierung kontrolliert COB-Führung nach X. Kongreß in Tarija / Politische Dokumente des X. COB-Kongresses * Bildungsreform: Mal sehen, ob das, was glänzt, gold ist * Kosmologie und Musik in den Anden, nach Max Peter Baumann * Der Hochaltar der Kirche San Francisco in La Paz * Ein Schulprojekt in Samaipata. 3,- DM. **Bezug: BOLIVIA, Kottbusser Damm 101, 10967 Berlin**

Tagungshinweise

Eine Welt, Eine Natur? Loccum, 16.-18. Dez. 1994. Thema der Tagung ist der Zugriff auf die biologische Vielfalt und die Schwierigkeit, global gerecht mit ihrer Nutzung umzugehen. Informationen: Jörg F. Mayer, Ev. Akademie Loccum, PF 2158, 31545 Rehburg-Loccum, Tel.: 05766-810

"...plötzlich brach der Krieg aus..." Niederkaufungen/Kassel, 16.-18. Dez. 1994. Es geht um Charakter und Entwicklung aktueller Konflikte in der "Neuen Weltordnung" anhand der Beispiele Jugoslawien und Somalia. Informationen: BUKO, Nernstweg 32-34, 22765 Hamburg, Tel.: 040-393156

Jahr 1 im neuen Südafrika. Hamminkeln-Dingden, 10.-12. Feb. 1995. Entwicklungen seit den Wahlen, insbes. Außenpolitik und Beziehungen im Südlichen Afrika sind hierbei Thema. Informationen: Akademie Klausenhof, Klausenhofstr. 10, 46499 Hamminkeln-Dingden, Tel.: 02852-89-326

---

50 Jahre Weltbank aus der Perspektive der sozialen Menschenrechte. Freudenberg (Siegen), 3.-5. Feb. 1995. Wie kann man die Weltbank völkerrechtlich kontrollieren? U.a. mit Rainer Falk (WEED) und Rolf Künneman (FIAN). Informationen: FIAN-Deutschland, Overwegstr. 31, 44625 Herne, Tel.: 02323-490099

Regionale Zusammenarbeit in Afrika. 23.-31. Dez. 1994. Informationen: AKE-Bildungswerk, Horstweg 11, 32602 Vlotho, Tel.: 5733-18154

Gen- und Bio-Tech - Das Ei des Columbus. Herford, 14. Jan. 1995. Informationen: AKE-Bildungswerk, Horstweg 11, 32602 Vlotho, Tel.: 05733-18154

Warum sie bei uns Asyl such(t)en. Vlotho, 17.-19. Feb. 1995. Fluchtursachen am Beispiel des Horns von Afrika (Somalia, Eritrea, Äthiopien, Sudan). Informationen: AKE-Bildungswerk, Horstweg 11, 32602 Vlotho, Tel.: 05733-18154

Neue Bücher

Michael Tonfeld, **Kesseltreiben**. Wilde Geschichten aus Afrika, NANA YAA PRESS, Stadtbergen/Accra 1994, 120 S., DM 14,80. Bezug: NANA YAA PRESS, Leitershofer Str. 22 A, 86391 Stadtbergen

Carsten Tessmer (Hg.), **Deutschland und das Weltflüchtlingsproblem**, Leske + Budrich, Opladen 1994, 160 S., DM 19,80

Alice Stribl, **Tötet unsere Kinder nicht.** Vom Schicksal brasilianischer Straßenkinder, Styria-Verlag, Graz 1994, 320 S.

Friederike Harter, **Hochzeitshemd und Leichentuch**. Frauen aus Kolumbien erzählen, dtv, München 1994, 200 S., DM 14,90

Holger Beim/Dieter Offenhäußer, **Kaffee: Armut - Macht - Märkte**. Ein Produkt und seine Folgen, Horlemann, Bad Honnef 1994, 150 S., DM 14.80

Roland Röscheisen (Hg.), **Nord-Süd-Politik an der Schwelle zum nächsten Jahrtausend**, Horlemann, Bad Honnef 1994, 200 S., DM 19,80

A. Samad Said, **Feuer über dem Fluß.** Roman aus Malaysia, Horlemann, Bad Honnef 1994, 180 S., DM 32,-

Johannes Glembek (Hg.), **Einblicke nach Südostasien**. Dokumentation der 1. Südostasien-Wochen in Trier Dezember 1993, IfSF, Trier 1994, 180 S., DM 25,-, Bezug: IfFS, Postfach 4324, 54233 Trier

Jochen Hippler (Hg.), **Demokratisierung der Machtlosigkeit.** Politische Herrschaft in der Dritten Welt, Konkret Literatur Verlag, Hamburg 1994, 240 S.